

STUDIE ZUR EVALUIERUNG DER NATIONALEN STRATEGIE ZUR INKLUSION DER ROM:NJA IN ÖSTERREICH (SENSIRO)



Dieser Bericht wurde verfasst von:

Christoph Reinprecht
Nora Walch
Tina Nardai

An der Studie wirkten mit:

Projektleitung
Christoph Reinprecht

Projektteam
Tina Nardai, Nora Walch

Technische Umsetzung
Lena Coufal

Projektarbeitsgruppe
Usnija Buligovic, Danijela Cicvaric, Barka Emini, Emmerich Gärtner-Horvath, Alexander Gussak, Manuela Horvath, Martin Horvath, Žaklina Radosavljević, Andreas Sarközi, Josef Schmidt, Aleksandar Smailović

Interviewer:innen
Laura Burtscher, Yessika Wiese, Ingrid Winkler, Belinda Paulak, Ivan Horvath, Vroni Windischer, Julia Rhomberg, Alina Kugler, Max Leittich, Ekaterina Deimbacher, Aura Sinvasile, Natalie Bordt Lauster, Mario Czory, Vinko Cener, Zsolt Berki, Anca Grauenfels, Alexander Gussak, Danijela Cicvaric, Jelena Jovanovic, Diana Dworzack, Aleksandar Smailović, Usnija Buligović, Žaklina Radosavljević, Elisabeth Ettmann, Manuela Horvath, Sarah Gärtner Horvath, Josef Schmidt, Martin Horvath, Ludwig Horvath, Tina Nardai

Inhaltsverzeichnis

STUDIE ZUR EVALUIERUNG DER NATIONALEN STRATEGIE ZUR INKLUSION DER ROM:NJA IN ÖSTERREICH (SENSIRO)	1
<i>Inhaltsverzeichnis.....</i>	<i>3</i>
Ausgangspunkt und Anspruch der Studie.....	6
Aufbau und Struktur des Berichts (Leseanleitung).....	7
<i>Klärung von Schlüsselbegriffen</i>	<i>8</i>
Strategie (deskriptiv)	10
<i>Das Feld der Akteur:innen.....</i>	<i>13</i>
<i>Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen</i>	<i>15</i>
Architektur und Agenda der Strategie (analytischer Teil).....	17
<i>Konzepte und Kriterien.....</i>	<i>17</i>
Konzepte	17
Kriterien	19
<i>Die Perspektive der Zielgruppen I: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Bewertung der Strategie und ihrer Schwerpunkte</i>	<i>26</i>
Allgemeines zur Fragebogenerhebung	26
Bewertung der Strategie global und der Schwerpunkte	27
Bereiche der Strategie, ihre Ausgestaltung und Wirkung	31
<i>Die Strategie und ihre Bereiche</i>	<i>31</i>
PARTIZIPATION	33
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	33
„Roma Dialogplattform“	35
Online-Konsultationsprozess	37
<i>Die Perspektive der Zielgruppen II: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Kenntnis der Strategie und Nutzung der Angebote.....</i>	<i>39</i>
Kenntnis der Strategie und Informationsquellen	39
Teilnahme an Maßnahmen der Strategie sowie an Angeboten von und für Rom:nja.....	40
<i>Bereich Partizipation – Zusammenfassung und Fazit.....</i>	<i>43</i>
ARBEITSMARKT/BESCHÄFTIGUNG.....	45
<i>Die Perspektive der Zielgruppen III: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Arbeitsmarktsituation.....</i>	<i>47</i>
ESF-Projekte	49
Verwaltungsaufwand und bürokratische Hürden/Probleme	49
Positive Aspekte und wichtige Erkenntnisse	53
Notwendigkeit eines holistischen Ansatzes der Sozialberatung	56
Nachhaltigkeit	58
Geographische Verteilung der ESF-Projekte.....	59
Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung abseits von ESF-Projekten	60
<i>Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung – Zusammenfassung und Fazit.....</i>	<i>61</i>
BILDUNG	63
<i>Die Perspektive der Zielgruppen IV: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Bildungssituation.....</i>	<i>66</i>

<i>Roma-Schulmediation und Lernhilfe</i>	69
<i>Bildungsprojekte zur Ermächtigung von Frauen und Mädchen: Beispiel Vivaro</i>	75
<i>Erhöhung des Wissens über Rom:nja</i>	77
Romane Thana	77
<i>Lehrer:innenbildung, Verankerung von Romani Studies in Bildungseinrichtungen</i>	80
Mehrsprachigkeit im Bildungssystem	80
<i>Die Perspektive der Zielgruppen V: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Sprachpraxis und zu Einstellungen, Kultur und Erhalt der Sprache betreffend</i>	81
<i>Bereich Bildung – Zusammenfassung und Fazit</i>	87
<i>GESUNDHEIT und WOHNEN</i>	90
<i>Bereich GESUNDHEIT</i>	91
<i>Die Perspektive der Zielgruppen VI: Einsichten der Fragebogenerhebung zu Alltagssorgen und Belastungen</i>	94
<i>Bereich Gesundheit – Zusammenfassung und Fazit</i>	100
<i>Bereich WOHNEN</i>	102
<i>Die Perspektive der Zielgruppen VII: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Themenkomplex Wohnen</i> ...	103
Durchreise.....	108
<i>Bereich Wohnen – Zusammenfassung und Fazit</i>	110
<i>ARMUT UND MATERIELLE LEBENSUMSTÄNDE: OBDACHLOSIGKEIT, BETTELARBEIT, ARMUTSMIGRATION</i> ..	112
<i>Die Perspektive der Zielgruppen VIII: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Themenkomplex Armut und materielle Lebensbedingungen</i>	118
<i>Bereich Armut und materielle Lebensbedingungen – Zusammenfassung und Fazit</i>	120
<i>ERMÄCHTIGUNG</i>	122
Räume	123
Sichtbarmachung der Perspektiven von Rom:nja und Sinti:zze: das Beispiel RomBlog.....	126
Ermächtigung von Frauen und Mädchen und “Gender Mainstreaming”	128
<i>Die Perspektive der Zielgruppen IX: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Themenkomplex Frauen und Ermächtigung</i>	129
Vertrauen erarbeiten	132
Aufbrechen patriarchaler Strukturen	135
Verhältnis Politik - Zielgruppen	137
Ermächtigung älterer Rom:nja.....	139
<i>Die Perspektive der Zielgruppen X: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Thema ältere Rom:nja</i>	140
Ermächtigung der Jenischen	142
<i>Die Perspektive der Zielgruppen XI: Die Jenischen</i>	143
Ermächtigung der Rom:nja-Jugend.....	144
<i>Die Perspektive der Zielgruppen XII: Einsichten der Fragebogenerhebung: Junge Rom:nja</i>	146
<i>Bereich Ermächtigung – Zusammenfassung und Fazit</i>	147
<i>BEKÄMPFUNG DER DISKRIMINIERUNG</i>	152
<i>Die Perspektive der Zielgruppen XIII: Einsichten der Fragebogenerhebung: Diskriminierung</i>	153
Zusammenfassung	157
Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit in Behörden und öffentlichen Stellen	160
Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit in den Medien.....	168
Gleichbehandlungsanwaltschaft.....	170
Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus	171

Bildung und Stärkung der Betroffenen	173
<i>Bereich Bekämpfung der Diskriminierung – Zusammenfassung und Fazit</i>	<i>173</i>
GEDENKEN UND ERINNERUNG.....	176
<i>Die Perspektive der Zielgruppen XIV: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Stellenwert von Wissen um die Geschichte der Rom:nja in Österreich.....</i>	<i>177</i>
Projekte: Information und Bildung über die Geschichte(n) der Rom:nja.....	178
Denkmäler und Erinnerungsstätten.....	179
<i>Bereich Gedenken und Erinnerung – Zusammenfassung und Fazit.....</i>	<i>181</i>
ZUKUNFT DER STRATEGIE	182
<i>Die Perspektive der Zielgruppen XV: Verbesserungsvorschläge und Forderungen</i>	<i>182</i>
<i>Fazit und Schlussfolgerungen („blinde Flecken“).....</i>	<i>190</i>
Literatur und Quellen	195
<i>Literatur und Internetquellen.....</i>	<i>195</i>
ANHANG	201
<i>Allgemeines zur Arbeitsweise</i>	<i>201</i>
<i>Expert:inneninterviews</i>	<i>201</i>
<i>Fragebogenerhebung/Feldstudie</i>	<i>203</i>
<i>Soziodemographische Merkmale der Stichprobe</i>	<i>206</i>
<i>Selbstdefinierte Gruppenzugehörigkeit „Darf ich Sie zu Beginn fragen, zu welcher Gruppe Sie sich persönlich zugehörig fühlen?“.....</i>	<i>207</i>

Ausgangspunkt und Anspruch der Studie

Österreich hat sich zur Umsetzung einer nationalen Strategie zur Stärkung der sozialen Inklusion der Rom:nja verpflichtet. Grundlage der Strategie ist der im April 2011 von der Europäischen Kommission verabschiedete EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Rom:nja bis 2020. Dieser verpflichtet die Mitgliedsstaaten unter anderem auch zu einer Evaluierung der durch sie gesetzten Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund hat die für die Umsetzung der Strategie zuständige Abteilung Volksgruppenangelegenheiten im Bundeskanzleramt die Universität Wien mit einer Studie beauftragt, deren Ziel es ist, die bislang gesetzten Schritte und Maßnahmen analytisch und kritisch zu untersuchen. Dabei geht es einerseits darum, herauszufinden, auf welche Art und Weise diese in den vordefinierten Handlungsfeldern entwickelt und umgesetzt wurden und inwiefern diese dazu beitragen, die Zielsetzungen zu erreichen. Andererseits wird der Frage nachgegangen, inwiefern die von der Strategie als Zielgruppen adressierten Personen mit dieser in Berührung gekommen sind und ob deren Interessen und Bedürfnisse von der Strategie berücksichtigt wurden.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Strategie und ihren Maßnahmen bestand aus drei Schritten: Zunächst ging es um eine Art „Mapping“ im Sinne einer Bestandaufnahme von für die Thematik relevanten Akteur:innen, Positionen, Wissensbeständen, Institutionen etc. Auf dieser Grundlage konnten in einem nächsten Schritt Themen und Akteur:innen für eine Einschätzung der Strategie identifiziert werden. Im Zuge dieses Schritts wurde umfangreiches Material in Form von (Expert:innen-)Interviews und schriftlichen Antworten und Stellungnahmen erhoben. Dabei war es wichtig, verschiedene Perspektiven auf die Strategie zu sammeln, auch um Erkenntnisse über ihren Stellenwert in der österreichischen Gesellschaft und Politik, sowie über die Haltung, aus der heraus sie entwickelt und umgesetzt wurde, zu gewinnen. Der weit gespannte Kreis der Auskunftspersonen umfasste neben Vertreter:innen der Zielgruppen und Verantwortlichen aus dem politischen und im Verwaltungsbereich auch Personen mit qualifiziertem Erfahrungswissen aus den Handlungsfeldern. Eine weitere Säule der Studie ist eine quantitative Fragebogenerhebung, die österreichweit umgesetzt wurde und an der sich knapp 400 Personen aus den Zielgruppen beteiligten. Anspruch der Erhebung war die Erschließung der Perspektive der von der Strategie adressierten Bevölkerung. Die Ergebnisse geben Einblick, wie gut Rom:nja in Österreich über die Strategie informiert sind, an welchen Aktivitäten sie teilgenommen haben, welche Erwartungen diesbezüglich existieren und welche Schwerpunkte und Maßnahmen als wichtig erachtet werden. Darüber hinaus liefert die Befragung Einsichten in die sozialen, kulturellen und materiellen Lebenslagen. Die Durchführung der Studie lag in den Händen eines Teams aus Personen mit unterschiedlichen Hintergründen und vielstimmigem Erfahrungswissen. Dies gewährleistet, dass die Erforschung der Strategie mit und im Sinne der von ihr adressierten Bevölkerung erfolgt. Dies spiegelt sich sowohl in der Zusammensetzung

von Kernteam, Projektarbeitsgruppe und Interviewer:innen als auch in der Arbeitsweise wider (Details dazu finden sich auf der Projektwebsite <https://sensiroprojekt.univie.ac.at/> sowie im Anhang dieses Forschungsberichts).

Eine Evaluation überprüft Zielerreichung anhand von klar umrissenen Ausgangs- und Zielsituationen in einem bestimmten Zeitraum. Diese waren im Kontext der Strategie weder vorweg eindeutig festgelegt noch erlaubte es die Datenlage, diese im Zuge der Forschung zu definieren. Die vorliegende Studie arbeitet mit einem offeneren Begriff der Evaluierung. Sie verfolgt den Anspruch einer multiperspektivischen, kritischen und analytischen Auseinandersetzung. Dazu zählt auch der Versuch, die Haltung, aus der heraus die Strategie formuliert ist, und die Voraussetzungen für die Festlegung und Eingrenzung der einzelnen Bereiche – Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Ermächtigung und Bekämpfung von Diskriminierung – sichtbar zu machen. Darüber hinaus geht es auch darum, jene Problem- und Bedarfsfelder aufzuarbeiten, die selten nur einen dieser Bereiche betreffen. Die Identifizierung und Bearbeitung von Problemfeldern durch eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation an sich hilft zu vermeiden, der sektoralen Logik politisch und administrativ definierter Handlungsbereiche unreflektiert zu folgen, um einen unvoreingenommen Blick auf die Bedürfnisse, Interessen und Problemlagen im Alltag von Rom:nja in Österreich zu gewinnen. Ein von Bereichsgrenzen emanzipierter Blick auf die Situation läuft weniger Gefahr, blinde Flecken zu reproduzieren, da manche der vorhandenen Bedürfnisse und Probleme durch alle gängigen Bereichsraster hindurchfallen.

Aufbau und Struktur des Berichts (Leseanleitung)

Der Bericht integriert unterschiedliche Erkenntnisformate wie Interviewmaterial, Auswertungen der selbst erhobenen qualitativen und quantitativen Daten, Protokolle von projektbezogenen Workshops, aber auch Dokumente und Studien. Schlüsselbegriffe, mit denen der Bericht arbeitet, werden vorab in einem Glossar erklärt. Wichtige Materialien und Hintergrundinformationen auch zur Methodik der Studie finden sich im Anhang.

Eine Beschreibung der Strategie, ihrer Programmatik, Instrumente und mit der Umsetzung befassten Akteur:innen sowie der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen steht am Beginn dieses Berichts. Nach dieser deskriptiven Einführung beginnt der analytische Teil. Das erste Kapitel setzt sich mit der Ausrichtung, Architektur und Agenda der Strategie auseinander, indem wichtige Konzepte und Kriterien sichtbar und eingeordnet werden. Dies soll helfen, die Haltung, die der Strategie innewohnt, und das Feld, das sie hervorbringt, zu

erkennen. In einer ersten Zusammenfassung von Ergebnissen der österreichweiten Fragebogenerhebung wird die Perspektive der Zielgruppen auf die Strategie insgesamt und ihre Schwerpunktsetzungen dargestellt. Anschließend wird analysiert, inwiefern die einzelnen Bereiche der Strategie Handlungsfelder konstituieren. Es geht dabei nicht darum, Aktivitäten, die der Strategie zugeordnet werden können, aufzulisten und zu bewerten. Ziel ist es vielmehr, anhand von Beispielen die Logik der Handlungsfelder aufzuzeigen bzw. welche Handlungsfelder von der Strategie vernachlässigt wurden, und daran anknüpfend Anliegen der Zielgruppen sichtbar zu machen. Bereiche, auf die eingegangen wird, sind: Partizipation, Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Armut und materielle Lebensbedingungen, Ermächtigung, Bekämpfung von Diskriminierung und Bekämpfung von Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit, Gedenken und Erinnerung. Im Zusammenhang mit den thematischen Ausführungen wird, jeweils unter dem Titel „Die Perspektive der Zielgruppen“, auch über die Ergebnisse der Fragebogenerhebung berichtet. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Beobachtungen und ein Fazit runden die Ausführungen zu den einzelnen Handlungsbereichen ab. Den Abschluss des Berichts bildet der Versuch einer Gesamtbewertung, wobei auch die zahlreichen Vorschläge, Wünsche und Erwartungen der Angehörigen der Zielgruppen dokumentiert werden. Es wird zusammenfassend festgehalten, was sich bislang bewährt hat und weitergeführt oder auch ausgebaut werden sollte; es wird aufgezeigt, was getan werden könnte, um bislang vernachlässigte Handlungsfelder zu entwickeln; und es wird diskutiert, welches grundlegende Verständnis einer Strategie es bräuchte, um die gesellschaftspolitischen Ziele, die von der Strategie bemüht werden, wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe, konsequent durchzusetzen.

Klärung von Schlüsselbegriffen

Einige Begriffe, die im Bericht wiederholt verwendet werden, sind Gegenstand von Diskussionen und wurden auch im Projektteam immer wieder besprochen. Die Klärung der Begriffe in diesem Bericht soll zeigen, dass es sich um Worte handelt, die mit Bedeutung erst gefüllt werden müssen, ein Vorgang, der nie losgelöst von Macht und Hierarchie geschieht. Auch im Zuge der Forschung wurden diese Fragen gemeinsam bearbeitet und reflektiert. Das vorliegende Glossar ist ein Ergebnis dieser Auseinandersetzungen.

Strategie: Im Bericht verwendete Kurzform für die nationale Strategie zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Rom:nja bis 2020.

Rom:nja: Der auch international vielfach verwendete Überbegriff verweist auf ein Bewusstsein der Herkunft und/oder eine Erfahrung struktureller Ausgrenzung und Gewalt auf Basis antiziganistischer Vorurteile. Mit dem Begriff verbindet sich keine eindeutige Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder Ethnie wie etwa der „Volksgruppe der Roma“

in Österreich. Es ist eine häufig um „Sinti:zze“ ergänzte Selbstbezeichnung, die alle Personen mit meint, auf die oben beschriebene Merkmale zutreffen.

Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit: Der Bericht folgt der auch vom österreichischen Ministerrat seit 2021 anerkannten Arbeitsdefinition von „Antiziganismus“ der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance).

„Antiziganismus manifestiert sich in individuellen Äußerungen und Handlungen sowie institutionellen Politiken und Praktiken der Marginalisierung, Ausgrenzung, physischen Gewalt, Herabwürdigung von Kulturen und Lebensweisen von Sinti und Roma sowie Hassreden, die gegen Sinti und Roma sowie andere Einzelpersonen oder Gruppen gerichtet sind, die zur Zeit des Nationalsozialismus und noch heute als ‚[Z-Wort]‘ wahrgenommen, stigmatisiert oder verfolgt wurden bzw. werden. Dies führt dazu, dass Sinti und Roma als eine Gruppe vermeintlich Fremder behandelt werden, und ihnen eine Reihe negativer Stereotypen und verzerrter Darstellungen zugeordnet wird, die eine bestimmte Form des Rassismus darstellen.“ (_erinnern.at_ 2021)

Auch in der Wissenschaft wird der Begriff „Antiziganismus“ verwendet, um das Phänomen zu bezeichnen. Es soll an dieser Stelle aber auch darauf hingewiesen werden, dass es viele Rom:nja gibt, die den Begriff „Rom:njafeindlichkeit“ bevorzugen, und „Antiziganismus“, aufgrund der Nähe des Wortteils „Zigan“ zum Z-Wort als Begriff ablehnen. Auch in der Projektarbeitsgruppe gibt es unterschiedliche Positionen dazu, was hier auch sichtbar werden soll. Ein wichtiges Argument für die Verwendung des Begriffes „Antiziganismus“ ist seine Fähigkeit, aufzuzeigen, dass es sich bei dieser Diskriminierungsform um Projektionen und Konstruktionen handelt, und nicht um die Verantwortung einer bestimmten Gruppe (der „Rom:nja“) und ihres „Wesens“. Außerdem bildet er ab, dass auch Menschen ohne Romani-Zugehörigkeit antiziganistisch diffamiert werden können, wenn sie Opfer negativer Zuschreibungen auf Basis antiziganistischer Vorurteile werden (wie z.B. bettelnde Menschen).

Autochthon / Allochthon: Aufgrund des österreichischen Volksgruppengesetzes (Anerkennung als Volksgruppe 1993) wird eine Unterteilung der in Österreich lebenden Rom:nja praktiziert. Grob gesprochen: Angehörige der Volksgruppe gelten als autochthon; Personen mit Migrationshintergrund gelten als allochthon und genießen nicht die gleichen Rechte wie Angehörige der Volksgruppe. Die Begriffe werden im Bericht verwendet, um kritisch auf Grenzziehungen hinzuweisen, die im Spannungsfeld von Volksgruppengesetz und Strategie wirken und reproduziert werden.

Strategie (deskriptiv)

“Im Juni 2011 billigte der Europäische Rat ein noch nie dagewesenes Rahmenprogramm für Roma, auf dessen Grundlage bis 2020 greifbare Ergebnisse erzielt werden sollen. Der Rahmen will sicherstellen, dass alle Roma-Kinder zumindest die Grundschule abschließen und zu qualitativvollen und nicht diskriminierenden Bildungseinrichtungen Zutritt haben; er soll die Zahl der Schulabbrecher in der Sekundarstufe senken, Roma dazu ermutigen, am sekundären und tertiären Bildungsbereich teilzunehmen, die Kluft zwischen den Beschäftigungsanteilen von Roma und Nicht-Roma abbauen, das Nachhinken der Roma in der Gesundheitsfürsorge reduzieren und den Roma Wohnraum und öffentliche Einrichtungen zugänglich machen. Die Europäische Kommission hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, politische Strategien im Sinn des EU-Integrationsrahmens für Roma zu entwickeln beziehungsweise bestehende Strategien an diesen Rahmen anzupassen. 2013 sprach sich der Europäische Rat einstimmig für einen Vorschlag der Europäischen Kommission zum Thema wirkungsvolle Maßnahmen zur Einbeziehung der Roma in den Mitgliedstaaten aus. Die Empfehlung ist zwar nicht rechtlich bindend, wird aber als ‘das erste Rechtsinstrument auf EU-Ebene für die Integration der Roma’ beschrieben. Sie beruht auf den Zielen des Rahmenprogramms von 2011, betont jedoch auch die Bedeutung antidiskriminierenden und vorurteilsfreien Denkens sowie diesbezüglicher Maßnahmen.” (Matache 2015, S. 26)

Die Österreichische Strategie zur Inklusion der Rom:nja (im Folgenden „Strategie“) wurde 2011 als Antwort auf den EU-Rahmen für eine Laufzeit von 10 Jahren verabschiedet. Im Jahr 2021 wurde ihre Fortführung für weitere 10 Jahre beschlossen. Das erste offizielle Papier zur Inklusions-Strategie wurde 2011 vom Bundeskanzleramt veröffentlicht. Die für die Strategie zuständige und koordinierende Abteilung im Bundeskanzleramt ist die Abteilung Volksgruppenangelegenheiten, wo auch ein sogenannter „Roma Contact Point“ („Roma-Kontaktstelle“) eingerichtet wurde. In der ersten Version des offiziellen Papiers orientiert sich die österreichische Strategie an den von der EU vorgegebenen sektoralen Schwerpunkten, für die es Verbesserungen zu erreichen gilt: Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit und Wohnen.

Zu Beginn der Strategie wurde außerdem ein Format ins Leben gerufen, welches bis heute existiert und als einer der großen Erfolge der Strategie gilt: die sogenannte „Roma-Dialogplattform“. Dort kommen in regelmäßigen Abständen Vertreter:innen aus den unterschiedlichen Bereichen (Politik, Verwaltung, Zielgruppen, NGOs und Aktivismus) und Ebenen (EU, Bund, Länder, Gemeinden) zusammen, um bestimmte Themen zu diskutieren und zu besprechen, später wurde das Format auch um Workshops erweitert. Innerhalb der Strategie gilt die Dialogplattform als Schlüsselinstrument – sie wird als gelungenes Beispiel für

Partizipation, kontinuierliches Monitoring, Zugänglichkeit und Niederschwelligkeit herangezogen (vgl. zB. BKA 2020).

Neben der Dialogplattform schlägt die Strategie sich vor allem in Maßnahmen nieder, wobei zwischen sogenannten „allgemeinen“ und „spezifischen“ Maßnahmen unterschieden wird. Als Teil der Strategie werden einerseits alle politisch gesetzten Maßnahmen für breite Zielgruppen oder die gesamte Bevölkerung genannt, die *auch* die Situation der in Österreich lebenden Rom:nja verbessern könnten (sogenannte „allgemeine“ oder „strukturelle“ Maßnahmen).

“Sowohl Bundesministerien als auch das Bundeskanzleramt argumentierten meist, dass allgemeine Fördermaßnahmen zur Integration sozial benachteiligter Menschen für Roma offenstehen und sie auch erreichen würden. Roma-Initiativen bezweifeln das. Bisher gibt es keinen Beleg für diese Frage und es gibt keinen Mechanismus, der sicherstellt, dass Roma von diesen Mainstream-Programmen und den aus diesen Töpfen finanzierten Projekten erreicht werden.” (Koller/Spataru 2018, S. 16)

Als „spezifische“ Maßnahmen gelten andererseits jene Projekte und Programme, die gezielt Rom:nja adressieren. Da der Roma Contact Point an sich kein eigenes Budget für die Förderung von Strategiemassnahmen zur Verfügung hat, sind die Grenzen dessen, was als Strategie gilt, recht weit auslegbar. Zu den spezifischen Maßnahmen zählen grobteils Projekte, die es bereits vor der Etablierung der Strategie gegeben hat. Eine Ausnahme bilden dabei die mit verhältnismäßig hohen Summen geförderten ESF-Projekte im Strategie-Bereich Beschäftigung, die weiter unten im Bericht genauer beschrieben werden, sowie die bereits genannte Dialogplattform, die für die Strategie ins Leben gerufen wurde.

Was den Bereich Finanzen und Förderungen betrifft, so gibt es wie erwähnt kein eigenes Budget, mit dem die Roma-Kontaktstelle/das Bundeskanzleramt Projekte selbst fördern könnte; die von der Kontaktstelle verwalteten Mittel sind vor allem für die Entwicklung und den Ausbau der Roma Dialogplattform vorgesehen. Darüber hinaus verfolgt die Strategie einen „sozialwissenschaftlichen Ansatz“, das bedeutet, dass Studien in den verschiedenen relevanten Handlungsbereichen in Auftrag gegeben werden, die zunächst einmal Problem- und Bedarfssfelder identifizieren sollen (auf die einzelnen Studien wird im Zusammenhang mit der Diskussion der Bereiche eingegangen). Anhand dieser Erkenntnisse sollten dann treffsichere Maßnahmen entwickelt werden. Die Aufgabe der Kontaktstelle besteht auch in der Aushandlung von Budgets und deren Vergrößerung mit den zuständigen Stellen (v.a. relevante Ressorts in den Bundesministerien), sodass die Schwerpunkte der Strategie gezielt umgesetzt werden können. Die Frage der Zuständigkeit (finanziell und operativ) für die Strategie zieht sich bis auf die Länder- und Gemeinde-Ebenen Österreichs, da diese oftmals wirkungsvollere Hebel hätten, an denen für eine nachhaltige Verbesserung der Situationen

angesetzt werden könnte. Wie im Bericht gezeigt werden wird, ist das Verantwortungsgefühl auf allen Ebenen maßgeblich von engagierten Einzelpersonen abhängig und nicht strukturell gewährleistet. Die regionalen Unterschiede sind dementsprechend hoch.

Ein aktualisiertes Strategiepapier wurde 2017 veröffentlicht, in welchem die beiden Bereiche Gesundheit und Wohnen in den Hintergrund rückten und die zwei Querschnittsthemen „Empowerment“ (von Frauen, Jugend und der organisierten „Zivilgesellschaft“) und Bekämpfung von Antiziganismus aufgenommen wurden. Grundlage für die neue Schwerpunktsetzung waren neben der Empfehlung der Europäischen Kommission auch eine offene Online-Konsultation unter Vertreter:innen der Zielgruppen, die aus drei Fragen bestand und die an unterschiedlicher Stelle als ein weiterer Hinweis auf Partizipation herangezogen wird. In einem auf der Website der Strategie veröffentlichten Dokument mit den Ergebnissen der Konsultation wurden zwei der drei Fragen und ihre Ergebnisse veröffentlicht. Die dritte Frage bezieht sich auf Vorschläge zur Dialogplattform, ihr genauer Wortlaut und die Antworten der Teilnehmenden sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Ein Link zu den Umfrageergebnissen im aktualisierten Strategiepapier von 2017 (BKA, S. 21, Fußnote 44) funktionierte zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht.

In einem Dokument, in dem kritische Kommentare von Vertreter:innen der sogenannten „Roma-Zivilgesellschaft“ zum nach der online-Konsultation überarbeiteten Strategiepapier 2016 gesammelt und beantwortet wurden, legt die Roma-Kontaktstelle unter Verweis auf eine EU-Richtlinie ihren Ansatz des „*explicit but not exclusive targeting*“, der sich in einer Dominanz struktureller Maßnahmen niederschlägt, dar:

„Die österreichische Roma-Strategie verfolgt den Ansatz, zielgruppenspezifische Bedürfnisse grundsätzlich im Rahmen allgemeiner Inklusionsmaßnahmen zu adressieren und dabei auch Roma anzusprechen. Dies entspricht einem der Grundprinzipien des EU Rahmens für Nationale Strategien zur Intergration der Roma bis 2020: Unter dem Stichwort ‚explicit but not exclusive targeting‘ sollen sich Inklusionsmaßnahmen auch an betroffene Roma richten, ohne jedoch andere Bevölkerungsgruppen auszuschließen, die in vergleichbaren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben. So soll sichergestellt werden, dass Roma innerhalb des allgemeinen Inklusionsrahmens angesprochen werden. Deziert vermieden werden soll daher die Entwicklung nationaler Roma Strategien, die außerhalb eines solchen nationalen Referenzrahmens liegen und damit ausschließenden (‚exclusive‘) Charakter hätten. Es ist eine der zentralen Herausforderungen der Roma Strategie sicherzustellen, dass allgemeine Inklusionsmaßnahmen sozio-ökonomisch (sic!) benachteiligte Roma ebenso erreichen wie andere sozio-ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Zentrales Ziel der Nationalen Roma Kontaktstelle ist es daher, die Perspektive der Roma und ihre spezifischen Bedürfnisse mittel- und langfristig durch treffsichere Aktivitäten

und Sensibilisierungsmaßnahmen in allen maßgeblichen Politik- und Verwaltungsbereichen zu verankern.” (RKP/ BKA 2016)

Das Stichwort *targeting* verweist auch noch auf eine weitere - im Kontext der Strategie sehr herausfordernde - Dimension: das tatsächliche Erreichen der vielen verschiedenen Zielgruppen der Rom:nja über die einzelnen Vertreter:innen der in Österreich (und ausschließlich im Osten des Bundesgebiets) wirkenden Rom:nja-Vereine hinaus. Dieses Erreichen wäre eine wichtige Grundvoraussetzung für ein treffsicheres Implementieren von Maßnahmen, da es einerseits eine realistische Bedarfserhebung ermöglichen würde und andererseits Personen in die Gestaltung von Maßnahmen miteinbezogen werden könnten, die aus den bislang unsichtbaren Teilen der Zielgruppe heraus Wissen und Erfahrung einbringen könnten.

Das Feld der Akteur:innen

In unterschiedlichen Phasen der Forschung erschien es immer wieder wichtig, Einteilungen der Akteur:innen und ihrer Rollen und Verantwortungen in dem sozialen Feld, das die Strategie aufspannt, vorzunehmen. Auf der Seite der politischen und offiziellen Akteur:innen steht zunächst einmal die Abteilung Volksgruppenangelegenheiten des Bundeskanzleramts. Dort gibt es den Roma Contact Point, der für die Erarbeitung und Umsetzung der Strategie zuständig ist. Von diesem ausgehend werden andere offizielle Akteur:innen aus Politik und Verwaltung miteinbezogen. Einerseits werden Budgets mit den Ministerien ausverhandelt, die auch in Bereiche hineinwirken, die in der Strategie eine Rolle spielen (Bundesministerium für Arbeit, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung etc.), andererseits werden inhaltliche Aufgaben gemeinsam gelöst. Das Bundeskanzleramt hat weiters auch einen Anknüpfungspunkt zur EU, die den Rahmen für die Strategien verabschiedet hat und an die es Berichte und Ergebnisse der nationalen Umsetzungen zu liefern gilt. Auch in anderen Teilen der Bundesverwaltung gibt es im Rahmen der Strategie Kontakte zu EU, wie beispielsweise im Arbeitsministerium, in dem die ESF-Projekte angesiedelt sind. In den für die Strategie relevanten Bundesministerien gibt es einzelne Ansprechpersonen, die mit den Agenden betraut sind. Eine besondere Rolle auch in der Vermittlung von wichtigen Themen betreffend der Situation der Rom:nja in der EU kommt der Grundrechteagentur (FRA) zu, die ihren Sitz in Wien hat und auch mit dem Contact Point in regelmäßigem Austausch auf Basis des von ihr erhobenen Wissens, etwa zum Thema Nichtdiskriminierung, steht¹. Auch

¹ Im Rahmen der Studie, im Speziellen für die Fragebogenentwicklung, wurden zahlreiche relevante Dokumente der Agentur herangezogen, u.a. Report on Roma and Travellers in Six Countries (FRA 2020); Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Roma Women in nine EU Member States (FRA 2019); Transition from Education to Employment of Young Roma in Nine EU Member States (FRA 2018); Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Roma – Selected findings (FRA 2016); The Situation of Roma in 11 Member States (FRA 2012).

öffentliche Institutionen wie die Gleichbehandlungsanwaltschaft, aber auch das Arbeitsmarktservice, sind für die Strategie wichtige Akteur:innen, die in ihren unterschiedlichen Bereichen miteinbezogen werden.

Die Abteilung Volksgruppenangelegenheiten verwaltet nicht nur die Strategie, sondern vor allem auch die Angelegenheiten der Volksgruppe der autochthonen Rom:nja. Im dort ebenfalls angesiedelten Roma-Volksgruppen-Beirat sitzen vier Vertreter:innen von Rom:nja-Organisationen, sowie zwei politische und zwei kirchliche Vertreter:innen, die ein- bis zweimal jährlich zusammenkommen, um volksgruppenpolitisch relevante Themen zu diskutieren und um Empfehlungen über die Zuteilung der Förderungen abzugeben. An die Volksgruppenrechte geknüpft ist nämlich auch die Volksgruppenförderung für Projekte und Initiativen von autochthonen Rom:nja-Vereinen und -Organisationen.

Auf Ebene der Länder und Gemeinden gibt es viele Akteur:innen, in deren Aufgabenfeld die Agenden der Strategie theoretisch fallen würden: Integrationsbeauftragte, Mitarbeiter:innen in den Bereichen Soziales, Jugend, Familie und Bildung, sowie Akteur:innen der Wohnpolitik, die Länderkompetenz ist, sowie beispielsweise die Bildungsdirektionen, die es in jedem Bundesland gibt. Dass Akteur:innen, deren Aufgabenfeld zumindest theoretisch mit Teilen der Strategie bzw. deren Umsetzung korrespondiert, auch tatsächlich davon wissen, kann - das hat die Evaluierung gezeigt - nicht vorausgesetzt werden. Zumeist hängt es vom Engagement und vom persönlichen Interesse einzelner Personen ab, ob sich in den Strategiebereichen auch auf lokaleren Ebenen etwas tut.

Wichtige Akteur:innen vor allem auf den lokalen Ebenen sind die Rom:nja-Organisationen und -Vereine in Österreich. Diese haben unterschiedliche Schwerpunkte und Ausrichtungen. Viele von ihnen leisten wichtige Bildungsarbeit oder übernehmen soziale Beratungs- und Unterstützungsaufgaben, andere sind Treiber der Aufarbeitung der Geschichte der Rom:nja in Österreich, wieder andere fördern Rom:nja-Künstler:innen und -Musiker:innen oder setzen sich für Erhalt und Fortbestand der Sprache(n) ein. Nicht alle von ihnen repräsentieren dabei alle Rom:nja, es gibt einige, die als Vertreter:innen gewisser Gruppen (z.B. Sinti:zze, Lovara, Jenische oder Burgenland-Rom:nja) fungieren, andere artikulieren die Interessen beispielsweise von Frauen oder von jungen Menschen bzw. Hochschul:innen. Auffällig an der Rom:nja-Vereinslandschaft in Österreich ist ihre geographische Konzentration auf den Osten Österreichs. Momentan gibt es nur im Burgenland und in Wien Rom:nja-Organisationen sowie seit 2021 einen Verein für Jenische in Tirol ("Jenische in Österreich"), der jedoch von der Strategie bislang noch nicht berührt oder miteinbezogen wurde. Die Abwesenheit der Vereine in anderen Teilen Österreichs kann - auf Basis der durch die Forschung gewonnenen Erkenntnisse - als ein Defizit verstanden werden, da die Rolle, die die Vereine als Mittler

zwischen den Zielgruppen und der Strategie und als Multiplikator:innen einnehmen, eine zentrale ist.

Neben Politik/Verwaltung und den Rom:nja-Organisationen gibt es auch dominanzgesellschaftliche Institutionen, die die Strategie und ihre Umsetzung unterstützen. Augenscheinlich wird das bei den großen sozialen Projektträgern, die für die Durchführung der ESF-geförderten Projekte innerhalb der Strategie Verantwortung übernehmen, dazu zählen Wohlfahrtsorganisationen, soziale Unternehmen und Einrichtungen der Volksbildung. Daneben gibt es eine Reihe von NGOs, die wichtige Arbeit *auch* im Interesse von Rom:nja machen und in unterschiedlichen Kontexten zu Kooperationspartner:innen und Mitstreiter:innen werden. Dazu zählen Initiativen und Vereine, die sich für die Interessensdurchsetzung und Sichtbarkeit von Minderheiten einsetzen, gegen Diskriminierung und Rassismus auftreten oder für stark marginalisierte Gruppen Lobbyarbeit machen oder Infrastrukturen zur Verfügung stellen. Das Engagement für die Anliegen der Rom:nja ist dabei oftmals unabhängig von der Strategie und bestand auch schon vor dem Verabschieden des EU-Rahmens 2011.

Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Die Strategie trifft sowohl in rechtlich-politischer als auch gesellschaftlicher Hinsicht auf Rahmenbedingungen, die ihre Umsetzung komplex machen. Das Volksgruppengesetz schafft für die als autochthon geltenden Rom:nja eine besondere Situation, die einen bestimmten Schutz gewährleistet und aufgrund der Volksgruppenförderung die Möglichkeit der politischen und kulturellen Interessensvertretung stärkt. Die als autochthon geltenden Rom:nja leben überwiegend im Burgenland und zu einem geringen Teil in Wien, was sich auch auf der Ebene der Verwaltung in einer größeren Vertrautheit mit den Thematiken, aber auch in Form punktueller Maßnahmen sowie in Möglichkeiten, in Bildungseinrichtungen die Sprache Romanes zu lernen, widerspiegelt. Die Anerkennung der Rom:nja als Volksgruppe, die am 16. Dezember 1993 erfolgte, war ein wichtiger historischer Schritt und zugleich Voraussetzung für die Etablierung eines regelmäßigen Kontaktes zwischen Vertreter:innen der Volksgruppe und Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung. Diese Kontakte bestehen auch im Rahmen der Strategie, die aber über die Volksgruppe hinaus alle in Österreich lebenden Rom:nja anspricht. Es ist jedoch kein Anspruch der Strategie, die rigide Auslegung des Volksgruppengesetzes aufzubrechen oder auch nur zur Diskussion zu stellen. Stimmen, die sich für eine Inklusion der allochthonen Rom:nja in die Volksgruppe aussprechen, werden von der Strategie bislang nicht berücksichtigt.

Auf politischer Ebene sind Rom:nja in Österreich nur peripher und wenn, dann meist auf Gemeindeebene repräsentiert. Auf Bundes- und Gemeindeebene gibt es vereinzelt

Politiker:innen, die den Anliegen von Rom:nja positiv gegenüberstehen oder diese auch in die Gremien tragen. Viele Gruppen und deren Anliegen sind jedoch auch indirekt nicht vertreten. Das Volksgruppengesetz garantiert eine gewisse mediale Repräsentanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, darüber hinaus existieren zivilgesellschaftlich organisierte Formate. Eine genaue Besprechung der strukturellen und horizontalen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, in die die Strategie eingebettet ist, findet sich im ersten „Monitoringbericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der österreichischen Integrationsstrategie“ (Koller/Spataru 2018).

Zu den Rahmenbedingungen zählt auch ein gesellschaftlicher Kontext, in dem Ablehnung und Ressentiments gegenüber als Rom:nja wahrgenommenen Personen stark verankert sind. Es existiert eine historisch weit zurückreichende Diffamierung und strukturelle Ausgrenzung, die im NS-Regime mit der systematischen Verfolgung und Ermordung einen Höhepunkt fand. Insgesamt wurde rund eine halbe Million Rom:nja durch das NS-Regime ermordet, in Österreich überlebten nur rund 15 Prozent der ursprünglichen Bevölkerung (Thurner 2015). Ihre offizielle Anerkennung als Opfer und die Integration dieser Erfahrung in das kollektive Gedächtnis und die öffentliche Erinnerungspolitik erfolgten sehr spät und sind bis heute unvollständig. Unwissenheit, negative Vorurteile und unhaltbare Verallgemeinerungen prägen das Bild vieler Angehöriger der Dominanzgesellschaft. Das rassistisch motivierte Attentat in Oberwart im Februar 1995, bei dem vier Roma ermordet wurden, riss die Wunden von Verfolgung und Missachtung wieder auf. Mit diesem Ereignis rückte die Situation in die öffentliche Wahrnehmung und zwang auch Repräsentant:innen der Dominanzgesellschaft, sich zu positionieren und die verbreiteten Vorurteile gegen Rom:nja und den Antiziganismus zu thematisieren. Ein Bekenntnis zur Beachtung der Anliegen aller in Österreich lebenden Rom:nja erfolgte auf politischer Ebene erst durch die mit der Strategie einhergehende Selbstverpflichtung. Die Selbstorganisation sowohl autochthoner als auch allochthoner Initiativen begann bereits mit den beginnenden 1990er Jahren. Seit damals hat auch das wissenschaftliche Interesse an Rom:nja-bezogenen Themen zugenommen. Allerdings blieb die institutionelle Verankerung in österreichischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen bislang aus, auch überwiegt nach wie vor eine Forschung über Rom:nja durch Angehörige der Dominanzgesellschaft.

Architektur und Agenda der Strategie (analytischer Teil)

Konzepte und Kriterien

In den Dokumenten der Strategie, aber auch im Zusammenhang mit den Dialogplattformen und von Seiten unterschiedlicher Akteur:innen, die auf die Strategie Bezug nehmen, werden gewisse Begriffe immer wieder bemüht, die auf Grundannahmen verweisen, an denen die Strategie sich orientiert und in denen zugleich gewisse Positionen und Haltungen zum Ausdruck kommen. In diesen Begriffen und Annahmen artikuliert sich gewissermaßen die Philosophie der Strategie. Sich mit dieser auseinanderzusetzen, ist auch wichtig, um sie in ein Verhältnis zu setzen mit anderen, teilweise von außen herangetragenen Vorstellungen und Erwartungen an die Angebote und Leistungen der Strategie. In diesem Abschnitt sollen die zentralen Begriffe, denen die Forschung im Reden und Nachdenken über die Strategie begegnet, beleuchtet und diskutiert werden. Einerseits werden Konzepte besprochen, die in der Strategie wirken und auf verschiedene Weise zum Tragen kommen. Andererseits werden Kriterien identifiziert, die für eine gelungene Umsetzung der Strategie zentral scheinen.

Wie wichtig es ist, sich mit Fragen der Semantik und Sprachverwendung auseinanderzusetzen, kann einleitend am Beispiel der Bezeichnung „Roma-Strategie“ aufgezeigt werden. Diese Kurzform wird durchgehend verwendet und findet sich auch im offiziellen Internetauftritt auf der Website des Bundeskanzleramts. Diese Benennung kann nicht zuletzt aufgrund der historischen kollektiven Erfahrung von Verfolgung und Ausgrenzung stark negative Assoziationen wecken, da sie suggeriert, dass es eine Strategie zur Lösung des Problems „Roma“ braucht. Das Problem liegt aber in den Strukturen der Gesellschaft, die es zu verändern gilt. Viele Rom:nja müssen tagtäglich erleben, wie über Sprache Vorurteile formuliert und weitergegeben und ihnen auf diese Weise ein sozialer Ort zugeschrieben wird. Die reflexive Verwendung von Sprache hat das Potential, zu neuen und auch besseren Realitäten beizutragen und diese mitzugestalten.

Konzepte

Inklusion

Die Strategie spricht vom Ziel der Inklusion der Rom:nja in Österreich, was die Zielgruppen in ein anderes Verhältnis zur Dominanzgesellschaft setzt als beispielsweise der Begriff der

Integration. Während Integration suggeriert, dass die zu integrierenden Gruppen in die bestehende Mehrheitsbevölkerung eingefügt werden können und oft mit der Anforderung einhergeht, entsprechende Anpassungsleistungen zu erbringen, reflektiert Inklusion die Erwartung eines gleichberechtigten Zusammenlebens von Angehörigen einer Gesellschaft bei Anerkennung der Pluralität der Lebensformen, Hintergründe und Zugehörigkeiten, die in ihr bestehen. Insofern meint Inklusion einen Prozess, der dazu auffordert, ein gemeinsames Leben in einer diversen und heterogenen Gesellschaft zu gestalten. In einem Dokument wie der Strategie impliziert die Verwendung des Begriffs Inklusion die Selbstverpflichtung, die strukturellen Probleme, die in der Gesellschaft vorherrschen und ein gleichberechtigtes Miteinander erschweren oder gar verunmöglichen, zu benennen und bearbeitbar zu machen. Der Begriff Inklusion fordert die von der Strategie adressierten Gruppen auf, sich in diesen Prozess einzubringen, während er die Politik und Verwaltung verpflichtet, die symbolischen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen, die Teilhabe ermöglichen. Die Wahrnehmung dieser Verpflichtung, die mit dem Konzept der Inklusion verknüpft ist, wird von vielen Expert:innen gefordert:

*"Möglicherweise ist die Strategie zu wenig daran orientiert, auch Inklusion von der Mehrheitsgesellschaft zu fordern. Dazu wäre es wichtig, Bewusstseinsbildung in Institutionen, in staatlichen und sozialen Einrichtungen zu verstärken. Auch Schulungen zu Klassismus, Rassismus, Antirrom*nja-Einstellungen wären verstärkt notwendig. Inklusion muss mehr als Strategie gesehen werden, die von beiden Seiten kommt. (...) Soziale Inklusion bedeutet für mich, dass Menschen einen gerechten gleichberechtigten Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen bekommen. Da viele Rom*nja auch von einer rechtlichen Exklusion (z.B. durch eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische) betroffen sind, greift nur die soziale zu kurz. Auch gesellschaftliche Mechanismen, wie die Tatsache, dass in Österreich die Bildung der Kinder noch vom Bildungsgrad und finanziellen Hintergrund der Eltern abhängig ist, ist nach wie vor ein großer sozialer Ausschlussmechanismus. Auch hier reicht es nicht, reine Zielgruppenarbeit zu betreiben, da diese oft das Thema als Problem der Zielgruppe und nicht als strukturelles Problem sieht. Auch hier wäre eine grundlegendere Reform notwendig." (Mitarbeiter:innen Nachbarschaftszentren Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E8)*

Die Sicherung der essentiellen materiellen Grundbedürfnisse auf strukturellen Ebenen kann somit auch als die Vorbedingung zur Ermöglichung nachhaltiger sozialer Inklusion und Teilhabe gesehen werden:

"Soziale Inklusion wäre ja ganz fein, tatsächlich hat dieser Ansatz jedoch keinerlei Einfluss auf die kommunalen / regionalen Grundlagen der Wohn- und Sozialverwaltung genommen, sodass der Begriff ‚Inklusion‘ leider eine leere Hülle ohne greifbaren und

handfesten Inhalt verblieben ist. Es gibt a) keinen Zugang zu leistbaren Wohnungen, b) keine Ansprüche auf Leistungen der Sozialunterstützung (vormals Bedarfsorientierten Mindestsicherung / vulgo: Sozialhilfe), c) keine Sozialversicherung, d) keinen Zugang zum regulären Gesundheitswesen etc. pp." (Expert:in aus Forschung und Beratung, westliches Bundesland, schriftlicher Expert:innenfragebogen E29)

Dialog

Der Anspruch der Inklusion übersetzt sich in der Strategie nicht nur in bestimmten Zielvorgaben und Maßnahmen in ausgewählten Handlungsfeldern, sondern in der Verwendung von Begriffen wie Dialog und Partizipation. Während, wie weiter unten näher ausgeführt wird, der Begriff der Partizipation auch als Kriterium für die Zielerreichung verstanden werden kann und unterschiedliche Abstufungen kennt, handelt es sich beim Begriff des Dialogs um ein Grundprinzip des verständigungsorientierten Handelns. Dieses setzt Horizontalität, ein Agieren auf Augenhöhe, Empathie(-fähigkeit) und das Offenlegen und Transparentmachen von Rahmenbedingungen und Machtverhältnissen voraus. Ähnlich wie Inklusion impliziert also auch der Begriff des Dialogs eine Selbstverpflichtung und schließt Bevormundungen des Gegenübers grundsätzlich aus.

Zivilgesellschaft

Die Strategie setzt den Begriff des Dialogs explizit mit dem Begriff der Zivilgesellschaft in Beziehung. Dieser Begriff beinhaltet zumindest zwei mögliche Lesarten: In der ersten steht der Begriff Zivilgesellschaft als Synonym für eine Gesellschaft der Bürger:innen als politische Subjekte und Träger:innen von Rechten. Diese Lesart ist gut vereinbar mit dem Anspruch eines Inklusionsprozesses, an dem alle Menschen als Bürger:innen unabhängig von ihrer aktuellen Staatsbürger:innenschaft und sonstigen Merkmalen teilhaben können. Dem steht eine Lesart gegenüber, die Zivilgesellschaft als Organisationsform betrachtet, die sich in Vereinen, Initiativen, Interessensverbänden oder Nicht-Regierungs-Organisationen artikuliert. Diese zweite Lesart ist kommunitaristisch begründet. Das bedeutet, dass die Gründe für eine Organisation auf einer angenommenen Gemeinsamkeit bzw. auf Gemeinschaftsbildung beruhen. Definiert die erste Lesart die Zielpersonen der Strategie als Bürger:innen in einem universalistischen Sinn, imaginiert die zweite Lesart ein gemeinsames Merkmal, das für Vereine und andere Zusammenschlüsse und Formen der Selbstorganisation konstitutiv ist. In der Strategie steht Zivilgesellschaft für die von ihr adressierten Gruppen der Rom:nja.

Kriterien

Die Strategie verfolgt das Ziel, die Inklusion der Rom:nja in Österreich zu erhöhen. Zur Erreichung dieses Ziels müssen gewisse Kriterien von der Strategie und ihren Maßnahmen

erfüllt sein. Kriterien, die im Zuge der Forschung identifiziert werden konnten, sind Partizipation, Abwesenheit von Diskriminierung, Ermächtigung, Nachhaltigkeit und Transparenz. Mit anderen Worten: Eine gute Umsetzung ist an der Einhaltung dieser Kriterien zu messen. Wichtig daran ist, dass nicht alle dieser Kriterien explizit von der Strategie selbst aufgestellt werden, sondern auch Erwartungen reflektieren, die an sie von außen, d.h. aus dem Feld der Akteur:innen herangetragen werden. Auf diese Weise sollen die Anliegen und Wünsche, also die Perspektive von Personen aus den Zielgruppen und/oder von Expert:innen, die mit der Strategie befasst sind, sichtbar werden.

Partizipation

*“[Die vielen Rom:nja Vereine in Österreich] sind Beispiele für Selbstorganisation, die auch unabhängig der jeweiligen politischen Maßnahmen entstanden sind. Was jedoch noch immer fehlt, ist eine verstärkte und vermehrte Einbindung von Rom*nja in politische Entscheidungsprozesse selbst. Vielfach wird noch immer über anstatt mit Rom*nja entschieden. Aufgrund der Vielzahl an etablierten Roma-Vereinen würde sich eine Zusammenarbeit auf der politischen Entscheidungsebene anbieten.”*
(Wissenschaftler:innen, akademische Institution, schriftlicher Expert:innenfragebogen E18)

Partizipation ist ein Schlüsselbegriff in der Strategie, und wie bei allen Begriffen stellt sich auch hier die wichtige Frage nach seiner Deutungshoheit. Wer entscheidet, wann das Partizipationskriterium erfüllt ist, und was es dazu braucht, ist essentiell. Die Einschätzungen vieler Akteur:innen, die im Rahmen der Evaluierung befragt wurden, aufgreifend, kann festgehalten werden, dass Partizipation, wenn sie erfolgreich erfüllt sein soll, auf verschiedenen Ebenen ermöglicht werden muss:

- (1.) muss in konkret gesetzten Maßnahmen gewährleistet sein, dass Personen aus den Zielgruppen aktiv miteinbezogen sind und an der Gestaltung und Umsetzung der Maßnahmen teilhaben können;
- (2.) muss Partizipation auch in der Entwicklung der Maßnahmen und der gesamten Strategie, ihrer Ausrichtung, Konstruktion und Haltung möglich gemacht werden;
- (3.) muss die Frage, wie die Partizipation an sich ausschauen soll, partizipativ erarbeitet werden können.

Welche Formate sind notwendig? Welche Werkzeuge braucht es, um die Partizipation zu sichern und neue Zielgruppen aktiv einzubinden? Wo wollen die Personen aus den Zielgruppen eigentlich mitreden, -bestimmen und -arbeiten? Und unter welchen (materiellen und immateriellen) Bedingungen?

1. Die ESF-Maßnahmen im Rahmen der Strategie, die sich auf den Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung beziehen, sind ein gutes Beispiel für die (1.) Partizipationsebene. Hier wird als formelles Kriterium für Antragsteller:innen festgelegt, dass in den eingereichten Projekten Rom:nja in leitenden Positionen mitarbeiten müssen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, greift als alleinige Maßnahme jedoch zu kurz. Einige der Interviewpartner:innen haben selbst als Rom:nja im Rahmen eines ESF-Projektes einen Arbeitsplatz in einer NGO bekommen. Dabei wurde einige Male ein Gefühl des Ausgenutztwerdens zur Sprache gebracht. Um das zu verstehen, muss man sich vor Augen führen, dass die ESF-Projekte wichtige Einnahmequellen für die großen karitativen NGOs oder für soziale Unternehmen in Österreich sind, unabhängig vom thematischen oder zielgruppenmäßigen Schwerpunkt. Sie stellen Personen, die Rom:nja sind, auch deshalb ein, weil sie ein Kriterium erfüllen müssen, um zu einer Förderung zu kommen. Unter den Organisationen, die auch schon vorher mit und für Rom:nja gearbeitet haben, gibt es hingegen fast keine, die sich dem bürokratischen Aufwand und der hochkomplexen Verwaltung eines ESF-Projektes stellen konnten. Nur eine Rom:nja-Organisation konnte ein Projekt erfolgreich abschließen, und auch hier nur unter großen Schwierigkeiten, weil eine Organisation ohne eigene Verwaltungseinheit etc. diesen Aufgaben kaum oder gar nicht gewachsen ist.

“Wer sitzt denn da oben? Wer bestimmt denn diese Projekte? Das ist halt nochmal so die Frage. Und das hab ich schon auch gemerkt, in den ganzen Organisationen war genau dasselbe wieder. (...) Ich muss sagen, ich persönlich, ich wurde eigentlich nie diskriminiert. Also, bevor ich mich begonnen hab, in der Community zu engagieren. Erst da hab ich so ein bisschen gemerkt, dass man schon jemanden braucht, der sozusagen den Zugang zu den Leuten hat. Und da sind wir glaube ich schon ein bisschen allergisch. (...) Und eigentlich finde ich, es geht hier trotzdem rein ums Geld und die ganzen großen Einrichtungen, die finden: Okay, da gibt's jetzt ganz viel Bedarf, weil vor der Strategie waren die Roma-Themen nicht so wichtig. Und die schauen natürlich schon, dass die da jetzt auch überleben.“ (Expert:inneninterview I, Zeilen 141-153)

Da viele andere der von der Strategie geführten Maßnahmen sogenannte allgemeine Maßnahmen sind, gibt es in diesen Fällen weder die Möglichkeit, zu überprüfen, ob auch wirklich Rom:nja an der Umsetzung beteiligt sind, noch ist es ein Kriterium.

Das Kriterium der Partizipation lässt sich auch auf diese Studie anwenden. Die Studie zur Evaluierung der Strategie ist gleichzeitig eine ihrer Maßnahmen, da durch die EU eine unabhängige Wirkungs- und Qualitätsüberprüfung vorgesehen ist. Partizipation war Teil des Forschungskonzeptes und wurde auch vertraglich verankert. Vorbereitet wurde die Maßnahme jedoch nicht partizipativ, die Entscheidung lag beim Auftrag-

bzw. Fördergeber, ohne das Vorhaben oder die Kriterien an die Zielgruppen zu kommunizieren bzw. zur Diskussion zu stellen. Die Universität Wien wurde mit der Durchführung der Studie beauftragt, um eine Unabhängigkeit der Evaluierung sicherzustellen; die Auftragsvergabe wurde aber den Anforderungen einer Partizipation erneut nicht gerecht, da zwar eine Partizipation in der Durchführung von Maßnahmen vorgesehen war, der Ansatz der Partizipation selbst jedoch nie zur Diskussion gestellt wurde. Die Tatsache, dass der Ansatz der Partizipation nicht partizipativ entwickelt und ausgehandelt wurde, sorgte zu Beginn der Studie auch für entsprechende Kritik.

2. Als Ort, an dem im Rahmen der Strategie bereichsübergreifende Partizipation stattfinden kann, ist vor allem die Dialogplattform zu nennen. Diese wird weiter unten genauer beschrieben. Sie ist ein wichtiges Werkzeug zur Erhöhung der Partizipation, jedoch gleichzeitig eher hochschwellig und erreicht nur gewisse Segmente aus den Zielgruppen. In der Dialogplattform können wichtige Impulse an die Verantwortlichen weitergegeben und Debatten über die Strategie, ihre Ausrichtung und ihre Themen geführt werden. Wenn dieses Format das einzige bleibt, sind viele Angehörige der Zielgruppen, vor allem jene ohne Anbindung an eine Interessensvertretung, von grundlegenden Diskussionen und Aushandlungsprozessen ausgeschlossen, sei es, weil sie kein Deutsch sprechen, zur vorgegebenen Zeit anderen Verpflichtungen nachgehen müssen oder schlicht nicht davon wissen. Außerdem ist die Dialogplattform kein Organ der Mitentscheidung. Dass es bislang kein Angebot an die Zielgruppen gibt, die Strategie tatsächlich mitzuentwickeln und zu konzipieren, ist ein grundlegendes Defizit. Voraussetzung für informierte Mitentscheidung wäre, im Sinne eines *Capacity building*, eine aktive (und aktivierende) Suche nach interessierten Zielgruppenangehörigen und deren Vernetzung in *allen* Bundesländern. Gerade in Österreich mit seiner föderalen Struktur und den vielfältigen Kompetenzen auf Länder- und Gemeindeebene wäre ein partizipativer, basisorientierter und regionalisierter Ansatz erfolgsversprechend. Dazu zählt auch die Möglichkeit der Entwicklung regionalisierter Strategieteile mit den jeweils vor Ort Betroffenen.
3. Schon in den beiden vorangegangenen Punkten ist durchgeklungen, worum es auf der dritten Ebene geht: Die Partizipation an sich - also die Art und Weise, wie teilgehabt werden kann - sollte partizipativ entwickelt werden. Gegenwärtig gibt es einzelne Formate bzw. formelle Kriterien, die Partizipation von Zielgruppenangehörigen vorsehen. Die Art der Teilhabe ist dabei genau vorgegeben. Wie die Entscheidungen darüber zustande gekommen sind, wie partizipiert werden kann, wer adressiert wird und was unter Partizipation überhaupt verstanden werden soll, ist nicht ersichtlich. Wird diese Ebene nicht mitbehandelt, besteht die Gefahr, dass durch vermeintliche Partizipation Personen instrumentalisiert oder sogar ausgenutzt werden. Ihr Wissen

und ihre Erfahrungen sind Voraussetzungen für eine gelungene Umsetzung der Strategie und ihrer Maßnahmen und es bedürfte nicht nur einer symbolischen Anerkennung, sondern vor allem auch einer Klärung, unter welchen, auch materiellen Voraussetzungen, diese Leistungen erbracht werden.

Abwesenheit von Diskriminierung

Beim Kriterium „Abwesenheit von Diskriminierung“ geht es darum, jeden einzelnen Schritt, der im Rahmen der Strategie gesetzt wird, genau zu überprüfen und zu hinterfragen, ob in ihm eine Form von Diskriminierung stattfindet. Spricht die Strategie von der Bekämpfung von Diskriminierung werden Zustände in der Gesellschaft problematisiert; am Prüfstand steht jedoch auch die Praxis der Strategie selbst. Auch aus diesem Grund ist die aktive Einbeziehung und Mitwirkung der Angehörigen der verschiedenen Zielgruppen wichtig, denn sie sind es, die als potentielle Betroffene die Diskriminierung erfahren, weshalb sich die Ausgestaltung der Strategie an ihren Einschätzungen und Bewertungen orientieren muss. Darüber hinaus ist ein Verständnis von Diskriminierung notwendig, das die verschiedenen Dimensionen und Formen, die Diskriminierungssituationen annehmen können, erfassen kann. Konkret geht es darum, die vielfältigen Mechanismen der Diskriminierung, die miteinander und ineinander wirken, zu erkennen, beispielsweise das Zusammenspiel von (auch zugeschriebenen) Merkmalen wie Alter, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, sozioökonomischer Status. Das Kriterium der Antidiskriminierung zielt also auf eine Haltung ab, die den Zielgruppen Raum gibt und sich an ihren Einschätzungen orientiert.

Ermächtigung

Ob eine Maßnahme in einer Weise erdacht und umgesetzt ist, die ermächtigend ist, ist daran festzumachen, ob Handlungsräume entstehen bzw. geöffnet werden, die es den unterschiedlichen Zielgruppen, vor allem auch jenen ohne etablierte organisatorische Infrastruktur, ermöglichen, für eigene Interessen, Anliegen und Bedürfnisse einzutreten und sich selbst so zu organisieren, dass sie diese erreichen und ihre Lebenssituation nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Das setzt ein Bekenntnis zur Diversität der Lebensentwürfe, eine Bereitschaft zu Offenheit, aber auch die Stärkung der Konfliktfähigkeit auf allen Seiten voraus. Das Kriterium der Ermächtigung bezieht sich aber auch auf die Durchlässigkeit von Institutionen und die Erreichbarkeit von Positionen, die mit Prestige, Einfluss und Entscheidungsbefugnis ausgestattet sind.

Nachhaltigkeit

Dieses Kriterium wird von vielen Akteur:innen, die im Rahmen des Projektes befragt wurden, eingebracht. Besonders häufig wird die Frage nach nachhaltigen Effekten von Maßnahmen, die in Form von Projekten organisiert sind, aufgeworfen. Ein Projekt ist zum einen darüber

definiert, dass es zeitlich befristet ist und daher auch nur für eine bestimmte zeitliche Periode gefördert wird. Zum anderen entwickeln sich im Laufe eines Projektes Abläufe, Beziehungen und Strukturen, die Voraussetzung sind, dass sich Menschen überhaupt darauf einlassen. Nach Auslaufen der Projekte brechen diese weg.

*“Zu wenige nachhaltige Projekte: Förderungen der EU und der Republik Österreich sind nur temporär, ein Umstand, der den Aufbau langfristiger Strukturen und Maßnahmen für Rom*nja erschwert. Zudem gab es bislang keine Bereitschaft, bereits bestehende erfolgreiche Maßnahmen (z.B. Roma-Schulmediation) zu institutionalisieren und damit langfristig zu sichern.”* (Wissenschaftler:innen, Österreichische Akademie der Wissenschaften, schriftlicher Expert:innenfragebogen E18)

Die Etablierung dauerhafter und von Projektförderperioden unabhängiger Strukturen ist wichtig, da nur längerfristig das Wissen um sie in den Communities verankert und die Wahrscheinlichkeit erhöht werden kann, dass auch sehr schwer erreichbare Zielgruppen die Hilfe in Anspruch nehmen. Vertrauen und Beziehungsarbeit brauchen Zeit.

“Es ist halt schade, weil die Roma dann keine Anlaufstelle haben. Die wissen: okay, jetzt können sie kommen bis nächstes Jahr, und dann ist es vorbei. Wo gehen sie dann hin? Und da muss man hinterfragen, ist das sinnvoll, wenn man Projekte 3 Jahre macht, 3,5 Jahre (...) Aber wenn es jetzt keine Anlaufstelle gibt, wo geht er hin? Weil [Name Rom:nja-Verein] hat momentan nur Frauen-Beratung, Männer-Beratung haben sie nicht. (...) Die übernehmen dann wir, die Männer, und dann hast du das Problem: aber wo gehen sie nächstes Jahr dann hin, wenn das Projekt ausläuft? (...) Ich glaube, wenn die Strategie das macht und man es wirklich schafft, zwei Anlaufstellen, fixe, wo Nachhaltigkeit ist, dann kann man sagen: okay, das hat sich bewährt mit den Arbeitsmarkt-Projekten. Wir haben zwei Stellen geschaffen in Wien zum Beispiel. Dort können dann jetzt die Leute hingehen.” (Expert:inneninterview J, Zeilen 505-637)

*“Die Finanzierung durch die nationale Strategie hat viele Projekte gefördert, die Herausforderung ist jedoch (...), dass die Projekte häufig kurzfristig angelegt sind und die Einbindung von Rom*nja in die Projekte fehlt. Wie unsere Interviewpartner*innen betont haben, braucht es in gewissen Situationen viel Vertrauen und Beziehungsarbeit mit der Zielgruppe, um nachhaltige Inklusion zu ermöglichen.”* (Wissenschaftler:innen Österreichische Akademie der Wissenschaften, schriftlicher Expert:innenfragebogen E18).

Es gibt einige Beispiele von Projekten, die Jahr für Jahr neu eingereicht werden müssen und in denen schon seit mehreren Jahrzehnten wichtige Arbeit geleistet wird, ohne dass die Verantwortlichen sich jemals sicher sein können, diese auch im nächsten Jahr weiterführen zu

können. Mit einer solchen Planungsunsicherheit, die mit dem Projektcharakter dieser Angebote einhergeht, ist es schwierig, innovative Ideen umzusetzen und Neues auszuprobieren.

Nach Auslaufen der Projekte geht oftmals auch wertvolles praktisches Wissen verloren. Es gibt einen großen Schatz an praktischem Wissen innerhalb der Communities, der auf eine respektvolle Art und Weise gesichert und sichtbar gemacht werden könnte, ohne dass Personen als Informationslieferant:innen ausgenutzt werden. Vielmehr geht es um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Wissen, das in den Zielgruppen und bei den Personen, die mit den Zielgruppen arbeiten, vorhanden ist, und um die Fragen, wie dieses Wissen gesichert werden kann, sodass Maßnahmen effizienter und treffsicherer umgesetzt werden können. Die Zielgruppen wären dann nicht, wie so oft, Bittsteller:innen, sondern hätten den Platz, der ihnen zusteht. Ohne Wissen der Personen aus den Zielgruppen können Maßnahmen nicht effizient und wirksam umgesetzt werden. Nachhaltigkeit würde auch bedeuten, den Personen, die sich aktiv in die Debatten einbringen wollen und ihrem Wissen einen *sicheren* Platz zu geben. Viele von ihnen arbeiten schon seit Jahrzehnten unter oftmals prekären Bedingungen. Das Etablieren nachhaltiger Formate und das Einsetzen des praktischen Wissens setzen günstige materielle Bedingungen voraus, die es zu schaffen und aufrechtzuerhalten gilt. Die Ermöglichung nachhaltiger Strukturen ist somit auch eine Frage der finanziellen Ressourcen und ihrer Verteilung.

“Es muss viel mehr in der Praxis getan werden und nicht nur auf einem Blatt Papier und statistisch. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, aber oft habe ich das Gefühl, dass Roma ausgenutzt werden. Es werden ihnen Informationen genommen mit dem Versprechen, dass ihnen geholfen wird, und dann lässt man sie links liegen. Das ist nicht nur in Österreich so, sondern in der ganzen EU. Leider. Deshalb verlieren viele das Vertrauen gegenüber den Institutionen.” (Schulmediator:in und Muttersprachenlehrer:in, Wien, gemeinsam beantworteter schriftlicher Expert:innenfragebogen E26)

Transparenz

Das Kriterium der Transparenz bezieht sich auf die Herstellung von Nachvollziehbarkeit von Abläufen und Entscheidungsprozessen. Transparenz ist ein Kriterium für die dialogische Herangehensweise, die es verlangt, dass alle Beteiligten informiert am Dialog teilnehmen können. Es handelt sich insofern um ein fundamentales Kriterium demokratischer Prozesse. Dies setzt voraus, dass Informationen zur Verfügung gestellt werden, nicht strategisch, sondern offen kommuniziert wird und niederschwellige Möglichkeiten der Informationsbeschaffung sowie für kritisches Hinterfragen existieren. Das Kriterium der Transparenz wurde im Laufe der Forschung von vielen Auskunftspersonen besprochen und als grundlegendes Prinzip, auch in Hinblick auf die Förderung von Vertrauen als Basis für

Kooperation, eingefordert. Beispiele, die immer wieder thematisiert werden, betreffen zum einen die Transparenz bei der Vergabe, Verteilung und Verwaltung von Fördergeldern und/oder der Auswahl und Durchführung von Projekten, zum anderem die Transparenz bei grundsätzlicheren Entscheidungen, die die Strategie betreffen, wie etwa die (Nach-)Besetzung wichtiger Posten oder die inhaltliche Entwicklung der Strategie.

**

Die Perspektive der Zielgruppen I: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Bewertung der Strategie und ihrer Schwerpunkte

Allgemeines zur Fragebogenerhebung

Um dem Anspruch der Studie, die Perspektive der Zielgruppen möglichst umfassend und differenziert darzustellen, gerecht zu werden, wurde im Rahmen der Evaluierung der Strategie eine großflächige Fragebogenerhebung in ganz Österreich durchgeführt. Mit der Befragung trifft die Strategie gewissermaßen auf konkrete Lebensverhältnisse. Die Ergebnisse der Befragung werden in thematischen Zusammenhängen an verschiedenen Stellen des Berichts in empirischen Zwischenkapiteln präsentiert. Sie informieren über allgemeine Bewertungen und Sichtweisen und geben zudem darüber Auskunft, welche Bedeutung bei all diesen Themen Einflussfaktoren wie sozialer Status, Bildung, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Familiensituation, aber auch subjektive Einstellungen haben.

Für die Befragung wurden knapp 400 Personen in ganz Österreich anhand eines standardisierten Fragebogens in Face-to-Face-Interviews interviewt. Die Zusammensetzung der Befragten erfolgte unter Berücksichtigung mehrerer Auswahlkriterien anhand eines Quotenplans. Auswahlkriterien waren Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Schulausbildung. Darüber hinaus wurde auf eine realistische Verteilung nach Bundesland geachtet. Die Durchführung lag in den Händen von insgesamt 31 Personen, die allesamt Zugang zur befragten Zielgruppe hatten und für ihre Tätigkeit eingeschult wurden. 20 Interviewer:innen sind selbst Angehörige der Zielgruppe der Rom:nja. Auch in diesem Teil der Forschung wurden die einzelnen Schritte gemeinsam mit der Projektarbeitsgruppe beschlossen und vorbereitet. Die konsequente und sorgfältig umgesetzte Methodik stellt sicher, dass die Ergebnisse Aussagekraft besitzen, die über den Kreis der Befragten hinausgeht. Eine detaillierte Dokumentation der Vorgangsweise, der Zusammensetzung der Stichprobe und des inhaltlichen Aufbaus des Fragebogens findet sich im Anhang.

Bewertung der Strategie global und der Schwerpunkte

Generell findet die Strategie zur Inklusion der Rom:nja in Österreich breite Unterstützung: Auf die Frage *Für wie notwendig halten Sie das Ziel der Strategie einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Rom:nja allgemein?*² erklären sich 83% der Befragten zustimmend zur Notwendigkeit einer solchen Maßnahme. Nur 4% halten die Strategie für nicht notwendig, 13% sind unschlüssig. Die Zustimmung ist nahezu unabhängig von allen Merkmalen; Zurückhaltung zeigen am ehesten sehr junge Personen und hier eher Männer mit niedriger Schulbildung.

Gefragt wurde auch, in welchen Bereichen es die meisten Verbesserungen bräuchte, wobei acht Handlungsbereiche vorgegeben wurden: Schule, Aus- und Weiterbildung, Gesundheit, Wohnen, Situation der Roma-Frauen, Situation der Rom:nja-Jugend, Situation der Rom:nja Vereine und Bekämpfung von Rom:nja-Feindlichkeit? Die Befragten konnten bis zu drei Bereiche auswählen.

Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 dokumentiert: Über alle Befragten entfielen die meisten Nennungen auf den Bereich *Schule, Aus- und Weiterbildung* (68%), gefolgt von *Arbeit und Beschäftigung* (61%) und *Bekämpfung von Rom:nja-Feindlichkeit* (45%). Etwas weniger häufig genannt werden die Themen *Gesundheit* (26%), *Wohnen* (26%), *Stärkung der Roma-Frauen* (21%), *Stärkung der Rom:nja-Jugend* (28%) sowie *Situation der Rom:nja-Vereine* (7%).

Tabelle 1: Bewertung der Handlungsbereiche

„Wenn Sie entscheiden könnten: In welchen Bereichen braucht es Ihrer Meinung nach die meisten Verbesserungen?“ (Prozentangaben)

	alle	jünger als 30	älter als 60	max. Pflicht- schule	mehr als Pflicht- schule	Burgen- land, Wien	andere Bundes- länder	zuge- wandert
<i>Schule, Bildung</i>	68	72*	61*	65*	72*	72	64	73
<i>Arbeit, Beschäftigung</i>	61	57	60	62	67	63	61	63
<i>Rom:nja-Feindlichkeit</i>	45	43	47	41*	51*	47*	37*	30
<i>Gesundheit</i>	26	20*	44*	30*	21*	26	26	33
<i>Wohnen</i>	26	28	28	32*	17*	20*	31*	28
<i>Stärkung der Frauen</i>	21	22*	9*	18	23	19	21	21
<i>Stärkung der Jugend</i>	28	31*	19*	23*	34*	30	25	24
<i>Stärkung der Vereine</i>	7	5	5	4*	13*	8	5	8

N=395; Mehrfachantworten; es konnten von den Befragten bis zu 3 Bereiche gewählt werden.

² Der Frage vorangestellt war eine Erläuterung der Strategie, die Bewertung erfolgte anhand einer 10-stufigen Skala von 0 (überhaupt nicht wichtig) bis 10 (sehr wichtig). Für die Auswertung wurden die Kategorien wie folgt zusammengefasst: nicht notwendig 0-3; teils-teils 4-6, notwendig 7-10.

*= die Unterschiede zwischen den Kategorien sind statistisch signifikant

In Bezug auf die Merkmale der Befragten zeigen sich folgende Unterschiede: So wird die Relevanz von *Schule, Aus- und Weiterbildung* etwas stärker von jungen Personen und solchen mit höheren Bildungsabschlüssen sowie von Befragten aus Wien und Burgenland, aber auch von zugewanderten Personen betont. Beim Thema *Arbeit und Beschäftigung* äußern insgesamt stärker im Erwerbsleben stehende Befragte sowie Personen mit höheren Bildungsabschlüssen Präferenz. Höhere Bildung beeinflusst die Prioritätensetzung auch bei den Themen *Bekämpfung von Rom:nja-Feindlichkeit* (hier sehen auch autochthone Rom:nja häufiger eine Priorität) sowie *Stärkung der Rom:na-Jugend* (neben jüngeren Befragten), *der Roma-Frauen* (neben Frauen und Personen ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft) und *der Rom:nja-Vereine*. Das Thema *Gesundheit* wird überdurchschnittlich von über 60-Jährigen und Personen mit Migrationshintergrund genannt, das Thema *Wohnen* von Personen in Bundesländern außerhalb von Burgenland und Wien sowie von Befragten mit niedrigen materiellen Ressourcen.

Da bei Präferenzen für die genannten Bereiche immer mehrere Merkmale eine Rolle spielen, wurde zu eruieren versucht, ob sich die Befragten entlang von Ähnlichkeiten in Gruppen einteilen lassen. Das Ergebnis der Analyse zeigt sechs „Cluster“, für die Alter, Gruppenzugehörigkeit und gesellschaftliche Stellung bestimmend sind: So fokussiert ein Cluster auf die Stärkung von jungen Menschen in Ausbildung und ein weiteres auf die Stärkung von Älteren, zwei Cluster beziehen sich auf die Verbesserung der Lebenschancen und der Selbstbestimmung von autochthonen Rom:nja, ein weiteres Cluster legt den Fokus auf Themen, die zur Verbesserung der Situation der allochthonen Rom:nja beitragen, ein Cluster legt schließlich den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Marginalisierung. Die Charakterisierung der Cluster nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen ergibt folgendes Bild:

Stärkung der Handlungsmacht im Kontext von Jugendlichen und (Aus-)Bildung. Diesem Cluster, in dem der Fokus auf die Bereiche Stärkung der Rom:nja-Jugend und (Aus-)Bildung liegt, lassen sich rund 19% der Befragten zuordnen, darunter eher jüngere Personen, die in Österreich geboren sind, und Personen, die über einen zumindest mittleren Schulabschluss verfügen und/oder in Ausbildung sind.

Absicherung der Lebensbedingungen im Kontext des Älterwerdens. Rund 17% der Befragten umfasst dieser Cluster mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Wohnen, darunter überdurchschnittlich viele 60-jährige, Alleinlebende, darunter vielfach Frauen, sowie Befragte, die bereits in Pension sind. Weiters umfasst das Cluster auch Personen, die über keinen Schulabschluss verfügen sowie Befragte, die eher im Westen des Bundesgebiets leben.

Verbesserung der Lebenschancen: Dieser Cluster, in dem sich rund 22% der Befragten bündeln lassen, legt den Fokus auf die Themenbereiche Schule, Aus- und Weiterbildung, Arbeit und Beschäftigung und Bekämpfung von Rom:njafeindlichkeit. Es sind eher autochthone Befragte, Personen, die im

Burgenland leben sowie eher nicht die ganz jungen Befragten, die sich diesem Cluster zuordnen lassen.

Selbstbestimmung: Bei rund 11% der Befragten lassen sich die Themen Stärkung der Roma-Frauen und Rom:nja-Vereine sowie der Bekämpfung von Rom:njafeindlichkeit in ein Cluster zusammenfassen. Es sind eher Befragte mit höherer Bildung (Hochschulabschluss), voll erwerbstätige Befragte sowie eher der autochthonen Bevölkerungsgruppe zugehörige und im Osten (Burgenland und Wien) lebende Personen.

Emanzipation: In diesem Cluster, das den Fokus auf die Themen Schule, Aus- und Weiterbildung, Arbeit und Beschäftigung, Gesundheit sowie Stärkung der Situation der Roma-Frauen und der Rom:nja-Vereine legt, sammeln sich rund 16% der Befragten. Es sind dies eher Personen, die im Ausland geboren sind, Personen mit einem höheren Bildungsabschluss und vielfach allein und in Wien lebende Befragte.

Bekämpfung der Marginalisierung: Diesem Cluster, der auf die Themen Arbeit und Beschäftigung und Wohnen fokussiert, können rund 15% der Befragten zugeordnet werden. Es sind eher ältere Personen, überdurchschnittlich viele Befragte ohne Schulabschluss oder mit maximal Volksschulabschluss sowie überdurchschnittlich viele arbeitslose sowie im Westen lebende Personen.

Werden noch weitere qualitative Variablen berücksichtigt, zeigt sich, dass die Notwendigkeit einer Strategie zur Verbesserung der Situation der Rom:nja in Österreich, maßgeblich auch von folgenden Variablen beeinflusst wird³: positive Gefühle der Zugehörigkeit zur Gruppe der Rom:nja (,23), Armutserfahrung (,17), Kontakt mit Vereinen (,10) und Diskriminierungserfahrung (,08). Mit anderen Worten: Neben der Erfahrung von Armut und Diskriminierung ist für die grundsätzliche Einstellung zur Strategie auch die Stärke des ethnischen Zugehörigkeitsgefühls maßgebend.

Zusammenfassung

Mehr als 80% der Befragten halten eine Strategie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Rom*nja in Österreich für notwendig. Besonders viel Handlungsbedarf wird in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt verortet. Fast die Hälfte der Befragten sieht auch im Bereich Antidiskriminierung hohen Handlungsbedarf. Auch Themen wie Gesundheit, Wohnen, Stärkung von Frauen und Jugendlichen sind wichtig, werden aber insgesamt etwas seltener genannt. Weitergehende Analysen unterstreichen, dass die Unterstützung der Strategie unterschiedlich motiviert ist: Über

³ Bei den Werten in Klammern handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Diese geben an, wie stark die Beziehung zwischen zwei Variablen ist, in diesem Fall z.B. zwischen „Notwendigkeit der Strategie“ und „Zugehörigkeit zur Gruppe der Rom:nja“. Je höher der Wert, desto stärker die Beziehung. Die genannten Werte sind aussagekräftig.

den Wunsch einer Verbesserung und Sicherung der Lebensbedingungen hinaus geht es auch um Selbstbestimmung und Emanzipation, gestärkte Handlungsmacht und den Kampf gegen Marginalisierung. Für die grundsätzliche Einstellung zur Strategie, ihre Befürwortung und Unterstützung, ist die Erfahrung von Diskriminierung und vor allem von Armut einflussreich, das Gefühl der Gruppenzugehörigkeit aber besonders maßgebend.

Bereiche der Strategie, ihre Ausgestaltung und Wirkung

Die Strategie und ihre Bereiche

Als Bereiche sind jene Handlungsfelder zu verstehen, die in der Strategie abgesteckt wurden, um darin durch Maßnahmen Verbesserungen zu erzielen. Die Strategie hat mittlerweile mehr als die vier, von der EU mit der Verabschiedung des Rahmens 2011 vorgegebenen, Bereiche. Neben Arbeitsmarkt/Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohnen sind das Bekämpfung der Diskriminierung, Ermächtigung (der Zivilgesellschaft, der Jugend und der Frauen) und Partizipation. Diese Themenfelder werden im Folgenden, ergänzt um die Handlungsfelder Armut und materielle Lebensbedingungen sowie Gedenken und Erinnerung, diskutiert.

Es ist durchaus nachvollziehbar, den Handlungsbedarf nach Bereichen aufzuteilen. Diese Aufteilung scheint auch, vor allem aus der Perspektive der Verwaltung, vorteilhaft, da sie in vielen Fällen mit der sektoralen Logik etwa von Geschäftsbereichen mit jeweils stark spezialisierten Funktionsweisen korrespondiert. Damit strukturiert sie jedoch auch die Wahrnehmung von Problemfeldern vor und erschwert die Herstellung von Bezügen zwischen den Bereichen, die für die Bearbeitung der komplexen Realitäten notwendig ist. Als besonders problematisch erweist sich diese Logik bei Prioritätensetzungen, die entlang von Bereichen getroffen werden. Viele der Expert:innen, deren Einschätzungen schriftlich oder mündlich eingeholt wurden, weisen auf die Verwobenheit der Bereiche und die Notwendigkeit sektorenübergreifenden Handelns hin. Das bedeutet, dass die Verbesserung der Situation in einem Bereich auf gewisse Voraussetzungen in anderen Bereichen angewiesen ist. Das folgende Zitat ist aus der Perspektive einer Projektleiterin im Bereich Beschäftigung und Arbeitsmarkt verfasst und illustriert sehr gut, wie schwer es ist, die Bereiche in der Praxis voneinander zu trennen:

“Das Abdecken der Grundbedürfnisse ist nicht möglich – die Förderungen sind zu hochschwellig und setzen bei Bildung, Arbeitsmarkt etc. an, dabei fehlen oft die Grundlagen wie Wohnung, Zugang zu sanitären Einrichtungen, Zugang zu Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, Zugang zu Schulen für die Kinder, Meldezettel etc. Wenn diese Grundbedürfnisse nicht gedeckt werden können, sind für Themen wie Bildung und Arbeit oft keine Ressourcen von Seiten der KlientInnen vorhanden bzw.

können sie sich nicht darauf konzentrieren, weil Schlafplatz, Lebensmittel nicht gesichert sind.” (schriftlicher Expert:innenfragebogen E23)

Die zitierte Passage unterstreicht auch die Problematik, die auftritt, wenn ganze Bereiche in den Hintergrund gerückt werden, wie dies 2017 mit Wohnen und Gesundheit passiert ist. Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit können aus der Perspektive des:der Expert:in nicht isoliert voneinander betrachtet und gestaltet werden. Dieser Umstand manifestiert sich auch im vorliegenden Bericht, dessen Struktur zwar den vordefinierten Bereichen folgt, diese Logik jedoch immer wieder verlassen muss, um auf Problem- und Bedarfssfelder, die quer zu den Bereichen liegen, hinzuweisen. Beispiele wären der Bedarf an Räumen (Kapitel Ermächtigung) oder Themen wie Armut oder Altern.

Auch werden von Expert:innen immer wieder ganzheitliche Beratungsstellen gefordert, die keinem einzelnen Bereich zuzuordnen sind, sondern die sich eben genau dadurch auszeichnen, Fragestellungen und Probleme holistisch zu bearbeiten. Vor allem Berater:innen und Sozialarbeiter:innen, die in spezifischen Projekten mit Arbeitsmarkt- oder Bildungsschwerpunkt beschäftigt sind, weisen immer wieder darauf hin, dass ganzheitlichere Ansätze notwendig sind:

“Aus der täglichen Arbeit lässt sich erkennen, dass eine Sozialberatungs- und Informationsstelle für sämtliche Bereiche (Finanzielle, Familiäres, Wohnung, Bildung, Arbeit, Aufenthaltsrechte, Soziale Unterstützungen) sowie eine Begleitung zu unterschiedlichen Ämtern und Institutionen (Schulen, Kindergärten, Ärzte,...) wichtig wäre. Vor allem Personen, die sich noch nicht lange in Österreich aufhalten bzw. der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, stoßen hierbei immer wieder auf Hindernisse oder werden von einer Beratungsstelle / Behörde zur nächsten geschickt. Hierbei würde es Beratungsstellen brauchen, die die Menschen in sämtlichen Belangen unterstützen oder begleiten können. Dadurch können für Erwachsene und Kinder / Familien Ausgangssituationen geschaffen werden, um besser in der Arbeitswelt und Gesellschaft partizipieren zu können.” (Mitarbeiter:in ESF Projekt, Oberösterreich, schriftlicher Expert:innenfragebogen E10)

PARTIZIPATION

*“Nicht alle in Österreich lebende Rom*nja sind zivilgesellschaftlich aktiv und tätig. Dafür benötigt es nicht nur eine gewisse finanzielle Sicherheit, sondern auch einen gewissen Zugang und Wissen. Besonders von Armut betroffene Rom*nja, die verstärkt nach der EU Erweiterung 2007 nach Österreich gekommen sind, sind kaum in solche Netzwerke eingebunden. Daher werden ihre Stimmen in der Strategie umso weniger gehört beziehungsweise vertreten. Um diese Gruppe zu erreichen, müsste zunächst erhoben werden, um wie viele Menschen es sich konkret handelt. Wo sie leben und unter welchen Umständen.”* (Mitarbeiter:in Bettellobby Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E21)

Partizipation ist ein formell wichtiger Teil der Strategie, die insgesamt auf eine Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Rom:nja abzielen soll. Das wichtigste Format stellt dabei die Dialogplattform und ihre Weiterentwicklung als Vernetzungsorgan zwischen Verwaltung und den Zielgruppen dar. Auch die Dialogplattform als zentrale Maßnahme im Bereich der Partizipation kann die mit ihr verbundenen Ziele jedoch nur erreichen, wenn die adressierte Bevölkerung darüber Bescheid weiß und informiert ist. Partizipation beginnt daher bereits im Aufsuchen, Ansprechen und Erreichen der Adressat:innen. Wie die Ergebnisse der Studie zeigen, weiß eine Mehrheit von fast zwei Drittel der knapp 400 Befragten nicht, dass die Strategie existiert (Details zu den Ergebnissen siehe im Zwischenkapitel weiter unten). Diese wissen somit auch nichts von den Möglichkeiten, sich in Debatten um die Strategie und ihre Weiterentwicklung einzubringen. Bevor wir auf die partizipativen Formate eingehen, wird daher auf das Thema Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit als wichtige Voraussetzungen, die für eine umfassende Partizipation notwendig sind, eingegangen.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Wie bereits festgehalten, ist die Strategie in den Zielgruppen wenig bekannt und erhält medial nur punktuell Aufmerksamkeit (etwa im Zusammenhang mit dem internationalen Roma-Tag und damit einhergehenden Veranstaltungen). Als Instrumente der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit existieren ein E-Mail-Verteiler und eine Webseite. Informationen über Aktivitäten der Strategie, Veranstaltungen und Neuigkeiten erhalten interessierte und bereits informierte Personen über das „Postfach Roma“, das vom Roma Contact Point im Bundeskanzleramt zum Beispiel vor den Dialogplattformen ausgeschickt wird. Personen, die diese Mails bekommen, sind einerseits Rom:nja, die bereits aktiv im politischen und aktivistischen Bereich tätig sind, sowie Personen aus der Verwaltung und andere Akteur:innen, die schon mit der Strategie in Berührung waren. Für Angehörige der

Zielgruppen, die die Strategie nicht kennen oder nicht mit Vereinen verbunden sind, die mit der Strategie vernetzt sind, ist es sehr unwahrscheinlich, an Informationen über neue Entwicklungen und Veranstaltungen zu kommen.

Im Zuge der Evaluierung gaben einige Personen, die als Expert:innen zu ihren Einschätzungen bezüglich der Strategie befragt wurden, an, mit der Strategie noch nie in Berührung gewesen zu sein, obwohl sie in einschlägigen Bereichen tätig sind. Darunter waren zum einen Personen, die mit stark marginalisierten Gruppen im Sozialbereich arbeiten. So stellt ein Obmann eines Vereins zur Unterstützung von Armutsmigrant:innen und Notreisenden in Tirol, zu dessen Zielgruppe auch viele Rom:nja zählen, fest:

“Weder Roma noch MitarbeiterInnen im sozialen Bereich wurden davon [von der Strategie, Anm.] in Kenntnis gesetzt oder befragt, auch nicht unterstützt.” (schriftlicher Expert:innenfragebogen E16)

Zum anderen kam in der Evaluierung zum Vorschein, dass vor allem auf der Ebene von Regional- und Lokalverwaltungen in Bezug auf die Strategie viel Unwissenheit und das Gefühl, nicht zuständig zu sein, herrschen. Dies manifestiert sich auch im Rücklauf der schriftlichen Expert:innenbefragung, die im Rahmen der Studie durchgeführt wurde. Von insgesamt 287 kontaktierten Personen und Institutionen gab es 87 Antworten, von denen jedoch in 49 Fällen entweder kein Wissen um die Strategie oder fehlende Expertise angegeben wurden. Nur 38 Personen antworteten auf den mitgeschickten Leitfaden. Aussagen wie die folgende unterstreichen die Notwendigkeit eines gezielten Zugehens und Ansprechens von Personen auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung in allen Regionen Österreichs:

„Zudem hatten wir bislang weder Kenntnis von der Strategie noch waren wir in irgendeiner Form eingebunden“ (BMI, E-Mail-Antwort auf Anfrage zur schriftlichen Beantwortung des Expert:innenfragebogens)

Die Strategie hat bis heute keine eigenständige, zielgruppenfreundliche und benutzer:innenorientierte Website. Es gibt eine [Seite](#) auf der Website des Bundeskanzleramts mit mehreren Unterpunkten, dort sind viele, jedoch nicht alle offiziellen Dokumente zur Strategie sowie Protokolle zu den Dialogplattformen zu finden. Diese Seite ist ausschließlich auf Deutsch verfügbar und betitelt mit “Roma-Strategie”.

Für die Kommunikation der Existenz der Strategie (und was in ihr passiert) an die Zielgruppen ist auch die Vernetzung mit den Rom:nja-Organisationen und Vereinen wichtig. Wie die Ergebnisse der Fragebogenerhebung zeigen, sind jene, die von der Strategie Kenntnis hatten, mehrheitlich über die Informationsarbeit von Vereinen oder über Bekannte oder Freund:innen darauf aufmerksam geworden. Mediale Kanäle spielen eine eher

untergeordnete Rolle. Die Ergebnisse betonen, wie wichtig die soziale und lebensweltliche Einbettung von Information ist. In diesem Zusammenhang bringen die Ergebnisse ein deutliches Ost-West-Gefälle zutage, was an der Konzentration von Vereinen im Osten des Bundesgebiets liegt. Rom:nja leben jedoch nicht nur im Burgenland und in Wien, sondern in ganz Österreich.

„Roma Dialogplattform“

Die „Roma Dialogplattform“ ist der Ort, an dem die Politik und mit ihr die Verwaltung, von denen die Strategie ausgeht und umgesetzt wird, für Personen, die nicht aus diesem Bereich kommen, zugänglich werden. Neben den Sitzungen der Dialogplattform wurde auch eine Workshop-Schiene etabliert, das Format wurde sukzessive ausgebaut und erweitert, vor allem bis 2017 lag der Fokus stark auf der *„Etablierung des Dialogs“* (Expert:inneninterview R, Zeilen 69f). Die Dialogplattform gilt seitens der für die Strategie Verantwortlichen als „Leuchtturmprojekt“ und wird auch von den Teilnehmer:innen wertgeschätzt.

Vor allem die politischen und offiziellen Akteur:innen, die in den Interviews und Expert:innenfragebögen zu Wort kamen, trennen die Teilnehmer:innen dieser - grundsätzlich für alle offenen - Veranstaltungen in klare Gruppen: Den Personen aus der Verwaltung stehen die Personen aus der sogenannten *„Zivilgesellschaft“* gegenüber. Gemeint sind damit meist Vertreter:innen der Rom:nja-Vereine, Rom:nja, die aktivistisch oder journalistisch/publizistisch aktiv sind oder auf andere Weise die Zielgruppe vertreten (sollen). Neben diesen beiden wichtigsten Gruppen sind, je nach Thema der Dialogplattform, Personen aus Wissenschaft, Politik oder NGOs eingeladen, die für das Thema relevante Einblicke und Expertise beisteuern können.

Die Aufteilung in zwei Gruppen (grob könnte man sagen: *„Verantwortliche“* und *„Betroffene“*) verdeutlicht auch noch einmal das Grundgefälle, das im Hintergrund der Strategie wirkt: Die politisch Verantwortlichen im Bundeskanzleramt und den Ministerien sind allesamt keine Angehörigen der Zielgruppen der Strategie.

Die Dialogplattformen werden durch eine externe Firma moderiert. In einem Interview mit einer Beamtin der Abteilung Volksgruppenangelegenheiten wird deutlich, dass die externe Moderation v.a. einer Inszenierung eines *„neutralen“* Dialogs auf Augenhöhe mit den Rom:nja, die in den Plattformen anwesend sind, dient:

„Also dass ich nicht zwischen zwei Hüten sitze, weil ich habe ja eine klar definierte Rolle und die spießt sich mit der, die sozusagen Gastgeberin in einem neutralen Dialog sein soll. (...) Also das hat sich als positiv und hilfreich herausgestellt, dass man das trennt,

diese Moderationsrolle von der Rolle der nationalen Roma-Kontaktstelle. (...) Da geht es um ganz einfache Dinge, wie das halt ist in einer Veranstaltung, man muss manchmal einen Teilnehmer abkürzen, (...) nicht ins Wort fallen, aber sagen, dass die Redezeit vorbei ist, das ist natürlich eine sensible Sache und wenn die nationale Roma-Kontaktstelle das sagt, ist das was anderes, als wie wenn das einfach ein Moderator sagt.“ (Expert:inneninterview R, Zeilen 45-55)

Die Rolle der Beratungsfirma, die auch in den Dialogplattformen durch die Moderation präsent ist, geht jedoch wesentlich weiter. So ist sie beratend für die Roma-Kontaktstelle aktiv und ist maßgeblich am Prozess der Entwicklung und Ausgestaltung der Dialogplattformen und sonstiger Veranstaltungen beteiligt.

Grundsätzlich wird die Existenz der Dialogplattform von allen Seiten als positiv eingeschätzt. Es kommen jedoch auch immer wieder Kritikpunkte an ihrer konkreten Ausgestaltung und Ausrichtung. So wird immer wieder darauf hingewiesen, dass das Format nicht dazu in der Lage scheint, neue Interessierte zu erreichen, sondern die Liste der Anwesenden von Mal zu Mal ähnlich ist. Hinzu kommt die Tatsache, dass mit dem Instrument Dialogplattform auch zahlenmäßig keine wirkliche Breitenwirkung erzeugt werden kann. Aus diesen Gründen wird auch immer wieder kritisch angemerkt, dass das Framing “Dialog mit der Zivilgesellschaft” ein irreführendes Bild vermittelt. Durch die regulären Teilnehmer:innen werden kleine Ausschnitte der Rom:nja-“Zivilgesellschaft” vertreten - und viele andere bleiben nicht bzw. sind unter-repräsentiert. Dabei spielen eine Fokussierung auf den Osten Österreichs, insbesondere auf Wien und das Burgenland, ebenso eine Rolle wie mangelnde Versuche, andere Teile der Zielgruppen aufzuschließen und für den Dialog zu gewinnen. Trotz dieser Defizite wird der Begriff “Zivilgesellschaft” gerade im Zusammenhang mit der Dialogplattform leichtfertig bemüht. Es entsteht ein eindimensionales Bild der Zielgruppe der Strategie, in dem sich die komplexe Realität nicht abbildet.

*“Roma und Romnja als homogene Gruppe: Obwohl mehr Wissen über Rom*nja vorhanden ist, sehen politische Maßnahmen Rom*nja mehrheitlich als eine homogene Gruppe. Interne Differenzen werden dabei außer Acht gelassen. Mehr Sensibilität für die Heterogenität der Gruppe wäre wünschenswert, dies würde auch die Erfolge der Maßnahmen erhöhen.“ (Wissenschaftler:innen, Österreichische Akademie der Wissenschaften, schriftlicher Expert:innenfragebogen E18)*

Ein weiterer Punkt ist die Hochschwelligkeit der Plattform, die immer wieder thematisiert wird. Diese drückt sich in verschiedenen Aspekten aus. Vor Beginn der Corona-Pandemie, als die Veranstaltungen allesamt in Präsenz stattfanden, war der Austragungsort jedes Mal Wien, die Dialogplattform ist niemals woanders hingewandert, z.B. in ein westlicheres Bundesland. Erreichbarkeit unterschiedlicher Zielgruppen und Vernetzung über Wiens Grenzen hinaus

stellen generell eine Herausforderung für die Strategie und ihre Umsetzung dar. Kontakte mit für die Strategie relevanten Akteur:innen, Einrichtungen und Zielgruppen, die außerhalb von Wien und dem Burgenland verortet sind, erhöhen sich durch diesen Umstand naturgemäß nicht. Ein:e Interviewpartner:in drückt es folgendermaßen aus:

„Also man müsste in Wien sein oder in der Nähe und man muss entweder in einer Roma-Organisation angestellt sein oder sehr viel Tagesfreizeit haben.“
(Expert:inneninterview P, Zeilen 98-99)

Ein:e wissenschaftliche:r Akteur:in aus Salzburg kommt ebenfalls zu einer ernüchternden Einschätzung:

“Von Partizipation ist – zumindest in Salzburg – nichts zu sehen.” (Expert:in aus Forschung und Beratung, Salzburg, schriftlicher Expert:innenfragebogen E29)

Trotz dieser Einschränkungen wird die Bereitschaft der für die Dialogplattform zuständigen Personen, Themen, die an sie herangetragen werden, aufzugreifen, von vielen wertgeschätzt, auch wenn immer wieder kritisch angemerkt wird, dass die konkrete Vorbereitung der Dialogplattformen (inhaltliches Programm, Einladung von Expert:innen etc.) letztlich nicht partizipativ und auch nicht wirklich transparent ist.

Online-Konsultationsprozess

Als ein weiteres Format für Partizipation innerhalb der Strategie wird der Online-Konsultationsprozess geführt, der 2016 stattfand. Ziel war es, zu den von der EU empfohlenen neuen Schwerpunktsetzungen Feedback aus den Zielgruppen einzuholen. Zu diesem Zweck wurde eine online-Umfrage lanciert, die aus zwei heute noch einsehbaren Fragen mit vorgegebenen Antwortkategorien bestand, wobei ca. 100 Stellungnahmen eingesammelt wurden. Die Fragen lauteten wie folgt:

1. *“Wo sehen Sie bei der Roma Inklusion in Österreich den größten Handlungsbedarf?”*, mit folgenden Antwortmöglichkeiten: *Bildungssituation, Beschäftigungssituation, Bekämpfung von Diskriminierung, Jugendempowerment, Frauenempowerment, Bekämpfung von Antiziganismus, Gesundheitswissen, Zugang zur Gesundheitsfürsorge, Wohnsituation;*
2. *“Welchen Nutzen ziehen Sie aus der Roma Dialogplattform des Bundeskanzleramts?”* mit folgenden Antwortmöglichkeiten: *Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen, Vernetzung mit VerwaltungsvertreterInnen, Einholen von Informationen*

zu relevanten Initiativen/Förderungen/Projekten, Sensibilisierung der Verwaltung für Anliegen und Bedürfnisse der Roma und Romnja, Inhaltliche Weiterentwicklung wichtiger Themen für die Roma Community, Beobachtung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Roma Inklusion (Monitoring).

Vor allem die Antworten der ersten Frage hatten Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Strategie: So wurden die Bereiche Gesundheit und Wohnen in den Hintergrund gerückt und die Bereiche Empowerment von Frauen und Jugend sowie Bekämpfung von Antiziganismus/Rom:njafindlichkeit als Querschnittsthemen aufgenommen. Argumentiert wird vom Roma Contact Point dabei an unterschiedlicher Stelle so, dass die beiden Themen Gesundheit und Wohnen “von der Zivilgesellschaft” als die am wenigsten dringenden angesehen werden, immer mit Verweis auf die oben zitierte online-Umfrage. Sieht man sich aber die Ergebnisse der Umfrage an, so erkennt man, dass beispielsweise der Bereich Wohnen mit ca. 22% Zustimmung eigentlich als dringender eingestuft wurde als die Bereiche Frauen-Empowerment und Jugend-Empowerment mit 12 bzw. 18% Zustimmung. Darüber hinaus kommt die 2014 fertiggestellte Studie “Roma & Gesundheit” (Trummer et al. 2015) zu den Ergebnissen, dass im Bereich Gesundheit auf verschiedenen Ebenen Handlungsbedarf gegeben ist. Noch im Jahr ihrer Fertigstellung wurde die Studie zu “Roma & Gesundheit” in einer Dialogplattform präsentiert, ein kontinuierlicher Diskurs bzw. eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema durch die Strategie blieben jedoch weitgehend aus.

Ergänzt wurde der Konsultationsprozess durch eine Feedback-Schleife, wobei jedoch nur insgesamt acht Organisationen bzw. Personen die Möglichkeit wahrnahmen, innerhalb von zwei Monaten Stellungnahmen zum überarbeiteten Strategiepapier abzugeben. Kritisiert wurde die verschleppte Durchführung der Konsultation, der undurchsichtige Prozess der Entscheidungsfindung über die neue Schwerpunktsetzung, aber auch die Hochschwelligkeit und Einsprachigkeit des online-Tools (vgl. Koller/Spataru 2018).

“Die Partizipation mittels Online-Tool hat sich jedenfalls als untauglich herausgestellt, da nur einige wenige Akteure, vorrangig aus Vereinen, ihre Meinung eingebracht haben. Man hat sich dann auch nicht die Mühe gemacht zu rechtfertigen, wieso bestimmte Anregungen aufgenommen wurden und andere nicht.” (Mitarbeiter:in Wohlfahrtsorganisation, Vorarlberg, schriftlicher Expert:innenfragebogen E28)

**

Die Perspektive der Zielgruppen II: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Kenntnis der Strategie und Nutzung der Angebote

Kenntnis der Strategie und Informationsquellen

Es zählt zu den eindrucklichsten Ergebnissen des im Rahmen der Evaluierungsstudie durchgeführten Fragebogenerhebung, dass fast zwei Drittel der Befragten von der Existenz der Strategie nicht Bescheid wussten (Tabelle 2). Zu den 36%, die von der Strategie gehört haben, zählen überdurchschnittlich viele Personen mit einem höheren Bildungsabschluss (mindestens Matura), die im Osten des Bundesgebiets leben und in der Gesellschaft als gut inkludiert gelten können⁴; auch mehr Männer und Personen in mittleren Alterssegmenten haben von der Strategie Kenntnis. Zu jenen 64%, die noch nichts von der Strategie gehört haben, zählen eher Personen, die in einem Bundesland leben, in denen keine vom Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderten Maßnahmen stattfanden, über wenig Bildungskapital verfügen und weniger gut inkludiert sind sowie tendenziell eher Frauen sowie junge Leute unter 30.

Tabelle 2: Kenntnis und Teilnahme an Aktivitäten der Strategie

	alle	jünger als 30	älter als 60	Max. Pflicht- schule	mehr als Pflicht- schule	Burgen- land, Wien	andere Bundes- länder	zuge- wandert
<i>von der Strategie gehört**</i>	36	18*	40*	28*	57*	47*	23*	39
<i>über Familie/Freunde ***</i>	56	82*	52*	67*	47*	56	55	51
<i>über Vereine***</i>	58	53*	67*	56	59	66*	38*	51
<i>an Aktivitäten der Strategie teilgenommen ****</i>	52	52*	24*	44*	66*	54*	46*	56

N=395; Prozentangaben; *= die Unterschiede zwischen den Kategorien sind statistisch signifikant

** „Haben Sie bereits von der Nationalen Strategie zur Inklusion der Rom:nja in Österreich („Roma-Strategie“) gehört?“

*** „Wie haben Sie von der Strategie gehört?“ (Möglichkeit der Mehrfachantwort)

**** „Haben Sie auch an Aktivitäten im Rahmen der Strategie teilgenommen?“ (Frage wurde nur an jene gestellt, die von der Strategie gehört hatten; N=129)

⁴ Als inkludiert bezeichnet werden Personen, auf die folgende Merkmale zutreffen: das Empfinden, dass man sich in Österreich als Rom:nja wohlfühlt, gute Deutschkenntnisse und eine positive Bewertung der persönlichen (materiellen) Lebenssituation. Insgesamt können 19% der Befragten in diesem Sinn als „gut inkludiert“ eingestuft werden, auf 22% trifft das Gegenteil zu, sie sind nicht bzw. kaum inkludiert. Gut inkludierte verfügen in der Regel über gutes Bildungskapital (Matura, Hochschule), sind erwerbstätig oder in Ausbildung und mehrheitlich Männer. Kaum inkludierte Befragte sind eher im Haushalt tätig oder Teilzeit beschäftigt und verfügen vielfach über keinen Schulabschluss oder höchstens Volksschulabschluss.

Wissen über die Strategie zirkuliert primär über soziale (informelle) Netzwerke oder Community basierte Informationskanäle (siehe auch Tabelle2): So geben auf die entsprechende Frage 56 bzw., 58% der Befragten an, über informelle Netze (Familienmitglieder, Freund:innen, Bekannte) oder über einen Rom:nja-Verein von der Strategie erfahren zu haben. 27% haben über Medien (Zeitungen, Radio, Fernsehen), 17% über soziale Medien (Internet, Facebook) und 14% über eine Organisation außerhalb der Rom:nja Community entsprechende Informationen erhalten.

Aufschlussreich ist auch hier wiederum die Relevanz soziodemographischer Merkmale: Nutzen aus der Verfügbarkeit informeller Netze ziehen vor allem junge Personen (unter 30) mit niedrigem Bildungsstatus oder noch in Ausbildung und die in einem Bundesland mit dichteren lebensweltlichen Beziehungszusammenhängen von Familie, Nachbarschaft und gleichaltrigem Freundeskreis (Peers) leben. Vereine wiederum sind stärker bedeutsam für etwas ältere und in Österreich gebürtige Personen sowie in Burgenland und Wien, wo eine vielfältige Vereinslandschaft besteht. Soziale Medien spielen für alleinlebende und Personen mit höherer Bildung eine etwas größere Rolle als herkömmliche Medien, die eher für Männer und in Österreich gebürtige Personen, die im Burgenland leben, Informationsquelle sind. Organisationen außerhalb der Rom:nja Community sind vor allem für nicht in Österreich gebürtige Befragte sowie auch im Westen einflussreicher.

Teilnahme an Maßnahmen der Strategie sowie an Angeboten von und für Rom:nja

Wie wichtig ein guter und ausreichender Informationsstand ist, zeigt sich daran, dass gut die Hälfte der Befragten, die über die Existenz der Strategie Bescheid weiß, an einer Aktivität im Rahmen der Strategie teilgenommen hat. Darunter befinden sich eher Personen, die in einem Bundesland leben, in denen geförderte (etwa ESF-) Projekte durchgeführt wurden, aber auch tendenziell jüngere Personen im erwerbsfähigen Alter sowie Personen mit einem über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungsabschluss.

Das für viele Antworten in diesem Themenbereich charakteristische Ost-West-Gefälle, das sich wesentlich aus dem größeren Angebot an Vereinen und Initiativen in Burgenland und Wien erklärt, zeigt sich auch im Zusammenhang mit der Teilnahme an Veranstaltungen und Aktivitäten, die von und/oder für Rom:nja außerhalb der Strategie angeboten werden. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten berichtet, im letzten Jahr vor der Befragung an mindestens einer solchen Veranstaltung oder Aktivität teilgenommen zu haben. Die Liste der Aktivitäten, über die in den Interviews berichtet wird, ist umfangreich und umfasst Veranstaltungen wie Roma Feste, Gedenkfeiern, Workshops, Sprachkurse oder Diskussionen.

Informationen über entsprechende Aktivitäten von und für Rom:nja beziehen die Befragten überwiegend (69%) über informelle Netzwerke (Familie, Verwandtschaft, Freund:innen, Bekannte), aber auch über das Internet (soziale Medien, 43%) und Community Vereine (37%), seltener hingegen über herkömmliche Medien (26%).

Organisationen außerhalb der Community spielen insgesamt eine eher weniger wichtige Rolle (8%), wobei Personen, die am Rande der Community stehen, darunter vielfach zugewanderte Rom:nja, stärker auf diese Informationskanäle angewiesen sind. Befragte mit Migrationsgeschichte fühlen sich insgesamt schlechter informiert über Aktivitäten, ähnliches gilt für Personen mit niedriger Bildung oder die alleinlebend sind. Insgesamt fühlt sich ein Drittel der Befragten gut und ein Drittel schlecht informiert.

Die (Schlüssel-)Rolle der Vereine

Die besondere Rolle der Vereine wird in der Fragebogenerhebung gut dokumentiert: Vereine fungieren nicht nur als Informationsträger, sondern, wie in weiterer Folge noch ausgeführt wird, auch als Vermittler von Wissen sowie ganz allgemein als Vertreter kollektiver Interessen. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten hat regelmäßig Kontakt zu einem Rom:nja-Verein, wobei, entsprechend dem bereits bemühten Ost-West-Gegensatz, 70% der Befragten, die Kontakt zu einem Verein haben, in Wien oder dem Burgenland leben. Auch ein höherer, d.h. über die Pflichtschule hinausgehender Bildungsabschluss sowie ein höheres Lebensalter (über 60jährige) sind für Vereinskontakte förderliche Merkmale. Wer über mehr Bildungsressourcen verfügt, nimmt auch eher eine Funktion in einem Verein wahr, wie etwa als Mitglied des Vorstands. Ehrenamtliche Aktivität verteilt sich hingegen ziemlich ausgeglichen über alle Kategorien. Insgesamt kann jedoch gesagt werden, dass Bildung und eine stabile soziale Position („Inklusion“, siehe Fußnote 4) die Möglichkeiten für Vereinsanbindung und aktive Mitwirkung erhöhen. Sozial eher isolierte Menschen in marginalisierten Positionen finden weniger Anschluss. Eine Rolle spielt auch die Bedeutung der Gruppenzugehörigkeit: Mit Vereinen in Verbindung und in ihnen aktiv sind überdurchschnittlich Menschen mit einem ausgeprägten Zugehörigkeitsgefühl und denen wichtig ist, dass die Inhalte der Gruppenzugehörigkeit („ethnische Identität“) von Generation zu Generation weitergegeben werden.

In der Fragebogenerhebung wurde auch danach gefragt, zu welchen Vereinen bzw. Organisationen Kontakt besteht. Die Liste der genannten Vereine und Organisationen ist umfangreich, es werden mehr als 60 Namen genannt, der Bogen spannt sich von etablierten Vereinen wie Roma Service und Romano Centro über eher aktivistisch orientierte Organisationen wie HÖR oder Vivaro bis hin zu kleinen Initiativen, die oftmals von Wohlfahrtsorganisationen betraut werden, wie etwa das Caritas Bildungszentrum Cambro oder die von der Volkshilfe organisierte Beratungsstelle Amari Buki oder Beispiele der Selbstorganisation wie die World Roma Federation.

Es gibt verschiedene Gründe, um mit einem Verein in Kontakt zu stehen oder in ihm aktiv mitzuwirken. Im Fragebogen fanden die Befragten sieben verschiedene Gründe vor, die mit der Möglichkeit der Mehrfachantwort ausgewählt werden konnten. Gereiht nach der Häufigkeit der Nennungen, sind die wichtigsten Gründe, um mit einem Verein in Kontakt zu stehen und zu bleiben: Kontakte und Geselligkeit (49%) Hilfe und Unterstützung (48%), Zugehörigkeitsgefühl (45%), Interesse an Themen und Inhalten (37%), informiert

sein (31%), Kurse und Veranstaltungen (29%) sowie (nicht näher definierte) „Vorteile“ (7%). Welche Gründe angegeben werden, hängt wiederum von gewissen Merkmalen ab. So geben jüngere Leute eher an, dass die Teilnahme an Kursen und Veranstaltungen ein Grund ist, in einem Verein aktiv mitzuwirken. Die Gründe „Kontakte knüpfen und Geselligkeit“ und „Zugehörigkeitsgefühl“ werden von Personen aus dem Burgenland oder aus Wien häufiger genannt, gleiches gilt für das Interesse an den Themen und Inhalten und das Zugehörigkeitsgefühl. Auch geben Befragte mit einem etwas höheren Bildungsabschluss öfter an, dass sie aus Interesse oder zum Knüpfen von Kontakten in einem Verein aktiv sind oder weil sie Interesse an einer Kursteilnahme haben. Hilfe und Unterstützung suchen hingegen überdurchschnittlich ältere Personen sowie Befragte mit Migrationsgeschichte, in materiell restriktiver Lage und in westlichen Bundesländern.

Wie wichtig die Vereine im alltäglichen Leben sind, zeigt sich nicht zuletzt bei der Bewältigung von Krisensituationen und materieller Notlage. Vor allem für ältere Personen sind Vereine – neben dem sozialen Netz von Familienmitgliedern und nahen Freund:innen – die wichtigste unterstützende Ressource. Vereine bilden auch eine wichtige Kontakt- und Ansprechstelle für von Diskriminierung oder Gewalt betroffene Personen.

Zusammenfassung

Bildungsressourcen und regionale Parameter (Ost-West-Gefälle) beeinflussen die Chance, von der Strategie gehört und an einer ihrer Aktivitäten teilgenommen zu haben. Während jüngere Personen eher über ihr familiäres bzw. soziales Umfeld mit der Strategie in Kontakt kommen, bilden für viele ältere Personen Vereine die zentrale Informationsquelle, wobei das Ost-West-Gefälle virulent ist. Für die Teilnahme an Aktivitäten der Strategie sind das Alter (eher jünger), Bildung (eher höher) sowie erneut die Region (Burgenland, Wien) einflussreich. Die Befragung unterstreicht die Schlüsselrolle der Vereine im sozialen und kulturellen Leben von Rom:nja in Österreich. Sie sind in Hinblick auf aktive Teilhabe relativ voraussetzungsvoll, jedoch niederschwellig als Kontakt- und Unterstützungsressource, sofern es sie gibt, wie anhand des Ost-West-Gefälles deutlich wird.

**

Bereich Partizipation – Zusammenfassung und Fazit

Die Ermöglichung von Partizipation innerhalb der Strategieformate hängt stark mit der Frage nach der Bekanntheit der Strategie bei den Zielgruppen zusammen. Je mehr Personen von der Existenz der Strategie wissen, umso wahrscheinlicher ist es, dass auch die partizipativen Formate von mehr Personen genutzt werden. In diesem Punkt liegt ein Defizit der Strategie, da das Wissen um die Existenz der Strategie nicht ausreichend vorhanden ist und diesbezüglich große regionale Unterschiede herrschen. So ist die Strategie im Osten Österreichs bekannter als in den westlichen Bundesländern, was auch mit der Rolle der Vereine als Multiplikatoren von Information zu erklären ist.

Die Strategie selbst hat explizit zwei Instrumente zur Erhöhung der Partizipation entwickelt: Die Roma Dialogplattform und eine Online Konsultation. Eine Beobachtung, die im Laufe der Forschung gemacht wurde, ist jedoch, dass die Partizipation - um möglichst flächendeckend als Angebot wahrgenommen zu werden - bereits mit dem Aufsuchen, Erreichen und Ansprechen potentieller Adressat:innen der Strategie beginnt. Die Reichweite der beiden Partizipationstools ist klein, und die Teilnahme beschränkt sich meist auf schon bekannte Personen, die bereits über die Strategie Bescheid wissen. Dementsprechend erscheint es für die Erreichung von Partizipation innerhalb der Strategie notwendig, ihre Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit auszubauen, Personen und Akteur:innen gezielt aufzusuchen und den öffentlichen Auftritt der Strategie zu verbessern (bspw. eine ansprechende Website einzurichten, die nicht ausschließlich in deutscher Sprache ansteuerbar ist). Eine weitere wichtige Facette der Öffentlichkeitsarbeit wäre die Einbindung lokaler Akteur:innen aus Verwaltung und dem NGO-Bereich, die für die Themen der Strategie relevante Arbeit leisten. Diese wissen oftmals nicht über die Existenz dieser Bescheid, hätten jedoch wichtige Zugangs- und Erschließungsmöglichkeiten bislang marginalisierter oder wenig beachteter Teile der Zielgruppen.

Die Roma Dialogplattform wird von den Akteur:innen, die sie kennen und regelmäßig teilnehmen geschätzt, ihre Flexibilität, auch neuen Themen Raum zu geben und den Austausch von unterschiedlichen Akteur:innen zu fördern, sind dabei besonders positiv anzumerken. Jedoch ist die Dialogplattform kein Instrument, das eine Breitenwirksamkeit erzielen kann, auch ist sie nicht ausreichend bekannt und es gibt wenig Möglichkeit, noch nicht erschlossene Teile der Zielgruppen mithineinzuholen. Die Teilnehmer:innenlisten gestalten sich von Mal zu Mal sehr ähnlich. Ein weiteres Defizit ist ihre Hochschwelligkeit, die sich auf verschiedenen Ebenen - Uhrzeit, Einsprachigkeit, Austragungsort etc. - niederschlägt. Die Dialogplattform wird von Seiten des Bundeskanzleramtes gemeinsam mit der Beratungsfirma GUPA vorbereitet, wobei sie sich auch an Themen, die aus den Zielgruppen an sie herangetragen wird, orientiert. Die letztendliche Umsetzung jedoch bleibt beim Bundeskanzleramt. Diese Struktur verdeutlicht einmal mehr ein grundsätzliches Gefälle, das in der Strategie wirkt: die die Formate entwickelnden Personen, die die Entscheidungen treffen, sind allesamt keine Angehörigen der Zielgruppen. Letztere sind ausschließlich in der

Rolle der Teilnehmer:innen oder geladener Podiumsgäste in die Dialogplattform eingebunden.

2016 wurde das zweite partizipative Format der Strategie aktiviert: mittels einer Online Konsultation wurden Personen aus den Zielgruppen nach ihrer Priorisierung der Bereiche der Strategie gefragt. Diese Konsultation, an der anonym teilgenommen werden konnte, und ihre Ergebnisse bildeten die Grundlage für die Entscheidungen, die Bereiche Gesundheit und Wohnen ab 2017 in den Hintergrund zu rücken, auch wenn bspw. Wohnen vor anderen, seit 2017 priorisierten Bereichen (z.B. Empowerment), genannt wurde. Die Vorgangsweise erntete auch Kritik, besonders in Bezug auf die weitreichenden Entscheidungen, die durch die Konsultation gerechtfertigt wurden. Ein zweiter Schritt des Prozesses bestand in der Annahme von Feedback zum überarbeiteten Strategiepapier aus den Zielgruppen. Dieses konnte online schriftlich eingebracht werden. Wieder verlief die ganze Kommunikation auf Deutsch, Teilnehmende waren fast ausschließlich einschlägige Vereine und NGOs sowie einige bereits involvierte Einzelpersonen. Auch dieses Tool hatte also wenig Breitenwirksamkeit.

Generell ist anzumerken, dass es künftig wichtig wäre, die Förderung von Partizipation grundlegender zu denken: Über die Adressierung von Personen aus den Zielgruppen und ihre Einbeziehung in Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen hinaus geht es um ihre Beteiligung an der Entwicklung und Konzeptualisierung dieser Aktivitäten und der ihr zugrundeliegenden Programmatik. Dies impliziert eine aktive Rolle in der Erarbeitung und Definition des Konzepts von Partizipation selbst.

ARBEITSMARKT/BESCHÄFTIGUNG

In der Strategie gibt es eine starke Fokussierung auf den Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Dort gab es die meisten, und auch die zielsichersten, Interventionen, die höchsten Förderbeträge und eine große Anzahl an spezifischen Maßnahmen. Das besondere Augenmerk der Strategie auf diesen Bereich lässt sich in eine generelle Ausrichtung in der österreichischen Politik einordnen, die den Lösungen für Probleme im Bereich Beschäftigung und Arbeitsmarkt das Potential zuspricht, allgemeine Situationen sozialer Exklusion und Benachteiligung abzuschwächen oder gar zu beseitigen. So schreibt Marcel Fink schon 2011 über das damalige Nationale Reformprogramm (NRP 2011):

“Overall, the current Austrian NRP frames the problem of poverty/social exclusion as a problem of unemployment or insufficient labour market participation at first instance.”
(Fink 2011, S. 28)

Zur Beschäftigungssituation von Rom:nja in Österreich gibt es kaum Daten. Eine Studie, die von L&R Sozialforschung 2011 im Auftrag der AK Wien durchgeführt und 2014 fortgesetzt und erweitert wurde, setzte sich mit der Beschäftigungssituation von zugewanderten Personen in Wien auseinander. Besonderen Fokus legte sie dabei in beiden Durchgängen auch auf die Situationen “ethnischer Minderheiten” innerhalb der Gruppen der Migrant:innen: Rom:nja und Kurd:innen. Auch wenn diese Studie nur einen kleinen Ausschnitt der in Österreich lebenden Rom:nja repräsentiert, so sind ihre Ergebnisse dennoch relevant und weisen darauf hin, dass es in Österreich Mechanismen gibt, die zur Benachteiligung vieler Rom:nja (auch) am Arbeitsmarkt führen.

“Verschiedene Indikatoren in Bezug auf die berufliche Situation von Roma/Romnja lassen das Bild entstehen, dass diese Gruppe sich in diverser Hinsicht in nachteiligen Konstellationen findet. Die erwähnte unterdurchschnittliche, qualifikatorische Ausgangssituation ist dabei als wesentliche Rahmenbedingung zu berücksichtigen. So sind Roma/Romnja häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als MigrantInnen generell und vor allem auch als Nicht-MigrantInnen, und hier insbesondere Männer: Gut jeder fünfte Rom hatte zum Zeitpunkt des Interviews keine Arbeitsstelle. Das berufliche Tätigkeitsniveau ist bei MigrantInnen deutlich geringer als bei Nicht-MigrantInnen, und dies gilt nochmals verstärkt für Roma/Romnja: Von ihnen arbeiten 77% in einer Hilfs- oder angelernten Tätigkeit. Diese Tätigkeitsniveaus machen bei MigrantInnen 62% aus, bei Nicht-MigrantInnen nur 17%. Dabei liegt ein Schwerpunkt in den verschiedenen Dienstleistungsberufen (v. a. Fremdenverkehr-, Gaststättenberufe, Handel, Reinigung und Büroberufe). Die insgesamt eher niedrigere berufliche Positionierung der Roma/Romnja spiegelt sich in Folge auch in den erzielten

persönlichen Erwerbseinkommen, die im Vergleich mit den MigrantInnen insgesamt sowie den Nicht-MigrantInnen deutlich geringer ausfallen – und auf diese Weise wiederum die ökonomische Randposition und damit die geringeren Handlungsspielräume etwa hinsichtlich einer längeren Bildungsteilnahme verfestigen. An ihren Arbeitsplätzen sind Roma/Romnja in Wien in überdurchschnittlichem Maß von Sonderformen der Arbeitszeit betroffen. Konkret leisten zwei Drittel von ihnen Wochenend- und/oder Feiertagsarbeit, Schicht- und Turnusdienste. In der Gruppe der MigrantInnen insgesamt tut dies »nur« die Hälfte, bei den Nicht-MigrantInnen ein Drittel. Die Arbeitsbedingungen werden auch häufiger als Belastung erlebt: diverse Belastungsfaktoren treffen in der Gruppe der Roma auf größere Anteile zu als in den meisten anderen Teilgruppen. Stress und Zeitdruck spielen hier die zentrale Rolle, mit fast 60% fühlen sich eineinhalb Mal so viele Roma/ Romnja davon betroffen wie unter allen MigrantInnen, insbesondere Frauen. Die Belastung durch schlechte gesundheitliche Bedingungen am Arbeitsplatz wird im Gegensatz dazu verstärkt von Männern thematisiert (insgesamt 49%). Auch die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, ist eine Sorge, die überdurchschnittlich häufig von Roma/Romnja – ohne großen geschlechtsspezifischen Unterschied – formuliert wird. Nicht zuletzt ist auch über Benachteiligungen am Arbeitsplatz zu sprechen, eine Thematik, die aber in verschiedener Hinsicht schwierig ist. So meinten zahlreiche InterviewpartnerInnen, dass sie ganz allgemein ein tendenziell ablehnendes Arbeitsklima erleben, dies aber nicht als »Benachteiligung« definieren würden. Zum einen, weil dieses Klima kaum an objektiven Fakten oder Handlungsweisen festzumachen sei, zum anderen, weil vielleicht auch kein Kausalzusammenhang zur ethnischen Zugehörigkeit hergestellt werden kann. Entscheidender als diese oder auch als der Migrationshintergrund werden meist betriebliche Gruppenbildungen und Hierarchien etwa zwischen Stamm- und Randbelegschaften erlebt. Außerdem ist davon auszugehen, dass oftmals ein gewisser unbewusster Widerstand dagegen besteht, das alltägliche persönliche Umfeld explizit als benachteiligend zu definieren, verbunden mit der »Strategie«, sich damit in diese Strukturen einzufügen und die Benachteiligung zu erdulden. Und schließlich ist auch anzunehmen, dass der Wissenstand bezüglich des rechtmäßigen Schutzes vor Diskriminierung und dem Recht auf Gleichbehandlung gerade bei Neu-Zugewanderten eher gering ist. So fällt in der Folge der Anteil von Roma/Romnja, der angibt, sich innerbetrieblich nicht gleichbehandelt zu fühlen, in etwa gleich hoch aus wie in der Gruppe der MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen (gut 10%), wobei Romnja mit 18% etwas verstärkt Benachteiligungen wahrnehmen bzw. aussprechen. Dieses Ergebnis ist wohl auch im Kontext der Angst vor negativen Konsequenzen zu sehen, wie mehrere Roma/Romnja betonten und eine Person so formulierte: ‚Wenn ich versuchen würde, meine Interessen durchzusetzen, würde ich ganz schnell ausgetauscht werden; so funktioniert das. Man arbeitet und hält den Mund, weil man aufs Geld und die Arbeit angewiesen ist.‘ In Summe können die Rahmenbedingungen der Arbeitsstellen, an

denen Roma/Romnja in Wien beschäftigt sind, anhand verschiedener Indikatoren als wenig vorteilhaft für die Betroffenen charakterisiert werden. Geringe schulische und berufliche Qualifikationen, die über niedrige berufliche Positionierungen zu einem niedrigen Einkommen und damit verbunden zu geringen finanziellen Spielräumen führen, belastende Arbeitsbedingungen und fordernde Arbeitszeiten – all das bringt für viele Roma/Romnja vergleichsweise geringe Handlungsspielräume am Arbeitsmarkt mit sich.” (Schmatz/Wetzel 2015, S. 147)

**

Die Perspektive der Zielgruppen III: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Arbeitsmarktsituation

Wie bereits festgehalten, räumen knapp zwei Drittel der Befragten (=61%) dem Bereich Arbeit und Beschäftigung Priorität im Rahmen der Strategie ein. Relevanz hat dieses Thema für die Ermöglichung guter Lebenschancen auf individueller und kollektiver Ebene, vor allem aber auch als ein Mittel im Kampf gegen Marginalisierung.

Unter den Personen, die sich an der Fragebogenerhebung beteiligten, gaben 21% an, aktuell arbeitslos zu sein, wobei rund jede:r zweite von ihnen berichtet, sich durch die aktuelle Situation mit der Arbeit belastet zu fühlen; nur ein Drittel fühlt sich nicht belastet. Unter allen Befragten sind es 29%, die sich mit oder in der Arbeit belastet fühlen.

Sozialpolitisch wichtig ist, dass diese Belastung mit anderen Alltagssorgen zusammenfällt, dazu zählen nicht nur Geldsorgen, sondern vor allem auch Probleme, die aus einem ungeklärten rechtlichen Status (z.B. Aufenthaltstitel) oder fehlender (Sozial-)Versicherung resultieren. Stress verursachen aber auch die Wohnsituation, der Kontakt mit „strafenden Institutionen“, wozu neben der Polizei auch die Einrichtung der Kinder- und Jugendwohlfahrt zählt, aber auch die Sorge um das Wohlergehen der Kinder. Es sind vor allem Personen mit Migrationserfahrung, niedriger Bildung und in den Bundesländern, bei denen dieses Sorgenbündel zusammenfällt. Die instabile Situation vergrößert vor allem unter zugewanderten Rom:nja die Ungewissheit, längerfristig in Österreich bleiben zu wollen bzw. zu können. In den westlichen Bundesländern suchen sie Hilfe vor allem bei karitativen bzw. religiösen und (Nicht Rom:nja) Beratungs-Organisationen, im Osten bieten die Vereine Unterstützung. Es überrascht nicht, dass überdurchschnittlich viele der von Arbeitslosigkeit Betroffenen für die Strategie eine Präferenz in den Themenbereichen Arbeitsmarkt, Wohnen und Gesundheit äußern.

Wie wichtig eine volle, aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt ist, zeigt sich vor allem dahingehend, dass sie soziale Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und vor

Deprivation schützt: Deprivation bezeichnet ein aufgrund von Armut und Entbehrungen verbundenes Gefühl der Benachteiligung, das zugleich, wie auch die Befragungsergebnisse zeigen, für Zurückweisungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit sensibilisiert. Voll erwerbstätige Personen sind sowohl sozial als auch materiell robuster: Sie berichten seltener über eine prekäre Wohnsituation und sind eher in der Lage, wohnungsbezogene Kosten, aber auch kurzfristig auftretende Rechnungen, etwa für die Reparatur von Haushaltsgeräten, zu stemmen. Sie zeigen sich insgesamt optimistischer, was die eigene materielle Situation betrifft, und sind zugleich optimistischer in Bezug auf die Situation als Rom:nja als gleichberechtigter Teil der österreichischen Gesellschaft.

Arbeitslosigkeit hingegen erhöht den sozialen Stress (auch im Privatleben) und schwächt auf Dauer die aktive Einbindung in die Community (Vereinsleben). Gleichzeitig machen die Ergebnisse der Fragebogenerhebung deutlich, dass es mehr bzw. auch anderes braucht als einen Zugang zu bezahlter Beschäftigung. So behindern bei einem Fünftel der Befragten, die angeben, zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos zu sein, Betreuungsverpflichtungen in der Familie, zumeist für eine ältere, körperlich beeinträchtigte Person, eine volle Teilhabe am Arbeitsmarkt. Doch auch die Pandemie zeigt Spuren: 29% der arbeitslosen Befragten geben an, den Job verloren zu haben (insgesamt 8%), 46% berichten über Einkommensverluste (insgesamt 32%).

Zusammenfassung

Eine aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt ist für die im Zuge der Datenerhebung befragten Rom:nja eine zentrale Quelle von Inklusion und sozialer Anerkennung; Arbeitslosigkeit und niedrig entlohnte Erwerbsarbeit hingegen stehen für (drohende) materielle Armut und soziale Verwundbarkeit (soziale Isolation, Deprivation). Zugewanderte Rom:nja sind überdurchschnittlich mit diesem Problem konfrontiert. Sie überleben vielfach am äußersten Rand des Arbeitsmarktes und begegnen zahlreichen Hindernissen, wenn sie versuchen, diese Randposition zu verlassen.

**

ESF-Projekte⁵

Anders als die restlichen Bereiche der Strategie zeichnet sich der Schwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung strategisch dadurch aus, vor allem aus hochdotierten *spezifischen* Maßnahmen unter dem Schlagwort “Empowerment von Rom:nja am Arbeitsmarkt” zu bestehen. Diese wurden maßgeblich durch den Europäischen Sozialfonds finanziert, innerhalb des Zeitrahmens der Strategie bis 2020 erfolgten zwei Calls und Bewerbungsverfahren. Für diese Förderperiode stellte der ESF 4 Millionen Euro zur Verfügung. Diese wurden mit weiteren 4 Millionen Euro national kofinanziert. Die Projekte des ersten Calls liefen von 2015 bis 2019, die des zweiten Calls starteten 2019 und werden 2022 abgeschlossen. Mit der jeweils 42-monatigen Projektlaufzeit ist die Förderschiene so konzipiert, dass eine insgesamt Projektdauer von zwei Mal dreieinhalb Jahren gewährleistet wird, da der zweite Call auch für die Einreichung von aufbauenden Folgeprojekten gedacht ist.

„Der Aufruf enthielt zwei verschiedene Instrumente: Innerhalb von Instrument A wurden Organisationen aufgefordert, sich um Fördermittel für die Entwicklung und Durchführung von Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu bewerben; Instrument B war ein Call zur Entwicklung eines Curriculum für die Qualifizierung von Schlüsselkräften im Bereich des Empowerment von Roma. Letzterer wurde mit einem Gesamtbetrag von 40.000 EUR begrenzt. Dieses Programm wurde zum Teil unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft innerhalb der Dialogplattform entwickelt.“
(Koller/Spataru 2018, S. 15)

Eingereicht konnten Projektvorschläge von NGOs werden, ein notwendiges Hauptkriterium für die Auswahl war es, dass auch Rom:nja im Rahmen der jeweiligen Projekte beteiligt sind. Unter den antragstellenden Einrichtungen waren, neben den größeren NGOs und Unternehmen aus dem Bereich Soziales (Caritas, Volkshilfe etc.), auch einige wenige Rom:nja-Organisationen.

Verwaltungsaufwand und bürokratische Hürden/Probleme

Mit den ESF-Projekten gehen sehr hohe Fördersummen und verhältnismäßig lange Projektlaufzeiten einher, was viele, auch aufwendigere Interventionen (vor allem im Bereich

⁵ Die Projekte des ersten Calls: Qualifizierungs- und Beratungszentrum QBZ, Cambro, Maro Drom – Mein Weg, Laco Drom – Leichter Weg, Thara Romani Zor! Zukunft Stärke der Roma!; AKI Anerkennung, Kompetenz, Innovation; Zorrom; Romano Zuralipe –Roma Empowerment.

Die Projekte des zweiten Calls: Thara e Romengi tehara -Zukunft Roma Dialog; Romblog Digital Evolution; Drom - Weg; Roma-ABC – Arbeit, Beratung, Bildung; Trajo - Leben; Kompetenz mit System; Kambuke; Amari Buki - Unsere Arbeit (vgl. BKA 2020).

Arbeitsmarkt-/Sozialberatung) ermöglicht. Gleichzeitig sind die Pflichten und verwaltungstechnischen Herausforderungen, die mit dem Durchführen der ESF-Projekte einhergehen, enorm komplex und erfordern eigene Kompetenzen und bestenfalls Abteilungen innerhalb der Organisation, die auf die Abwicklung und Verwaltung der Projekte spezialisiert sind. Diese Voraussetzungen werden von den großen und nicht-rom:nja-spezifischen Projektträgern wie etwa den Wohlfahrtsverbänden naturgemäß erfüllt, nicht jedoch von den Rom:nja-Vereinen, die sich erfolgreich für Arbeitsmarktprojekte beworben hatten. So kam es in drei Fällen zu Situationen, in denen die Projekte abgebrochen werden mussten, zwei der drei Vereine, die als Projektträger fungierten, gibt es heute nicht mehr. Die Verwaltungs- und Abwicklungslast war für die Einrichtungen nicht stemmbar, Unterstützungsangebote gab es dabei keine bzw. wurden diese nicht als unterstützend wahrgenommen, was auch viele mit diesem Strategiebereich betraute Akteur:innen, die unsere Fragen beantwortet haben, kritisieren.

*“Fehlende bzw. mangelnde Unterstützung von Vereinen bei der Antragstellung für EU finanzierte Projekte: Viele Vereine sind zwar nah an den Zielgruppen und besitzen die notwendige Erfahrung und das Vertrauen in der Zusammenarbeit mit Rom*nja, bringen vielfach jedoch nicht die notwendigen Ressourcen (Zeit und Know-How) mit, die für eine erfolgreiche Antragstellung für EU-finanzierte Projekte erforderlich sind. So gilt die Förderschiene durch den ESF, die langfristige Fördermöglichkeiten bietet, als intransparent und sehr bürokratisch (...). Dieser Umstand führt besonders bei kleineren Vereinen dazu, keine Förderprojekte einzureichen.”* (Wissenschaftler:innen, Österreichische Akademie der Wissenschaften, schriftlicher Expert:innenfragebogen E18)

Romano Centro aus Wien bleibt der einzige Rom:nja-Verein, der ein ESF-Projekt alleine ganz abgeschlossen hat, jedoch war auch hier der Aufwand kaum bewältigbar, wie uns Personen die (u.a. ehemals) Funktionen bei Romano Centro innehaben/-hatten, in den Expert:inneninterviews berichteten.

“Für die Finanzkontrolle ist die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur zuständig, die Qualität und Wirksamkeit der Projekte wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit Unterstützung eines externen Sozialforschungsunternehmens überprüft. Die Organisationen müssen alle drei Monate über die Projektmaßnahmen und den Projektfortschritt berichten.” (Koller/Spataru 2018, S. 15)

Die administrative Überforderung durch die hochkomplexen und sehr strengen Abrechnungs- und Berichtsvorschriften konnte auch von den zuständigen Stellen in der österreichischen Verwaltung kaum abgefedert werden, wie in Gesprächen mit den Zuständigen in den jeweiligen Vereinen berichtet wurde. Die österreichische Stelle, die zwischen dem ESF und

den Trägerorganisationen steht, nennt sich ZWIST (Zwischenstelle). Bei Problemen mit den Abrechnungen etc. wäre diese zuständig, wobei in den Expert:inneninterviews mehrmals betont wurde, dass diese keine Anlaufstelle war, die im Sinne der betroffenen Organisationen agiert und diese unterstützt hat. Eine solche Anlaufstelle, die Hilfe und Unterstützung zur Verfügung stellen könnte, fehlt.

“Na ich glaube, es bräuchte eine wirkliche Ansprechstelle und Ansprechperson im Ministerium, die auch auf der Seite der Leute ist, ganz klar. Und das war es nie, net. Sie haben normalerweise keine Auskunft bekommen. Wenn Sie die unbedingt gebraucht haben und lästig geworden sind, dann ist die Gegenseite laut geworden, ja. Also, was hilft das, ja? Wenn es irgendwelche Probleme gegeben hat mit der Abrechnung, dann hat sich die ZWIST zuerst einmal auf die Seite der Bundesbuchhaltungsagentur gestellt oder ihrer Abrechner, ja. Und wenn man dann im langen Prozess nachgewiesen hat, dass man Recht hat, dann hat man nichts mehr zu diesem Thema gehört, net. Also, so war die Vorgehensweise im Sozialministerium, ja, und ich bin ganz sicher, dass es nicht nur uns so gegangen ist, ja.” (Expert:inneninterview P, Zeilen 283-292)

Die ZWIST selbst schreibt in ihrem Zwischenbericht von vielen Anfragen, die bearbeitet werden mussten. Auch wenn die beiden Zitate zwei verschiedene Perspektiven auf das Problem sind, so lässt sich doch erahnen, dass der Verwaltungsaufwand insgesamt eher überfordernd war.

“Die verpflichtenden Berichte zum Projektfortschritt mit inhaltlichen Vorgaben erforderte Unterstützung von der ZWIST Roma bei ihren Jour Fixen mit den Projekten oder im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen. Es gibt laufend telefonische Anfragen oder E-Mails. Ab dem Ausbruch der Corona-Pandemie erfolgte die Kommunikation nur über E-Mail und in vielen Telefonaten. Genauso war Hilfe beim Verständnis von FLC-Handbüchern und später bei den Einspielungen von Daten in die ZWIMOS-Datenbank notwendig und nahm viel Zeit in der ZWIST in Anspruch. Vielfach erfolgte die Kenntnisnahme der zahlreichen unterstützenden Unterlagen der Verwaltungsbehörde auf Seiten der Projekte erst nach Aufforderung der ZWIST. In manchen Fällen war es die ZWIST selbst, die vor Ort die ersten Daten für Projekte in die Datenbank eintragen musste.” (ZWIST Roma 2020, S. 9)

Auch das zuständige Ministerium hat in der schriftlichen Beantwortung des Expert:innenfragebogens auf die zu hohe Komplexität, die mit der Verwaltung der ESF-Projekte einhergeht, hingewiesen. Hierbei wird deutlich, dass es auch an der EU läge, dafür zu sorgen, von Beginn an Rahmenbedingungen für Förderungen und deren Abwicklungen zu schaffen, die mit der Realität der Rom:nja-Vereine in den jeweiligen Mitgliedsstaaten vereinbar sind.

“Ein grundlegendes Problem ergab sich in unserem eigenen Bereich durch die Umsetzung durch den Europäischen Sozialfonds. Die Umsetzung in den EU-Strukturfonds hat ein der Art hohes Maß an Komplexität erreicht, dass die Umsetzung für kleine Vereine, aber auch für größere Strukturen mit spezifischen Eigenheiten in der eigenen Verwaltung oft nicht umsetzbar ist. Es läge an der Strukturfondsverwaltung der EU, besonders für ohnehin schon marginalisierte Vereine eine moderatere Form von Kontrolle und Administration zuzulassen, die das Überleben von Projekten und Vereinen ermöglicht. Die Ansiedlung der Roma-Strategie in einer Generaldirektion (JUSTICE) und die der Strukturfonds in anderen (EMPLOY, REGIO) kommt einer notwendigen Kommunikation allerdings wenig entgegen. Bereits die Rahmenstrategie der EU hätte eigene, einfachere Abwicklungsregeln vorgeben sollen, damit die Roma-Projekte nicht in dieser Weise an die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds gebunden sind.” (BMA, schriftlicher Expert:innenfragebogen E2)

Neben den Gefühlen der Überforderung und des Alleingelassenseins thematisierten viele der Interviewpartner:innen, die Erfahrungen mit den ESF-Förderrichtlinien gemacht haben, auch die fehlende Transparenz bei der Auswahl der Projekte. Die Entscheidungen über die Förderungen werden in einem zweistufigen Prozess durch ein Gremium getroffen, in dem kein:e einzige:r Rom:ni sitzt, um mitzuentcheiden (vgl. Expert:inneninterview L). Auch werden die Gründe für die Entscheidungen nicht transparent gemacht. So gab es beispielsweise eine Einreichung eines Projekts, das in Vorarlberg angesiedelt gewesen wäre - ein geographisch und auch zielgruppenmäßig interessanter Standort, und das auch bislang in der Strategie marginalisierte Personengruppen hätte erschließen und involvieren können. Dieses Projekt wurde jedoch abgelehnt, was bei vielen der von uns interviewten Expert:innen auf Unverständnis gestoßen ist (vgl. u.a. Expert:inneninterview J).

Aufgrund der vielen Schwierigkeiten mit dem ESF wurde uns gegenüber mehrmals angedeutet, dass für die nächsten Förderperioden vermehrt nationale Fördermöglichkeiten gefunden werden sollten, deren administrative und abrechnungstechnische Anforderungen weniger komplex sind (vgl. Expert:inneninterviews L und R). Dieser Prozess wurde jedoch nie offiziell angekündigt, auch im Strategiepapier der neuen Strategieperiode bis 2030 ist davon nichts zu lesen. Es findet sich dort weiterhin ein Verweis auf die wichtige Rolle des ESF für die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt. Besonders für die kleineren Vereine wären Informationen bezüglich alternativer Förderschienen und -möglichkeiten sehr relevant, da diese - anders als große Trägerorganisationen - besonders nahe an den Personen aus der Zielgruppe arbeiten und deshalb die Projekte genau entlang der tatsächlichen Bedürfnisse der potentiellen Teilnehmer:innen konzeptualisieren können. Ihre finanzielle Situation ist gleichzeitig um einiges unsicherer als die der großen Projektträger. Förderungen größerer Projekte, um die nicht jedes Jahr erneut angesucht werden müsste, sondern die eine

Finanzierung mehrerer Jahre inklusive einer Vorfinanzierung garantieren würden, wären für diese Vereine besonders wichtig.

Positive Aspekte und wichtige Erkenntnisse

Auf einer inhaltlichen Ebene ist die Ermöglichung großer spezifischer Projekte eindeutig zu begrüßen. Auch die im Zuge der Forschung befragten Expert:innen und Akteur:innen haben schriftlich und mündlich immer wieder auf die Wichtigkeit spezifischer Maßnahmen als Ergänzungen zu allgemeinen Maßnahmen hingewiesen, da sich die Situationen von Rom:nja oftmals von denen anderer Zielgruppen unterscheiden.

*“Die Situation [in Österreich, Anm.] hat sich insofern verbessert, da es auf die Strategie ausgerichtete Projekte von Non-profit Organisationen gab und gibt, die aktiv einen Beitrag zur Erreichung der Strategie leisten (Projekte des ESF und Arbeitsministeriums). Damit wurde auch mehr Bewusstsein geschaffen, dass es wichtig ist, „eigene“ – auf die Zielgruppe der Roma/Romnja ausgerichtete Maßnahmen und Angebote zu setzen. Wir arbeiten in unserer Einrichtung (in anderen Projekten) auch mit Geflüchteten und Migrant*innen. Uns ist aufgefallen, dass sich die Bedarfslagen (Aufenthaltstitel, Bewusstsein für Bildung und Arbeitsmarkt, familiäre Verhältnisse usw.) stark unterscheiden, daher ist es sinnvoll, hier spezielle Projekte für Rom*nja zu setzen. Früher wurden Roma/Romnja in Projekte für Migrant*innen „mitbetreut“, was ihren Bedarfen zu wenig gerecht wurde.” (Mitarbeiter:in ESF-Projekt, Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E7)*

Viele der Antworten auf die Expert:innenfragebögen betonten die positiven Auswirkungen, die die Etablierung der Arbeitsmarktprojekte (insbesondere der Beratungs- und Qualifizierungsangebote) für die Teilnehmer:innen hatten. Auch konnten wertvolle Erkenntnisse für die Durchführung zukünftiger Projekte gewonnen werden, da beobachtet werden konnte, welche Aspekte innerhalb der Projekte besonders wirkungsvoll waren und gut funktionierten.

*“Es zeigt sich, dass (muttersprachliche) Beratung einen sehr zentralen Stellenwert hat. In der Beratung werden allfällige Herausforderungen (z.B. Wohnen, Schulden, Gesundheit, Soziale Anliegen) thematisiert und Lösungswege erarbeitet. Der Fokus auf Bildung und Beruf ist zielführend. Vielfach geht es darum, Bewusstsein zu schaffen, wie wichtig Bildung ist, insbesondere auch für die Familie, und gemeinsam Wege in den Arbeitsmarkt zu finden. Ein weiterer Erfolgsfaktor des Projekts [Name ESF-Projekt] ist ein strukturierter Deutschkurs (Niveau A2) in Kombination mit Jobcoaching. Teilnehmer*innen, die beim AMS gemeldet sind, haben die Möglichkeit, eine Beihilfe*

zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU) beim AMS zu beantragen. Das führt erfahrungsgemäß zu einer höheren Anwesenheit, Verbindlichkeit und einer Reduktion des finanziellen Drucks der TN. Aus unserer Sicht sind diese Maßnahmen mit sozioökonomischer Ausrichtung relevant zur Reduktion von Armut und zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration.“ (Mitarbeiter:in ESF-Projekt, Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E7)

Im Idealfall leisten die ESF-Projekte mit den Beratungen eine nachhaltige Ermächtigung und Unterstützung der Angehörigen der Zielgruppen in Bezug auf ihre Situation am Arbeitsmarkt. Die Mitarbeiter:innen/Leiter:innen von ESF-Projekten, die die Expert:innenfragebögen beantwortet haben, berichten teilweise sehr detailliert, inwiefern Unterstützung und Ermächtigung der Teilnehmer:innen ermöglicht werden, aber auch, was besondere Schwierigkeiten sind (z.B. Corona).

*“Stabilisierung der Lebensverhältnisse: Klient*innen kommen in unser Projekt mit multiplen Problemlagen (finanzielle Sorgen, Schulden, prekäre Wohnsituation, Delogierungen, Exekutionen, familiäre und gesundheitliche Themen, usw.), die aufgearbeitet werden (müssen). Hier sind nach mehreren Beratungseinheiten deutliche Verbesserungen im subjektiven Wohlbefinden der Klient*innen sichtbar.*

*Stärkung des Bewusstseins für Bildung und Arbeit: hier leisten wir im Projekt Überzeugungs- und Motivationsarbeit, zeigen Wege über Ausbildungen und Lehr- und Arbeitsstellen auf, erstellen Lebensläufe, suchen gemeinsam nach offenen Stellen und schreiben Bewerbungen für und mit Klient*innen. Die aktive Teilnahme an einem Deutschkurs kann als Erfolg betrachtet werden. Viele Klient*innen leben bereits länger in Österreich und besuchen ihren ersten Sprachkurs im Projekt [Name ESF-Projekt].*

Empowerment: Nach einem Deutschkurs bzw. einer umfassenden Beratung ist feststellbar, dass sich das Selbstvertrauen verbessert hat und neue Perspektiven vorhanden sind. Was zuvor weit weg und unerreichbar war, wird greifbar und schaffbar.

*Zugang zu Arbeitsstellen: Durch Bewerbungen, Jobcoaching, unsere Unternehmenskontakte und Bewerber*innen-Tage (wo wir Firmen und Klient*innen zusammenbringen) erhöhen wir die Chancen, für Roma/Romnja eine Stelle zu finden. Vermittlungserfolge sind vorhanden, aufgrund von Corona aber aktuell (noch) unter den Erwartungen.“ (Mitarbeiter:in, ESF-Projekt, Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E7)*

Wie im obigen Zitat wird in mehreren Schilderungen der Mitarbeiter:innen der Projekte auch deutlich, wie wichtig eine längerfristige und individuell abgestimmte Beratungssituation mit mehreren Beratungseinheiten für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände der Betroffenen ist.

*“Unsere Teilnehmer*innen haben zu mehr als 50% nur Pflichtschulabschluss, zu einem sehr großen Anteil relativ kurz zurückliegende Migrationserfahrung und waren bei Betreuungsbeginn arbeitssuchend. Etwa 70% der länger (im Case Management) betreuten Teilnehmer*innen fanden eine voll versicherungsfähige Beschäftigung, insgesamt konnten wir bis dato 156 Arbeitsantritte zählen. Ich glaube, dass unsere soziale und die Vermittlung unterstützende Arbeit sowie die gute Kenntnis des Arbeitsmarktes wesentlich dazu beitrug, dass unsere Teilnehmer*innen rascher eine Stelle fanden.” (Mitarbeiter:in, ESF Projekt, Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E9)*

Was augenscheinlich wird, ist, wie viel Arbeit und individuelles Einlassen von Seiten der Berater:innen notwendig sind, um die Teilnehmer:innen bestmöglich zu unterstützen. Jeder Fall ist einzigartig und zeichnet sich durch ein komplexes Zusammenwirken unterschiedlicher Umstände aus, die es individuell zu betrachten und zu bearbeiten gilt. Aus diesem Grund wird den Schilderungen der Mitarbeiter:innen in diesem Kapitel auch besonders viel Raum eingeräumt, denn sie machen die konkrete Arbeit und den vielen Aufwand, der hinter den Projekten und ihren Berichten steht, greifbarer.

- “1.) Eine Familie kam Ende 2019 nach Österreich und suchte im März 2020 die Beratungsstelle [Name ESF-finanzierte Beratungsstelle] auf, da der Vater arbeitslos geworden ist und Hilfe brauchte. Seither wurde die Familie tatkräftig bzgl. der Aufenthaltstitel, der Familienbeihilfe, Angelegenheiten mit Vermieter/Wohnung unterstützt. Die Familie wohnt in einer Wohnung mit Schimmel-Problemen. Dabei wurde versucht, mit dem Vermieter eine Lösung zu finden bzw. wurde die Familie bei der Suche nach einer neuen Wohnung unterstützt. Der Vater wurde auch bei der Arbeitssuche unterstützt und konnte dadurch eine neue Arbeitsstelle finden.*
- 2.) Eine Klientin kam zur Beratungsstelle [Name ESF-finanzierte Beratungsstelle], da sie finanzielle, familiäre und berufliche Probleme hatte. Im Rahmen der finanziellen Angelegenheiten konnte ihr durch Ratenvereinbarungen sowie einmalige finanzielle Unterstützungen aus der Notlage geholfen werden. Auch bei den beruflichen Angelegenheiten wurde sie beraten und bei ihrem Arbeitswechsel unterstützt bzw. wurde sie in ein Programm durch das AMS weitervermittelt. Die Beratungsstelle wurde auch bei Problemen in der Schule des Kindes zur Unterstützung herangezogen und konnte so zwischen Schule und Familie vermitteln.*
- 3.) Eine dritte Beratungsstelle hat mit [Name ESF-finanzierte Beratungsstelle] Kontakt aufgenommen, um Unterstützung für eine Roma Familie anzufragen, die noch keinen Aufenthaltstitel besaß und auch Unterstützung bei Familienbeihilfe, Versicherung (ÖGK) und Arbeitssuche benötigte. Im Rahmen der Beratung wurde die Familie bzgl. Aufenthaltstitel und Familienbeihilfe aufgeklärt und gemeinsam die Anträge gestellt.*

Es wurden auch Bewerbungsunterlagen erstellt und Arbeitsstellen gesucht. In weiterer Folge fanden die Eltern eine Arbeitsstelle und befinden sich gegenwärtig auf der Suche nach einer größeren Wohnung.” (Mitarbeiter:in ESF Projekt, Oberösterreich, schriftlicher Expert:innenfragebogen E10)

Notwendigkeit eines holistischen Ansatzes der Sozialberatung

Schon die letzten Schilderungen machen deutlich, dass die Personen, die die Angebote der ESF-Projekte in Anspruch nehmen, selten *einfach* eine Arbeit suchen. Dieser Umstand wurde von allen Expert:innen, die die ESF-Projekte kennen, mit Nachdruck thematisiert. Auch er wird vor allem greifbar, wenn die Personen, die in den Projekten arbeiten, selbst zu Wort kommen.

*“Viele Teilnehmer*innen des Projektes haben mit grundlegenden Problemen zu kämpfen wie etwa finanzielle Not, prekäre Wohnsituation, familiäre Probleme... In der täglichen Arbeit hat sich gezeigt, dass hierbei ein holistischer Ansatz wesentlich ist. Bevor sich die Teilnehmer*innen dem Thema Arbeitssuche widmen können, müssen die anderen Sorgen/Probleme bearbeitet bzw. gelöst werden. In dieser Hinsicht konnte den Menschen immer wieder geholfen werden, etwa bei der Beantragung einer Anmeldebescheinigung, der Familienbeihilfe, bei der Beantragung von finanziellen Unterstützungen, um akute Schulden bezahlen zu können. Auch im Bereich der Eingliederung in den Arbeitsmarkt gab es erfolgreiche Vermittlungen. Ein Großteil der Personen, die zu unserem Projekt kommen, sind Menschen, die innerhalb der letzten ein bis zwei Jahre nach Österreich gekommen sind und mit den ersten Schritten zu kämpfen haben. Hier können wir oftmals Informationen und Hilfestellungen geben, damit der Start in Österreich leichter fällt.” (Mitarbeiter:in ESF-Projekt, Oberösterreich, schriftlicher Expert:innenfragebogen E10)*

“Weil die Roma, die zu uns kommen, ich rede von denen, die zu uns kommen, ich kenne niemanden der gekommen ist und nur ein Problem hat, das ist Kindesabnahme, Arbeitslosigkeit, Aufenthalt, Gewalt in der Familie, Sprachbarrieren, psychische Gesundheit, physische Gesundheit, das sind so alle Themen, und es dauert einfach sehr lange, bis man einem Menschen richtig helfen kann, bei manchen Klienten ist einfach nur Feuerlöschen, da kann man nicht sehr viel machen.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 505-510)

“Ich habe lauter Klientinnen, die in Armut leben. Lauter Schulden, finanzielle Schwierigkeiten, können alle kein Deutsch, können nicht einmal Deutsch lernen. Haben Verpflichtungen, schaffen das nicht. Und das sind so ganz, ganz viele Faktoren. Das geht nicht einfach so: Du gehst viermal in die Beratungsstelle und dann bist du

qualifiziert. Also ich würde sagen, dass meine Empfehlung an den Roma Contact Point ist: mal mehr in die Praxis schnuppern und schauen, wie das tatsächlich funktioniert. Weil ich glaub, die haben wenig Vorstellungen.” (Expert:inneninterview I, Zeilen 451-456)

*“In unseren Projekten [Name ESF-gefördertes Projekt] und [Name ESF-gefördertes Projekt] erreichen wir die Zielgruppe und können eine hohe Zahl an Projektteilnehmer*innen vorweisen. Aus unserer Sicht gab es einen Paradigmenwechsel seitens der Fördergeber von der ersten Projektausschreibung (2015/16) zur zweiten (2019), die eine implizite Erwartungshaltung sichtbar machte, den Fokus von sozialen Themen verstärkt auf Bildungs- und Berufsberatung zu legen. Den Fokus auf Bildung und Beruf ebenso wie Antidiskriminierung halten wir für ausgesprochen wichtig. Es kann allerdings nicht oft genug betont werden, dass viele Roma/Romnja, die in unsere Beratungsstelle finden, zuerst einmal soziale Herausforderungen haben, die gelöst werden müssen. Dies wird stark eingefordert und ist notwendig, um eine Stabilisierung vornehmen zu können. Plakativ gesagt: Jemand, der kaum Geld und eine prekäre Wohnsituation hat, ist noch nicht bereit, einen Job anzunehmen. Auch das Bewusstsein für den Wert von Bildung ist unterschiedlich vorhanden. Daher könnte es zu einem blinden Fleck führen, anzunehmen, dass die meisten Klient*innen (aus unserem Projekt) bereits beim Projekteinstieg mehr oder weniger „job ready“ sind.“ (Mitarbeiter:in ESF-Projekt, Wienschriftlicher Expert:innenfragebogen E7)*

Wo Projekte stattgefunden haben, wurde viel neues praktisches Wissen erarbeitet. Die verschiedenen Erfahrungen der an den Projekten Beteiligten sind auch in Hinblick auf zukünftige Projekte besonders wertvoll. Interessant ist, dass oftmals die Abläufe und Maßnahmen als besonders wichtig genannt werden, die eigentlich die verschiedenen anderen Bereiche der Strategie in die Projekte mit hineinholen (Bildung, Antidiskriminierung u.a.). So schildert ein:e Mitarbeiter:in, was sich in seinen:ihren Augen im Rahmen der ESF-Projekte, an denen er:sie beteiligt war, besonders bewährt hat:

*“Umfassende (muttersprachliche) Beratung: da vielfach Deutschkenntnisse gering sind und damit Klient*innen direkter „abgeholt“ werden können. Die Beratung ist der Dreh- und Angelpunkt und notwendig, um Lebensverhältnisse zu stabilisieren und Schritte in Richtung Bildung und Beruf gehen zu können.*

- *Strukturierter Deutschkurs in Kombination mit Jobcoaching, mit Anwesenheitspflicht und der Möglichkeit einer Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts vom AMS: dies ermöglicht eine stabile Teilnahme (ohne dass Personen anderswo zugebucht werden) und ermöglicht ein intensiveres Einlassen auf eine Maßnahme. Die Kurse haben eine längere Dauer (min. 4 Monate) mit Deutschlern- und Jobcoaching Einheiten (Basics für*

Arbeitsmarkteinstieg). Die Zusammenarbeit mit dem AMS im Rahmen des ESF-Projekts sehen wir sehr positiv.

- *Antidiskriminierungsarbeit: Im Projekt Cambro haben wir vermehrt auf öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen gesetzt, um die Dominanzgesellschaft und Rom*nja zusammenzubringen und positive Bilder zu zeigen (u.a. Ausstellung, Tag der offenen Tür, Erzählcafé). Wir haben bemerkt, dass wir seitens der Mehrheitsbevölkerung – trotz umfassender Bewerbung und Bemühungen – Personen ansprechen, die sich bereits mit dem Thema beschäftigen (bereits „sensibilisiert“ sind). Daher haben wir unsere Strategie im Projekt Trajo dahingehend verändert, unsere Projektteilnehmer*innen stärker vorzubereiten und Diskriminierung zu thematisieren. Dies führt zu einem Verständnis über Diskriminierung, wie diese erkannt und was praktisch unternommen werden kann. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Klient*innen nicht immer bewusst ist, was Diskriminierung genau bedeutet und was nicht. Auch eigene Vorbehalte werden aufgedeckt und reflektiert.“ (schriftlicher Expert:innenfragebogen E7)*

In diesem Zusammenhang wird auch von einigen Akteur:innen kritisiert, dass die Förderungen bereichsspezifisch festgelegt sind. Aufgrund der komplexen Lebensverhältnisse und Problematiken vieler Betroffener ist meist eine ganzheitliche Sozialberatung nötig, um *auch* die Arbeitsmarktthematik zu bearbeiten. Das wirft die Frage auf, ob anstatt der inhaltlichen Schwerpunktsetzung (Arbeitsmarkt, Bildung etc.) eine Schwerpunktsetzung auf das Schaffen von Strukturen nach bestimmten Kriterien sinnvoller wäre. Diese könnten beispielsweise Transparenz, Verstetigung, Nachhaltigkeit, Partizipation u.a. sein (vgl. Expert:inneninterview J). Konkret könnte das die vermehrt in den Raum gestellte Forderung nach fixen ganzheitlichen Beratungsstellen und Programmen anstatt mehrerer spezifischer, befristeter Projekte bedeuten. Projekte könnten in einem solchen Konzept dazu dienen, Abläufe zu erproben und Strukturen aufzubauen und für die verstetigten Programme Erfahrungen zu sammeln.

Nachhaltigkeit

Die Beratungsangebote der ESF-Projekte mit dem Rom:nja-Empowerment-Schwerpunkt sind in vielen Fällen also Anlaufstellen für Personen, deren Probleme am Arbeitsmarkt nur eines von vielen sind. Die Lebenslagen der Betroffenen sind oftmals so komplex, dass aus der Berufs- oder Arbeitsmarktberatung schnell Situationen ganzheitlicher Sozialberatung werden, in denen viele Probleme mit- oder davor bearbeitet werden müssen, ehe man sich der Suche nach geeigneten Arbeits- oder Ausbildungsmaßnahmen o.ä. widmen kann. Auch ist die Beratung in vielen Fällen, wie die obigen Schilderungen von Berater:innen und Projektleiter:innen gezeigt haben, nicht mit den vorgesehenen begrenzten Stunden pro Fall

erledigt, sondern die Betroffenen benötigen immer wieder Hilfe und wenden sich in unterschiedlichen Fragen an die Beratungsstellen der ESF-Projekte, da den Berater:innen oftmals sehr gut gelungen ist, eine Vertrauensbasis mit den Klient:innen zu etablieren. All diese Faktoren machen es umso problematischer, dass diese Strukturen nach Auslaufen der Projekte einfach wegfallen – so gehen wichtige Ressourcen verloren, die die Lage vieler Menschen nicht nur im Bereich Beschäftigung verbessern.

Es ist zwar einerseits die Bestrebung, eine möglichst nachhaltige Struktur zu schaffen, erkennbar, da die beiden Calls Projekte, die aufeinander aufbauen, gezielt ansprechen und so eine insgesamt siebenjährige Laufzeit der etablierten Maßnahmen garantieren können. Jedoch führt genau diese Lösung auch die Grenzen des Formates “Projekt” vor Augen: ihre Finanzierung und somit die Existenzmöglichkeit der durch sie geschaffenen Angebote sind immer befristet und nach Auslaufen des Projektes geht vieles, was über die Jahre aufgebaut wurde, verloren. Diese Problematik ist nicht nur im Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung vorhanden, jedoch hat sie, durch die Dimensionen der ESF-Projekte, die ja auch finanziell sehr stark aufgestellt sind, hier eine besondere Relevanz. Ein wissenschaftlicher Akteur beantwortete die Fragen nach seiner Einschätzung der Strategie schriftlich wie folgt:

“Weiterhin ist die Politik von [Gemeinde und Bundesland] sowie der Arbeitsmarktverwaltung durch zielgruppenspezifische Untätigkeit ausgezeichnet. Das [Name ESF-Projekt] hat zwar den Nachweis erbracht, dass Erwerbsbeteiligung von Roma/Romnija Auswege aus der Armutsmigration eröffnen könnten. Entsprechende strukturelle Maßnahmen wurden leider nicht umgesetzt.”

-Und er fasst zusammen:

“Keine strukturellen und nachhaltigen Effekte, Beratung und Unterstützung von Roma/Romnija bleiben dem caritativen und dem Effekt nach entmündigenden Lindern von extremen Notlagen wie Obdachlosigkeit verhaftet.” (schriftlicher Expert:innenfragebogen E29)

Geographische Verteilung der ESF-Projekte

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist auch die geographische Verteilung der vom ESF geförderten Projekte. In ihr spiegelt sich die generelle Fokussierung/perspektivische Verengung auf den Osten Österreichs: so wird 2022 ein Projekt durch die Volkshilfe in Linz abgeschlossen, sowie ein weiteres in Graz, als dessen Trägerorganisation die Caritas fungierte. In Salzburg kam es zu einem Projektabbruch während der Laufzeit des ersten Calls. Dieses wurde von einem Rom:nja-Verein getragen. Die restlichen Projekte sind allesamt in Wien verortet. Auch im

Burgenland gab es ein durch ESF und nationale Förderungen kofinanziertes Arbeitsmarktpjekt, das jedoch über eine andere Förderschiene lief, da das Burgenland Ziel 1 Gebiet der EU ist.

Zusätzlich zu dieser Schieflage kritisieren mehrere Expert:innen zudem, dass die Beschäftigungssituationen und Arbeitsmarktprobleme der Rom:nja im Westen Österreichs generell vernachlässigt wurden. Initiativen und Projekte, die auch Rom:nja adressieren, finden hier zwar statt, jedoch ohne dass die Strategie unterstützend wirkt. Ein beantworteter Expert:innenfragebogen fasst diese Vernachlässigungen und ihre Folgen am Beispiel Vorarlberg so zusammen:

„Vorarlberg wurde vernachlässigt, weil 1. das hier drängendste Thema der Armutszuwanderung keine Beachtung fand und 2. im Bereich Beschäftigung keine Förderzusage an einen Vorarlberger Träger erfolgte, obwohl ein gutes Projekt [im Rahmen des ESF-Calls, Anm.] eingereicht wurde. Es hätte darauf geachtet werden sollen, dass die Maßnahmen über das ganze Bundesgebiet verteilt werden.

Ein paar Beispiele zur Situation in Vlb.:

- *Schwerpunkt Bildung: Zur Erhöhung des Bildungsniveaus wurden Alphabetisierungs- und Sprachkurse nicht auf Grundlage der Strategie, sondern durch das AMS oder auf Initiative sozialer Einrichtungen, von Arbeitgebern und der Zivilgesellschaft veranstaltet. Kinder von Roma/Romnja erhalten keine besondere Förderung.*
- *Schwerpunkt Beschäftigung: Keine Verbesserung des Zugangs von Roma/Romnja zum Arbeitsmarkt, keine Reduktion von Arbeitsmarkthindernissen, keine Maßnahmen zur Existenzsicherung, sondern ganz im Gegenteil: viele Erfahrungen von Arbeitsausbeutung, Schwarzarbeit, zeitlich kurz befristeten Lückenfüllerjobs über Leiharbeitsfirmen usw.*
- *Schwerpunkt Antiziganismus: Information und Sensibilisierung der Mehrheitsbevölkerung und öffentlicher Dienste nur durch soziale Einrichtungen und Kulturinitiativen wie Vorarlbergmuseum (Ausstellung „Romane Thana“) oder Spielboden Dornbirn (Human Vision Film Festival).“ (Mitarbeiter:in Caritas, Vorarlberg, schriftlicher Expert:innenfragebogen E28)*

Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung abseits von ESF-Projekten

Neben den ESF-Projekten gibt es eine Reihe allgemeiner Maßnahmen, die vom Contact Point auch als Teil der Strategie geführt werden, so beispielsweise verstärkte Versuche, im AMS Abläufe für ein Diversity Management zu etablieren. Es ist nicht möglich, zu überprüfen, ob sich die Situation der Rom:nja, die mit dem AMS zu tun haben, durch Maßnahmen wie das

genannte verbessert hat, jedoch gibt es im von uns erhobenen Material unterschiedliche Hinweise darauf, dass das AMS eine wichtige Rolle für große Teile der Zielgruppen spielt.

“Migrationsbeauftragte kümmern sich um die Analyse und Konzeption von Angeboten zum Abbau von Integrationshemmnissen im rechtlichen, administrativen und sozialen Bereich. Diversity Management wird immer bedeutsamer für die Personalrekrutierung und -entwicklung: Diversitätskompetenz ist Teil des Anforderungsprofils und der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des AMS.” (BKA 2020, S. 125)

Im Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung ist im Rahmen der Strategie vor allem das zuständige Ministerium verantwortlich. Dort werden die Gelder verwaltet und dort laufen auch die Kommunikationsstränge zwischen EU und Trägerorganisationen zusammen. Im Kapitel *Armut* werden die Problemlagen von Personen, die nicht als Teilnehmer:innen von ESF-Projekten in Frage kommen (aus rechtlichen, lebensrealitätsspezifischen oder auch geographischen Gründen), besprochen. Für sie gab es, auch im Bereich Beschäftigung, keine Unterstützung von Seiten der Strategie und ihrer Maßnahmen.

Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung – Zusammenfassung und Fazit

Der Bereich Arbeitsmarkt/Beschäftigung ist nicht nur innerhalb der Strategie zentral, sondern besitzt auch für viele der im Survey befragten Personen aus den Zielgruppen Priorität. Auch wissenschaftliche Studien und die Daten des SENSIRO-Surveys lassen darauf schließen, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf gegeben ist und die Situation vieler Rom:nja am Arbeitsmarkt sich oftmals nachteilig gestaltet.

Die Hauptsäule dieses Bereiches sind in der Strategie die vom ESF und dem Arbeitsministerium mit je 4 Millionen Euro kofinanzierten Projekte, die durch zwei aufbauende Calls eine Laufzeit von bis zu 7 Jahren erreichen konnten. Diese Projekte liefen inhaltlich unter dem Schlagwort „Empowerment von Rom:nja“ und wurden v.a. von großen mehrheitsgesellschaftlichen Trägerorganisationen wie der Caritas, der Volkshilfe u.a. durchgeführt. Es gab nur einen einzigen Rom:nja-Verein, der ein ESF-Projekt erfolgreich abschloss. Eine Form der Partizipation war in den Projekten gewährleistet, in dem als ein Hauptkriterium galt, dass auch Rom:nja in leitenden Funktionen der Projekte beschäftigt sein müssen.

Auf organisatorischer Ebene lag ein großes Problem im komplexen bürokratischen Aufwand, der mit der Durchführung eines vom ESF finanzierten Projektes einhergeht. Eine Organisation, die keine eigene, spezialisierte, Verwaltungseinheit hat, ist fast nicht in der Lage, ein solches Projekt abzuschließen. Die meisten Rom:nja-Vereine sind jedoch nicht mit diesen Kompetenzen ausgestattet, weshalb es zu einigen Projektabbrüchen kam und im Endeffekt alle Projekte bis auf eines von mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen getragen wurden. Im Laufe der Forschung hat sich gezeigt, dass auch von Seiten der EU Bedingungen geschaffen werden müssten, die mit der jeweiligen Realität der Rom:nja-Vereine in den Mitgliedsstaaten

vereinbar sind, wenn das Ziel, die organisierte Rom:nja-Zivilgesellschaft im Sinne eines capacity building zu stärken, erreicht werden soll. Ein weiterer Kritikpunkt auf der Ebene der Organisation der Projekte betrifft die Intransparenz bezüglich ihrer Auswahl. Darüber hinaus besteht das Gremium, das über die Annahme oder Ablehnung der Projekte entscheidet, ausschließlich aus Nicht-Rom:nja. Wie in vielen anderen Bereichen schlägt sich zudem auch hier das Ost-West-Gefälle nieder. In einigen Bundesländern gab es kein einziges ESF-Projekt (Vorarlberg, Tirol und Kärnten). Die Projekte sind vor allem auf Wien konzentriert und nur vereinzelt außerhalb Wiens durchgeführt worden.

Es wäre auch deshalb wichtig, den Defiziten auf der organisatorischen Ebene entgegenzuwirken, weil die Projekte inhaltlich auf große Unterstützung und Zustimmung stoßen. In vielen Fällen konnte einer großen Anzahl der Teilnehmer:innen in ihren Lebenslagen geholfen werden. Besonders augenscheinlich wird dabei der große Einsatz und die Leistung der Berater:innen, die die Probleme gemeinsam mit den Klient:innen bearbeiten und dabei oftmals den Bereich Beschäftigung/Arbeitsmarkt zugunsten einer holistischen Herangehensweise verlassen. Besonders häufig werden von den Berater:innen und Sozialarbeiter:innen Situationen geschildert, in denen Probleme gelöst werden müssen, die in ganz anderen Lebensbereichen angesiedelt sind. Um sich der Verbesserung der Beschäftigungssituation widmen zu können, müssen meist noch andere Schwierigkeiten bewältigt werden – sei es im Bereich Wohnen, in rechtlichen Belangen, bezüglich komplexer Betreuungssituationen u.ä.; folgerichtig wird von vielen Akteur:innen, die im Feld tätig sind, der Wunsch nach holistischen Sozialberatungsstellen, die der Komplexität der Problemlagen gerecht werden, geäußert. In den seltensten Fällen, so wurde im Laufe der Forschung deutlich, wird von den Klient:innen *einfach* eine Arbeit gesucht.

Eine weitere Frage, die sich aufgrund der Erkenntnis der Wichtigkeit und Sinnhaftigkeit der ESF-Projekte stellt, ist die nach der Nachhaltigkeit der durch sie etablierten Strukturen. So sind Projekte immer befristet, und nach deren Laufzeit gehen Anlaufstellen verloren, auf die Personen vertrauen und angewiesen sind. In den von uns geführten Expert:inneninterviews verbindet sich der Wunsch nach holistischen Ansätzen oftmals mit dem nach nachhaltigeren Formaten. Ideen wie ganzheitliche Sozialberatungsstellen, die als Programme unbefristet gefördert und deren Abläufe in Projekten, die befristet sind, erprobt werden, waren dabei häufig im Gespräch.

Abseits der ESF-Projekte gibt es wenige explizite Angebote der Strategie in diesem Bereich. Jedoch gibt es viele Regionen in Österreich, in denen keine ESF-Projekte durchgeführt werden, und auch Personen, deren Situation aus unterschiedlichen Gründen gar nicht zulässt, dass sie als Klient:innen der ESF-Projekte in Frage kommen (siehe Kapitel Armut). Deren Situation hat sich im Bereich Beschäftigung durch die Strategie nicht verbessern können.

BILDUNG

Der Bereich Bildung umfasst neben der Situation an Schulen und weiteren Ausbildungsstätten (auch für Erwachsenenbildung), auch die Erhöhung der Sichtbarkeit von Rom:nja in den geschichtlichen und kulturellen Narrativen, die in Bildungsinstitutionen in Österreich gelehrt werden. Auch die Aneignung wichtiger Kompetenzen und strategischen und praktischen Wissens durch Rom:nja - beispielsweise in rechtlichen oder gesundheitlichen Fragen - zählen zu diesem Strategiebereich. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sprachförderung - das meint sowohl die Verbesserung der Deutschkenntnisse der Rom:nja, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, aber auch ganz besonders die Förderung der Sprachen der einzelnen Zielgruppen, etwa Romanes, Manisch oder Jenisch.

Der Bildungsbereich zeichnet sich dadurch aus, dass ein ungebrochener Konsens über seine große Wichtigkeit herrscht. Gleichzeitig ist er ein Bereich, der von vielen Akteur:innen als - was die Konzeptualisierung und Umsetzung von Maßnahmen betrifft - schwierig dargestellt wird. Grundsätzlich kann man sagen, dass von Seiten der Strategie-Verantwortlichen ein *“Bekenntnis zu bestehenden Projekten”* (Koller/Spataru 2018, S. 11) im Bereich Bildung gegeben wurde. Neben den bestehenden spezifischen Maßnahmen, auf die weiter unten noch genauer eingegangen werden wird, gibt es vor allem allgemeine strukturelle Maßnahmen, die in diesem Bereich vorgewiesen werden.

“Im Bildungsbereich sieht die NRIS weniger auf die Roma ausgerichtete Maßnahmen vor als im Beschäftigungsbereich, obwohl einer der Hauptgründe für die benachteiligte Stellung der Roma auf dem Arbeitsmarkt das niedrige Bildungsniveau ist. Die NRIS verweist auf allgemeine strukturelle Veränderungen im Bildungssystem und erklärt, dass Roma von diesen Veränderungen profitieren werden.” (Koller/Spataru 2019, S. 21)

Der Fokus auf allgemeine Maßnahmen wird von den Zuständigen gemeinhin mit einer Gefahr der sozialen Segregation durch spezifisch auf Rom:nja ausgerichtete Maßnahmen begründet. Diese Begründung ist jedoch insofern widersprüchlich, da einerseits Teile der Zielgruppen auch außerhalb der Strategie von Maßnahmen betroffen sind, die segregative Effekte haben, wie etwa Deutschförderklassen für Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache. Andererseits können zielgruppenspezifische Fördermaßnahmen, wie weiter unten am Beispiel von Lernhilfen oder Schulmediation gezeigt werden soll, zielführend sein. Eine grundlegende Problematik ist der ideologische Charakter allgemeiner bildungspolitischer Maßnahmen, deren Ausrichtung stark von der jeweiligen politischen Lage und Regierungskonstellation abhängig ist. Es kann also zu Situationen kommen, in denen von der Strategie gesetzte Zielvorgaben durch Regierungshandeln konterkariert wird.

„Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit wie die Ausweitung der Vorschulbildung oder eine höhere Anzahl von Ganztagschulen (die die Rolle der Eltern reduzieren würden) sind keine Prioritäten für die Regierung. Das Budget für diese wichtigen Strukturreformen wurde gekürzt. Die Bildungspolitik der Regierung durchkreuzt daher die NRIS, da die NRIS genau diese Reformen zur Verbesserung der Bildungssituation der Roma benennen.“ (Koller/Spataru 2019, S. 22, NRIS=Nationale Roma-Inklusions-Strategie, Anm.)

Ein weiteres Problem der Dominanz allgemeiner Maßnahmen im Bildungsbereich besteht darin, dass aufgrund nicht erhobener Daten nicht evaluiert werden kann, ob eine Verbesserung der Situation der Rom:nja durch sie eingetreten ist. Bei manchen als Maßnahmen gelisteten Punkten in den Fortschrittsberichten der Strategie wird außerdem erkennbar, dass diese Auflistung einzig von einer quantitativen Logik des Sammelns von Vorzeigbarem geleitet wurde. Als eine strukturelle Maßnahme, von der Rom:nja in Österreich profitieren sollen, wird beispielsweise der freie Zugang zu den öffentlichen Universitäten in Österreich geführt. Dieser freie Zugang ist jedoch an Bedingungen geknüpft, die viele Rom:nja aufgrund ihrer Herkunft aus Drittstaaten nicht erfüllen, da sie die „falsche“ Staatsbürger:innenschaft besitzen. Hier wird etwas als Maßnahme geführt, was eigentlich für einen großen Teil der Rom:nja mit nicht-österreichischer Staatsbürger:innenschaft ein Hindernis darstellt. Es gibt in Österreich keinen umfassenden freien Zugang zu Bildungseinrichtungen.

Dennoch ist es wichtig, zu betonen, dass es große strukturelle und allgemeine Veränderungen im österreichischen Bildungssystem braucht, um Ziele wie die Erhöhung der gesellschaftlichen Teilhabe und Chancengleichheit auch für Rom:nja in Österreich zu erreichen. Noch immer ist das österreichische Schulsystem systematisch exkludierend und diskriminierend gegenüber vielen marginalisierten Gruppen und Schüler:innen mit einem niedrigen sozioökonomischen Hintergrund (vgl. Koller/Spataru 2018 und 2019, Fink 2011, Schnell/Rothmüller 2021, Hohengasser et al. 2021).

„Ein optimistisches Szenario sieht so aus: Auf Grundlage der EU-2020-Strategie wird es bis spätestens 2020 gelingen, den Anteil der am tertiären Bildungsbereich teilnehmenden Bevölkerung auf 40% zu erhöhen; die Bemühungen im Rahmen des EU-Roma-Programms werden dazu führen, dass alle Roma-Kinder eine Grundschulausbildung absolvieren; nichts hingegen wird sich an den unbedeutenden Fortschritten auf sekundärer und tertiärer Bildungsebene ändern, die sich zur Halbzeit der Umsetzung der 2011 verabschiedeten Strategie eingestellt haben. Selbst im Optimalfall wird also die Kluft zwischen Roma und Nicht-Roma bestehen bleiben. Die von der EU-2020-Strategie in Aussicht gestellte Nachfrage nach höherer Qualifikation geht mit der Nachfrage nach Roma, die dann vielleicht eine Grundschule absolviert

haben werden, nicht zusammen. Das Bildungsniveau der Roma würde sich zwar verbessert haben, doch das Erreichen der gesteckten Ziele würde nicht genügen, um sie für einen neuen Hightech-Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu machen.“ (Matache 2015, S. 27)

Die Ermöglichung von Chancengleichheit und Inklusion in den Bildungseinrichtungen sowie die erfolgreiche Bekämpfung von situativer und struktureller Diskriminierung muss mit strukturellen und allgemeinen Maßnahmen erreicht werden. Diese Tatsache entlastet die Strategie jedoch nicht, denn die Ergänzung durch spezifische, oftmals lokale und auf der Mikroebene umgesetzte Projekte und Maßnahmen ist genauso wichtig – das beweisen u.a. die jahrelange Arbeit von Rom:nja-Vereinen wie dem Roma-Service im Burgenland oder Romano Centro in Wien und die nach wie vor bestehende Unwissenheit der Mehrheitsbevölkerung bezüglich Geschichte und Situation der Rom:nja. Zu den spezifischen Maßnahmen zählen dabei eben nicht nur solche, deren Zielgruppen Rom:nja-Schüler:innen sind, sondern auch Maßnahmen der Erwachsenenbildung, der Bildung der Dominanzgesellschaft oder der Stärkung der Frauen und Mädchen im Bildungsbereich.

Auch im Bereich Bildung ist die Datenlage über die Situation der in Österreich lebenden Rom:nja sehr dünn. Unter den wenigen Studien zur Bildungssituation der Rom:nja in Österreich ist dabei einerseits die ROMBAS-Studie (Luciak 2014) hervorzuheben, die sowohl quantitativ als auch qualitativ die Bildungswege von Rom:nja in Österreich vor allem in Wien und im Burgenland nachzeichnete. Außerdem wurden von der AK Wien zwei aufeinander aufbauende Studien in Auftrag gegeben, die 2011 und 2014 veröffentlicht wurden. Diese setzten sich mit der Beschäftigungssituation zugewanderter Menschen in Wien auseinander, ein Schwerpunkt lag auf der Situation von Rom:nja und Kurd:innen (Schmatz/Wetzel 2015, S.145f). Alle genannten Studien bilden zwar immer nur Ausschnitte ab und sind nicht repräsentativ für die vielen unterschiedlichen Gruppen von Rom:nja, die in Österreich leben. Dennoch deuten sie klar darauf hin, dass das Bildungsniveau von vielen Rom:nja in Österreich unter dem österreichischen Durchschnitt liegt. So schreiben Schmatz und Wetzel über die Ergebnisse der AK-Studie von 2011:

“Die Befragungsergebnisse von 2011 haben gezeigt, dass das formale Bildungsniveau unter MigrantInnen in Wien deutlich niedriger liegt als unter Nicht-MigrantInnen, und dass Roma/Romnja innerhalb der Gruppe der MigrantInnen besonders unterdurchschnittlich über schulische Bildung verfügen. Von ihnen ist mit 52% ein massiver Anteil gering qualifiziert und besitzt höchstens einen Pflichtschulabschluss, während gleichzeitig der Anteil der MaturantInnen, insbesondere aber jener der AkademikerInnen, deutlich unterdurchschnittlich ausfällt.“ (ebd. 2015, S. 146)

Fink (2011) weist auf der Grundlage von Expert:inneninterviews auf das Problem hoher Drop-Out-Raten unter jungen Rom:nja hin:

“One [problem] is the very unequal distribution of early-school leavers between different groups, notably regarding the question of migration background and concerning the educational level and labour market status of parents. (...) [Respective findings] indicate a considerable heredity of educational attainment and intergenerational transmission of inequality.” (ebd., S. 32)

**

Die Perspektive der Zielgruppen IV: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Bildungssituation

Für 70% der Befragten hat Bildung Priorität. Dass kein anderer Bereich der Strategie einen so breiten Konsens wie *Schule, Aus- und Weiterbildung* hat, korrespondiert mit der in unseren Gesellschaften vorherrschenden meritokratischen Ideologie, wonach individuelles Streben und Leistungsbereitschaft Voraussetzung für sozialen Aufstieg sind – und am Arbeitsmarkt belohnt werden. Auch die Befragten, so wurde bereits gezeigt, sehen in *Schule, Aus- und Weiterbildung* zentrale Ressourcen, wenn es um die Verbesserung der Lebenschancen, eine Stärkung der Selbstbestimmung und eine Überwindung marginalisierter Positionen (Emanzipation) geht (siehe Perspektiven der Zielgruppen I).

Hinter den Erwartungen, die sich im Survey an eine Stärkung von Bildung knüpfen, stehen unterschiedliche Lebens- und Bildungsrealitäten: So verfügen 21% der Befragten über keinen Schulabschluss (darunter überdurchschnittlich viele ältere Befragte und Personen mit Zuwanderungsgeschichte), 36% weisen als höchsten Bildungstitel einen Pflichtschulabschluss aus (darunter überdurchschnittlich viele Angehörige der autochthonen Volksgruppe), 25% haben eine Lehre oder eine mittlere Schule abgeschlossen (tendenziell ebenfalls eher Angehörige der autochthonen Volksgruppe), 10% haben erfolgreich die Matura und 8% ein Studium an einer Hochschule absolviert (in beiden Fällen keine eindeutige Zuordnung nach soziodemographischen Merkmalen möglich).

Während ein (Aus-)Bildungsmangel häufig ein Zeichen für soziale Randstellung und Isolation ist, kann, ausgehend von den Ergebnissen des Surveys, eine gute, über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Bildung als ein zentraler Indikator für Inklusion angesehen werden, d.h. für eine stabile Einbindung in die Gesellschaft und eine aktive Übernahme von Verantwortung im Rahmen der Selbstorganisation in Rom:nja-Vereinen. Zudem legen die Daten einen Matthäus-Effekt („wer hat, dem wird gegeben“) nahe, d.h.

frühe Bildungsvorsprünge lohnen sich, da sie die Tendenz besitzen, sich mit der Zeit zu vergrößern. So profitieren denn auch von der Strategie mehrheitlich Personen, die bereits über ein gewisses Bildungskapital verfügen. Mehr Bildung bedeutet auch Wissensvorsprünge (weshalb besser Ausgebildete nicht nur von Maßnahmen der Strategie profitieren, sondern etwa auch besser Bescheid wissen, wohin sie sich wenden können, wenn sie schlechter behandelt, zurückgesetzt oder beleidigt werden); zugleich stärkt sie eine skeptische Sicht in Bezug auf die Chancen auf eine gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft, während die eigene Situation eher als gleichberechtigt eingestuft wird. Vor allem Befragte mit Matura oder Hochschulabschluss schätzen ihre eigene Situation häufiger als gleichberechtigt und auch die Zukunft insgesamt positiv ein.

Bildung strukturiert nicht nur die Chance auf materielle und soziale Teilhabe; sie ist zugleich ein Mittel zur Stärkung von Gruppenzugehörigkeit und kollektiver Identität: So bekennen sich höher gebildete Personen deutlich häufiger zur Notwendigkeit, die Inhalte der Rom:nja Kultur und relevante Traditionsbestände, aber auch Wissen über die Geschichte der Rom:nja und Romanes als eigene Sprache an die nachfolgende Generation weiterzugeben. Bei Armut und Marginalisierung treten diese Themen hinter die Alltagsbelastungen und die Notwendigkeit ihrer Bewältigung zurück.

**

Die Gründe für die ungünstige Situation vieler Rom:nja im Bildungsbereich sind vielfältig. Auf unterschiedliche Weise kommt dabei der Diskriminierung durch Institutionen und Akteur:innen im Bildungswesen eine tragende Rolle zu. So ist es die Erfahrung vieler autochthoner Rom:nja, gezwungen worden zu sein, in die Sonderschule zu gehen, viele zugewanderte Rom:nja kommen mit schlechten sozialen und materiellen Startbedingungen nach Österreich, da sie schon in den Herkunftsländern marginalisiert und diskriminiert werden. Diese Diskriminierung setzt sich in den österreichischen Bildungsinstitutionen fort. Auch Schmatz und Wetzel (2015) sehen den Zusammenhang zwischen niedrigen Bildungssituationen und strukturellen Diskriminierungsmechanismen als besonders relevant an. Sie plädieren für eine Auseinandersetzung mit der Frage, *“welche (Diskriminierungs-)Mechanismen innerhalb des Bildungssystems oder aufgrund der sozioökonomischen Rahmenbedingungen wirksam sind und zu dieser geringen Teilnahme am Bildungssystem führen”* (ebd., 146). Viele der Personen sind dabei nicht nur einer Dimension der Diskriminierung ausgesetzt, sondern erleben intersektionale Benachteiligungssituationen, die sie, neben dem Rom:ni-Sein, noch aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Migrationsgeschichte, ihrer dunkleren Hautfarbe u.a. treffen. Neben der expliziten und situativ erlebten Diskriminierung spielt die Tatsache eine Rolle, dass in Österreich eine erfolgreiche Bildungslaufbahn nach wie vor sehr stark vom bildungskulturellen und sozioökonomischen Hintergrund der Schüler:innen abhängt, das Bildungssystem also indirekt diskriminierend organisiert ist und soziale Ungleichheit fördert und reproduziert (vgl. dazu allgemein

Schnell/Rothmüller 2021, Hohengasser et al. 2021). Auch das trifft Rom:nja überdurchschnittlich, da viele der in Österreich lebenden Rom:nja in erster oder zweiter Generation migriert sind und oftmals Betreuungspersonen haben, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen, um schulische Hilfestellungen zu geben. Die ökonomischen Verhältnisse von Familien und ähnlichen Betreuungskonstellationen lassen außerdem nicht immer zu, dass die Kinder in ihrer Schullaufbahn unterstützt werden können, was einen weiteren Nachteil bedeutet. Gerade die Kompetenzen in (oft mehreren) anderen Sprachen, die die Schüler:innen und ihre Betreuungspersonen mitbringen, werden dabei oftmals schlicht als Defizite - und ausschließlich als die Abwesenheit von Deutschkenntnissen - gesehen, und nicht als Potential und bereichernde Fähigkeiten. Im Rahmen der AK-Studie von 2011 gaben Rom:nja *“im Schnitt gute Kenntnisse in drei Sprachen an - das ist mehr als bei Nicht-MigrantInnen und auch als bei MigrantInnen insgesamt”* (Schmatz/Wetzel 2015, S. 146). Wie die Autor:innen der Studie betonen, sollten diese Kompetenzen *“als kulturelle bzw. Bildungsressource gesehen werden”* (ebd.).

Allgemein kann man also sagen, dass viele Elemente des österreichischen Bildungs- und Schulsystems, wie etwa der Zwang der frühen Weichenstellung in der Bildungslaufbahn im Übergang von der Volks- zu weiterführenden Schulen, die soziale Ungleichheit zwischen den Schüler:innen begünstigen und reproduzieren sowie die Vielfalt und unterschiedlichen Kompetenzen der Schüler:innen oftmals nicht als Potentiale, sondern nur als Problemquellen erscheinen lassen.

“Hereby, one structural problem of the Austrian educational system appears to be the first selection at a rather early age within standard initial education (...), namely at the age of 10. Especially in urban areas (where two different types of schools for lower secondary education exist) this tends to go ahead with a kind of development of two categories of quality of lower secondary education (higher in ‘lower grades of secondary academic school’ and lower in ‘lower secondary school’). The above-mentioned introduction of the ‘new middle school’ does not overcome this problem in more structural terms, but the envisaged reform of teaching methods etc. may benefit children with comparatively lower educational performance.” (Fink 2011, S. 33)

Viele der für die Evaluierung befragten Expert:innen betonen, dass diesen Problemen sowohl mit allgemeinen als auch spezifischen Maßnahmen entgegengewirkt werden sollte. Auch Fink (2011) betont die Wichtigkeit der ergänzenden spezifischen Maßnahmen von und für Rom:nja. Projekte wie Rom:nja-Schulmediation, Lernhilfe und Nachmittagsbetreuung werden seit vielen Jahren vor allem von Rom:nja-Vereinen getragen. Diese Aktivitäten existieren hauptsächlich in Wien und im Burgenland. Selbst hier ist die Situation jedoch schwierig: Anstellungsverhältnisse der Mediator:innen, Betreuer:innen und sonstigen Mitarbeiter:innen sind prekär und unsicher, die Finanzierung meist nur kurzfristig gesichert, wie anhand eines

Beispiels im nächsten Abschnitt gezeigt werden soll, und infolge der zu geringen Budgets gibt es einen allgemeinen Mangel an Personal, das eine flächendeckendere Unterstützung gewährleisten könnte. Die niederschwellige Arbeit an der Basis durch Personen, die selbst Rom:nja sind und wertvolles lebensweltliches und kulturelles Wissen mitbringen, der regelmäßige Kontakt mit den Schüler:innen und ihren Betreuungspersonen und die ganzheitliche Bearbeitung der Probleme, die sich in den individuellen Situationen ergeben, ist anspruchsvoll und bedarf einer sicheren Grundlage. Warum die Verstetigung und Absicherung durch eine Institutionalisierung dieser Projekte so wichtig ist, soll am Beispiel der Schulmediation gezeigt werden, die der Verein Romano Centro in Wien an einigen Schulen anbietet.

Roma-Schulmediation und Lernhilfe

Wenn Probleme im Bildungsbereich angesprochen werden, dann geht es sehr oft um die Frage der Verantwortung: Die komplexe Organisation dieses Bereiches zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, öffentlichen Institutionen und den einzelnen Ausbildungsstätten macht es schwierig, zuständige Instanzen zu identifizieren und bietet den Akteur:innen oftmals Möglichkeiten, sich aus der Verantwortung zu ziehen, besonders, wenn es um die Finanzierung geht. Dieser Umstand wurde auch von den Expert:innen, die im Rahmen der Evaluierung um ihre Einschätzung gebeten wurden, mehrmals problematisiert.

“Verbesserungen und Erfolge beruhen auf Initiativen einzelner Personen; eine Zusammenarbeit ist aufgrund einer fehlenden einheitlichen Verantwortungsstrategie schwer möglich.” (Bildungsdirektion, Niederösterreich, schriftlicher Expert:innenfragebogen E17)

Auch ein:e Expert:in aus der Bildungsdirektion Wien thematisierte in einer schriftlichen Einschätzung die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Stellen im Bereich Bildung und Förderung von Rom:nja-Schüler:innen, wobei auch institutionell verankerte Vorurteile und Rassismus die Situation prägen.

*“Die Zusammenarbeit mit Stadt Wien - Kinder- und Jugendhilfe (MA11), Stadt Wien – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht (MA40), AMS usw. hat noch Verbesserungsspielräume. Es gibt noch immer einigermaßen Vorurteile gegenüber Rom*nja. Da hat sich leider wenig geändert.”* (Bildungsdirektion Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E27)

Ein besonders gutes Beispiel für die Problematik der *“fehlenden einheitlichen Verantwortungsstrategie”* stellt die etablierte und gut erprobte Roma-Schulmediation dar, die von Romano Centro schon 2000 ins Leben gerufen wurde und bis heute im Einsatz ist. Die

Rom:nja-Schulmediator:innen sind bei Romano Centro angestellt, jedoch ist die Finanzierung jedes Jahr aufs Neue unsicher, es gibt Jahre, in denen die Förderungen nicht ausreichen, um die Personen auch über den Sommer anstellen zu können. Gleichzeitig wird das Modell der Schulmediation von unterschiedlichster Seite – auch von offiziellen Stellen, im Bundeskanzleramt und im Bildungsministerium – immer wieder als *best practice* Beispiel bemüht. Auch in den schriftlich beantworteten Expert:innen-Fragebögen wurde immer wieder auf die Schulmediation als wichtige und effektive Maßnahme verwiesen, oftmals verbunden mit dem Wunsch, dieses Modell auch in anderen Regionen Österreichs zu etablieren, da diese nur in gewissen Schulen in Wien angeboten wird.

Die Erfahrung vieler Akteur:innen ist, dass eine Schulmediation spezifisch für Rom:nja einen wichtigen Schlüssel zur Behebung gängiger Probleme, die viele junge Rom:nja betreffen (wie das Fernbleiben von der Schule etc.) darstellt. So berichten Mitarbeiter:innen einer Bildungsdirektion außerhalb Wiens von der *“mühsamen”* Arbeit, Personen zu erreichen und an außerschulische Bildungsangebote zu binden.

“In Niederösterreich gibt es keine spezifischen Maßnahmen für Roma, aber es gibt Maßnahmen zur Integration, die auch Personen aus der Roma-Gruppe offenstehen. [V]iele Familien sind schwer zu erreichen; aufsuchende Familienarbeit obliegt vorbehaltlich der Kinder- und Jugendhilfe; außerschulische Angebote und kostenlose Lernhilfe werden nur sporadisch in Anspruch genommen.” (Bildungsdirektion, Niederösterreich, schriftlicher Expert:innenfragebogen E17)

Die Roma-Schulmediation zeichnet sich durch einen ganzheitlichen Ansatz aus, die Mediator:innen sind alle selbst Rom:nja, die den Schüler:innen und ihren Familien auch kulturell und sprachlich nahestehen und zu Vertrauenspersonen in vielen Belangen werden. Sie sind nicht zwingend ausgebildete Sozialarbeiter:innen, sondern qualifizierte Lai:innen, die eine Sensibilität für eventuelle relevante kulturelle Unterschiede zur Mehrheitsbevölkerung mitbringen und lebensweltliches Wissen mit den Kindern und ihren Familien teilen. Die Ganzheitlichkeit ist, ähnlich wie bei den Arbeitsmarktprojekten, deshalb so wichtig, weil die Kinder aus vielfältigen Gründen am Schulerfolg oder Schulbesuch gehindert werden, und der Anspruch dieses Projektes darin besteht, die Ursachen der Probleme nachhaltig zu bearbeiten. Die Aufgaben der Schulmediator:innen unterscheiden sich auch von denen der konventionellen Schulsozialarbeiter:innen.

“Also wo ist der Unterschied? Ich würde sagen der Unterschied ist, dass wir speziell Roma Frauen einsetzen, also Roma Frauen, wir stellen auch Roma Männer ein, nur wenige bewerben sich für das Projekt. (...) Also eben, dass die Roma Frauen auch die Sprachen können, also wir haben eine Kollegin, die Romanes kann und eine die auch Rumänisch spricht, ja also sehr viele Roma, also auch aus Serbien nicht nur aus

rumänischen Roma und sehr viel Roma aus Serbien sprechen nur Rumänisch und nicht Romanes. (...) Also was sehr wichtig ist, was sie schon haben, ohne dass sie irgendeine Fortbildung machen müssen, ist dieser Hintergrund und diese Sensibilisierung für die Roma Gruppe, sie haben einen besseren Zugang zu den Eltern und den Kindern. Und können auch sehr gut vermitteln zwischen Kindern, zwischen Eltern und Schulpersonal, ja da sind sie wirklich sehr wichtig. Aber sie sind nicht nur für die Schule zuständig, sondern auch für die Kinder und Jugendhilfe, Behördenwege, alles das, was die Kinder daran hindert, einen regelmäßigen Schulbesuch zu machen. Weil es gibt (...) sehr viele Hindernisse, und wenn diese Hindernisse nicht behoben werden, können keine Erfolge erzielt werden. Und das ist das, wo wir hauptsächlich an diesen Hindernissen arbeiten und an dieser Präventionsarbeit, und das ist der Unterschied. Und diese Schulsozialarbeiterinnen sind dort fix an den Ort gebunden und sie machen nur das, was die Schule betrifft. Die Roma Schulmediatorinnen sind in allen Belangen zuständig, also sie begleiten die Eltern zu Ämtern, sie sensibilisieren die Kinder auch was Identität und Kultur betrifft. Sie kümmern sich auch, wie soll ich sagen, um die weiteren Schulen, also den weiteren Schulbesuch. Also die Aufgaben, dieser Aufgabenbereich von Roma Schulmediatorinnen ist vielfältiger als von einer Sozialarbeiterin.“ (Expert:inneninterview F, Zeilen 196 - 221)

Die Tatsache, dass es sich bei den Schulmediator:innen um qualifizierte Lai:innen handelt, ist nicht ganz freiwillig gewählt, sondern liegt - wie so vieles - an mangelnder Finanzierung auch für ein spezielles Qualifizierungsangebot. Die Verstetigung und Absicherung des Projekts durch eine Institutionalisierung bzw. die Transformation in ein Programm sind bis heute - nach mehr als 20 Jahren kontinuierlicher Arbeit - nicht erfolgt. Auch die Bestrebungen, die Schulmediation zu professionalisieren, wurden nicht ausreichend unterstützt.

“Wir wollten ah, also [Name Mitarbeiter:in] hat schon so ein Curriculum entworfen für die Schulmediatorinnen als Ausbildung, net. Das wäre einer der nächsten Schritte gewesen, nur ich kann, also, wie soll ich sagen? Für 3 Leute brauche ich keinen Lehrgang machen und ich kann nicht 15 Leute ausbilden, wenn ich nur 3 Jobs habe. Also (...) das sind Dinge, wo ich mir denke, das verstehe ich einfach nicht. Das wäre relativ einfach. Das ist von den Kosten absolut überschaubar, also das war auch schon bevor man gewusst hat, wieviel Corona an Geld bewegen kann, völlig überschaubar, ja. Es ist administrierbar, es bringt viel und ich kann mir das Hütchen aufsetzen, man kann sagen juhu, ich kümmere mich. Ich weiß nicht, ist jetzt die Angst, dass dann alle Gruppen kommen oder, mir ist das nicht klar.“ (Expert:inneninterview P, Zeilen 975 – 984)

“Aber andererseits haben sie keine entsprechende Ausbildung, wir wollten das machen. Also wir haben auch sogar ein Konzept geschrieben und haben überlegt, wie wir das

am besten machen. Aber wenn sie nicht eine fixe Einstellung bekommen. Und das ist auch meine Angst, obwohl meine Mitarbeiterinnen sehr motiviert sind, also wir haben nur drei Roma und vier muttersprachliche Lehrerinnen im ganzen Land. Und vor allem die sind alle hier in Wien, ja also, wir haben oft Anfragen von zum Beispiel Niederösterreich oder so, weil es dort eine Bosnische Roma Community gibt, sie wollen auch Roma Schulmediatorinnen, aber niemand will das Projekt fördern. Und wir reden, Bildung ist wichtig, aber ohne dass diese Projekte, die seit Jahren funktionieren. existieren? Wir haben sehr viele Kinder, die jetzt auch selber Lernhilfe geben oder aufgrund dieser Projekte oder Roma Schulmediation oder Lernhilfe jetzt studieren oder so. Das sind für mich Erfolge, und genau da, in dem Bereich, sollte angesetzt werden. Weil für mich wäre es viel logischer, dass es im Kindergarten Schulmediation gibt, in Vorschulen, in Schulen, weil später werden wir große oder höhere Arbeitslosigkeit verhindern. So wie es jetzt funktioniert, finde ich es nicht gut (...), drei Roma Schulmediatorinnen, von denen wir nicht wissen, ob wir sie nächstes Jahr fördern können oder nicht, das ist nicht ausreichend.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 221 – 264)

Das Format Schulmediation läuft seit 2000 als Projekt, das Jahr für Jahr neu gefördert werden muss. Das führt die Problematik, die mit dem Projektstatus gewisser langjähriger Maßnahmen einhergeht, vor Augen. Eine der Anforderungen an Projekte ist oftmals auch, dass diese nicht zweimal hintereinander als gleiches Projekt eingereicht werden dürfen - also von Jahr zu Jahr “neu erfunden” werden müssen, einen neuen Schwerpunkt haben müssen etc. Darüber hinaus können Schwankungen der Fördersummen, auch wenn sie nur geringfügig sind, für die Angestellten die Kündigung bedeuten, weil gemeinnützige Vereine wie Romano Centro kein überflüssiges Kapital haben, aus dem sie die Angestellten bezahlen könnten. Die Problematik wird ergänzt durch die Intransparenz von Seiten der Fördergeber, die die Grundlagen für ihre Entscheidungen nicht offenlegen.

*“Besonders erfolgreiche Projekte, wie bsp. Roma-Schulmediation und Einsatz muttersprachlicher Lehrer*innen, bedürfen einer langfristigen und gesicherten Finanzierung, da sie sowohl Kinder als auch Eltern erreichen. Gleichzeitig fungieren muttersprachliche Lehrer*innen und Schulmediator*innen als positive Role-Models und können somit zu langfristiger positiver Selbstidentifikation führen.” (Wissenschaftler:innen, Österreichische Akademie der Wissenschaften, schriftlicher Expert:innenfragebogen E18)*

Schnell stellt sich die Frage, warum eine Intervention wie die der Schulmediation nicht zum Programm geworden ist und institutionalisiert und abgesichert umgesetzt werden kann. Es liegt die Vermutung nahe - und wird von vielen Akteur:innen geteilt - dass “sich niemand verpflichtet fühlt”, wie ein:e Interviewpartner:in es ausdrückt.

„Und da muss ich schon sagen wir haben erprobte Modelle für viele Dinge, zum Beispiel die Schulmediation, die seit weiß ich nicht, 20 Jahren als Pilotprojekt rennt, glaube ich, ja. Ja, genau 20 Jahre sind es jetzt. Ahm, wo man weiß, dass das eigentlich mit einem relativ geringen Einsatz, dass da ziemlich viel rauskommt. Und das sind dann Programme, weil für mich sind das keine Projekte, das müssen Programme sein, die man dann halt ja, also wenn das gerade in ihr Thema passt, sei es da oder dort, dann kriegen wir eine Förderung dafür und wenn die nächstes Jahr das Thema Sieben Zwerge haben, kriegen wir halt keine Förderung dafür. Also, das ist für mich das Problem. Auf der einen Seite war ich sehr dafür, dass man versucht, sich da in evidenzbasierter Weise Politik anzunähern. Das heißt, dass man schaut, was ist überhaupt der Stand der Dinge mit all den Problematiken, die damit verbunden sind, ja. Auf der anderen Seite muss ich sagen, in vielen Bereichen wissen wir, was funktioniert. Und da jetzt da herum zu doktern, dort herum zu doktern und dann immer zu sagen, ja ihr könnt schon wieder einreichen aber es muss was Anderes sein. Ja, warum bitte?“ (Expert:inneninterview P, Zeilen 116 - 128)

Die relevanten Akteur:innen sind im Fall der Schulmediation einerseits das Bildungsministerium, das das Romano Centro in der Regel jährlich fördert, auch wenn die Fördersumme viel zu gering ist, um Planungssicherheit zu gewährleisten; andererseits die Bildungsdirektionen in den Ländern. Am Beispiel von Wien zeigt sich der Wunsch vieler Beteiligten, die Schulmediator:innen in der Bildungsdirektion zu verankern, was bislang nicht geschehen ist, obwohl sie sehr stark von der Arbeit der Mediator:innen profitiert.

“Die profitieren davon, weil die Roma Schulmediator:innen in den Schulen arbeiten, und mit diesen Kindern, die diese Schule besuchen, und mit diesen Eltern arbeiten, ja. Und mit den Lehrerinnen und Direktorinnen. Aber die Bildungsdirektion hat keine, also die haben keine, wir haben gar keine Unterstützung von denen.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 288 - 291)

Auch die Volksgruppenförderung und gewisse Töpfe der Stadt Wien kommen grundsätzlich für eine Förderung der Tätigkeiten von Romano Centro und insbesondere der Schulmediation in Frage. Es ergibt sich ein Flickenteppich unterschiedlicher Institutionen, die jeweils ihre eigenen Abrechnungs- und Förderlogiken haben und die Kontinuität der Förderung nicht gewährleisten können oder wollen, was Unsicherheiten schafft und den Eindruck einer Intransparenz in der Arbeit der Behörden stärkt. Die Abhängigkeit und das Gefühl einer gewissen Willkür ausgesetzt zu sein, wird besonders deutlich, wenn eine für ein Projekt existenzsichernde einjährige Förderung als ein Glücksfall bezeichnet wird:

“Also wir haben wirklich das Glück gehabt, dass letztes Jahr oder vorletztes, ich kann mich jetzt nicht erinnern, hatten wir nicht ausreichend Geld, um die Roma Schulmediation für das ganze Jahr zu finanzieren und dann hat uns das [Bundesbehörde] (...) unterstützt (...). Wir haben dieses Jahr bei [Bundesministerium] beantragt. Und da haben wir schon Zusagen, und wir kommen mit der Summe, die wir da beantragen, das ist die höchste Summe, die wir dort beantragen können, nicht über das ganze Jahr. Also ich finde auch sehr wichtig, dass Roma-Schulmediatorinnen auch in den Sommermonaten angestellt sind, weil die Eltern sehr viel Unterstützung, und Kinder, auch im Sommer brauchen. Und nachdem die Summe, die wir bekommen, nicht ausreichend ist, haben wir bei [Behörde] einen Antrag gestellt, im Februar, jetzt haben wir Juni und ich habe noch keine Zusage. Und ich riskiere jetzt einfach und das ist etwas, das uns zum Beispiel, ich habe gesagt, sie bleiben jetzt angestellt, es komme was wolle, ist mir egal. Aber es kann schon sein, dass wir z.B. ein Minus machen und den Verein in Konkurs treiben, wenn das Geld nicht kommt.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 304-320)

Das Beispiel Schulmediation macht deutlich, was die Realität vieler seit Jahren oder gar Jahrzehnten engagierter Vereine und Initiativen ist: Planungsunsicherheit, selbst bei Angeboten, die seit vielen Jahren funktionieren und etabliert sind, verbunden mit dem Druck, das Rad Jahr für Jahr neu zu erfinden.

Weitere speziell an Rom:nja gerichtete Projekte sind Angebote der außerschulischen Lernhilfe, die in Wien und im Burgenland von Romano Centro, dem Verein Roma Service und der VHS Wien bereitgestellt werden. Außerdem gibt es den vom Kulturverein der österreichischen Roma verwalteten Roma Fonds, der Rom:nja in Ausbildung finanziell unterstützt. Die Reichweite all dieser Programme ist jedoch insgesamt aufgrund der limitierten Mittel gering und weitgehend auf Wien und das Burgenland beschränkt.

In der außerschulischen Lernbetreuung des Vereins Roma Service werden im Schnitt 20 bis 25 Kinder betreut. In der Betreuung verschränken sich mehrere Ebenen, die von der Strategie im Bereich Bildung als wichtig genannt werden: Neben dem eigentlichen Lern- und Hausaufgabenprozess betrifft dies das Erlernen von Romanes sowie Geschichtsbildung. Auch Gedenkarbeit und Erinnerungskultur (z.B. Mitgestaltung der Gedenkfeier in Lackenbach) werden forciert. Sprachförderung wird sowohl aus Gründen der Stärkung der Zugehörigkeit als auch in Hinblick auf die Bewusstseinsbildung für die Geschichte und Kultur der Rom:nja angeboten.

Bildungsprojekte zur Ermächtigung von Frauen und Mädchen: Beispiel Vivaro

Neben der Situation an Schulen betonen Expert:innen immer wieder, wie wichtig die Förderung und Ermächtigung von spezifischen Gruppen wie bspw. Romnja durch niederschwellige und selbstbestimmte Bildungsarbeit ist. Angebote in diesem Bereich gibt es kaum, und wenn sie existieren, dann unter den bereits im vorherigen Abschnitt geschilderten schwierigen Bedingungen. In Österreich gibt es einen einzigen Verein (Vivaro), der von Romnja gegründet wurde und explizit für Romnja da ist und gemeinsam mit ihnen, neben Begleitung und Unterstützung bei alltäglichen Problemen und Schwierigkeiten, ein niederschwelliges Programm mit Workshops und anderen Bildungsveranstaltungen entwickelt und umsetzt.

“Und das mach ich jedes Jahr, schreib ich einen Antrag und wir kriegen halt viel zu wenig Förderung für unsere tatsächliche Arbeit. Wirklich, sehr wenig. Wir machen ja alles ehrenamtlich, weil wir das einfach so wichtig finden und einfach Ideale haben, die wir verfolgen, und sehen, wie wichtig die Arbeit ist und den Frauen das gut tut. Deswegen ist es mir nicht egal, ja, aber wir müssen trotzdem die Arbeit weitermachen. Und vor allem weiß ich nicht, die Förderung erhalten wir ja immer ziemlich spät. Ja, wenn mal was übrigbleibt, und das finde ich so absurd. Wir müssen also nicht nur unsere Arbeit planen, weil wir haben ja auch Workshops, wir bieten Workshops an. Es kommen unterschiedlichste Expertinnen in den Verein mit den unterschiedlichsten Frauen und Frauen werden da gebildet. Im Prinzip, sie bekommen Informationen, sie würden nie in anderen Workshops teilnehmen.” (Expert:inneninterview I, Zeilen 245-253)

Vivaro ist ein Verein, der Frauen mit unterschiedlichen Hintergründen, Sprachfähigkeiten, Lebenssituationen und -geschichten zusammenbringt, um von- und miteinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen. Dabei setzt er oftmals genau da an, wo andere, hochschwelligere Institutionen nicht hinkommen, weil das Vertrauen in diese aufgrund der vielen negativen Erfahrungen, die etliche der Frauen, die in Vivaro unterkommen, mit verschiedenen Einrichtungen gemacht haben, fehlt. Die Mitarbeiterinnen arbeiten alle ehrenamtlich und der Verein sucht schon seit längerer Zeit nach einem Lokal, was sich jedoch als bis dato finanziell unmöglich darstellt, da die Förderungen dazu nicht ausreichen (oder keine Raumkosten übernehmen) und keine Planungssicherheit erlauben, da sie immer auf ein Jahr beschränkt sind. Der Verein leistet essentielle und pragmatische Unterstützung und Arbeit an der Basis, er ist ein Ort für Menschen, die auf niederschwellige Angebote angewiesen sind und keine institutionellen Bildungsmöglichkeiten oder Interessenvertretungen haben, die sie in Anspruch nehmen und an die sie sich wenden können. Mit seinem ganzheitlichen Ansatz ist Vivaro daher auch nicht ausschließlich der Bildungsarbeit zuzuzählen und wird im Bericht noch an anderen Stellen auftauchen. Dennoch

ist es wichtig, ihn auch im Kapitel des Bereiches Bildung zu erwähnen, gerade weil diese Art von Bildungsarbeit von der Strategie oft übersehen und übergangen wird. Ein zu eng gedachter Bildungsbegriff verschließt sich vor offenen und gemeinsam mit den Zielgruppen entwickelten Bildungskonzepten wie dem von VIVARO.

“Also im Verein, wo wir wenig Förderung bekommen haben damals, hatten wir Begleiterinnen, das heißt Frauen, die Deutsch gesprochen haben, haben andere Frauen aus dem Verein oder überhaupt Frauen begleitet zu Terminen. Und das war so wichtig, erst einmal haben wir da in der Zeit Arbeitsplätze geschaffen, die konnten rauskommen und hatten dafür auch einen Grund vor den Männern oder den Familien. Und es war irrsinnig wichtig, das ist Empowerment pur. Sie waren teilweise kaum bis wenig schulerfahren, aber sie konnten Deutsch, das war schon mal sehr wichtig. Und diese Verbindung, auch dass sie die Frauen verstehen konnten, war sehr wichtig. Und deswegen finde ich, sind Multiplikatorinnen sehr, sehr wichtig. Diese Frauen, die haben so viel Potenzial, die werden nicht gesehen, nur weil sie keine Ausbildung haben. Die können voll viel. Man muss halt schauen, wie man das organisiert. Und nicht sagt, du hast den Zugang, du suchst jetzt die Leute, sondern auf einer Augenhöhe, das muss halt auf einer anderen Ebene sein.” (Expert:inneninterview I, Zeilen 381-395)

Die zu geringen Förderungen, die Ablehnungen von Anträgen und die Logik der Projekte selbst (Befristung, thematische Schwerpunkte, für jede Förderperiode ein anderes Konzept etc.) ist für die Arbeit des Vereines zwar determinierend, jedoch alles andere als ideal. Die Zielgruppe und die sich aus ihr ergebenden Anliegen des Vereines erfordern ein Setting, das einen offenen Austausch aller Beteiligten erlaubt, in dem die für die Zielgruppe relevanten Themen, die in Form von Projekten bearbeitet werden sollen, erst im gemeinsamen Zusammenkommen gefunden werden. Die strenge Logik der Projekte und ihrer Abläufe von der Antragstellung bis zur Abrechnung hingegen erlaubt diese Offenheit nicht, die Arbeit des Vereines bei gleichzeitiger finanzieller Abhängigkeit von Förderungen wird durch diese Logik insgesamt erschwert. Die Bildungsarbeit, die von Vivaro geleistet wird, wird – obwohl der Schwerpunkt “Empowerment von Romnja” in die Strategie aufgenommen wurde – “ignoriert”, wie es eine Expert:in ausdrückte.

“Weil man muss sich ja vorstellen, wie wir arbeiten alle, es ist total anstrengend mit den Frauen, mit den Gruppen zu arbeiten. (...) Das sieht ja niemand. Und entweder investierst du viel Zeit und Energie in Lobbyarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und gehst dahin. (...) Schauen Sie, wie toll wir sind. Oder wir investieren halt die ganze Energie da, wo es wirklich sinnvoll ist, mit den Menschen. Und das tun wir halt. (...) Wir arbeiten alle ehrenamtlich, wir sind zu dritt, zu viert im Team und das ist sehr schwierig dann, wenn wir Projektanträge schreiben, wir schreiben, investieren unsere Zeit und Energie. Wir werden nicht bezahlt und meistens abgelehnt (...) Das ist so wenig Förderung vom

[Behörde] und ich hab die ganzen Abrechnungen machen müssen, ich bin ja auch keine Buchhalterin oder so (...) Wenn man wenig Förderung bekommt, dann ist es trotzdem wieder voll viel Arbeit. Deswegen denke ich mir: Okay, lieber nix und investierst du lieber in die Arbeit, weil die Abrechnungen sind nicht ohne. (...) Wir haben ganz viele Anträge gestellt, aber wie gesagt, wir werden dann abgelehnt. Es werden nur ein paar Player gefördert, es ist halt immer diese Konkurrenz-Landschaft in Wien. Ich hab keine Lust, dass uns das neben unserer Arbeit noch aufreibt.” (Expert:inneninterview I, Zeilen 298-318)

Die häufige Ablehnung von Fördergebern auf Bundes- aber auch Gemeindeebene ist schwer nachvollziehbar, auch hier herrscht keine Transparenz. Vivaro jedenfalls ist, trotz des Engagements seines Vorstands und der vielen Frauen, die mitarbeiten und dabei sind, innerhalb der Strategieformate so gut wie unsichtbar. Auf den Punkt gebracht: Ein Verein, der sich für die besonders marginalisierten und benachteiligten Menschen innerhalb der Adressat:innen der Strategie einsetzt, steht auch selbst an der Peripherie der Vereinslandschaft und ist auf unterschiedlichen Ebenen - finanziell und diskursiv - von Marginalisierung betroffen.

Erhöhung des Wissens über Rom:nja

Zu den spezifischen Maßnahmen im Bildungsbereich gehört auch die Sichtbarmachung der Rom:nja in dominanzgesellschaftlichen Narrativen zu Geschichte und Kultur(en) in Österreich. Dies betrifft besonders die Wissensvermittlung in Bildungsinstitutionen, etwa durch Lehrpläne und Schulbücher, aber auch andere Orte der öffentlichen Bildungs- und Kulturarbeit, beispielsweise in Museen, Einrichtungen der Volksbildung usw. Als Beispiel für eine gelungene und nachhaltige Intervention in diesem Bereich soll das Projekt „Romane Thana“ vorgestellt werden.

Romane Thana

Konzipiert als ein Projekt zu Orten der Rom:nja und Sinti:zze verknüpft “Romane Thana” viele wichtige Zielsetzungen der Strategie. So wurden die Inhalte für Ausstellungen und Unterrichtsmaterialien nicht nur mit und von Angehörigen der Zielgruppen erarbeitet, sondern auch an verschiedenen Orten in Österreich - in Wien, im Burgenland und in Vorarlberg - gezeigt. Die Struktur des Projektes, das auf einer Kooperation des Vereins Romano Centro mit der Initiative Minderheiten, dem Burgenländischen Landesmuseum, dem Wien Museum und dem vorarlberg museum beruhte, sorgte dafür, dass die Themen breitere Öffentlichkeit, auch in die Dominanzgesellschaft hinein, bekamen. Aus den physischen Ausstellungen wurden außerdem ein virtueller Ausstellungsrundgang und

Unterrichtsmaterialien für Schulen entwickelt. Diese sind unter romane-thana.at ansteuerbar und helfen, die Themen der Ausstellung im Unterricht niederschwellig zu erschließen. Gefördert wurde das Projekt von der Arbeiterkammer Wien, BKA-Kunst, Zukunftsfonds, Nationalfonds, Erste Stiftung, Wien Kultur und BKA-Volksgruppen. Auftraggeber der Website mit Unterrichtsmaterialien ist das Bildungsministerium (romane-thana.at).

An der Umsetzung maßgeblich beteiligte Personen beschreiben den Prozess der Organisation und Entwicklung der Ausstellungen jedoch nicht als ganz reibungslos und vor allem diskriminierungsfrei. So stieß die Idee, die Ausstellung auch im Burgenland zu zeigen, laut einer der Kurator:innen, nicht auf allzu große Begeisterung, konnte dann aber auch dort umgesetzt werden. Das Ausstellungsplakat zur burgenländischen Ausstellung, für das das Kulturreferat des Landes Burgenland zuständig war, war jedoch ein *“Musterbeispiel für Antiziganismus”*:

“Ich war gezwungen, bei der Eröffnungsrede in meinem Teil der Eröffnungsrede darauf hinzuweisen, dass das Plakat zu der Ausstellung leider ein Musterbeispiel für Antiziganismus ist, weil so war es. Hat mir auch keiner vorher gezeigt, das müsst ihr euch einmal vorstellen. Die haben es nicht für nötig gefunden, uns die Plakatentwürfe zu zeigen. Die sind schon gehangen im ganzen Burgenland. Es war entsetzlich. Es war, es war sowas von schauderhaft. Es war grauenhaft, ja. (...) Na, ich kann es dir so erklären. Irgendwo da drinnen [im Ausstellungskatalog, Anm.] sind so Bildchen. Das sind Carte-de-Visite-Fotografien. Das war eine Fotografie des 19. Jahrhunderts, wenn ich mich jetzt richtig erinnere. (...) Es war ein Pärchen [abgebildet]. Na, aber du musst es dir jetzt vorstellen. Diese Cartes-de-Visite, das sind extrem stereotypisierende Darstellungen. Die sind in Fotostudios gemacht worden, meistens mit Requisiten des Fotografen, ja. Und er hat da ‚[Z-Wort]‘ inszeniert, ja. (...) Jetzt muss du dir vorstellen. Und das ist ein Pärchen, weißt eh, so unfriert, unrasiert, so. (...) Und dann haben Sie noch den letzten Rest Kontext - nämlich was das ist, so eine kleine Fotografie - entfernt, indem sie die zwei Gesichter von diesem Pärchen vergrößert haben. Das haben sie dann auf so, wenn du so ein Plakat hast, dann war das dann so dieser Teil, rundum war es dunkelviolet.” (Expert:inneninterview P, Zeilen 1678 - 1766)

Was nicht von Beginn an vorgesehen war, war die Ausstellung in Vorarlberg. Diese wurde, nach den beiden Ausstellungen in Wien und im Burgenland und nach Erscheinen des Katalogs, durch engagierte Einzelpersonen initiiert. Die Inhalte wurden um einen Schwerpunkt mit Vorarlberg-Bezug erweitert. Auch diese neuen Inhalte wurden maßgeblich von Rom:nja entwickelt und umgesetzt.

“Ah jedenfalls, wir haben noch, sie wollten natürlich auch einen Landesbezug. Das ist ja klar. Das heißt, wir haben dann die Dotschy Rinhardt (...), das war natürlich ein Glück,

weil die hat kein Problem gehabt, sich auszustellen. (...) Und dann hat die [Name] mit ihrer Schwester (...) so ein filmisches Portrait gemacht von vier von diesen Bettlerinnen. (...) Und dann haben wir noch jemanden gefunden, der seit eineinhalb Jahren in Vorarlberg war und der hat ein paar Fotos ausgedruckt und ein paar Videos aus seinem Leben. Ein rumänischer Kollege. Die Serben, die seit 30 Jahren oder 50 Jahren in Vorarlberg leben, wollten alle nicht, sie sind froh, dass keiner gemerkt hat, dass sie Roma sind. Ah ja, und das war es dann schon. Und was ganz Tolles haben wir gekriegt, einen historischen Beitrag. Einem Historiker ist eingefallen, dass es in Hohenems Verhörprotokolle aus dem 18. Jahrhundert gibt. Das sind natürlich erzwungene Aussagen, aber in einer gewissen Weise sind das Selbstzeugnisse (...) Und da erzählen sie dann, wo sie schon eingesperrt waren und dass sie nur aus dem Grunde eingesperrt sind, weil sie ‚[Z-Wort]‘ sind und so weiter. Woher sie kommen, wo sie schon überall im Gefängnis waren. Dann haben wir halt noch so eine Fotogeschichte gemacht von der Wallfahrt der Jenischen nach Einsiedeln. Also ich, ich finde, das hat zum Schluss dann schon gepasst in Vorarlberg. Und hat auch, hat auch dort ungefähr 20.000 Besucherinnen gehabt.“ (Expert:inneninterview P, Zeilen 1701-1730)

Das erfolgreiche Umsetzen der Ausstellung unter Kooperation vieler verschiedener Akteur:innen aus den Zielgruppen zeigt, wie fruchtbar und auch wichtig Interventionen dieser Art sind. Das Zustandekommen war vor allem durch das große Engagement einzelner Personen möglich, aber auch durch ausreichende Finanzierung. Die Nachhaltigkeit eines solchen Projektes belegen einerseits die Unterrichtsmaterialien auf der Website, und andererseits der Ausstellungskatalog des Wien Museum (Härle et al. 2015).

Wie groß die Wirkung der Unterrichtsmaterialien ist, kann leider nicht festgestellt werden. Auch ist nicht bekannt, ob und wie viele Lehrer:innen in Österreich überhaupt von den Unterrichtsmaterialien wissen. Es hängt vom Engagement und vom Interesse einzelner Personen ab, ob diese in den Unterricht eingebaut werden.

Das Bildungsministerium betonte im Zuge der schriftlichen Expert:innenbefragung auch die anderen Felder, in denen Unterrichtsmaterialien mit Fokus auf die Situation von Rom:nja erstellt wurden. Neben Materialien im Bereich Politische Bildung (Zentrum Polis) sorgt auch die Bildungs-Plattform erinnern.at dafür, dass Rom:nja als im Nationalsozialismus verfolgte und in Österreich nahezu ausgelöschte Gruppe im Erinnern und in den geschichtlichen Erzählungen sichtbar werden. Das Heranziehen der Unterrichtsmaterialien und -instrumente durch die Lehrpersonen hängt jedoch, wie gesagt, vom jeweiligen Interesse und vom Engagement der Personen ab und ist nicht flächendeckend gewährleistet. Zudem gibt es keine Möglichkeit, zu überprüfen, wie oft, wo und durch wen die Materialien zum Einsatz kommen.

Lehrer:innenbildung, Verankerung von Romani Studies in Bildungseinrichtungen

Im Bereich der Lehrpersonenausbildung verweist die Strategie auf allgemeine Maßnahmen, die Lehrer:innen motivieren sollen, sich im Zuge ihrer Aus- und Fortbildungen Kompetenzen im Umgang mit Diversität und Mehrsprachigkeit anzueignen. Inwieweit auf die Situation von Rom:nja eingegangen wird und eventuell vorhandene rassistische und stereotypisierende Vorurteile abgebaut werden können, ist nicht nachvollziehbar. Vieles spricht dafür, dass die folgenden Einschätzungen noch immer zutreffen:

“Es fehlt nach wie vor ein breit gestreutes Informations- und Aufklärungsangebot für die Mehrheitsbevölkerung - in allen Bildungseinrichtungen. Romani Studies sind an fast allen in- und ausländischen Hochschulen bis heute noch immer kein Studienfach. Gibt es Lehrveranstaltungen zu Geschichte, Kultur, Literatur und Sprache dieser Minderheiten, so handelt es sich um individuelle personenbezogene Offerte.” (Thurner et al. 2015, S. 17)

“Es gibt in Österreich zwar eine bemerkenswerte Bandbreite an Veranstaltungen, Projekten und Literatur zur Situation von Roma und Romnja, Sinti und Sintize und Travellers, das Angebot ist aber nicht oder kaum institutionalisiert. Wenn die jeweiligen Lehrenden und ForscherInnen ihre Schulen oder Universitäten verlassen, weil sie z.B. den Ruhestand antreten, ist eine Kontinuität im Bereich Romani Studies in keiner Weise gesichert.” (Hussl/Eder-Jordan 2018, S. 78)

Mehrsprachigkeit im Bildungssystem

Monolingualität ist ein Grundmerkmal des österreichischen Schulsystems (Hawlik 2016). Dieser Umstand wird jedoch von Expert:innen zunehmend problematisiert und ist auch relevant für die Strategie.

“Es bedarf einer ‚Kultur der Mehrsprachigkeit‘, welche das Neben- und Miteinander von autochthonen und allochthonen Minderheiten in einer (sprachlich) heterogenen Gesellschaft anerkennt und Bildungsräume plurilingual gestaltet. In diesem Zusammenhang braucht es innovative und an regionale Rahmenbedingungen angepasste Mehrsprachigkeitsmodelle; Konzepte, die mehrsprachige Bildung als Querschnittmaterie über alle Bildungsstufen hinweg verstehen; und entsprechend qualifiziertes Bildungspersonal.” (Hochschule, Burgenland, schriftlicher Expert:innenfragebogen E15)

Die Sprache Romanes im Bildungssystem kommt vor allem auf zwei Ebenen zum Tragen: Einerseits wird die Sprache in Österreich punktuell unterrichtet und in Bildungseinrichtungen thematisiert und weitergegeben. Andererseits kommen - ebenfalls punktuell - Personen als Lehrer:innen, Betreuer:innen oder - wie oben bereits ausführlich beschrieben – als Mediator:innen zum Einsatz, die Romanes sprechen und somit als wichtige Vermittler:innen zwischen den Schüler:innen, ihren Betreuungspersonen und den Lehrer:innen und anderen Vertreter:innen der Bildungsinstitutionen fungieren. Beide Ebenen sind wichtig und - so der Wunsch aller im Zuge der Evaluierung zum Thema befragten Personen - sollten nicht nur weitergeführt, sondern auch ausgebaut werden. Auf beiden Ebenen spielt auch das schon mehrmals angesprochene Ost-West-Gefälle eine tragende Rolle.

**

Die Perspektive der Zielgruppen V: Einsichten der Fragebogenerhebung zur Sprachpraxis und zu Einstellungen, Kultur und Erhalt der Sprache betreffend

66% der Befragten geben an, die Sprache ihrer Gruppe zu sprechen⁶ (siehe Tabelle 3). Es sind dies deutlich häufiger ältere (86%) und seltener junge Personen (41%), zudem steigt der Anteil linear nach dem Bildungsgrad: Je höher der Bildungsabschluss, desto seltener wird die Sprache der Gruppe, der man zugehört bzw. sich zugehört fühlt, gesprochen. Doch auch unter Personen mit Hochschulabschluss geben 53% an, die Sprache zu sprechen; bei jenen ohne Bildungsabschluss sind es 81%. Insgesamt ist die Sprachpraxis unter Rom:nja in Burgenland, also unter Angehörigen der anerkannten Volksgruppe, etwas weniger verbreitet als unter Zugewanderten. Unter jenen, die die Sprache nicht sprechen, sagen 72%, diese erlernen zu wollen, darunter viele jüngere (84%) und höher gebildete Personen (80%). 62% aller Befragten halten es für wichtig, dass die Sprache an die nachfolgende(n) Generation(en) weitergegeben wird, wobei es auch hier überdurchschnittlich ältere Befragte sind, die dies als wichtig erachten.

Das Thema Sprache bzw. Sprachpraxis und Weitergabe der Sprache an die nachfolgende(n) Generation(en) ist aufgrund seiner alltagsweltlichen Verankerung ein guter Indikator für das Gefühl und Bewusstsein von Gruppenzugehörigkeit. Im Survey wurde zusätzlich nach der Relevanz auch anderer Themen für den Transfer an die Kinder gefragt. Dazu zählen *Brauchtum und Tradition* (wird von 49% der Befragten als sehr wichtig erachtet), *Wissen um die Geschichte der Rom:nja* (62% Zustimmung) und

⁶ Die Frageformulierung lautete *Sprechen Sie die Sprache dieser Gruppe (z.B. Romanes, Jenisch, Manisch etc.)?* Der Frage vorangestellt war eine Frage (offen, ohne vorgegebene Antwortkategorien) nach der Gruppenzugehörigkeit.

Selbstbewusstsein als Rom:ni (70% Zustimmung) . Die beiden zuletzt genannten Inhalte werden überdurchschnittlich stark von Befragten aus dem Burgenland als sehr wichtig erachtet.

Tabelle 3: Eigene Sprachpraxis und Einstellung zum intergenerationellen Transfer

	Alle	jünger als 30	älter als 60	maximal Pflicht- schule	höher als Pflicht- schule
aktive Sprachpraxis	66	41*	86*	72*	59*
wenn nein: Wunsch diese Sprache zu lernen	72	84*	50*	64*	80*
Weitergabe der Sprache an Kinder (sehr wichtig)	62	48*	75*	65	57

*= die Unterschiede zwischen den Kategorien sind statistisch signifikant

Werden alle Aspekte zu einem gemeinsamen Indikator „Weitergabe“ zusammengefasst, dann ergibt sich, dass 52% der Befragten den intergenerationellen Transfer von kulturellen Inhalten als sehr wichtig erachten, 37% erachten ihn für eher wichtig, 11% für weniger wichtig. Wie an anderer Stelle gezeigt wird, ist dieses Thema konstitutiv für das Selbstverständnis der eigenen Handlungsmacht als Volksgruppe bzw. Minderheit und zwar sowohl in Bezug auf die Rolle der Vereine (und die eigene aktive Mitwirkung darin) wie auch das eigene Selbstverständnis als Rom:nja betreffend.

**

Andere für die Strategie relevante Sprachen, wie z.B. Jenisch, haben im Bildungssystem überhaupt keinen Raum, um vermittelt, erhalten und systematisch erkundet zu werden. Oftmals wird das Jenische auch nicht als eigenständige Sprache gewertet, sondern lediglich als „Soziolekt“, ohne dass eine ernste linguistische Auseinandersetzung mit der Sprache stattfindet (vgl. jenische-oesterreich.at). Auch Heidi Schleich (2015) thematisiert die vielen Aspekte, die es zu beachten gilt, will man den Status einer Sprache ermitteln. Diese ernste und tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Jenischen ist auch in symbolischer Hinsicht wichtig, unabhängig davon, ob das Jenische je den Status einer eigenständigen Sprache erlangen wird, da die geringe linguistische Beachtung und Anerkennung der Sprache sich in eine Reihe von Marginalisierungen einreihet, die die Jenischen - auch in Österreich - seit jeher erleben. Schleich nennt in ihrem Beitrag die vielen Funktionen, die das Jenische, auch als Erst- und

Alltagssprache, erfüllt, und die es in einer Auseinandersetzung mit der Sprache zu beachten gälte (ebd.). Der Verein *Jenische in Österreich* leitet aus der Verwendung und den Merkmalen der Sprache auch politische Forderungen ab:

“Viele in der Linguistik bezeichnen diese Sprache als Soziolekt oder Sondersprache. Dieser Standpunkt hält sich hartnäckig und wird einer zeitgenössischen Linguistik nicht gerecht. Statt dem wiederholten Zitieren dieser Ansicht, braucht es dringend einen neuen Standpunkt, denn die sprachwissenschaftliche Einordnung des Jenischen als sondersprachliche Variante wird den entscheidenden Fakten nicht gerecht. Jenisch ist für Menschen, die die Sprache nicht gelernt haben, nicht verständlich (also ist sie eigenständig) und Jenisch fungiert innerhalb der jenischen Gemeinschaft als Mutter- bzw. Familiensprache und findet im Alltag rege Verwendung. Die Anwendung und die Verständlichkeit der Sprache müssen in die linguistischen Überlegungen Eingang finden.” (<https://www.jenische-oesterreich.at/jenisch/>)

Diese Stimmen zeigen, wie wichtig die wissenschaftliche und ernsthafte, unvoreingenommene Auseinandersetzung mit dem Jenischen wäre, auch im Sinne der Anerkennung der Kultur einer Minderheit, über die bis heute wenig Wissen in der Dominanzgesellschaft herrscht. Sofern die Strategie alle von Antiziganismus betroffenen Gruppen adressiert, müsste auch dieses Anliegen Eingang in ihre Agenda finden.

Romanes-Unterricht

Die Sprache Romanes ist nicht offiziell kodifiziert, d.h. es existiert keine einheitliche verschriftlichte Standardversion. Auch in Österreich werden unterschiedliche Dialekte des Romanes gesprochen und weitergegeben. An der Universität Graz wird im Romani-Projekt seit den 1990er-Jahren soziolinguistisch an den Romani-Sprachen geforscht.

“Anfänglich auf das Burgenland beschränkt, beschäftigt sich das Projekt mittlerweile sowohl mit dem Romani als europäischer Minderheitensprache als auch mit der soziokulturellen und soziopolitischen Situation seiner Sprecher im gesamteuropäischen Kontext.” (romaniprojekt.uni-graz.at/autroma-project.de.html)

Am Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Romani in Österreich steht vor allem die Initiative von Emmerich Gärtner-Horvath, und darauf aufbauend die Leistungen von Wissenschaftler:innen wie Dieter Halwachs und Mozes Heinschink. Zu ihren ersten gemeinsamen Bemühungen gehört auch eine Verschriftlichung der im Burgenland vorherrschenden Romanes-Version, und somit auch ihre Qualifizierung als Unterrichtssprache. Ein weiteres Projekt, QualiRom, ist eine Initiative zwischen verschiedenen

Partnerinstitutionen und -Universitäten, und hatte zum Ziel, Lehrmaterialien für unterschiedliche Romanes-Versionen zu erarbeiten und zu erstellen, basierend auf dem Common European Framework of Reference for Languages (CEFR) des Europarates (vgl. qualirom.uni-graz.at).

Die Wissenschaftler:innen des Romani-Projektes heben hervor, dass der punktuelle Unterricht, der in Österreich - meist als unverbindliche Übung oder zusätzliches, freiwilliges Wahlfach - angeboten wird, eher ein symbolisch-politischer Akt als eine linguistische und systematische Weitergabe von Sprachfähigkeiten ist. Auch im Rahmen der Evaluierung wurde von involvierten Personen vor allem auf die ermächtigenden und identitätsstiftenden, symbolischen Wirkungen des Unterrichts aufmerksam gemacht. Informationen über und die Sprache selbst werden zwar vermittelt, jedoch - auf linguistischer und didaktischer Ebene - nicht vergleichbar mit den Sprachen der anderen in Österreich anerkannten Volksgruppen. Selbst im Burgenland gibt es wenig Präsenz.

“Setzt man den derzeitigen Stand jedoch in Bezug zu dem unbedingt für den möglichen Spracherhalt notwendigen Rahmenbedingungen, wird der schon mehrmals strazierte symbolische Charakter der österreichischen Romani-Unterrichtsaktivitäten deutlich. Zwar ist die Emanzipation des Romani gegenüber der Amtssprache Deutsch Utopie, eine stärkere Annäherung an den Status der anderen Volksgruppensprachen ist jedoch möglich, auch wenn man die im Vergleich mit diesen fehlende Schrifttradition und den in keinem Land gegebenen Nationalsprachenstatus des Romani berücksichtigt, über den die anderen Volksgruppensprachen in Nachbarländern Österreichs verfügen.” (romaniprojekt.uni-graz.at/autroma-teaching.de.html)

Dieses Zitat stammt von der Website des österreichischen Romani-Projektes und bezieht sich auf die Situation zu Beginn der Rom:nja-Dekade der EU. Auch heute noch gibt es äußerst wenige Romanes-Lehrer:innen an Schulen, in den meisten Teilen Österreichs spielt der Unterricht in Romanes überhaupt keine Rolle.

“Im Burgenland wird Roman-Unterricht auf der Grundlage des Minderheitenschulgesetzes unterrichtet. In Wien hingegen wird Romanes im Rahmen des (freiwilligen) Muttersprachenunterrichts seit dem Schuljahr 2001/02 an Pflichtschulen angeboten.” (Luciak 2014, S. 137)

Im Jahr 2018/19 waren in Österreich vier Romanes-Lehrer:innen im Rahmen des Mehrsprachenunterrichts aktiv. Sie alle unterrichteten an Wiener Schulen. Außerhalb von Wien und dem Burgenland gibt es also keine Möglichkeit, Romanes-Kenntnisse in der Schule zu erwerben oder zu erweitern. Von den 191 Schüler:innen, die im Rahmen des Mehrsprachenunterrichts in Wien Romanes lernten, gingen 177 in eine Volksschule und 14 in

eine Neue Mittelschule (vgl. Gouma 2020). Anzumerken ist noch, dass neben Romanes auch andere Sprachen häufig Erstsprachen von Rom:nja-Schüler:innen sind, beispielsweise BKS, Rumänisch, Bulgarisch, Mazedonisch, Ungarisch etc. Wie wichtig und ermächtigend der Erstsprachen-Unterricht für Schüler:innen sein kann, weiß auch ein:e Expert:in aus der Bildungsdirektion, die den Expert:innenfragebogen im Zuge der Evaluierung schriftlich beantwortet hat:

*“Die Sprache(n) ist (sind) wichtig und Identitätsstiftend. Aus diesem Grund sollte weiterhin an Gleichwertigkeit der Bildungssprache und Familiensprache gearbeitet werden. In der Romn*ja Community ist tendenziell eine durch äußere Umstände verursachter Schamweigerung in Bezug auf Bekenennung der Erstsprache gegeben. Das schlägt sich besonders bei den Schuleinschreibungen und bei Teilnahme des muttersprachlichen Unterrichts nieder. Wo aber sie am Unterricht teilnehmen, entwickeln sie großes Interesse für ihr Sprachenrepertoire, entwickeln ein selbstbewussteres Erscheinungsbild. Mehrsprachigkeit sollte als Bereicherung wahrgenommen und erlebt sein.”* (Bildungsdirektion, Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E27)

Zu dieser Einschätzung kommen alle Akteur:innen, die in diesem Feld arbeiten und mit denen die Evaluierung in Kontakt stand. Sie heben einerseits hervor, dass die Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit und der Erst- und Alltagssprachen von Kindern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, bereichernde und auch ermächtigende Wirkungen haben. Andererseits knüpfen oftmals auch die Forderungen nach flächendeckenderen Umsetzungen und Erweiterungen dieser Unterrichts- und Bildungsformate an diese Einschätzungen an (vgl. Expert:innenfragebogen E27). Auch in diesem Bereich wirkt also das Ost-West-Gefälle, was auch die folgende Stellungnahme des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung deutlich macht:

“In den Bereichen des Minderheitenschulwesens und des muttersprachlichen Unterrichts unterstützt das BMBWF die Umsetzung der Roma-Strategie mit mehreren Maßnahmen: 2021 wurde die Bildungsdirektion Burgenland vom BMBWF mit der Entwicklung und Pilotierung von analogen sowie digitalen interaktiven Lernmaterialien für einen kompetenzorientierten Sprachunterricht in Romanes an Volksschulen und in der Sekundarstufe beauftragt (voraussichtliches Projektende 2023). Romanes ist Teil des Angebots von über 25 Sprachen im muttersprachlichen Unterricht (2018/19 waren es österreichweit 192 Schüler:innen), darüber hinaus findet die Unverbindliche Übung Romanes im Burgenland/Oberwart seit dem Schuljahr 2019/20 aufgrund der höherer Anmeldezahlen wieder statt. Das BMBWF bietet mit dem Forum Minderheitenschulwesen jährlich die Möglichkeit zum Austausch über die Minderheitensprachen im österreichischen Schulsystem. Die Einbindung von Roma-

Vertreter/innen ist dabei ein wichtiges Anliegen.” (BMBWF, schriftlicher Expert:innenfragebogen E33)

Sowohl zur Selbstermächtigung und Stärkung, als auch zum Erhalt und zur Weitergabe der Sprache, sind Romanes-Unterrichtsformate in Schulen sehr wichtig. Diese gibt es jedoch nur punktuell und sie haben den Status von Zusatzangeboten und sind innerhalb des Bildungssystems kaum sichtbar, sondern gegenüber anderen Sprachen marginalisiert. Die Strategie müsste noch gezielter und systematischer an der Sichtbarkeit und Etablierung von Romanes als Unterrichts- und Alltagssprache arbeiten, indem sie dafür in allen Bundesländern die nötigen Bedingungen schafft.

“Es ist nicht Aufgabe des Staates und seiner Behörden, den Roma ihre Sprache zu erhalten. Das müssen sie selbst entscheiden, indem sie Romani im Alltag verwenden, oder auch nicht. Es ist aber Verpflichtung des Staates, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die jedem Individuum einer ethno-linguistischen Minderheit die Entscheidungsfreiheit bzgl. der Verwendung seiner Ethnosprache gewährleistet. Dazu bedarf es aber auch der nötigen Infrastruktur im Bildungsbereich, die im Fall des österreichischen Romani nicht vorhanden ist.” (romaniprojekt.uni-graz.at/autroma-teaching.de.html)

Romanessprachige Lehrpersonen und mehrsprachige Unterrichtskonzepte

Wie wichtig der Einsatz von Lehrpersonen und auch sozialarbeiterisch tätigen Personen mit den Kenntnissen der Erstsprachen der Kinder ist, wurde bereits am Beispiel der Rom:nja-Schulmediation aufgezeigt. Gerade zugewanderte Rom:nja sprechen manchmal besser Romanes als die Sprache des Herkunftslandes und haben noch zu wenige Deutschkenntnisse, um ihre Kinder ausreichend in schulischen Belangen unterstützen zu können. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass das Einbinden ihrer Eltern bzw. Betreuungspersonen in die Ausbildungen der Kinder unabdingbar ist. Auch wird in Österreich Bildungstiteln ein hoher Wert beigemessen und ist maßgeblich determinierend für Lebens- und Berufschancen. Die Professionalisierung und Verstetigung sowie die personelle und geographische Ausweitung der Rom:nja-Schulmediation nach dem Modell von Romano Centro, ist demnach eine wirklich dringliche Empfehlung dieses Berichtes.

Auch eine Person aus der Bildungsdirektion Wien nimmt die Verbesserungen wahr, zu denen die Einbindung von Betreuungspersonen der Schüler:innen führt:

“Es gibt einige Verbesserungen: durch die regelmäßige Elternkommunikation und – Beratung kommen die Kinder regelmäßiger in die Schule (früher war das über die Jahre

hinweg ein großes und den Schulalltag begleitendes Problem).“ (schriftlicher Expert:innenfragebogen E27)

Hinzu kommt, dass auch in Schulen, die von Kindern mit Erstsprache Romanes besucht werden, Lehrpersonen und Assistenzlehrkräfte anwesend sein sollten, die die Mehrsprachigkeit im Unterricht leben und fördern helfen. Dieses Anliegen beschränkt sich gleichzeitig nicht ausschließlich auf Romanes, sondern auf alle Sprachen, die in gewissen Schulen häufig als Erstsprache auftreten. Daran anknüpfend soll nochmals auf die Kritik zahlreicher Expert:innen an der monolingualen Struktur des Bildungssystems und ihre Empfehlung, die Pluralität an Sprachen als etwas Positives zu sehen, und nicht als Hindernis oder Problemzustand, hingewiesen werden.

Bereich Bildung – Zusammenfassung und Fazit

Sowohl die im Rahmen des SENSIRO-Surveys befragten Rom:nja, als auch die zahlreichen Expert:innen, mit denen Interviews geführt wurden, betonten, wie wichtig der Bereich Bildung für die Verbesserung der Lebensumstände der Rom:nja in Österreich ist. Innerhalb der Strategie besteht der Bereich hauptsächlich in einem Bekenntnis zu bestehenden Maßnahmen, die oftmals bereits Jahre oder Jahrzehnte vor der Einführung des Strategierahmens durch Rom:nja-Vereine etabliert wurden, und im Verweisen auf allgemeine strukturelle Maßnahmen, die auch den Rom:nja in Österreich zugutekommen sollen. Da das österreichische Schulsystem grundsätzlich Ungleichheiten reproduziert und oftmals diskriminierend und benachteiligend auf gewisse Gruppen wirkt, ist die Notwendigkeit struktureller Veränderungen unbestritten, was die Strategie jedoch nicht entlastet: auch spezifische Maßnahmen, die auf Rom:nja zugeschnitten sind, sollten weitergeführt und gezielt gefördert werden. Strukturelle Maßnahmen sind außerdem immer auch abhängig von der jeweiligen ideologischen Ausrichtung der regierenden Parteien, was unter Umständen zu Situationen führen kann, in denen die Ziele der Strategie durch allgemeine Maßnahmen konterkariert werden. Auch wenn es wenige Daten gibt, so kann auf Basis der vorhandenen wissenschaftlichen Studien und der Daten des SENSIRO-Surveys dennoch davon ausgegangen werden, dass Rom:nja im österreichischen Bildungssystem tendenziell benachteiligt sind, was die Notwendigkeit, das Augenmerk auf die strukturellen Diskriminierungsmechanismen in den Bildungseinrichtungen Österreichs zu legen, unterstreicht. Ein weiteres oft angesprochenes Problem ist das der hohen drop out Raten unter Rom:nja-Schüler:innen.

Als Beispiel einer bewährten spezifischen Maßnahme kann die Rom:nja-Schulmediation des Vereines Romano Centro in Wien gelten. Die Realität dieses Projektes sind knappe und prekäre Finanzierungsverhältnisse, keine Aussichten auf eine Verstetigung oder institutionelle Eingliederung (bspw. in die Bildungsdirektion) und folglich prekäre Arbeitsverhältnisse der Schulmediator:innen. Gleichzeitig wird die Schulmediation auch von Seiten der Fördergeber und Verantwortlichen für die Strategie als best practice Beispiel herangezogen. Am Beispiel

der seit 20 Jahren gut funktionierenden Schulmediation in Wien wird besonders die fehlende einheitliche Verantwortungsstrategie, die in der Strategie generell vorherrscht, deutlich. Die wichtige Arbeit der Mediator:innen, die neben dem Kontakt mit den Schüler:innen auch deren Betreuungspersonen erreichen, oftmals muttersprachlich kompetent sind und den Schüler:innen und ihren Betreuungspersonen lebensweltlich nahe stehen, wird auch von Expert:innen gewürdigt, die in anderen Regionen tätig sind, und oftmals den Wunsch nach einem ähnlichen Modell in ihrer Region äußern. Die mangelnde Finanzierung lässt jedoch eine Erweiterung oder Professionalisierung und Verstetigung des Modells nicht zu. Das Beispiel Schulmediation führt dementsprechend vor Augen, was die Realität vieler seit Jahren oder gar Jahrzehnten engagierter Vereine und Initiativen ist: Planungsunsicherheit, selbst bei Angeboten, die seit vielen Jahren funktionieren und etabliert sind, verbunden mit dem Druck, das Rad Jahr für Jahr neu zu erfinden, da ein gleiches Projekt in der Regel nicht zwei Mal eingereicht werden darf.

Ein weiteres Beispiel, das in diesem Kapitel herangezogen wird, ist die Bildungsarbeit des Frauen-Vereines Vivaro aus Wien. Dieser leistet Bildungsarbeit, die niederschwellig, pragmatisch und selbstbestimmt ist, und besonders von Armut betroffenen und vulnerablen Romnja offensteht und diese stärkt. Durch meist mehrsprachige Workshops zu alltagsweltlich relevanten Themen (Mietrecht, Gesundheit etc.) und flexible und offene Formate liegt der Bildungsarbeit von Vivaro ein Bildungsbegriff zugrunde, der offener ist als jener, den die Strategie verwendet. Der Verein Vivaro bekommt für seine niederschwellige Arbeit an der Basis nur sehr wenig Förderung, einen Raum kann er sich nicht leisten, bzw. sind die Befristungen der Förderungen dafür zu kurz. Innerhalb der Strategie ist dieser Verein weitgehend unsichtbar, nicht nur im Bereich Bildung, sondern insgesamt. Am Beispiel von Vivaro lässt sich eine Parallelität beobachten: Ein Verein, der sich für die besonders marginalisierten und benachteiligten Menschen innerhalb der Adressat:innen der Strategie einsetzt, steht auch selbst an der Peripherie der Vereinslandschaft und ist auf unterschiedlichen Ebenen - finanziell und diskursiv - von Marginalisierung betroffen.

Auch die Bildung der Dominanzgesellschaft ist ein wichtiges Ziel, das die Strategie verfolgt, und die eine erhöhte Sichtbarkeit von Rom:nja in kulturellen und historischen Narrativen bewirken soll. Als ein Beispiel eines partizipativ angelegten, nachhaltigen und an mehreren Orten Österreichs sowie digital wirkenden Bildungsprojektes kann hierfür „Romane Thana“ herangezogen werden. Realisiert unter Beteiligung von Angehörigen der Zielgruppen selbst und entstanden aus einer Zusammenarbeit des Vereines Romano Centro und der Initiative Minderheiten, wurden drei Ausstellungen in dominanzgesellschaftlichen Museen entwickelt: im Wien Museum, im Burgenland Museum und im vorarlberg museum. Darüberhinaus erfolgte die Herausgabe eines Ausstellungskatalogs und die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien, die – u.a. als interaktiver Ausstellungsrundgang – im Internet abrufbar sind. Vor allem Katalog und Website gewährleiten die nachhaltige Wirkung des Projektes. Ein grundlegendes Problem im Bereich der Bildung der Dominanzgesellschaft, ist jedoch der unverbindliche Charakter, den die Unterrichtsmaterialien und andere Lerninhalte besitzen: es ist nicht überprüfbar, ob diese tatsächlich zum Einsatz kommen oder überhaupt bekannt sind. Ihre Verwendung hängt vom Engagement einzelner Lehrpersonen ab.

Im Bereich der Lehrpersonenausbildung verweist die Strategie auf allgemeine Maßnahmen, die Lehrer:innen motivieren sollen, sich im Zuge ihrer Aus- und Fortbildungen Kompetenzen im Umgang mit Diversität und Mehrsprachigkeit anzueignen. Inwieweit auf die Situation von Rom:nja eingegangen wird und eventuell vorhandene rassistische und stereotypisierende Vorurteile abgebaut werden können, ist nicht nachvollziehbar. Es ist auch heute noch davon auszugehen, dass ein flächendeckendes und systematisches Ausbildungsangebot zu einschlägigen Themen fehlt.

Auch die Auseinandersetzung mit und Weitergabe von Sprachen der Zielgruppen, wie etwa Romanes oder Jenisch, sind Teil des Bereiches Bildung. Die Förderung der Erstsprachen kann ermächtigende Wirkungen haben und auch die interkulturellen Kompetenzen von Schüler:innen unterschiedlicher Hintergründe stärken. Eine besondere Rolle spielt für viele Rom:nja dabei die Sprache Romanes, die nicht in einer einheitlichen Schriftversion existiert, sondern vielmehr unterschiedliche Romanes-Dialekte mit einem gemeinsamen Sprachkern umfasst. Sowohl zur Selbstermächtigung und Stärkung als auch zum Erhalt und zur Weitergabe der Sprache sind Romanes-Unterrichtsformate in Schulen sehr wichtig. Diese gibt es jedoch nur punktuell und sie haben den Status von Zusatzangeboten und sind innerhalb des Bildungssystems kaum sichtbar, sondern gegenüber anderen Sprachen marginalisiert. Die Strategie müsste noch gezielter und systematischer an der Sichtbarkeit und Etablierung von Romanes als Unterrichts- und Alltagssprache arbeiten, indem sie dafür in allen Bundesländern die nötigen Bedingungen schafft.

Hinzu kommt, dass auch in Schulen, die von Kindern mit Erstsprache Romanes besucht werden, Lehrpersonen und Assistenzlehrkräfte anwesend sein sollten, die die Mehrsprachigkeit im Unterricht leben und fördern helfen. Dieses Anliegen beschränkt sich gleichzeitig nicht ausschließlich auf Romanes, sondern auf alle Sprachen, die in gewissen Schulen häufig als Erstsprache auftreten. Daran anknüpfend kann auf die Kritik zahlreicher Expert:innen an der monolingualen Struktur des Bildungssystems und ihre Empfehlung, die Pluralität an Sprachen als etwas Positives zu sehen, und nicht als Hindernis oder Problemzustand, hingewiesen werden.

GESUNDHEIT und WOHNEN

“Also erstens zum Stichwort Gesundheit und Wohnen. Der Grund wieso die in der Strategie, - also vielleicht nochmal: die Strategie, die verfolgt ja zwei Ansätze. Der eine ist der Mainstreaming-Ansatz, um sicherzustellen, dass alle Maßnahmen in den jeweiligen Bereichen, die die Kommission vorgibt, das heißt, auch Gesundheit und Wohnen, in Österreich natürlich auch, sich an Roma richten und es da die Herausforderung und Aufgabe sein muss, sicherzustellen, dass diese Mainstreamangebote auch auf Roma kommen, beziehungsweise die Anbieter solcher Angebote zu sensibilisieren dafür, dass Roma auch eine der Zielgruppen sind. Das ist mal das erste und insofern ist natürlich auch Gesundheit und Wohnen abgedeckt von der Strategie. Dass es keine Schwerpunkte gibt zu diesen beiden Bereichen, das basiert auf dem Umstand, dass bei der Konsultation, bei der Online-Konsultation der Zivilgesellschaft, die wir gemacht haben, wo wir gefragt haben, abgefragt haben die Handlungsfelder, wo die Zivilgesellschaft den größten Handlungsbedarf gesehen hat, Gesundheit ganz hinten war und Wohnen auch im letzten Mittelfeld, also im Sinne von, es war die Rückmeldung von der Zivilgesellschaft, dass einfach die anderen Bereiche für sie wichtiger sind. Deswegen die Entscheidung für Schwerpunkte in den anderen Bereichen.” (Expert:inneninterview R, Zeilen 571-584, Beamtin der Abteilung Volksgruppenangelegenheiten im BKA)

Wie bereits erwähnt, wurden die Bereiche Gesundheit und Wohnen ab 2017 strategisch in den Hintergrund gerückt. Entsprechend den Empfehlungen des an der “Conference on Anti-gypsyism” verabschiedeten Papiers wurden die Schwerpunkte “Ermächtigung” und “Bekämpfung von Antiziganismus” aufgenommen. Die These des Konferenzpapiers ist, dass die Wurzel auch der sozioökonomischen und materiellen Probleme der Antiziganismus ist, den es zu bekämpfen gilt. Seine Bekämpfung sei die Voraussetzung für die Veränderungen in den anderen Bereichen. In diesem Vorgehen wird ein Grundverständnis der Strategie deutlich: Soziale Inklusion wird hergestellt über die Veränderungen auf der symbolischen Ebene und auf den Ebenen des kollektiven Bewusstseins. Viele Expert:innen, die ihre Einschätzungen in die Evaluierung eingebracht haben, weisen jedoch darauf hin, dass ein anderes Verständnis *ergänzend* notwendig ist, um die soziale Teilhabe sicherzustellen. Auch die Ergebnisse der Fragebogenerhebung unter Angehörigen der Zielgruppen stützen diese Sichtweise. Auch wenn die symbolische Ebene und das Bekämpfen von Antiziganismus und anderer Dimensionen der Diskriminierung sehr wichtig sind, bedarf es zugleich struktureller Veränderungen der materiellen Lebensumstände der Menschen, damit soziale Inklusion möglich wird. Gerade in den Bereichen Gesundheit und Wohnen werden die große soziale Ungleichheit und die daraus resultierenden ungleichen Lebenschancen augenscheinlich. Diese Bereiche sind determiniert dafür, wie das Leben einer Person aussehen kann, was für Chancen

und Möglichkeiten sie hat und wie sehr sie an der Öffentlichkeit teilhaben kann. Erst wenn auf der materiellen Ebene Existenz gesichert ist, werden Ressourcen frei, um Selbst-Bewusstsein zu stärken und die Situation, in der man sich befindet, aktiv mitzugestalten.

Bereich GESUNDHEIT

Wie bereits festgehalten, beruht die Entscheidung, den Bereich Gesundheit hintanzustellen, auf der bereits beschriebenen Online-Konsultation 2016. Auf die Frage *“Wo sehen Sie bei der Roma Inklusion in Österreich den größten Handlungsbedarf?”*, entfielen nur 4% der Antworten auf die Antwortoption *“Gesundheitswissen”*, lediglich 3% der Antworten sahen im *“Zugang zur Gesundheitsfürsorge”* dringenden Handlungsbedarf. Da Näheres über die Teilnehmer:innen an der Konsultation nicht bekannt ist, kann auch die Expertise, die zu dieser Einschätzung geführt hat, nicht beurteilt werden. Erfahrungswissen, aber auch wissenschaftlichen Studien, die den Bereich Gesundheit systematisch auf Handlungsbedarf überprüfen und Erkenntnisse zu den Situationen der Rom:nja in diesem Bereich konstruktiv und differenziert aufarbeiten, kommen zu einem anderen Schluss. Die Entscheidung über die neue Schwerpunktsetzung verlässt insofern auch den *“sozialwissenschaftlichen Ansatz”* (vgl. Expert:inneninterview D) der Strategie. Dieser sieht vor, dass Studien in den verschiedenen relevanten Handlungsbereichen in Auftrag gegeben werden, um auf der Grundlage der identifizierten Problem- und Bedarfssfelder treffsichere Maßnahmen zu entwickeln.

2011 veröffentlichte Marcel Fink seinen Bericht zur Situation der Rom:nja in Österreich in Hinblick auf wichtige politische Handlungsfelder für die zu entwickelnde Strategie. Zu diesem Zeitpunkt existierte lediglich eine Studie zu Gesundheit und Rom:nja aus dem Jahr 2004, die in Oberwart durchgeführt wurde. Fink erklärte 2011 - mit Verweis auf ebendiese Studie von Leoni et al. -, dass im Gesundheitsbereich große Herausforderungen liegen.

“To our knowledge, only one relatively recent study exists that explicitly deals with health issues of Roma people: the investigation of Leoni et al (2004a) on the population of Burgenland Roma living in Oberwart. Their findings highlight considerable challenges, such as very high shares of overweight and obese persons, of smokers, of persons suffering from at least one chronic illness, a low number of people reporting regular visits to the dentist and very high shares of persons judging their health status as only mediocre, poor, or very poor.” (Fink 2011, S. 21)

Dem sozialwissenschaftlichen Ansatz folgend wurde im Rahmen der Strategie eine Studie *“über Gesundheitsstatus und Gesundheitsprobleme der Roma/Romnja in Österreich sowie über Barrieren beim Zugang zum Gesundheitssystem”* (Trummer et al. 2015, S. 34) in Auftrag gegeben.

“Die erhobenen Daten erlauben Aussagen vor allem für zwei, durchaus unterschiedliche Gruppen von Roma/Romnja: zum einen meist nicht-versicherte, teilweise irreguläre (sic) Roma/Romnja aus Rumänien und Bulgarien in Wien, über deren Gesundheit und Gesundheitsversorgung Aussagen aus der Analyse der Patientendaten und aus den Ergebnissen der Gruppendiskussion und des Experteninterviews getroffen werden können. Zum anderen für autochthone Roma, vor allem aus dem Burgenland, deren Gesundheit und erlebte Barrieren beim Zugang zur Gesundheitsbetreuung im Rahmen der Gruppendiskussion diskutiert wurden.” (ebd., S. 34)

Schon dieser sehr spezielle demographische Ausschnitt erlaubt es, konkrete Probleme in diesem Bereich zu benennen. Besonders Schwierigkeiten, die strukturelle Ursachen haben, fallen dabei ins Gewicht. Mit der Studie werden von den Autor:innen folgende Probleme identifiziert und benannt:

*“Später Eintritt in die medizinische Versorgung
Geringe Gesundheitskompetenz/Health Literacy
Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse
Mangelnde Termintreue
Geringe finanzielle Mittel
(...) Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen sowie Angst und Misstrauen aufgrund der tradierten Traumatisierung durch den Holocaust (...)
fehlende[r] rechtliche[r] Zugang zur Regelversorgung (irregulärer Aufenthaltsstatus, keine Versicherung)
(...) geringe[s] Gesundheitswissen (...)
[fehlende] Informationen über Einrichtungen und Angebote des Gesundheitssystems”
(ebd., S. 35)*

Die Autor:innen betonen vor allem, dass viele der Probleme sich aus Kommunikationsschwierigkeiten ergeben, die es zu beheben gilt:

*“Neben einer prekären finanziellen Situation liegen Herausforderungen eigentlich in Kommunikationsproblemen. Die von allen Stakeholdern eingeforderte Health Literacy entsteht über kommunikative Interventionen, nicht über medizinische Interventionen.”
(ebd., S. 37)*

Die Empfehlung der Autor:innen, auf der Kommunikationsebene anzusetzen, ermöglicht das Entwickeln konkreter Interventionen sowie die Identifizierung nach wie vor blinder Flecken, die, auch mithilfe vertiefender Forschung, reduziert werden könnten. Es ist schwer

nachvollziehbar, warum die Strategie den “sozialwissenschaftlichen Ansatz” zugunsten einer wenig differenzierten Online-Umfrage verlassen hat.

Die vorgestellte Studie von Trummer et al. ist außerdem nicht die einzige Studie, die seit Beginn der Strategie im Bereich Gesundheit durchgeführt wurde. Ein wissenschaftlicher Bericht von Weigl et al. (2021) setzt sich mit dem Bedarf von Rom:nja am Programm der Frühen Hilfen auseinander. Neben allgemeinen Schwierigkeiten, die nicht für Rom:nja spezifisch sind, identifiziert diese Studie ebenso Kommunikationsschwierigkeiten als ein spezifisches Problem und stützt somit die Befunde der Studie von Trummer et al.; Weigl et al. schlussfolgern, dass die Rom:nja in Österreich aus vielen Gründen eine passende Zielgruppe für das Programm der Frühen Hilfen sind. Eine zweite Schlussfolgerung der Studie verweist - ähnlich wie die Studie von Trummer et al. - auf konkrete Probleme, die aufgrund des mangelnden Wissens um Angebote und andere Themen rund um Gesundheit in den Zielgruppen bestehen. Auch dieses Ergebnis betont die Bedeutung des Themas „health literacy“ und von Kommunikation als geeignete Handlungsebene.

“Entgegen dem Bedarf werden Roma-Familien von den Frühen Hilfen bisher jedoch kaum erreicht. Die befragten Romnja/Roma sind weder mit dem Programm vertraut noch haben die Familienbegleiterinnen der Frühen Hilfen viel Erfahrung mit der Begleitung von Roma-Familien. Es wurden im Zuge der Erhebung verschiedene Maßnahmen identifiziert, die zu einer verbesserten Erreichbarkeit von Roma-Familien beitragen können. Dazu gehört eine Sensibilisierung der Fachleute aus den regionalen Frühe-Hilfen-Netzwerken (bezüglich des Bedarfs, aber auch bezüglich des kultursensiblen Umgangs mit Roma-Familien) und der Fokus auf Mütter/Eltern ohne unterstützende Großfamilie. Außerdem sollte die grundsätzlich vorgesehene Flexibilität der Familienbegleitung gezielt eingesetzt und Folgendes bewusst angestrebt werden: zunächst auf unkomplizierte rasche Hilfe fokussieren und damit den Boden für die Beziehungsarbeit aufbereiten, dem Aufbau von Vertrauen viel Beachtung schenken, Alternativen zu Hausbesuchen zu Beginn der Familienbegleitung anbieten und ggf. Traditionen berücksichtigen. Darüber hinaus bedarf es einer Bewusstseinsbildung bei Roma-Familien, die durch Vertrauenspersonen und passende Informationen über die Frühen Hilfen und ihren Nutzen gefördert werden kann. Ergänzende Angebote zur Förderung von Gesundheits- und Elternkompetenz (z. B. in Form von Gruppenangeboten) scheinen notwendig, setzen aber Vertrauen zu den empfehlenden bzw. handelnden Personen voraus.” (Weigl et al. 2021, VII)

Erste Maßnahmen zur Behebung der Probleme mangelnden Wissens und Vertrauens sowie unzulänglicher Kommunikation wurden im Programm der Frühen Hilfen gesetzt:

“Weiters ist eine Sensibilisierung der Roma-Familien durch die Arbeit mit vertrauenswürdigen Schlüsselpersonen und eine entsprechende Information über die Frühen Hilfen und deren Nutzen notwendig. Ergänzende Angebote zur Förderung von Gesundheits- und Erziehungskompetenzen (z. B. in Form von Gruppenangeboten) erscheinen notwendig, setzen aber Vertrauen in die empfehlenden bzw. handelnden Personen voraus. In einem ersten Schritt wurde ein neuer Folder zur Erläuterung des Programms entwickelt und in vier für die Roma-Gemeinschaft in Österreich relevante Sprachen übersetzt (Romanes, Rumänisch, Ungarisch, Serbisch). Dieses Informationsmaterial soll über Schlüsselpersonen aus der Roma-Community verteilt werden. Ein Artikel über das Projekt wurde in der Zeitschrift des Vereins Romano Centro veröffentlicht, die sich ebenfalls an Schlüsselpersonen, aber auch andere Multiplikatorinnen/Multiplikatoren richtet. Ein im Rahmen des Projekts entwickeltes Trainingsprogramm zu einer reflektierten und erfolgreichen Interaktion mit Angehörigen der Sinti- und Roma-Community wird in den nächsten Jahren regelmäßig als Fortbildung für Familienbegleiterinnen angeboten werden.” (ebd.)

**

Die Perspektive der Zielgruppen VI: Einsichten der Fragebogenerhebung zu Alltagssorgen und Belastungen

Der Survey interessierte sich auch für verschiedene Aspekte des Alltagslebens und fragte in diesem Zusammenhang auch nach den damit verbundenen Sorgen und Belastungen.⁷ Die Liste an insgesamt 18 Themen war umfassend, wobei, wie die folgende Übersicht zeigt, die individuelle Betroffenheit nach verschiedenen Merkmalen variiert. Die Auflistung der Themen erfolgt nach der Häufigkeit der Nennung.

- *Geldsorgen und Schulden* bereiten 63% Sorgen, darunter sind mehr Frauen und ältere Personen (in Pension) sowie Befragte, die zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos sind, über geringe Bildungsressourcen verfügen und mit Migrationsgeschichte;
- *Sorgen um das Wohlergehen der Kinder* empfinden 60% der Befragten als belastend, darunter eher Personen in mittleren Alterssegmenten, die arbeitslos sind und mit geringen Bildungsressourcen;

⁷ Die Frageformulierung lautete *Und wie geht es Ihnen mit anderen Dingen des Lebens, durch welche der folgenden Dinge fühlen Sie sich belastet?* Die Frage war im Anschluss an den Frageblock zum Thema Diskriminierung platziert, als Antwortkategorien standen zur Auswahl *belastet*, *nicht belastet* und *weiß nicht/trifft nicht zu*.

- *eigene Gesundheit* nennen 56% der Befragten als Belastung, vor allem ältere Personen bzw. die in Pension sind (92%) sowie Personen, die alleine leben sowie mit geringen Bildungsressourcen;
- *Angst, meine Kinder in der Ausbildung nicht ausreichend unterstützen zu können* haben 40% der Befragten, wobei diese Sorge unter zugewanderten Personen mit geringen Bildungsressourcen und fragiler Beschäftigungssituation stärker ausgeprägt ist;
- *Krankheit und Pflege von Verwandten/Angehörigen* sorgt bei 39% für ein Belastungsempfinden, eher seltener bei jüngeren Befragten;
- *auf andere angewiesen zu sein/von anderen abhängig zu sein* erfahren 36% als belastend, darunter mehr Frauen und ältere Personen und mit geringen Bildungsressourcen;
- *Haushalt und Hausarbeit* werden von 33% der Befragten als belastend empfunden, und zwar überdurchschnittlich von Frauen, älteren Personen sowie Personen, die im Haushalt tätig oder gering (Teilzeit) beschäftigt sind;
- *wenig Freizeitmöglichkeiten* beklagen 33% der Befragten, darunter eher höher gebildete und Personen in Ausbildung;
- *Probleme mit dem Älterwerden* berichten 31%, Befragte, vorwiegend über 60-Jährige und in Pension;
- *Probleme mit/in der Arbeit* werden von 29% der Befragten berichtet, eher von Personen in jüngeren und mittleren Alterssegmenten sowie von Personen, die arbeitslos und/oder zugewandert sind;
- *Probleme mit dem Wohnen* nennen 28%, besonders betrifft dies arbeitslose und zugewanderte Personen;
- *Ärger und Streit in der Partnerschaft und Familie* sind für 28% der Befragten belastend, weitgehend unabhängig von individuellen Merkmalen;
- *Alleinsein/Einsamkeit* ist für 27% ein Problem, vorwiegend für alleinlebende und ältere Personen;
- *Angst vor Überfällen/Kriminalität* empfinden 21% der Befragten, mit einem etwas höheren Anteil unter Alleinlebenden;
- *Angst vor Gewalt im persönlichen Umfeld* wird von 16% als Sorge genannt, seltener von Männern und häufiger von Personen mit Migrationsgeschichte;
- *Kontakte mit Einrichtungen wie Polizei oder Jugendamt* stressen 14% der Befragten, darunter seltener ältere wie auch Personen in Ausbildung;
- *nicht (sozial-)versichert zu sein* stellt für 13% der Befragten eine Belastung dar, verstärkt für Personen mit Migrationsgeschichte und geringen Bildungsressourcen, im Haushalt tätig und in westlichen Bundesländern;

- *Probleme mit dem rechtlichen Status* belasten 12% der Befragten, dabei vor allem Zugewanderte mit geringen Ressourcen, im Haushalt tätige oder prekär in den Arbeitsmarkt eingebundene Personen sowie vorwiegend in den westlichen Bundesländern.

Zusammenfassend kann für die wichtigsten Belastungen festgehalten werden, dass die Variablen Alter, Geschlecht, Bundesland, Arbeitsmarktteilhabe sowie vor allem eingeschränkte Bildungsressourcen auf das Empfinden von Alltagsbelastungen besonderen Einfluss haben. Zum Zwecke einer besseren Übersicht, aber auch für die weiteren Analysen wurde versucht, die Themen sinnvoll zu wenigen Dimensionen zusammenzufassen.⁸ Die Benennung dieser Dimensionen soll die dahinterliegenden Strukturen anzeigen, zugleich kann berechnet werden, wie viele der Befragten sich durch diese Dimension sehr belastet fühlen.

Fürsorge und Care-Arbeit. In diese Dimension fallen die Variablen Angst, meine Kinder in ihrer Ausbildung nicht ausreichend unterstützen zu können, Sorge um das Wohlergehen der Kinder und Belastungen durch Krankheit und Pflege von Verwandten/Bekannten. Insgesamt fühlen sich 56% der Befragten durch dieses Bündel an Sorgen sehr belastet. Überdurchschnittlich häufig geben dies Frauen und Befragte mit Migrationsgeschichte an. Weitere Einflussfaktoren, die das Belastungsempfinden erhöhen, sind geringe Bildungsressourcen, eine prekäre Einbindung in den Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung) und der Umstand, außerhalb von Burgenland und Wien zu leben.

Alltagsbewältigung. Diese Dimension fasst die Themen Älterwerden, Alleinsein/Einsamkeit, Gesundheit, Abhängigkeit von anderen, Haushalt/Hausarbeit, Geldsorgen, wenige Freizeitmöglichkeit zusammen. 42% der Befragten fühlen sich durch Anforderungen der Alltagsbewältigung sehr belastet, darunter überdurchschnittlich viele ältere Personen (in Pension), Frauen und in Wien lebend. Weitere Einflussfaktoren sind geringe Schulbildung, eine prekäre Einbindung am Arbeitsmarkt (Teilzeitarbeit) und Haushaltsstruktur (Einpersonenhaushalt).

Sozialrechtliche Unsicherheit: Darunter fallen Variablen wie ein unsicherer rechtlicher Status (z.B. Aufenthaltstitel), fehlende (Sozial-)Versicherung, Probleme mit dem Wohnen, mit bzw. in der Arbeit sowie Kontakte mit Einrichtungen wie Polizei oder Jugendamt. 19% der Befragten beklagen auf diese Weise Unsicherheit und einen instabilen Status. Besonders betroffen sind Personen mit Migrationserfahrung und in westlichen Bundesländern, einer prekären Einbindung in den Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung) sowie eher geringen Bildungsressourcen.

Gewalt und Streit. Diese Dimension umfasst die Variablen Angst vor Überfällen/Kriminalität, Gewalt im persönlichen Umfeld und Ärger und Streit in Partnerschaft und Familie. Unter den 18% der Befragten, die sich durch Gewalt und

⁸ Die Reduktion auf vier Dimensionen erfolgte mithilfe der Faktorenanalyse. Dieses Verfahren dient dazu, von vielen Variablen auf wenige zugrundeliegende „latente“ Variablen („Faktoren“) zu schließen.

Streit sehr belastet fühlen, sind überdurchschnittlich Personen mit einer prekären Einbindung in den Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung), aber mit unterschiedlichem Bildungsstatus sowie sowohl jüngere (unter 30) als auch ältere Personen (über 60) aus Wien, teilweise aber auch aus westlichen Bundesländern. Auch geben häufiger Frauen und Befragte mit Migrationsgeschichte Belastungen an.

**

Den Erkenntnissen der Fragebogenerhebung entsprechen auch viele der Aussagen von Akteur:innen, mit denen im Zuge der Evaluierung gesprochen wurde und die langjährige Erfahrungen in der Arbeit in diesem Bereich haben.

“Weil das haben wir ganz häufig gesehen, dass es da extreme Probleme gibt. Also nicht nur damit, dass man nicht versichert ist, das ist sowieso wieder ein eigenes Problem, sondern dass man nicht versteht, dass man nicht weiß, wo man sich hinwenden soll, dass viele Leute aus der Gewohnheit ihrer Herkunftsländer einfach das Spital ansteuern, weil es daheim so war, weil man in Rumänien das so macht oder, ja, in Serbien oder wie auch immer, und einfach viele Dinge gar nicht wissen, wo sie Hilfe bekommen könnten oder wie sich etwas verhält, oder auch schlecht behandelt werden im Krankenhaus.” (Expert:inneninterview P, Zeilen 1180-1186)

Wie groß der vorgefundene Handlungsbedarf ist, zeigt sich auch daran, dass es sich bei den meisten der von den Studien erkannten Problemen um Erscheinungen handelt, die über den Gesundheitsbereich hinausgehen und auf das komplexe Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren verweisen. So spielen beispielsweise die Dimensionen Geschlecht, Region, Herkunftsland, sozioökonomischer und Bildungs-Status u.ä. erhebliche Rollen für die individuellen gesundheitlichen Belastungen der Personen. Auch rassistische und rom:njafeindliche Behandlungen und diskriminierende Vorerfahrungen der Betroffenen prägen die jeweilige Situation (in der Fragebogenerhebung berichten 20% der Befragten, im Gesundheitsbereich als Rom:ni schlecht behandelt worden zu sein). Auf die intersektionalen Auswirkungen auf den Gesundheitsstatus und die “Gesundheitskompetenzen” der Betroffenen wurde im Laufe der Evaluierung wiederholt aufmerksam gemacht, meist einhergehend mit der Betonung der Wichtigkeit der Dimensionen “Gesundheit” und “Zugang zu medizinischer Versorgung”. Aus der Praxis der sozialen Arbeit heraus berichten viele der befragten Akteur:innen über regelmäßig auftretende Probleme. Besonders wichtig und auf vielfältige Weise erkennbar ist das Problem des fehlenden Vertrauens zu Einrichtungen und Personen im Gesundheitsbereich. Dabei spielen sowohl intragenerationale (z.B. durch den Holocaust) oder persönlich erlebte Traumata (z.B. durch starke Diskriminierung oder schlimme Erlebnisse mit Gesundheitseinrichtungen in den Herkunftsländern) als auch auf

direktem oder indirektem Erfahrungswissen beruhende Ängste wie die vor einer Kindesabnahme eine große Rolle.

“Was mich persönlich, und auch als Mutter so schockiert hat, war die Tatsache, dass in Wien bei den Roma die Angst so groß ist, sich jemandem irgendwie mitzuteilen oder Hilfe in Anspruch zu nehmen. (...) Sie glauben nämlich immer, wenn man dort irgendwie aufscheint, könnte das dann mit sich ziehen, dass man dann irgendwie bei der Jugendwohlfahrt aufscheint” (Gesprächsteilnehmer:in C⁹ im Expert:inneninterview P, Zeilen 1247 - 1251)

“Viele Roma Frauen können das nicht, viele kommen hierher und haben so viele Probleme, über die sie berichten, dass diese Gewalt, die jeden Tag stattfindet, nicht mehr so relevant ist. Weil da ist relevanter, dass der Strom bezahlt wird, dass die Kinder, - dass die Kinderjugendhilfe die Kinder nicht wegnehmen, ich hab die Erfahrung, dass manchmal Roma-Kinder öfter aus Familie herausgenommen werden als andere Kinder. Und das sind halt die Dinge, die man bei Roma Frauen vor allem beobachten muss, und aus dem Grund sag ich auch, diese Gesundheit muss anders behandelt werden.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 626-632)

Eine Idee, die, ausgehend von den Erfahrungen der Expert:innen und den Ergebnissen der Studien, immer wieder zur Sprache gekommen ist, ist die des Einsatzes von Gesundheitsmediator:innen für Rom:nja, analog zum Modell der Rom:nja-Schulmediation, wie Romano Centro es betreibt. Ein ähnliches Konzept soll, so geht es aus dem Bericht von Weigl et al. (2021) hervor, bezüglich der Frühen Hilfen umgesetzt werden, was grundsätzlich sehr zu begrüßen ist, wenngleich die Frühen Hilfen natürlich nur einen Ausschnitt des Bereichs behandeln. Eine umfassende Gesundheitsmediation ersetzt dieser Schritt also nicht.

“Ja, weil da war eben auch die Idee, ähnlich wie bei der Schulmediation. Weil das haben wir auch immer gesagt, wie man das auch im Zusammenhang mit der Vorstellung, man könnte ein Curriculum und eine Ausbildung entwickeln, haben wir uns gesagt OK, man könnte das Curriculum ja so aufbauen, dass das nicht nur für den Bildungsbereich funktioniert, sondern auch für den Gesundheitsbereich.” (Expert:inneninterview P, Zeilen 1174 - 1178)

Mit den, im Kapitel zum Bereich Bildung schon beschriebenen Versuchen, die Rom:nja-Schulmediation durch ein Curriculum zu professionalisieren und die Mediator:innen auch formell zu qualifizieren, ging auch die Idee eines Curriculums für Rom:nja-Gesundheitsmediator:innen einher. Diese würden genau die oft thematisierte und

⁹ Gesprächsteilnehmer:in C ist Teil des Forschungsteams, die Wortmeldung erfolgte innerhalb des Expert:inneninterviews mit Expert:in P.

problematisierte kommunikative Ebene im Handlungsfeld Gesundheit stärken und die Betroffenen unterstützen und begleiten, bis diese sich für einen eigenständigen Zugang zum Gesundheitssystem notwendige Kompetenzen angeeignet haben. Vor allem das Vertrauen in das System könnte durch Personen, die die Mediator:innenrolle einnehmen, nachhaltig hergestellt und gestärkt werden. Als Bedrohungen wahrgenommene Umstände, die die Personen daran hindern, sich an Gesundheitseinrichtungen oder -personal zu wenden, würden somit abgeschwächt werden. Als Grundlage für diese Annahmen dient die Erfahrung mit der seit 20 Jahren gut funktionierenden Schulmediation, die jährlich Erfolge bei den Schüler:innen, die so begleitet werden, nachweisen kann.

“Die [empfundene, Anm.] Gefahr wird einfach immer geringer, wenn jemand danebensteht, ja, und Deutsch kann und das System kennt. Sie ist nicht ganz weg, aber sie wird geringer” (Expert:inneninterview P, Zeilen 1186 - 1188)

Das Scheitern dieser Idee der Formalisierung der Qualifikationen der Mediator:innen ist vor allem durch mangelnde Finanzierung und Ressourcen in den Vereinen zu erklären. Vieles spricht für die Installierung einer solchen Mediator:innen-Schiene, da theoretisches und praktisches Wissen, das durch die Schulmediation angesammelt wurde, bereits in den Organisationen gebündelt und verwertbar sind.

Die Expert:innen, die sozialarbeiterisch mit den Zielgruppen arbeiten, waren es auch, die immer wieder auf die intersektionalen Wechselwirkungen, die auch Gesundheitsdimensionen haben, in den Situationen der Rom:nja hingewiesen haben. Besonders die Dimension Geschlecht prägt, wie bereits weiter oben beschrieben, maßgeblich den gesundheitlichen Status einer Person und die dafür relevanten Bedingungen in ihrem Leben. Die Dimension Geschlecht ist deshalb so wichtig, weil die patriarchalen Strukturen, die in die Leben der Personen wirken, dieser ganz spezifische Bedeutungen zuschreiben und so Mechanismen hervorbringen, die bedingen, dass die - im patriarchalen Verhältnis unterdrückten - Frauen auf unterschiedlichste Weise benachteiligt werden, z.B. durch den Entzug des Rechts, über den eigenen Körper zu entscheiden, oder bewusst vorenthaltene sexuelle oder medizinische Bildung. Diesen Wirkungszusammenhang zu betonen ist vor allem auch vor dem Hintergrund des in offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen häufig vorgebrachten Arguments des hohen Standards und inklusiven Charakters des österreichischen Gesundheitssystems wichtig. Zugangsbarrieren und strukturell verankerte Formen und Praktiken der Benachteiligung und Gewalt, können nicht allein durch mehrsprachige Informationsmaterialien abgebaut werden. Eine Sozialarbeiterin thematisiert dies im Zusammenhang mit dem Verhältnis zwischen objektivem und subjektivem Alter:

“Viele Roma Frauen wirken um viele Jahre älter als gleichaltrige österreichische Frauen oder andere Frauen mit anderem Migrationshintergrund. Ich glaube auch, dass eben

diese frühe Verheiratung, auch diese Familienplanung, Kinder, das ist auch die Frage der Prävention, Verhütung. Es gibt sehr viele Frauen, die nie in ihrem Leben wirklich verhütet haben, weil die Männer das nicht wollen, und sehr viele auch Abtreibungen gehabt haben und so, ja. Es ist einfach spezifischer, da muss man auch diesen Gendermainstream betrachten, weil die Roma Frauen andere gesundheitliche Probleme haben als alle anderen Frauen. (...) Und Sprachbarrieren und auch dieses Schamgefühl, über Dinge zu reden, es ist wirklich auch über Gewalt, es ist das, was ich immer betone.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 588 - 600)

Bereich Gesundheit – Zusammenfassung und Fazit

Seit 2017 wurde der Bereich Gesundheit in der Strategie in den Hintergrund gerückt, Grund dafür ist die bereits beschriebene Online Konsultation, in der die Teilnehmer:innen dem Bereich tendenziell weniger Wichtigkeit eingeräumt haben. Durch diesen Umstand wird der sogenannte „sozialwissenschaftliche Ansatz“, den die Strategie verfolgen will, verlassen, was auch angesichts der Ergebnisse einer Studie, die in den ersten Jahren der Strategie in Auftrag gegeben und durchgeführt wurde, nicht ganz nachvollziehbar ist. Diese Studie kommt, in Übereinstimmung mit anderen Forschungen, zum Schluss, dass durchaus Handlungsbedarf in verschiedenen Feldern des Bereiches Gesundheit besteht. Dies gilt besonders für den Bereich der Gesundheitskompetenzen (health literacy) sowie für die Gestaltung von Kommunikationsabläufen und Informationsflüssen. Der SENSIRO-Survey zeigt außerdem, dass es im Bereich Gesundheit immer ein komplexes Zusammenwirken vieler unterschiedlicher Faktoren ist, das ungünstige Situationen für die Betroffenen erzeugt. Besonders Dimensionen wie Geschlecht prägen maßgeblich den gesundheitlichen Status einer Person und die dafür relevanten Bedingungen in ihrem Leben.

Die Dimension Geschlecht ist deshalb so wichtig, weil die patriarchalen Strukturen, die in die Leben der Personen wirken, dieser ganz spezifische Bedeutungen zuschreiben und so Mechanismen hervorbringen, die bedingen, dass die - im patriarchalen Verhältnis unterdrückten - Frauen auf unterschiedlichste Weise benachteiligt werden, z.B. durch den Entzug des Rechts, über den eigenen Körper zu entscheiden oder bewusst vorenthaltene sexuelle oder medizinische Bildung. Diesen Wirkungszusammenhang zu betonen, ist vor allem auch vor dem Hintergrund des in offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen häufig vorgebrachten Arguments des hohen Standards und inklusiven Charakters des österreichischen Gesundheitssystems wichtig. Zugangsbarrieren und strukturell verankerte Formen und Praktiken der Benachteiligung und Gewalt können nicht allein durch mehrsprachige Informationsmaterialien und Verbesserungen auf der Kommunikationsebene abgebaut werden. Außerdem bewirken spezifische Erfahrungen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. mit Antiziganismus) eine generelle Angst vor öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern u.ä., die die Betroffenen daran hindert, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die fehlenden Informationen oder das mangelnde Wissen sowie die kommunikationsbezogenen Schwierigkeiten und die wahrgenommene Hochschwelligkeit von

Gesundheitseinrichtungen legen nahe, dass es auch im Gesundheitsbereich – ähnlich wie im Bildungsbereich – spezifische Maßnahmen braucht, die speziell Rom:nja ansprechen.

Eine Idee zur Bearbeitung dieser Probleme wäre das Implementieren eines Programms von Gesundheitsmediator:innen analog zum Modell der Schulmediator:innen, wie Romano Centro es fährt. Mit den im Kapitel zum Bereich Bildung schon beschriebenen Versuchen, die Rom:nja-Schulmediation durch ein Curriculum zu professionalisieren und die Mediator:innen auch formell zu qualifizieren, ging auch diese Idee für den Gesundheitsbereich einher, es blieb jedoch bei Versuchen. Die Gesundheitsmediator:innen würden genau die oft thematisierte und problematisierte kommunikative Ebene im Handlungsfeld Gesundheit stärken und die Betroffenen unterstützen und begleiten, bis diese sich für einen eigenständigen Zugang zum Gesundheitssystem notwendige Kompetenzen angeeignet haben. Vor allem das Vertrauen in das System könnte durch Personen, die die Mediator:innenrolle einnehmen, nachhaltig hergestellt und gestärkt werden.

Bereich WOHNEN

In den im Rahmen der Evaluierung zusammengetragenen Materialien - Fragebogenerhebung, Expert:innenfragebögen, mündliche Expert:inneninterviews - wurde Wohnen als ein wichtiger und von der Strategie vernachlässigter Bereich ausgewiesen. Gleichzeitig wird oft anerkannt, dass es in diesem Bereich besonders schwierig ist, Maßnahmen zu entwickeln, da das Thema Wohnen immer mehr zum gesamtgesellschaftlichen Problem wird und sich nur strukturell lösen lässt. Der Bereich differenziert sich jedoch so stark aus, dass auch dieser spezifische Anliegen, die besonders für Rom:nja relevant sind, beinhaltet, die die Strategie noch nicht zum Thema gemacht hat bzw. nur sehr peripher erwähnt/behandelt. Der Bereich Wohnen wurde, wie der Bereich Gesundheit, mit Verweis auf die online-Konsultation ab 2017 in den Hintergrund gerückt. Auf die Frage, in welchen Bereichen man prioritären Handlungsbedarf sieht, entfielen auf Wohnen 22% der Antworten. Damit wurde der Bereich sogar noch häufiger als die dann priorisierten Themen Ermächtigung von Frauen und Ermächtigung der Rom:nja-Jugend genannt.

*“Persönlich finde ich das Angebot [des Inklusionsbegriffes der Strategie] sehr gut und breit gedacht, doch gibt es zahlreiche marktwirtschaftliche Interessen, besonders im Bereich des Wohnens und der unsicheren Arbeitsverhältnisse, die eine so genannte soziale Inklusion unmöglich machen. Das Bildungsangebot der Caritas [Name Projekt] wurde innerhalb kürzester Zeit wieder eingestutzt, weil es ein Kampf gegen die Windmühlen war, die Zielgruppe in den Wohnungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Es ist zwar schön, wenn es Schulmediation und Nachhilfeprogramme für Kinder der Rom*nija gibt, doch wenn ihre Eltern es nicht schaffen, so rasch wie möglich (4 Monate) einen legalen Aufenthalt zu erwerben, müssen die Kinder ebenso das Land verlassen. Ein fester bezahlbarer Wohnsitz mit Meldezettel würde helfen, dass nicht nur die Eltern genügend Zeit hätten, ihren Lebensmittelpunkt hier aufzubauen und zu festigen, sondern auch, dass die Kinder ein lückenloseres Schuljahr absolvieren könnten. Für Zugewanderte wirkt die Strategie wie ein Lippenbekenntnis. Sie können davon nicht profitieren. Ein Recht auf Wohnen würde vielen Menschen zu Gute kommen, dies ist zwar kein Ziel der Strategie, aber eines das wichtig wäre, um ein gesichertes Wohnen für alle zu ermöglichen. Denn erst mit dem Wohnen, so unsere These, können Angebote wie Ausbildungen, Roma Empowerment, Gesundheitswissen etc. überhaupt langfristig greifen.”* (Mitarbeiter:in Bettellobby Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E21)

**

Die Perspektive der Zielgruppen VII: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Themenkomplex Wohnen

Wie der Survey aufzeigt, fühlen sich 28% der Befragten durch Probleme mit dem Wohnen sehr belastet, bei vielen bündelt sich diese Erfahrung mit dem Empfinden von sozialer Unsicherheit und einer instabilen institutionellen Einbindung. Zudem haben insgesamt knapp 30% der befragten Rom:nja angegeben, dass sie es schon erlebt haben, bei der Wohnungssuche diskriminiert worden zu sein. Dies wird vor allem von Personen in den westlichen Bundesländern berichtet.

Die große Mehrheit der Befragten (81%) lebt in Mehrpersonenhaushalten. Zu den alleine lebenden Rom:nja zählen vor allem Ältere und Angehörige der autochthonen Volksgruppe. Ca. die Hälfte der Befragten gibt an, in nachbarschaftlicher Nähe zu anderen Rom:nja zu leben: Es sind eher ältere (und alleinlebende) Personen, aber auch Befragte mit Migrationsgeschichte, die überdurchschnittlich häufig in Nähe zu anderen Rom:nja wohnen.

Von den 395 Personen, die am Survey teilnahmen und auch zu ihrer Wohnsituation befragt wurden, gaben knapp über 7% an, keinen festen Wohnsitz zu haben, das sind fast 30 Personen. Diese hielten sich zum Zeitpunkt der Befragung vor allem in den westlicheren Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg auf. Etwa die Hälfte der Befragten ohne festen Wohnsitz hat eine vorübergehende Unterkunft bei jemanden anderen gefunden, die andere Hälfte lebt in einer organisierten Unterkunft, Personen auf Durchreise sind nur vereinzelt befragt worden. Auch wenn die Zahl der Betroffenen ohne festen Wohnsitz klein ist, unterstreicht der Survey, dass das Problem Wohnen verschiedene Gesichter hat und für viele Rom:nja in Österreich – allen voran allem in westlichen Bundesländern - Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg - sowie für Personen mit Migrationsgeschichte und instabiler gesellschaftlicher Position ein Thema ist, das mit Schwierigkeiten, Unsicherheiten und Belastungen verbunden ist.

**

Auch Schmatz/Wetzel (2015) kommen in ihrer Studie über die Arbeits- und Lebenssituationen von Migrant:innen zu ähnlichen Ergebnissen, hier für den Raum Wien:

“Besonders unzufrieden äußert sich die Gruppe der Roma/Romnja. Die Zufriedenheit steht dabei in Zusammenhang mit verschiedenen Merkmalen der Wohnung/Hauses, etwa einer (ausreichenden) Größe, der Ausstattungskategorie oder der Bauperiode und damit dem Zustand des Hauses.” (S. 13)

Außerdem fanden die Wissenschaftler:innen in ihrer Studie heraus, dass der Anteil der Mietkosten am Haushaltseinkommen mit 38% bei den befragten (migrantischen) Rom:nja weit höher ist als in allen anderen von ihnen befragten Migrant:innengruppen (der Durchschnitt liegt hier bei 25%) (ebd., S. 15). Die Ergebnisse der Studie von Schmatz/Wetzel sind wie gesagt auf Wien beschränkt. Beim Thema Wohnen tritt besonders zutage, wie wichtig es für eine schlagkräftige Strategie wäre, alle Bundesländer ausgewogen miteinzubeziehen.

Was für so viele Bereiche der Strategie gilt, gilt auch für das Thema Wohnen: Die unterschiedlichen Betroffenheiten der Zielgruppen sind vielseitig und lassen sich nicht verallgemeinern. Im Survey der Evaluierung gaben 7% der befragten Rom:nja an, keinen sicheren Wohnort zu haben, sondern bei Bekannten/Familie/Freund:innen unterkommen zu müssen oder sich in einer temporären Unterkunft (z.B. Notschlafstelle) aufzuhalten, wobei die meisten Nennungen aus den westlichen Bundesländern kamen. Generell, und darauf weisen auch die Ergebnisse der Expert:innenbefragungen hin, sind viele Rom:nja überdurchschnittlich mit prekären Miet- und Untermietverhältnisse konfrontiert. Auch Schmatz/Wetzel (2015) kommen mit ihrer Befragung von Migrant:innen in Wien zum Ergebnis, dass Rom:nja besonders von schlechten Wohnverhältnissen wie bspw. Überbelag betroffen sind.

“Der Anteil von Personen in überbelegten Wohnungen beträgt bei Nicht-MigrantInnen 2%, bei MigrantInnen liegt er mit über 20% zehnmal so hoch. Besonders betroffen sind hier die Gruppe aus dem afrikanischen Raum sowie Roma/Romnja.” (ebd., S. 12)

Auch informelle Wohnverhältnisse, die immer wieder auf Ausbeutung der Betroffenen beruhen, werden von Personen, die mit betroffenen Personen in diesem Bereich arbeiten, berichtet. Die Ausbeutungsverhältnisse können finanziell/materiell, aber auch anderer Natur sein, und sind v.a. deshalb möglich, weil das nötige sprachliche oder fachliche Wissen bei vielen der Betroffenen fehlt. Themen wie Mietrecht und Mieter:innenschutz sowie wichtige Anlaufstellen wie die Wohnpartner oder die Gebietsbetreuungen in Wien sind nur selten bekannt bzw. werden aufgrund der allgemeinen Skepsis vor Behörden nicht aufgesucht. Wenn eine Wohnung noch dazu stark gesundheitsgefährdend ist, z.B. durch Schimmel, so ist die Angst oft noch größer, sich bei den Gebietsbetreuungen Hilfe und Beratung zu holen. Viele der Betroffenen mit Kindern haben große Angst davor, dass die Kinder- und Jugendwohlfahrtsbehörden eingeschaltet werden, die Angst vor Kindesabnahme ist unter vielen der Rom:nja besonders groß, was auch auf rom:njafeindliche Strukturen innerhalb der Verwaltung und Behörden zurückzuführen ist (siehe Kapitel Bekämpfung der Diskriminierung).

Viele der Probleme im Bereich Wohnen sind Symptome der generellen Benachteiligung und Randpositionen vieler Rom:nja in Österreich. So gesehen wird es nachvollziehbar, dass die

Strategie diesen Bereich weniger Beachtung schenkt, um sich stärker den “Wurzeln” des Problems zu widmen. Oftmals sind Schulden, Arbeitslosigkeit, Sprachbarrieren und Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit die zugrundeliegenden Probleme, die dann auch zu prekären Wohnverhältnissen führen. Dennoch wäre es wichtig, dass der Bereich nicht vernachlässigt wird und dass Teilbereiche identifiziert werden, in denen sehr wohl spezifisch nachgebessert werden kann und muss. Schließlich sind prekäre Wohnverhältnisse nicht nur die Folge anderer Probleme, sondern bedingen gleichzeitig auch problematische Situationen in anderen Lebensbereichen. Ein geregeltes Wohnverhältnis ist, gerade in Österreich, die Bedingung für eine umfassende Teilnahme am öffentlichen und professionellen Leben.

Die Ergebnisse des Survey zeigen auch, dass ein Drittel der Befragten bereits Diskriminierung bei der Wohnungssuche erfahren hat. Auch die von uns interviewte Vertreterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft hat uns auf diese Problematik hingewiesen. Dabei hat sie auch Lösungsvorschläge formuliert, die vor allem eine Arbeit mit den Stellen und Personen, von denen die Diskriminierung ausgeht, betreffen.

“Aber Faktum ist, das wissen wir, dass sozusagen im Wohnbereich massiv diskriminierend vorgegangen wird. Wir haben dazu jetzt auch eine Initiative gesetzt in unserer letzten Strategie, dass wir versucht haben, mit den Innungen zu arbeiten. Die Innung bringt jetzt auch eine Information noch einmal dann raus an ihre Makler, und es betrifft aber Rassismus generell, ja. Sie kennen wahrscheinlich eh diese Umfrage zu Antisemitismus, wo dann sozusagen auch herausgekommen ist, dass im Grund, also die Nachbarfrage, wen hätten Sie am wenigsten gerne als Nachbarn, dann sind als erstes die Afghanen und dann gleich danach die Roma. Wir versuchen dem zu begegnen, wieder über Innung auf der einen Seite und Wohnberatung auf der anderen Seite, also bei den Interessenvertretungen. Das haben wir jetzt einmal auf Bundesebene und für Wien gemacht und das wird jetzt im nächsten halben Jahr in den Bundesländern auch umgesetzt. Haben ein Webinar auch gemacht, das für die Immobilienmakler zur Verfügung steht, in dem auch nochmal explizit gemacht wird, was die rechtlichen Rahmenbedingungen sind und auch was sozusagen angerichtet wird mit diesen Ausgrenzungsmechanismen.” (Expert:inneninterview O, Zeilen 295-311)

Einerseits gilt der Expert:in also die gezielte Schulung von am Wohnungsmarkt und im Wohnbereich agierenden Personen und Akteur:innen als wichtiger Schritt, um die Diskriminierungen zu reduzieren. Die zweite wichtige Maßnahme wären niederschwellige und mehrsprachige Informations- und Bildungsangebote zum Thema Wohnen für Rom:nja. Schon alleine weil davon ausgegangen werden kann, dass Rom:nja öfter als andere von Kindesabnahmen u.ä. betroffen sind, braucht es auch hier spezifische Angebote, die ganz gezielt Rom:nja ansprechen und so bilden, dass sie über ihre Rechte und Pflichten als

Mieter:innen in verschiedensten Konstellationen Bescheid wissen, und dass sie Vertrauen zu in ihrem Sinn handelnden Stellen aufbauen können. Diese Art von Bildung und Unterstützung erfolgt bereits teilweise durch Vereine und andere NGOs (wie beispielsweise durch den kleinen Romnja-Verein Vivaro in Wien), ist jedoch nicht wirklich systematisch. So bieten in der Praxis z.B. viele der Arbeitsmarktberatungsstellen notgedrungen ganzheitliche Beratung inklusive Unterstützung beim Wohnen an, weil in Österreich ein geregeltes Wohnverhältnis eine Vorbedingung für die Teilnahme am öffentlichen und Arbeitsleben ist. Da die Beratungszeiten aber ohnehin schon sehr knapp bemessen und die Strukturen für eine professionelle Wohnberatung nicht vorhanden sind, können diese nur sehr begrenzt helfen, auch wenn viele mit Wohnen verbundene Bedingungen wichtige Voraussetzungen für die Teilnahme am Arbeitsmarkt sind. Besonders wichtig ist es in Österreich beispielsweise, ordnungsgemäß gemeldet zu sein.

“Ahm, ja Wohnen. Ja, Wohnen, muss ich dazu sagen, Wohnen können wir leider auch nichts machen. Also das weiß ich. Das sind bei der [Name Sozialarbeiterin] in der Sozialberatung die Nüsse, die einfach nicht zu knacken sind. Das schaffst du nicht. Den Spagat kriegst du nicht hin, ja. Wenn du Leute hast, die halt brutto einen Tausender verdienen und dann noch ein Kind haben oder so, das kannst du vergessen in Wien. Das geht nicht, ja. Wenn du die nicht in eine Gemeindewohnung bringst, kannst du das Problem nicht lösen und das sind schon häufig Probleme, die dann weitere Probleme nach sich ziehen, net. Das sind Leute, die wohnen bei wem, wo sie sich nicht anmelden dürfen, weil es nicht erlaubt ist, dass die dort noch wohnen, weil die Wohnung eh schon überfüllt ist. Dann hast du keinen Meldezettel oder du hast einen Meldezettel von wo anders, wo aber dann jemand wohnt, der ein Einkommen hat.”¹⁰
(Expert:inneninterview P, Zeilen 1141 - 1153)

Eine Schilderung einer von uns interviewten Sozialarbeiterin zeigt ein weiteres Mal sehr gut, wie verwoben die Bereiche, die die Strategie bearbeiten will, sind.

“Es basiert alles auf der Diskriminierung, aber wenn man sagt: ok, Roma Wohnsituation, wir haben wirklich sehr viele Roma, die hier keinen Mietvertrag haben, die keine Wohnung haben, die keinen Meldezettel haben. Und alle diese Dinge muss man haben, wenn man einen Job finden will, wenn du keinen Meldezettel hast, kannst du keinen Job finden. Sehr viele werden auch ausgebeutet. Ich habe Erfahrungen von meinen Klientinnen, die mir erzählt haben, also wir sind sehr froh, dass sie irgendwie uns gefunden haben, weil sie jahrelang von ihren Nachbarinnen, ausgebeutet worden sind. Sie bekommen irgendeinen Brief, den sie nicht verstehen und wenn sie die

¹⁰ Anm.: Wenn die andere Person, die dort gemeldet ist, ein Einkommen hat, und die Einkommen aller dort Gemeldeten als *ein* Haushaltseinkommen gilt, werden eventuell wichtige überlebensnotwendige Bezüge gestrichen.

Nachbarin fragen, ob sie ihnen das übersetzen kann, dann müssen sie den ganzen Haushalt sauber machen, damit sie ihnen das übersetzt. Sehr viele haben gearbeitet, ohne dass sie irgendwann versichert waren, oder sie wurden dann nur geringfügig z.B. eingestellt und nicht Vollzeit oder Teilzeit. Und wenn diese Menschen nicht lesen oder schreiben können, woher sollen sie es wissen, und auch Wohnproblematik, also kein Mensch hier, das hat jetzt nicht mit Roma oder nicht Roma zu tun, aber es ist so, die Roma verdienen sehr wenig, wenn sie überhaupt verdienen, oder sie bekommen Sozialleistungen, ja. Kein Immobilienmakler gibt eine Wohnung, eine Zweizimmerwohnung, an eine vierköpfige Roma Familie, aber anders können sie sich keine Wohnung leisten, sie können sich keine Dreizimmer-Wohnung leisten. Und auch wenn sie vielleicht das Geld haben aber keine Einkommensnachweise, bekommen sie die Wohnung nicht. Wiener Wohnen hat Voraussetzungen, ok du musst Aufenthalt haben, fünfjährigen, also, oder, EU-Bürger mit einer Meldebescheinigung musst du zwei Jahre fix einen Wohnsitz haben, und das erfüllen sehr viele nicht. Und aus dem Grund sage ich, wie soll diese Wohnproblematik gelöst werden, wenn da nichts passiert? (...) Es gibt viele, die einen Meldezettel haben, aber keinen Mietvertrag, das gibt es auch. Es gibt sehr viele vor allem EU-Bürger, die in diesen Notunterkünften dann so eine Kontaktadresse haben, aber in der Praxis passiert es oft, dass sie irgendeinen Meldezettel haben, wo sie überhaupt nicht wohnen, es sind strukturelle Probleme.“ (Expert:inneninterview F, 413 - 448)

Viele der von uns geführten Gespräche machen die Verwobenheit des Bereiches Wohnen deutlich. Besonders mit dem Bereich Beschäftigung/Arbeitsmarkt gibt es starke Verbindungen. Eine Arbeitsmarktberatung, die greift und etwas verändert, hat zur Bedingung, dass eine gewisse Wohnsituation vorliegt. Wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, kann im Bereich Beschäftigung wenig geschehen.

“Einmal schauen, wenn sie obdachlos sind, wo kriegen sie eine Postadresse, wo kriegen sie dann eine Meldeadresse, sind sie schon bei der Caritas, bei der Sozialen und Rückkehrberatung. Dann muss man sich mit der auseinandersetzen, ist ein guter Kooperationspartner von uns, da kommt der einmal zu uns. Dann schauen wir, dass er einmal eine Wohnung kriegt, dann fängt das einmal an. Dann haben sie meistens Kinder, schauen, dass die Kinder in die Schule kommen. Da sind wir mit dem Schul-Kooperationsteam vernetzt. (...) Da braucht man ein, zwei gute Sitzungen, dann kommt man erst eigentlich zum Arbeitsmarkt, weil wenn ich keinen aktuellen Meldezettel habe, kann ich mich nicht arbeitslos melden.“ (Expert:inneninterview J, Zeilen 531-541)

Durchreise

Das Thema der Durchreise hat neben den praktischen und organisatorischen Dimensionen wie Infrastruktur für und Instandhaltung von Durchreiseplätzen, auch eine weitere sehr wichtige Dimension: rund um die Durchreise von Rom:nja werden sehr oft diskriminierende und rom:njafeindliche Hetzkampagnen u.a. von Lokalpolitiker:innen betrieben, einige davon sind in den Antiziganismusberichten von Romano Centro dokumentiert, aber auch in der jüngeren Vergangenheit gab es wieder Meldungen diesbezüglich. Vor allem Boulevardmedien wie die Kronen Zeitung greifen diese Hetze oft auf und publizieren Artikel rund um das Thema, die voller antiziganistischer Vorurteile und diskriminierender Darstellungen sind. Es gibt in ganz Österreich nur zwei offizielle Durchreiseplätze (Linz und Braunau) und mit ihnen legale Möglichkeiten für Durchreisende, sich für eine Weile niederzulassen, da Rom:nja auf normalen Campingplätzen oft nicht zugelassen werden (vgl. Fink 2011). Selbst diese beiden sind jedoch immer wieder Gegenstand rassistisch motivierter Diskussionen. Bis 2015 gab es den oberösterreichischen Sinti:zze-Verein Ketani, dessen Leistung es u.a. war, zwischen den auf lokaler Ebene offiziell Zuständigen und den Menschen, die die beiden Plätze benutzten, zu vermitteln. Politisch hat sich in diesem Bereich seither nichts getan, das einzige Dokument, das diesbezüglich existiert, ist ein Leitfaden vom Regionalmanagement Mostviertel (2012) für Gemeinden, in denen Durchreisende sich aufhalten. Das kurze Dokument besteht vor allem aus praktischen Hinweisen bezüglich der Errichtung und Instandhaltung eines Durchreiseplatzes, jedoch wurden Errichtungen weiterer Durchreiseplätze seither nicht durchgeführt. Das Dokument weist auf die wichtige Rolle des Vereins Ketani hin, der jedoch nicht mehr existiert, was die Frage nach der Herstellung eines Settings, in dem eine respektvolle Kommunikation auf Augenhöhe mit den durchreisenden Personen herrschen kann, aufwirft. Dies gilt besonders für Regionen, in denen es keinen Durchreiseplatz gibt. Auch außerhalb Oberösterreichs, z.B. in Tirol, gibt es zwar engagierte Einzelpersonen, die sich für die Errichtung von Durchreiseplätzen im Sinne der Zielgruppen eingesetzt haben (vgl. Expert:inneninterview D), jedoch blieb es bislang bei Versuchen. Die Erfahrungen in Linz und in Braunau zeigen, dass offizielle Durchreiseplätze viel Druck und Konfliktpotenzial nehmen können. Auch diese Erkenntnis geht aus dem Leitfaden hervor:

“Ein Rastplatz wie in Linz oder in Braunau löst zwar nicht alle Probleme, das Konfliktpotenzial und der Druck auf die Stadt und die Behörden wird unvergleichlich weniger. Es ist ein Beitrag für etwas mehr menschlicheren (sic!) Umgang mit Angehörigen einer Volksgruppe, die respektvollen Umgang und Wertschätzung bisher kaum erfahren haben.” (Regionalmanagement Mostviertel 2012, S. 9)

Auch ein:e Referent:in der Stadt Braunau/Inn berichtete im Rahmen der Evaluierung über den Durchreiseplatz und die positiven Folgen, die seine Errichtung für alle Beteiligten hatte. Es

wird auch deutlich, dass dieser keine Strategiemassnahme ist, sondern unabhängig davon etabliert wurde und nun instandgehalten wird.

“Die Stadtgemeinde Braunau am Inn hat vor 20 Jahren ein Projekt für das ‚fahrende Volk‘ eben für Roma und Sinti ins Leben gerufen. In diesem wird ihnen ein ausgestatteter Rastplatz zur Verfügung gestellt, der von einer Arbeitsgemeinschaft, die sich für die Thematiken von Roma und Sinti einsetzen, betreut wird. Der Erfolg ist anhaltend gut, da sich das Zusammenleben mit den fahrenden Roma und Sinti in Braunau gut eingependelt hat. Ebenso werden temporäre Veranstaltungen zur Sensibilisierung zum Thema Antiziganismus organisiert. Da das Projekt schon seit 20 Jahren läuft, hat es jetzt keine spezifischen Änderungen im Projekt durch die Inklusionsstrategie gegeben. Im weiteren Sinn könnte man die Vernetzungsmöglichkeiten durch die Dialogplattform des BKA erwähnen, bei denen sich Akteure, die zum Thema arbeiten, austauschen können und neue Impulse bringen können.” (Referent:in Stadtgemeinde Braunau/Inn, schriftlicher Expert:innenfragebogen E32)

Beim Thema Durchreise wird augenscheinlich, wie stark die Ablehnung vieler Menschen gegenüber Lebensweisen, die sie als von der Norm abweichend empfinden, noch immer ist. Auch die erste Leiterin des Roma Contact Point (bis 2013) thematisierte das große Konfliktpotential, das das Thema Durchreise mit sich bringt. Es wird deutlich, dass vor allem die Arbeit an und mit den Personen der Dominanzgesellschaft notwendig wäre, um Toleranz für Lebensweisen wie die der Durchreisenden zu schaffen. In diese Richtung ist im Rahmen der Strategie jedoch noch nichts passiert.

“Und beim Thema Wohnen war eigentlich die größte Herausforderung immer die Durchziehenden. (...) Ja, das ist aber wieder eine andere Gruppe eigentlich. Aber ich habe gesagt, die müssen wir auch mitbetrachten, weil wenn es um die Frage des Kampfes gegen Diskriminierung geht, dort gibt es ja immer diese wahnsinnigen Auseinandersetzungen. Und da gab es, da gibt's ja einen Sinti-Verein, die Ketani in Linz, die gibt es leider nicht mehr. Die haben sich sehr bezüglich dieser Durchreisenden engagiert. Und ich glaube, in Oberösterreich war auch der einzige Durchreiseplatz. Und da ging es ja darum, dass die Community das immer weiß und dann nicht auf irgendwelchen Eckerln quasi ihre Zelte aufschlägt, im wahrsten Sinne des Wortes, und es dann mit den Bauern die Auseinandersetzungen gibt und so weiter und so weiter, das waren ja immer Probleme.” (Expert:inneninterview D, Zeilen 76-89)

Der Entschluss, auch die Durchreisenden als Zielgruppe der Strategie miteinzubeziehen, ist auf jeden Fall zu begrüßen. Jedoch manifestiert sich sowohl im Leitfaden als auch im obigen Zitat erneut ein Muster, das sich durch die gesamte Strategie zieht: die Arbeit v.a. bei spezifischeren

Maßnahmen, wird den Vereinen oder engagierten Personen übertragen, ohne dass diese genug Ressourcen und/oder Unterstützung bekommen, um wirklich professionell an die Probleme herangehen zu können. Die Auflösung von Ketani bedeutet, dass eine wichtige Mittlerstelle zwischen den Gemeinden, den Anrainer:innen und den Benutzer:innen der Durchreiseplätze in Oberösterreich weggefallen ist, es also seither eine Leerstelle gibt, die noch nicht wieder gefüllt wurde.

Ein mehrheitlicher Wille, an der Situation der Durchreisenden in Oberösterreich, aber auch im Rest Österreichs, politisch etwas zu verbessern, ist momentan nicht erkennbar. Die aktuellen Fortschrittsberichte des Roma Contact Point geben zum Thema Durchreise als Maßnahmen einzig an, dass die beiden bis jetzt existierenden Plätze instandgehalten werden sollen. Eine Erhebung des Bedarfs von Durchreiseplätzen auch in anderen Regionen Österreichs ist bislang ausständig.

Neben den Durchreiseplätzen an sich wird im obigen Zitat ein damit verbundener zweiter Aspekt angesprochen: die Kommunikation der gesetzten Maßnahmen an die Zielgruppen. So ist die zweite Herausforderung, niederschwellig und inklusiv zu kommunizieren, wo und inwiefern temporär gewohnt werden kann, was es dabei zu beachten gilt etc. Gleichzeitig müsste etwas gegen die diffamierenden und antiziganistischen Handlungen von Presse, Politik und Zivilbevölkerung unternommen werden. Die Vorurteile, die durch rassistische und skandalisierende Berichte in den Medien geschürt werden, konterkarieren auf lange Sicht das Ziel, mehr und sichere Durchreiseplätze und damit legale Bleibemöglichkeiten, zu errichten und zu erhalten, da eine gelungene Umsetzung natürlich auch maßgeblich von der Haltung der Anrainer:innen und lokalen Bevölkerung abhängt.

Bereich Wohnen – Zusammenfassung und Fazit

Auch der Bereich Wohnen wurde von der Strategie seit der Online Konsultation wenig berücksichtigt, verwiesen wird auf allgemeine Maßnahmen. In den Interviews mit den Expert:innen im Laufe der Forschung wurde jedoch immer wieder die wichtige Rolle des Bereiches auch für nachhaltige Verbesserungen in den anderen Bereichen betont. Gleichzeitig ist Wohnen ein Bereich, in dem die Entwicklung von Maßnahmen besonders schwierig ist, und die Zuständigkeiten nicht einfach zu eruieren sind, zumal ein großer Teil dieses Bereichs sich über einen privaten Markt erstreckt und auf der politischen Ebene vor allem die Länder zuständig sind. Viele der Probleme im Bereich Wohnen sind Symptome der generellen Benachteiligung und Randpositionen vieler Rom:nja in Österreich. So gesehen wird es nachvollziehbar, dass die Strategie diesen Bereich weniger Beachtung schenkt, um sich stärker den "Wurzeln" des Problems zu widmen. Oftmals sind Schulden, Arbeitslosigkeit, Sprachbarrieren und Antiziganismus/Rom:njafindlichkeit die zugrundeliegenden Probleme,

die dann auch zu prekären Wohnverhältnissen führen. Dennoch wäre es wichtig, dass der Bereich nicht vernachlässigt wird und dass Teilbereiche identifiziert werden, in denen sehr wohl spezifisch nachgebessert werden kann und muss. Schließlich sind prekäre Wohnverhältnisse nicht nur die Folge anderer Probleme, sondern bedingen gleichzeitig auch problematische Situationen in anderen Lebensbereichen. Ein geregeltes Wohnverhältnis ist, gerade in Österreich, die Bedingung für eine umfassende Teilnahme am öffentlichen und professionellen Leben. Besonders eine ordnungsgemäße Meldung des Wohnsitzes ist die Voraussetzung für den Zugang zu anderen gesellschaftlichen Bereichen, allen voran dem Bereich Beschäftigung. Ohne Meldezettel sind weder ein geregeltes Arbeitsverhältnis noch das Beziehen von Arbeitslosengeld und anderen wichtigen Sozialleistungen möglich. Auch die Berater:innen in den ESF-Projekten spüren diese wechselseitigen Zusammenhänge, die in den Interviews und Expert:innenfragebögen häufig geschildert wurden: Eine Arbeitsmarktberatung, die greift, hat zur Bedingung, dass eine geregelte Wohnsituation vorliegt.

Die Realität vieler Rom:nja – darauf weisen Studien und die qualitativen Daten, die im Zuge von SENSIRO erhoben wurden, hin – sind oftmals prekäre Miet- und Untermietverhältnisse. Das Ausweichen auf den informelle privaten Wohnungsmarkt, zu dem viele Rom:nja gezwungen sind, bringt meist Nachteile und keine rechtlichen Absicherungen für die Mieter:innen mit sich. Auch Diskriminierung und Benachteiligung bei der Wohnungssuche spielen eine Rolle, worauf auch die Ergebnisse des SENSIRO-Surveys hinweisen. Wichtige Lösungsansätze wären in diesem Bereich die Implementierung von Bildungsangeboten zu Themen wie Mietrecht u.ä., sodass die Betroffenen lernen, zu erkennen, wenn sie in einem Wohnverhältnis nicht rechtmäßig behandelt oder gar ausgebeutet werden. Eine weitere wichtige Säule wäre die Schulung von Akteur:innen am (auch privaten) Wohnungsmarkt, gerade was Diskriminierung und Benachteiligung betrifft. Gleichzeitig muss strukturell sichergestellt werden, dass genügend leistbarer und sozialer Wohnraum zur Verfügung steht, zu dem ein niederschwelliger Zugang herrscht.

Ein weiteres Thema in diesem Bereich ist die Durchreise. Dieses hat neben den praktischen und organisatorischen Dimensionen wie Infrastruktur für und Instandhaltung von Durchreiseplätzen auch eine weitere sehr wichtige Dimension: rund um die Durchreise von Rom:nja werden sehr oft diskriminierende und rom:njafeindliche Hetzkampagnen u.a. von Lokalpolitiker:innen oder Boulevardmedien betrieben. Die Erfahrung mit den zwei Durchreiseplätzen, die in Österreich existieren, zeigen, dass diese die Situation entspannen können und für die Durchreisenden Möglichkeiten eröffnen, sich legal temporär niederzulassen. Die Strategie artikuliert keine Bestrebungen, weitere Durchreiseplätze zu schaffen, auch wenn es diesbezüglich immer wieder (erfolglose) Versuche von Einzelpersonen gab. Einzig der Erhalt der bereits bestehenden Plätze wird als ein Strategieziel genannt. Bei der Durchreise tritt besonders deutlich hervor, dass für eine nachhaltige Verbesserung der Situation sowohl die symbolische Ebene (Bekämpfung des Antiziganismus in der Dominanzgesellschaft), als auch die materielle Ebene (Schaffen von Durchreiseplätzen und Verweilmöglichkeiten) bearbeitet werden müssen.

ARMUT UND MATERIELLE LEBENSUMSTÄNDE: OBDACHLOSIGKEIT, BETTELARBEIT, ARMUTSMIGRATION

In dem vom Rat der Europäischen Union 2011 beschlossenen „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ heißt es unter Punkt 10, dass

„ungeachtet der Anstrengungen, die auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene unternommen worden sind, um die Einbeziehung der Roma voranzubringen, viele Roma nach wie vor in großer Armut leben, sozial weitgehend ausgegrenzt sind, bei der Wahrnehmung ihrer Grundrechte auf Hindernisse stoßen und diskriminiert werden, was häufig einen begrenzten Zugang zu guten Bildungsangeboten, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen, geringe Einkommen, schlechte Wohnverhältnisse, eine schlechte Gesundheit und eine niedrigere Lebenserwartung zur Folge hat. Dies betrifft nicht allein die Roma, sondern verursacht auch für die Gesellschaft insgesamt volkswirtschaftliche Kosten, beispielsweise durch Vergeudung von Humankapital und Produktivitätsverluste.“ (Rat der Europäischen Union 2011, S. 258/7)

Diese Passage ist deshalb bemerkenswert, da sie zwar die Notwendigkeit der Bekämpfung von Armut hervorhebt, dabei jedoch nicht allein die negativen Folgen für die Betroffenen im Blick hat, sondern vor allem mit den volkswirtschaftlichen Kosten, die durch die „Vergeudung von Humankapital“ verursacht werden, argumentiert. Es ist positiv anzumerken, dass die Strategie diese Perspektive und Rhetorik, die Inklusion der Rom:nja mit der Notwendigkeit der Sicherung und Reproduktion von Humankapital zu begründen, nicht übernimmt. Gleichzeitig erfahren stark armutsbetroffene Rom:nja und ihre Lebenslagen kaum Beachtung. Armut lässt sich nicht einem der Bereiche wie Beschäftigung, Bildung, Gesundheit oder Wohnen zuordnen, sondern erfordert eine bereichsübergreifende Perspektive und ganzheitliche Herangehensweise. Zusätzlich zu materiellen und sozialen Notlagen haben Betroffene oftmals mit einem ungünstigen rechtlichen Status zu kämpfen und fallen so um soziale Unterstützungsleistungen.

“Nachholbedarf besteht insbesondere für die Zielgruppe der obdachlosen Notreisenden, die innerhalb der EU pendeln und letztlich nirgends eine Perspektive zur Etablierung angemessener Lebensstandards vorfinden.“ (Expert:in aus Forschung und Beratung, Salzburg, schriftlicher Expert:innenfragebogen E29)

Sehr oft spielen in den Lebenssituationen stark armutsbetroffener Menschen Obdachlosigkeit und Notreise/Armutsmigration eine große Rolle. Vor allem in westlicheren Bundesländern halten sich viele Rom:nja auf, die unter extrem prekären Bedingungen leben müssen und auf niederschwellige Angebote wie die Kontaktprojekte der Caritas oder die Unterstützung von NGOs wie dem Waldhüttl oder der Bettelobby angewiesen sind. Personen, die sich in Einrichtungen und Projekten wie den oben genannten engagieren, problematisieren oft, dass

die Lebenssituationen, die sie in ihrer Arbeit tagtäglich versuchen zu verbessern, von der Strategie nicht berücksichtigt werden, da die Angebote der Strategie für diese Gruppen zu voraussetzungsreich sind und nicht an der Basis ansetzen.

“Zum Teil besteht die Gruppe der Notreisenden aus Personen, denen eine Erwerbsbeteiligung aufgrund von Alter oder Behinderung schlicht nicht (mehr) möglich ist. Dieser Teil der Zielgruppe wird leider gar nicht von einschlägigen Maßnahmen (jenseits von Notschlafstellenplätzen und Essensausgabe) erreicht.” (Expert:in aus Forschung und Beratung, Salzburg, schriftlicher Expert:innenfragebogen E29)

Tatsächlich waren Notreisende und/oder von Armutsmigration betroffene Rom:nja auch offiziell kein Teil der ersten Strategie, das soll aber im neuen Strategierahmen bis 2030 anders sein. Von offizieller Seite wird die Auslassung dieses wichtigen Bereiches durch eine Vorgabe der EU erklärt, nach der notreisende Menschen und Armutsmigrant:innen nicht berücksichtigt werden mussten. Positiv ist aber dennoch anzumerken, dass im Rahmen der Strategie Studien in Auftrag gegeben und/oder präsentiert wurden, die sich mit den Lebenssituationen von Notreisenden und/oder bettelnden Rom:nja in Salzburg und in Vorarlberg auseinandersetzen (vgl. Geser-Engleitner 2016, Schoibl 2013).

Oftmals wird von Vertreter:innen von Rom:nja-Organisationen und politisch engagierten Rom:nja problematisiert, dass die Gleichsetzung der Rom:nja mit Armut ein falsches und eindimensionales Bild vermittele. Dieser Bericht versucht deshalb auch, die Diversität und Heterogenität der in Österreich lebenden Rom:nja und ihrer Lebenslagen wiederzugeben. Gleichzeitig ist es notwendig, aufzuzeigen, dass in extremer Armut lebende Rom:nja, ohne Sozialversicherung, mit unsicherem Aufenthaltsstatus und fehlender oder prekärer Wohn- und Erwerbssituation, in ganz besonderer Weise vulnerabel sind, da materielle Not sich mit multiplen Formen der Diskriminierung verbindet. Armutsbetroffene, obdachlose und/oder bettelnde Menschen sind es außerdem, die in den Medien diffamiert und verhetzt werden, und deren Lebenslage häufig als eine für Rom:nja typische geframed wird - ungeachtet ihrer Herkunft und/oder ethnischen Zugehörigkeit. In der Situation der am stärksten armutsbetroffenen, rassifizierten Menschen bündeln und multiplizieren sich der Antiziganismus (als Hass auf imaginierte Andere) und der Klassismus (als Hass auf arme Menschen), die in der Dominanzgesellschaft vorherrschen.

“Der Großteil der in Österreich lebenden Roma/Romnja ist in den Medien kaum repräsentiert, die Ausnahme sind wenige bekannte Einzelpersonen. Das Thema Betteln jedoch ist in den letzten Jahren permanent in den Medien. Dabei wurden die bettelnden Menschen aus ‘Osteuropa’ so häufig als ‘Roma’ dargestellt, dass die Begriffe ‘Bettler’ und ‘Roma’ schon fast zu Synonymen geworden sind. Die Ethnisierung dieses sozialen Phänomens ist so stark, dass in einem Medienbericht über ‘Betteln’ das Wort ‘Roma’

gar nicht mehr vorkommen muss. Den LeserInnen ist klar: Bettler sind Roma. Das mediale Bild der BettlerInnen bestimmt das Bild, das die Menschen in Österreich von Roma/Romnja haben.” (Kempf-Giefing et al. 2015, S. 212)

Die im obigen Absatz und im Zitat thematisierte Problematik führt auch vor Augen, wie eng die Arbeit für und mit stark armutsbetroffenen Menschen und die Arbeit gegen Diskriminierung und Stigmatisierung zusammenhängen und einander bedingen. Kempf-Giefing et al. weisen in ihrem Kommentar außerdem darauf hin, dass es im gesellschaftlichen Diskurs, der maßgeblich von den Medien und ihren diffamierenden Darstellungen mitgeprägt wird, nie um die *“Ursachen gesellschaftlich produzierter Ungleichheit”* geht. *“Ebenso wenig kommen die Konsequenzen vor, die neue Verbote oder Verschärfungen für die bettelnden Menschen haben”* (ebd.). Auch die vielen Verletzungen der Rechte bettelnder Menschen u.a. durch Polizist:innen finden medial und gesellschaftlich kaum Beachtung (ebd.). Auch die Strategie widmet sich dem Thema nicht; die Konsequenz dieser Vernachlässigung ist die Ausklammerung eines Teiles ihrer theoretischen Zielgruppe.

Diese Ausklammerung passiert, obwohl bereits Schmatz/Wetzel in ihrer Studie zu Lebens- und Arbeitsverhältnissen von Migrant:innen in Wien darauf hinweisen, dass die von ihnen befragten Rom:nja im Vergleich zu anderen migrantischen Gruppen besonders armutsgefährdet sind.

“Im Falle eines akuten Bedarfs nach einer größeren Summe an Geld (etwa für teure Reparaturen) würden Nicht-MigrantInnen in erster Linie auf frei verfügbare Ersparnisse zurückgreifen, während dies bei MigrantInnen seltener möglich wäre (...). Sie würden zu gleichen Anteilen einen Kredit bei einer Bank aufnehmen (müssen). Roma/Romnja und Kurden/Kurdinnen würden sogar mehrheitlich einen Bankkredit aufnehmen (müssen), nur vergleichsweise wenige Personen dieser beiden Gruppen geben an, über Ersparnisse verfügen zu können. Sich über private Wege – bei Verwandten und/oder Bekannten – im Akutfall Geld zu leihen, ist für etwa jede/n Vierten eine Option und wird insbesondere von Roma/Romnja und Kurden/Kurdinnen vergleichsweise oft genannt.” (Schmatz/Wetzel 2015, S. 5)

Die NGO Bettellobby setzt sich für die *„Abschaffung aller Bettelverbote und einen menschenwürdigen Umgang mit bettelnden und notreisenden Menschen“* ein (bettellobby.at). Dabei leistet sie Arbeit sowohl an der Basis mit Betroffenen als auch für die Aufklärung und Reduzierung von antiziganistischen Vorurteilen. Ihre Mitarbeiter:innen besitzen Erfahrungswissen, das für erfolgreiche Interventionen im Bereich Armut und materielle Not notwendig ist. Annika Rauchberger von der Bettellobby Wien hat uns gegenüber mit Nachdruck die Vernachlässigung der Problematiken, die sich aus der extremen Armut und den rechtlichen, sozialen und materiellen Notlagen vieler Rom:nja ergeben,

problematisiert. Sie zeigt auch auf, wie verwoben die unterschiedlichen Lebensbereiche und Handlungsfelder u.a. aufgrund der Struktur des österreichischen Rechtsstaates sind, was eine ganzheitliche Betrachtung der Problemlagen unerlässlich macht. Außerdem wird deutlich, dass die Situation in Österreich nicht isoliert von den Situationen in anderen EU-Ländern betrachtet werden kann. In ihnen hat sich die Situation der Rom:nja trotz des EU-Rahmens oftmals nicht zum Besseren verändert.

*“[Die] BettelLobby Wien [hat] vor allem mit bettelnden Menschen und Rom*nja aus Südosteuropa zu tun []. Unionsbürger*innen müssen binnen vier Monaten den Aufenthaltstitel ‚Anmeldebescheinigung‘ vorweisen. Die Kriterien für diesen sind: Nachweis eines Meldezettels, eine Versicherung, Nachweis über ausreichend finanzielle Mittel (Arbeitsverhältnis) oder der Hauptzweck des Aufenthalts dient einer Ausbildung. Für viele armutsbetroffene Menschen sind diese Hürden unüberwindbar. Die viel zu hohen Mieten am privaten Wohnungsmarkt sind für sie nicht erschwinglich, daher wohnen sie oft in prekären Wohnverhältnissen. Das bedeutet, dass sie keinen Meldezettel bekommen, die Miete bar entrichten müssen und über keinerlei Mieter*innenschutz verfügen. Da auch die Mieten in diesem Bereich hoch sind, leben oft viele Menschen auf engstem Raum. Wird die Miete nicht rechtzeitig bezahlt, landen sie sofort auf der Straße. Ein häufiges Umziehen ist die Konsequenz daraus (im weitesten Sinne können sie auch deshalb keine Ansprüche auf eine Gemeindewohnung erwerben). Selbst wenn die Frauen und Männer einen Meldezettel hätten, die Tätigkeit des Bettelns oder des Straßenzeitungsverkaufs gilt nicht als ausreichendes finanzielles Mittel für die Anmeldebescheinigung. In den vergangenen Jahren kam es daher vermehrt zu Ausweisungen (= Abschiebung) von Unionsbürger*innen. Nicht bezahlte oder abgesessene Verwaltungsstrafen (z.B. ‚Bettelstrafen‘) können herangezogen werden, um ein Aufenthaltsverbot zu erlassen. Dass viele bettelnde Menschen als Angehörige der Rom*nja in ihren Herkunftsländern diskriminiert werden und immer wieder Pogrom-ähnlichen Verfolgungen ausgesetzt werden, spielt in der Strategie keine Rolle. Viele sogenannte Armutsreisende Rom*nja werden in der EU oft nur hin und her geschickt (der BettelLobby sind Fälle von Familien bekannt, die in unterschiedlichen Ländern versucht haben, Fuß zu fassen und immer nur mit Rückkehrtickets der Caritas an das nächste Land weiter ‚gereicht‘ wurden). Die Situation der Rom*nja in den Nachbarländern Österreichs, Bulgariens und Rumäniens, ist hinreichend bekannt, auch die ausgerufenen Roma-Dekade in der EU änderte nichts an ihrer Lage. Aufgrund der Diskriminierungserfahrungen in den Herkunftsländern geben viele an, nicht mehr Teil der Volksgruppe zu sein. (...) Die bettelnden Menschen, die sich an die BettelLobby Wien wenden, haben in erster Linie existenzielle Probleme; mangelnde Bildung, kaum Jobchancen, schlechte gesundheitliche Verhältnisse verhindern ein Ankommen und eine Auseinandersetzung mit der eigenen Identität. Leider gibt es keine Zahlen und Erhebungen, um wie viele Menschen es sich konkret handelt. Von unserer Seite*

wäre es wünschenswert, würden alle hier lebenden Rom*nija, egal woher sie kommen, in die Strategie aufgenommen werden.

Die Strategie tangiert das Klientel der BettelLobby Wien/Österreich leider nicht. Die Strategie bezieht sich vorwiegend auf autochthone Rom*nija in Österreich. Viele bettelnde Menschen, die nach Österreich kommen (Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien), haben aufgrund der hohen Auflagen der Anmeldebescheinigung betreffend, kaum Chancen, hier Fuß zu fassen. Dass sie etwa in Rumänien, aufgrund ihrer Herkunft als Rom*nija in Gesundheits- und Bildungswesen sowie am Arbeitsmarkt diskriminiert werden, spielt bei der Aufnahme in Österreich keine Rolle. Sie gelten als ‚Armutsmigrant*innen‘, oder werden als ‚Betteltourist*innen‘ diffamiert. Es werden nicht einmal Zahlen erhoben, um wie viele Menschen es sich handelt, es wirkt, als wolle man es nicht wissen, um nicht tätig werden zu müssen. Einen Erfolg der Strategie gibt es für diese Menschen nicht.

(...)

Wie oben angeführt, sind die Schwächen der Strategie der Ausschluss von Armut betroffenen Rom*nija aus anderen Ländern der EU (aus deren Sicht und was es für diese Gruppe bedarf, beantworte ich diese Frage). Im Bereich Wohnen etwa wird nur die 2. Gruft der Caritas oder andere Notquartiere als ‚Lösung‘ vorgeschlagen. Um an den Angeboten teilnehmen zu können, müssen die Menschen Ansprüche haben, die sie nicht binnen vier Monaten erwerben können. Kinder etwa fallen hier komplett raus, denn immer mehr Schulen weigern sich, ob der überfüllten Klassen, Kinder ohne Meldezettel aufzunehmen. Housing First Projekte (zB Neunerhaus) müssen die Zugangsschwellen drastisch herabsetzen, der Zugang zu leistbarem, gesichertem Wohnraum ist ein Schlüssel, um an den Angeboten der Strategie teilnehmen zu können. Rom*nija werden in vielen Ländern Europas von Bildung, Gesundheit, Arbeit ausgeschlossen, ihre ‚Unbildung‘ und ‚Arbeitslosigkeit‘ wird ihnen rassistisch als selbstverschuldet angekreidet. Dass das staatliche Ausgrenzungssystem sie in diese marginalisierte Position bringt, wird nicht gesehen. Hier fehlt es an Austausch, aber auch an Kontrolle, ob und wie die Strategien auch in anderen Ländern verfolgt werden. In Österreich sind viele Angebote zudem sehr hochschwellig, Menschen, die 6-7 Tage pro Woche betteln, zeitungverkaufen, als Tagelöhner (etwa bei der MA48) arbeiten, schaffen es selten, neben der Kinderbetreuung auch noch Deutschkurse zu besuchen.

Die Strategie hat einen großen Fokus im Bereich der Bildung vor allem auf Kinder gelegt. Hier fehlt es auf jeden Fall an Möglichkeiten auch für Erwachsene, speziell für Frauen. Viele Erwachsene bringen viel Wissen und handwerkliche Fähigkeiten mit nach Österreich. Sie haben aber keinen Ausbildungsnachweis. Hier wäre es sinnvoll, eine Art ‚schnellen Lehrabschluss‘ für Erwachsene zu entwickeln, damit diese schneller auch Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen und nicht in der Armutsspirale (Zeitungverkauf, betteln) verhaften. Frauen verkaufen in der Regel Zeitung, betteln, kümmern sich um den Haushalt und die Kinder. Sie haben weder Zeit noch Energie, zusätzliche Ausbildungen zu machen,

oder Alphabetisierungskurse zu besuchen. Es gibt einfach zu wenig Angebote, die auf Mütter abgestimmt sind (etwa eine Kinderbetreuung).

Gesundheit ist auch hier ein ganz großes Thema (...): Armutsbetroffene, bettelnde Menschen aus den Nachbarländern wohnen nicht nur prekär, sondern in Wohnungen in einem schlechten Zustand: Feuchte, Lärm, Ungeziefer, Überbelag, WC am Gang... der tägliche Stress, Geld zu verdienen und die mangelnde Rückzugs- und Erholungsmöglichkeit belasten die Menschen physisch und psychisch sehr. Sie leiden oft an mehreren chronischen Erkrankungen gleichzeitig. Klassiker: Diabetes 2, Adipositas und Herz- Kreislaufprobleme. Als nichtversicherte Menschen stehen ihnen in Wien nicht viele Möglichkeiten zur Verfügung: AmberMed und Neunerhaus, sowie der Louisebus der Caritas. Vielen fehlt die Kompetenz mit dem Umgang mit der eigenen Gesundheit (auch dies ist aktuell ein Problem mit dem Wissen zu Corona, den Testungen und der Impfung). Es braucht hier einen sensiblen Zugang und mehr Infos in einfacher und Muttersprache. Aber wie auch oben erwähnt, wäre adäquates Wohnen ein Schlüssel, als Basis für weitere Schritte.

(...)

Der Bereich Wohnen, Bildung, Ausbildung, Inklusion in den Arbeitsmarkt und Gesundheit muss auch auf zugewanderte, von Armut betroffene Rom*nja ausgeweitet werden! Bettelnde Menschen, Zeitungsverkäuferinnen schaffen es aufgrund ihrer mangelnden finanziellen Ressourcen und nichtausreichender Bildung kaum, Fuß zu fassen in Österreich. Binnen vier Monaten den legalen Aufenthaltstitel der Anmeldebescheinigung zu erreichen, schaffen die wenigsten. Sie verharren meist Jahre in der Situation des prekären Wohnens, eines unregelmäßigen Einkommens und mangelnder gesundheitlicher Versorgung. In ihren Herkunftsländern werden sie aufgrund ihrer Herkunft als Rom*nja diskriminiert, in Österreich werden sie aufgrund von mangelnden finanziellen Mitteln ausgewiesen. Besonders diese vulnerable Personengruppe bräuchte besondere Unterstützung, um in Wien/Österreich leben und arbeiten zu können.

(...)

Besonders armutsbetroffene Rom*nja werden in Europa ‚herumgereicht‘, niemand scheint zuständig zu sein. Zwar ist eine nationale Strategie sinnvoll, wenn diese aber in unterschiedlichen Mitgliedsstaaten der EU unterschiedlich ernst genommen und durchgeführt wird, kann es EU-weit kaum zu einer Verbesserung der Lebenssituation von Rom*nja in Europa führen. In zahlreichen Ländern der EU (Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) leiden Rom*nja unter Verfolgung, Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung. Auch wenn es Teil der Konvergenzkriterien war, den Schutz von Minderheiten zu garantieren, ist die Lage der Rom*nja vor allem in ländlichen Gebieten nach wie vor nur als miserabel zu bezeichnen. Es gibt segregierte Kindergartengruppen und Schulklassen, die medizinische Versorgung ist schlecht, es gibt kaum Arbeit und wenn, werden die Betroffenen als Tagelöhner ausgebeutet. Immer wieder finden unter den Augen von Polizeibeamten pogromähnliche Aktionen in Dörfern statt. Täter werden nicht angezeigt und zur Rechenschaft gezogen. Hier bedürfte es nicht nur einer besseren EU weiten

Zusammenarbeit, sondern auch regelmäßiger Kontrollen, ob und wie die Strategie umgesetzt wird. Viele, der angesiedelten Sozialprojekte und NGOs, haben ihren Focus auf Kinder gelegt. Aber auch Erwachsene benötigen Unterstützung, vor allem Frauen. Der Bereich der Erwachsenenbildung müsste unbedingt ausgebaut werden und gleichzeitig frauenfreundlich gestaltet sein, z.B. durch Kinderbetreuung.

*So lange es verstärkt zu Praktiken kommunaler Grenzziehung kommt, anstatt des Abbaus territorial-nationaler Grenzen, kann keine Strategie zur Verbesserung und Inklusion der Rom*nja kommen. Besonders die EU-Binnenmigration aus Bulgarien und Rumänien in westeuropäische Mitgliedsstaaten ist trotz Personenfreizügigkeit massiv beschränkt. Zugangshürden, wie die Anmeldebescheinigung in Österreich, unterscheiden zwischen den guten (gebildeten und finanziell stärkeren) und den schlechten (armutsbetroffen, wenig Bildung, kein finanzielles Kapital) Migrant*innen. Armutsmigration ist bis dato bewusst aus der Strategie ausgenommen worden. Es wäre wünschenswert, dass sich dies noch ändert, sonst kommt die Strategie nur sehr wenigen Rom*nja zu Gute.“ (schriftlicher Expert:innenfragebogen E21)*

**

Die Perspektive der Zielgruppen VIII: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Themenkomplex Armut und materielle Lebensbedingungen

Auch der Survey unterstreicht die Bedeutung des Themas Armut und materielle Lebensbedingungen, wobei aufgrund der wohlüberlegten Stichprobe davon ausgegangen werden kann, dass die Ergebnisse ein realistisches Bild zeichnen, also die Problematik von Armut und materiellen Notlagen weder über- noch unterschätzen.

Materielle Lebensbedingungen zu messen, stellt eine traditionelle Herausforderung der sozialwissenschaftlichen Forschung dar. Von dem weit verbreiteten Verfahren, das Einkommen heranzuziehen, wurde im Survey Abstand genommen, da die Erhebung von Einkommen erfahrungsgemäß heikel ist und grundlegende Probleme der Zuverlässigkeit der Informationen aufwirft. Im Fragebogen wurde zwar auch danach gefragt, welche Einkommen den jeweiligen Haushalten, in denen die Befragten leben, zur Verfügung stehen; als entscheidende Maße für die Bestimmung der materiellen Lebenslage wurden jedoch andere Variablen herangezogen: Zum einen ausgabenseitige Fragen, die sich auch in der internationalen Forschung immer mehr durchsetzen, da sie unabhängig von oftmals ungenauen Angaben zum Einkommen darüber informieren, was sich Personen bzw. Haushalte über einen gewissen Zeitraum (nicht) leisten können. Zum anderen wurde nach dem subjektiven Empfinden gefragt, ob die Befragten sich von Geldsorgen

belastet fühlen und wie sie die Entwicklung ihrer Einkommenssituation einschätzen. Wie bereits ausgeführt, fühlen sich insgesamt 63% der Befragten durch Geldsorgen belastet, 19% erwarten, dass sich ihre materielle Situation in den kommenden Monaten verschlechtern wird. Zu den ausgabenseitigen Problemen, die abgefragt wurden, zählen (jeweils bezogen auf die letzten 12 Monate) *die Wohnung nicht angemessen warm halten zu können* (18%), *die Miete oder Hypothekenrückzahlung für Haus oder Wohnung nicht zahlen zu können* (26%), *die Rechnung für Heizung, Strom, Wasser, Gas etc. nicht zahlen zu können* (27%), *Probleme mit Konsumkreditrückzahlungen zu haben* (27%), *sich die Reparatur oder die Anschaffung eines Haushaltsgeräts nicht leisten zu können* (32%), *den Kindern nicht zu ermöglichen, an Freizeitaktivitäten, Schulausflügen, Schulveranstaltungen etc. teilzunehmen* (15%), oder *sich Lebensmittel oder anderes, was ich für mich (oder meine Familie) im Leben brauche, leisten zu können* (23%). Wie Tabelle 4 dokumentiert, erhöhen ein niedriger Sozialstatus – gemessen an Bildungstitel (maximal Pflichtschulabschluss) und Beschäftigungsstatus (arbeitslos, im Haushalt tätig sein) –, sowie Migrationsgeschichte, teilweise auch Alter das Risiko von manifester Armut und Deprivation.

Tabelle 4: Manifeste Armut und Deprivation

Ist bei Ihnen in den letzten 12 Monaten folgendes vorgefallen? (Prozentangaben)

	alle	älter als 60	max. Pflicht- schule	arbeitslos	Im Haushalt tätig	zuge- wandert
<i>konnte die Wohnung nicht warmhalten</i>	18	21*	46*	27*	32*	26*
<i>konnte die Miete nicht bezahlen</i>	26	20	49*	34*	50*	37*
<i>konnte mir Reparatur/ Neuanschaffung nicht leisten</i>	32	40*	58*	49*	33	30*
<i>konnte mir Lebensmittel nicht leisten</i>	23	20	52*	33*	38*	34*
<i>starke Deprivation (Index)</i>	15	14	30*	18	31*	19

N=388; Prozentangaben; *= die Unterschiede zwischen den Kategorien sind statistisch signifikant

Zur Bestimmung von Armut werden also Informationen und Einschätzungen herangezogen, die zusammengekommen Hinweise nach dem Grad der subjektiven Armutsbetroffenheit geben können. Wenn im Folgenden von Deprivation die Rede ist, ist ein Gefühl des Mangels gemeint, der durch eine Armutslage erzeugt wird. In der Stichprobe sind 15% der Befragten von starker Deprivation betroffen, sie leben also unter erheblichen materiellen Einschränkungen, in manchen Fällen kann von existentieller Notlage gesprochen werden. 36% sind mit leichten Entbehrungen konfrontiert. Die Hälfte der Befragten lebt in materieller Hinsicht weitgehend ohne Einschränkungen. Von starker Deprivation betroffen sind Personen mit prekärer Einbindung in den Arbeitsmarkt (arbeitslos, im Haushalt tätig, teilzeitbeschäftigt), über sehr geringe Bildungsressourcen verfügen, nach Österreich zugewandert sind und eher in

den westlichen Bundesländern leben. Leichte Deprivation trifft auch Personen, die neben den genannten Merkmalen in Pension sind oder auch in Wien leben.

Deprivation ist, wie bereits angesprochen, ein entscheidender Faktor von Marginalisierung. Als Marginalisierung wird ein Prozess verstanden, durch den eine Person oder eine Gruppe an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder dort fixiert wird. Folgerichtig hängt Deprivation negativ mit Inklusion zusammen, d.h. sie erschwert oder verunmöglicht die Teilhabe an der Gesellschaft, die Strategie wie auch die organisierte Zivilgesellschaft der Rom:nja mit ihren Vereinen und Aktivitäten eingeschlossen. Die Ergebnisse des Survey unterstreichen also die Bedeutung von Maßnahmen gegen Armut und Marginalisierung für die Strategie.

**

Bereich Armut und materielle Lebensbedingungen – Zusammenfassung und Fazit

In den Papieren und Maßnahmen der Strategie sind stark armutsbetroffene Rom:nja unterrepräsentiert. Sowohl Studien als auch Expert:innen weisen jedoch darauf hin, dass Armut und materielle/existentielle Notlagen die Realität vieler Rom:nja prägen. Armut lässt sich nicht einem der Bereiche wie Beschäftigung, Bildung, Gesundheit oder Wohnen zuordnen, sondern erfordert eine bereichsübergreifende Perspektive und ganzheitliche Herangehensweise. Zusätzlich zu materiellen und sozialen Notlagen haben Betroffene oftmals mit einem ungünstigen rechtlichen Status zu kämpfen und fallen so um soziale Unterstützungsleistungen. Sehr oft spielen in den Lebenssituationen stark armutsbetroffener Menschen Obdachlosigkeit und Notreise/Armutsmigration eine große Rolle. Vor allem in westlicheren Bundesländern halten sich viele Rom:nja auf, die unter extrem prekären Bedingungen leben müssen und auf niederschwellige Angebote wie die Kontaktprojekte der Caritas, oder die Unterstützung von (von der Strategie nicht beachteten) NGOs wie dem Waldhüttl oder der Bettelobby angewiesen sind. Personen, die sich in Einrichtungen und Projekten wie den oben genannten engagieren, problematisieren oft, dass die Lebenssituationen, die sie in ihrer Arbeit tagtäglich versuchen zu verbessern, von der Strategie nicht berücksichtigt werden, da die Angebote der Strategie für diese Gruppen zu voraussetzungsreich sind und nicht an der Basis ansetzen. In den 2021 verabschiedeten Strategierahmen bis 2030 sind die Themen Armutsmigration und Notreise offiziell aufgenommen worden, was ausdrücklich zu begrüßen ist. Diese Problematiken brauchen spezifische Lösungsansätze und Maßnahmen, da in extremer Armut lebende Rom:nja, ohne Sozialversicherung, mit unsicherem Aufenthaltsstatus und fehlender oder prekärer Wohn- und Erwerbssituation, in ganz besonderer Weise vulnerabel sind und die materielle Not sich häufig mit multiplen Formen der Diskriminierung verbindet.

Armutsbetroffene, obdachlose und/oder bettelnde Menschen sind es schließlich auch, die in den Medien diffamiert und verhetzt werden, und deren Lebenslage häufig als eine für Rom:nja typische geframed wird - ungeachtet ihrer Herkunft und/oder ethnischen Zugehörigkeit. In der Auseinandersetzung mit den Situationen stark armutsbetroffener Rom:nja wird nicht nur deutlich, wie verwoben die unterschiedlichen Lebensbereiche und Handlungsfelder u.a. aufgrund der Struktur des österreichischen Rechtsstaates sind, sondern auch, dass die Situation in Österreich nicht isoliert von den Situationen in anderen EU-Ländern betrachtet werden kann. In ihnen hat sich die Situation der Rom:nja trotz des EU-Rahmens oftmals nicht zum Besseren verändert.

ERMÄCHTIGUNG

Die Strategie benennt drei zentrale Gruppen als Ziel von Maßnahmen der Ermächtigung: Frauen und Mädchen, Jugend und die „organisierte Roma Zivilgesellschaft“. Dieses Kapitel geht auf diese Themen ein, diskutiert sie jedoch entlang von Schwerpunkten, die im Laufe der Forschung relevant wurden, wodurch vor allem auch blinde Flecken im Ermächtigungsschwerpunkt der Strategie sichtbar gemacht werden.

„Da hält irgendjemand einen Vortrag oder ein Referat das meistens so hochschwellig allein schon von der Sprache ist, dass es die Leute ja gar nicht verstehen, weil die sagen, ich kann mir ja den Wissenschaftler da doch nicht anhören, ich verstehe ja nichts. Ich meine, zum Schluss kriegen sie vielleicht einen Strudel und die Getränke sind frei, aber auf das verzichten sie dann auch, auf gut Deutsch gesagt. Aber die haben diesen Aktivitätenschwerpunkt und der Referent, wurst, wer das ist, hat ein supertolles Honorar, meiner Meinung nach viel zu utopisch, wenn Du dir das anschaust, was die verlangen für einen Vortrag von zwei Stunden, aber die Leute bleiben aus, das sind dann aber die Roma selbst, gehen nicht hin, weil sie schon im Vorhinein sagen: das bringt uns nichts, das dockt nicht dort an, wo die Problematik eigentlich ist, und ich will mich nicht mit lauter Gscherten in einen Raum setzen, die alle supergescheit sind und die über uns reden, als hätten sie über uns studiert.“ (Gesprächsteilnehmer:in C¹¹ im Expert:inneninterview Q, Zeilen 251-261)

Als ein zentrales Ziel im Bereich Ermächtigung wird die Stärkung der “organisierten Roma Zivilgesellschaft” dargestellt. Die Stärkung der Zivilgesellschaft bedeutet genau genommen eine Stärkung der Rom:nja-Vereine. Von der Strategie als Rom:nja-Vereine wahrgenommene Organisationen gibt es nur in Wien und im Burgenland (in Tirol gibt es einen Verein für Jenische). Die Strategie erhebt nicht den Anspruch, in anderen Bundesländern Bedingungen zu schaffen, die Selbstorganisations-Aktivitäten und Eigeninitiative in den Zielgruppen selbst stärken könnten, sondern beschränkt sich maßgeblich auf die bereits etablierten Vereine. Ermächtigung wird gleichgesetzt mit Weiterqualifizierung und Professionalisierung sowie mit der Schaffung von Stätten des Gedenkens und der Erinnerung, letzteres wird im Kapitel Gedenken und Erinnerung besprochen.

Durch die Gespräche mit Expert:innen, aber auch in den offenen Antworten in der Fragebogenerhebung, treten drei besondere Anliegen zutage: Zum einen wird das Engagement für die Weiterqualifizierung und Professionalisierung der Vereine grundsätzlich positiv bewertet, auch wenn diskutiert wird, wie die Vereine in ihren Aufgaben und Tätigkeiten auch im Generationsübergang lebendig bleiben können, d.h. Neues neben

¹¹ Gesprächsteilnehmer:in C ist Teil des Forschungsteams, die Wortmeldung erfolgte innerhalb des Expert:inneninterviews mit Expert:in P.

etablierten Strukturen entstehen und die ungleiche Repräsentanz nach Geschlecht überwunden werden kann. Zum zweiten wird in den Rückmeldungen und Stellungnahmen deutlich, dass es für die Zielgruppen nur dann zur Ermächtigung kommen kann, wenn sie von Beginn an am Aufbau von Strukturen beteiligt sind. Zum dritten werden Themen aufgebracht, die von unterschiedlichen Segmenten der Zielgruppen als Voraussetzung für Ermächtigung angesehen werden können. Dazu zählt etwa das Thema physische und digitale Räume.

Räume

Der Anspruch der Studie ist es nicht, einfach alles, was in den Strategiepapieren an Maßnahmen, Zielen und Instrumenten aufgelistet ist, zu überprüfen, sondern den Betroffenen und den lebensweltlichen und fachlichen Expert:innen und Vertreter:innen der Communities genau zuzuhören und sichtbar zu machen, was denn überhaupt gebraucht würde. Im Bereich Ermächtigung wird auf diese Weise ein zentrales Motiv sichtbar, das in den offiziellen Dokumenten nicht enthalten ist, jedoch aus unterschiedlicher Richtung artikuliert wurde: niederschwellige, zugängliche Räume für Rom:nja. Mit der Idee eines niederschwelligen, physischen Raumes verbunden sind Arten von Zusammenkunft und Austauschmöglichkeiten, die noch nicht von einer vorgegebenen Zielsetzung oder Agenda durchdrungen sind, die nicht auf etwas Bestimmtes hinauslaufen müssen, sondern in denen sich für die Teilnehmenden Relevantes ergibt, das man nicht planen oder antizipieren kann. Ein solcher Ansatz setzt sich der gängigen Projektlogik entgegen, die immer schon im Vorfeld Überschriften, Konzepte, Zielformulierungen und Zeitpläne verlangt. Ein physischer Raum, der für die Menschen offen ist, auch außerhalb von Veranstaltungszeiten und sonstigen Terminen, hat das Potential, eine Vielzahl von Funktionen zu erfüllen, er ist flexibel. Eine erste wichtige Funktion, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Ermächtigung von Rom:nja, ist, dass er den Anwesenden erlaubt, *einfach da zu sein*. Er wird zum *bedingungslosen* Raum außerhalb des eigenen Zuhauses oder der eigenen Unterkunft, an dem man sich aufhalten und in den man sich zurückziehen kann, wenn man eine Pause von Alltagspflichten und -belastungen braucht, ohne konsumieren und etwas leisten zu müssen. Diese simple Funktion ist nicht zu unterschätzen. In diesem Zusammenhang müsste darauf geachtet werden, dass unter den Räumen auch solche vorhanden sind, die sich an spezifischere Gruppen innerhalb der Zielgruppen richten, z.B. Räume für Nicht-Männer und Mädchen, für Jugendliche etc., die zu sicheren Rückzugs- und Austauschorten werden können.

“Was für mich das größte Problem ist, wir brauchen ein Lokal, wir brauchen einen Raum. Weil (...) das wäre super, man hat gesagt, drei Mal in der Woche ist man dort, was weiß ich, abwechselnd von zwölf bis neunzehn Uhr. Ich bin jetzt die Frau Slavica aus dem 16. Bezirk und da sage ich, ah das ist ein Verein, da sind die Leute lieb, ich komm vorbei, trinke einen Kaffee, meine Kinder spielen in der Spielecke. Ich brauche

nicht immer einen Workshop. Das ist für mich ein total konservatives, im Grunde konservatives Bildungskonzept, weil es geht darum, dass Leute miteinander reden, sich vernetzen und dass man dann schaut, was ist der Bedarf, das ist für mich Arbeit von unten.” (Expert:inneninterview Q, Zeilen 295-302)

Den bedingungslosen Räumen wohnt eine andere Logik inne als den Projekten, sie sind das, was davor schon da sein muss, wenn man an das Projekt, das eingereicht werden kann, den Anspruch stellt, dass es “von unten” entwickelt wurde, mit den Adressat:innen. Räume, in denen man nichts leisten oder konsumieren muss, sind oftmals gleichzeitig Räume, in denen Ideen und ihre Umsetzung erdacht und entwickelt werden. In denen Diskussionen entstehen, Konflikte gelöst werden können und in denen etwas erschaffen werden kann, was für die Angehörigen der Zielgruppen selbst relevant ist. Das ist eine zweite Funktion von Räumen, die vorhanden und offen sind. Auch diese ist für die Strategie und die Verbesserung der Situation ihrer Zielgruppen sehr gewichtig, da sie gewährleistet, dass die Programme und Projekte von Menschen entwickelt werden, die Betroffene sind, also Menschen, die die relevanten Erfahrungen und Wissensstände einbringen können.

“Strategisch übersetzt heißt es: Frauenraum schaffen, Frauenraum für Romafrauen schaffen, ja. Gebt uns so viel Kohle, dass wir mal mindestens auf ein Jahr, aber eigentlich mindestens auf drei Jahre, was mieten können. Denn wie kannst du denn auf 10 Monate was mieten? Du kannst ja zum Beispiel kein Lokal von der Stadt Wien anmieten, weil die haben unbefristete Mietverträge. Das ist alles ein Blödsinn, und Frauenräume schaffen heißt, ich brauche irgendwo einen fixen Ort, wo etwas stattfinden kann, und da kann auch stattfinden miteinander sitzen und Kaffee trinken und die Kinder spielen daneben. Wie hat denn die Frauenbewegung bei uns angefangen, die hat ja auch nicht unbedingt mit Workshops angefangen. Aber da hat es ja diese ganzen Gesprächsrunden gegeben, wo das ein Highlight war, dass einmal Frauen miteinander ehrlich geredet haben, wie ist das denn in meiner Beziehung, mit meinem Körper, wie geht es mir, wenn ich in einer Gruppe mit Männern red und so, so hat’s ja angefangen.” (Expert:inneninterview Q, Zeilen 337-348)

Initiativen und Vereine scheitern oft am Versuch, für einen bedingungslosen Raum, dessen Bespielung sich aus der Anwesenheit und den Interaktionen der Menschen, die ihn nutzen, ergeben werden, eine Förderung zu bekommen. Die Erfahrung, dass ein Raum, in dem man einfach sein kann, gut tut, gibt es vielfach. Auch das Roma-Pastoral in Eisenstadt ist ein niederschwelliger Ort, den Rom:nja, Erwachsene wie Kinder, gerne nutzen, und in dem vieles entstehen kann. Jedoch ist der Raum sehr klein und bietet nur beschränkte Möglichkeiten des Zusammenkommens. Ein größeres Lokal scheint nicht möglich, Räume ohne eine bestimmte Funktion fallen durch das Raster vieler Förderlogiken.

“Jetzt ist die Romapastoral irgendwie so eine Anlaufstelle, wo die Kinder gern hingehen, wo sie basteln. Also sie hat total viel Bastelzeug und so, wo sie sich halt auch selbst beschäftigen können, und sie bietet aber auch den Mamas Raum und Platz, um einen Kaffee gemütlich zu trinken und die Kinder auch, so also, auf gemütlich halt. Das sind aber Sachen, die nicht gefördert werden, weil Kaffeekränzchen zahlt ja das Bundeskanzleramt nicht und basteln und malen dann für die Kinder auch nicht, weil das ist ja keine romaspezifische Sache, diese Dinge werden ja meistens, wenn man einen Roma-Advent mit einer Roma-Lesung macht und da kommt eine freie Spende rein, werden diese Sachen dann anhand dieser freien Spende finanziert. Ich find das irgendwie total arg, aber wenn sie jetzt einen Romareferent oder eine -referentin einladen würd, die zum Beispiel Stammtischparolen gegen Antiziganismus machen würde, und die verlangt da ein Honorar, ein utopisches Honorar meiner Meinung nach für drei Stunden, würd sie das zu hundert Prozent finanziert bekommen. Die Frage ist aber, wem bringt das was” (Gesprächsteilnehmer:in C¹² im Expert:inneninterview Q, Zeilen 236 - 248)

Schon länger sucht auch der Romnja-Verein Vivaro nach einem Raum, der bedingungslos genutzt und aufgesucht werden kann. Die wenigen Förderungen, selbst wenn sie Räume grundsätzlich finanzieren würden, sind zu niedrig und/oder auf einen zu kurzen Zeitraum befristet, um damit einen Raum mieten zu können, der für die Frauen Anlaufstelle, Aufenthaltsort und Veranstaltungsort für gemeinsam Entwickeltes werden kann. Aus den Interviews mit im Verein engagierten Aktivist:innen geht hervor, dass weder das Bundeskanzleramt noch die Magistratsabteilungen oder einschlägige Agenturen der Stadt Wien hier ausreichend unterstützen. Die Position, in die der Verein gedrängt wird, ist die einer ewigen Bittstellerin (vgl. Interviews I und Q).

“Aber wo es sich bricht, ist die Frage des Raumes. Weil Raum ist kostbar, Raum muss bezahlt werden und da haben uns diese Leerstands-, die heißt jetzt nicht mehr Leerstandsagentur, die heißt jetzt Kreative Räume, von der waren wir enttäuscht in Wien. Die haben so geantwortet, wie ich das liebe, ja, Sie können sich eintragen, sie können sich einmal registrieren lassen und wenn Sie etwas finden, dann werden wir Sie bei den Gesprächen unterstützen. Hallo, ich hätte mir da mehr erwartet, ja. Also wir brauchen einen Raum, das ist eigentlich die Lösung und dann könnte sich ein anderes Leben entwickeln.” (Expert:inneninterview Q, Zeilen 392 - 398)

Das Bedürfnis nach dem Raum kommt aus den Zielgruppen selbst. Nicht nur in den Gesprächen mit Expert:innen waren sie Thema, auch in den offenen Antworten der Fragebogenerhebung wurden immer wieder Räume und niederschwellige Anlaufstellen als

¹² Gesprächsteilnehmer:in C ist Teil des Forschungsteams, die Wortmeldung erfolgte innerhalb des Expert:inneninterviews mit Expert:in P.

essentielle Maßnahmen für die Stärkung der Rom:nja in Österreich genannt. Die Räume sind es auch, in denen sich der ermächtigende Ansatz mit dem der Partizipation verknüpfen lässt, da diese die Vorbedingung für eine Entwicklung von Projektideen und Maßnahmen aus und mit den Zielgruppen selbst darstellen.

“Man könnte ja auch mit dem Bedürfnis der Frauen argumentieren, weil die Frauen die länger bei Vivaro dabei sind, also sagen wir diese Kerngruppe von 15, 20 Frauen, die reagieren jetzt schon so, meiner Wahrnehmung nach, wie, warum haben wir eigentlich nie einen eigenen Raum. Weil wir haben ein Nachbarschaftszentrum im 15. oben und jetzt durch Corona konnten wir den Raum lange nicht benutzen, dann, durch meine Kontakte mit der Pfarre Neufünfhausen, oben bei der Stadthalle, konnten wir dort sein. Das war eigentlich sehr freundlich und sehr unkompliziert. Und dann haben aber die, der Vereinsvorstand, weiter Räume gesucht und jetzt sind wir momentan die zwei Mal gewesen in den Räumen des kurdischen Vereins in der Gudrunstraße, also EKH. Und das sind zwar große Räume, aber sind für mich halt so, das sind keine Räume für mich von einem Frauenverein, das ist so linke Politik, Che Guevara und sonstige Leute an den Wänden, lauter Männer, Konferenzstil, kann ich mir gut vorstellen, dass ich dort sitze und rede über die nächste Öffentlichkeitsarbeit, aber das ist für mich, das Feeling für mich ist nicht so. Und die Frauen finden das teilweise eh nicht so schlecht, weil es teilweise große Räume sind und jetzt momentan müssen wir das eh so schupfen. Aber die Frage stellt sich schon und dann auch das Ernstnehmen von einem Frauenverein. Weil so untergründig spür ich schon oder manchmal auch offen gesagt, warum schafft ihr es denn nicht, zu Räumen zu kommen. Irgendwann musst du, wenn du lange so arbeitest, schon mal sagen können - das ist jetzt unseres. Das ist ein Bedürfnis. Und wie übersetzt du das Bedürfnis jetzt gegenüber dem Bundeskanzleramt. Ja, wenn du sagst, 15 Frauen, die zu unserer Kerngruppe gehören, wünschen sich das. Was hat das für einen Wert? Ja, was hat das für einen Wert, dass wir die erreichen – wie diese bulgarischen Romnija, die sonst nicht erreichbar sind außer für die Kirche.”
(Expert:inneninterview Q, Zeilen 490 - 510)

Sichtbarmachung der Perspektiven von Rom:nja und Sinti:zze: das Beispiel RomBlog

Als ein *best practice* Beispiel, das in viele der von der Strategie als Handlungsfelder benannten Bereiche hineinreicht, ist die digitale Plattform RomBlog (<https://romblog.net/>) zu nennen. Als Initiative des Vereines Lovara ins Leben gerufen und anfänglich unterstützt vom Bundeskanzleramt, ging der journalistische Blog 2017/18 online. Das Format hat sich mittlerweile erweitert und vor Corona bot er auch einen zweimonatigen Kurs im Bereich Journalismus und Medienkompetenzen an. Während der Pandemie wurde die

Ausbildungsschiene an ein digitales Format angepasst und die Romblog Academy ins Leben gerufen. Als Teil des Instruments B des ESF-Ermächtigungsschwerpunktes wurde, kofinanziert durch ESF und Arbeitsministerium, zwischen 2017 und 2020 das Qualifizierungsprojekt „Romblog Digital Media Producer 360“ durchgeführt.

“Wir überbrücken die Lücke an Information zwischen Roma/Sinti und der Mehrheitsgesellschaft in beide Richtungen. Wir setzen uns mit gesellschaftlich relevanten Meinungen und Ansichten auseinander und erweitern die Perspektiven, indem wir die deutschsprachige Medienlandschaft mit Nachrichten aus einem der blinden Flecken bereichern. Wir schaffen einen Ort für jene Stimmen aus der Roma-Volksgruppe/ der Roma-Community, denen bisher ein professionelles Roma-bezogenes Medium im deutschen Sprachraum gefehlt hat. Geschichten, die bisher oft unerwähnt und medial unsichtbar blieben, werden einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und mit der notwendigen Authentizität sowie journalistischem Ethos behandelt. Wir sehen uns als Ort, an dem journalistische Kompetenz und Medien-Know How an junge Roma und Sinti weitergegeben wird, um deren Kompetenz am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt zu stärken. Wir hinterfragen Fremdbilder, Mythen und Stereotypen und stellen diesen faktenbasierte authentische Gegenperspektiven der Roma und Sinti gegenüber. Dieses Projekt wird von Sinti und Roma selbst geleitet. Die letzte Entscheidung über Publikationen, die Produktion der Beiträge, sowie die Auswahl der Themen geschieht durch Roma und Sinti selbst.” (romblog.net)

In ihrem Beitrag zum Ausstellungskatalog von Romane Thana entwirft Gilda-Nancy Horvath, Journalistin und Begründerin des RomBlog, die Idee des Internet als einen zentralen Ort der Selbstermächtigung von Rom:nja (ebd. 2015). Auch digitale Orte wie der RomBlog können zu wichtigen und ermächtigenden Räumen werden, und den Rom:nja Möglichkeiten bieten, Narrative selbst mitzugestalten und die Kontrolle über für sie relevante Themen zu erlangen. Diese Mitgestaltung muss immer vielstimmig sein, darf auch widersprüchlich und uneinheitlich bleiben. Die Dynamik des Internets erlaubt es, dass mächtige Sprecher:innenpositionen sich schnell abwechseln und austauschen. Mit der Verfügung über einen digitalen Raum können plurale Perspektiven eingefangen und sichtbar gemacht werden, das zeigt das Beispiel RomBlog sehr gut.

“Roma-Aktivist:innen und Vereine sind heutzutage vernetzt. Sie teilen ihre Themen in Foren und aktivieren Menschen per Online-Petition. Das Internet ist für viele Roma die bevorzugte Methode geworden, um ihre Meinung zu äußern und weltweit zu kommunizieren. Im internationalen Aktivismus sind soziale Netzwerke zum wichtigsten Instrument der Vernetzung und Kommunikation geworden. Die Leader im Internet sind jung, progressiv und modern - das Gegenteil vieler Roma-Vertreter in der Realität. Die Multiplikatoren der Zukunft verzichten auf Sessel in Beiräten und nutzen lieber ihre

vielen Follower im Internet, um auf sich aufmerksam zu machen. Gibt es zur Primetime wieder einmal eine 'Bettel[z-Wort]'-Dokumentation im Fernsehen, wird auf Twitter fleißig mitdiskutiert: das Internet als Faktor der gesellschaftlichen Partizipation." (Horvath 2015, S.32)

Besonders wichtig sind auch die Ausbildungen im Bereich Medienkompetenzen, da Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit und Hassrede im Internet - das zeigt auch der Survey, jede vierte befragte Person berichtet von Anfeindungen im Internet - sich multiplizieren, und aufgrund der technologischen Rahmenbedingungen und algorithmischen Strukturierung von Inhalten, teilweise förmlich explodieren können. Neben der Arbeit mit der Dominanzgesellschaft, die sich für die antiziganistischen Übergriffe im Internet verantwortlich zeigen muss, kann mit Formaten wie RomBlog, aber auch durch die Professionalisierung von Rom:nja-Medienarbeit ein wichtiges Gegengewicht zu den diffamierenden Inhalten aufgebaut und dem Hass entgegengesetzt werden. Die Verbreitung dieser von Rom:nja selbst autorisierten Inhalte muss, um genug Sichtbarkeit zu erzeugen, systematisch und auch professionell erfolgen, was die Relevanz von Projekten wie RomBlog, aber auch von Formaten wie Roma Sam (Radio Burgenland) oder volksgruppen@ORF.at unterstreicht.

Ermächtigung von Frauen und Mädchen und "Gender Mainstreaming"

Es dauerte bis zur 17. Rom:nja-Dialogplattform, dass der Punkt "Stärkung von Frauen und Mädchen" offiziell in die Strategie mitaufgenommen wurde. Die damit verbundenen Ziele, die in der Strategie verankert wurden, halten sich sehr allgemein: Neben der Erhöhung von Chancengleichheit und Teilhabe wird die Bildung der Frauen und Mädchen bezüglich ihrer Rechte genannt, der Zugang zu dominanzgesellschaftlichen Institutionen soll sich für Frauen und Mädchen verbessern, und auch eine Sensibilisierung aller Rom:nja für Gleichbehandlungsfragen soll laut Strategie erfolgen. In Wien gibt es nur eine kleine Zahl an Vereinen (Romano Svato, Romano Centro, Vivaro), die explizit (auch) für und mit Frauen und Mädchen arbeiten, außerhalb Wiens bemüht sich einzig das Roma-Pastoral in Oberwart explizit um die Stärkung von Frauen. Die Durchführung eines eigenen Projektes mit diesem Schwerpunkt scheiterte jedoch an mangelnder Finanzierung (vgl. Expert:inneninterview E). Dieses Ressourcen-Problem herrscht, wie bereits an mehreren Stellen beschrieben, generell. Auch Romano Centro und Vivaro, die gezielte Frauen-Ermächtigungs-Arbeit leisten, sind chronisch unterfinanziert (Karoly 2019, S. 13). Generell spielt das Anliegen des Frauen- und Mädchen-Empowerment in vielen Vereinen und Initiativen nur eine untergeordnete Rolle. Dafür sind nicht zuletzt die überall wirkenden patriarchalen Strukturen verantwortlich, was sich etwa auch in der Zusammensetzung der Vereinsvorstände (meist männlich) oder der Repräsentanz in Gremien wie dem Volksgruppenbeirat niederschlägt. Wo es keine Rom:nja-Organisationen gibt, wird dieser Schwerpunkt höchstens über "allgemeine" Maßnahmen

oder die Initiativen dominanzgesellschaftlicher Organisationen berührt, allerdings fehlt Wissen über die spezifischen Bedarfslagen von Romnja in Österreich. Dies gilt auch für dominanzgesellschaftliche Einrichtungen, die explizit feministische und Frauen ermächtigende Arbeit leisten: In ihnen fehlt meist das Bewusstsein für die spezifischen Lagen der Romnja (vgl. Karoly 2019).

**

Die Perspektive der Zielgruppen IX: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Themenkomplex Frauen und Ermächtigung

56% der Befragten haben sich bei der Frage nach dem Geschlecht der Kategorie weiblich zugeordnet. Das soziodemographische Profil der befragten Romnja variiert etwas von jenem der Männer. So gibt es unter den Romnja mehr Personen mit Migrationsgeschichte (und ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft), markant höher ist auch der Anteil der Befragten mit sehr geringen Bildungsressourcen (72 zu 28%) sowie der Personen, die nicht erwerbstätig, aber im Haushalt tätig sind (86 im Verhältnis zu 14%). Dieses Profil erhöht freilich zugleich die (psycho-)soziale Verwundbarkeit der Romnja: In der Fragebogenerhebung äußern Romnja stärkere Deprivationsgefühle und zeigen sich in vielfältigerer Weise durch Alltagssorgen belastet, wobei dies vor allem für die Bereiche Fürsorge/Care und Alltagsbewältigung gilt. Dazu zählen im speziellen das Gefühl der Abhängigkeit von anderen (41 zu 28% bei den Männern), die Belastungen durch Haushaltstätigkeit (41 zu 21%), aber auch Geldsorgen (68 zu 56%), das Fehlen von Freizeitmöglichkeiten (36 zu 28%) oder die Angst vor Gewalt im persönlichen Umfeld (20 zu 11%). Mit diesem Erfahrungshorizont fordern 89% der Romnja die Ermächtigung von Frauen als prioritäres Ziel der Strategie ein.

Die Ergebnisse des Survey rechtfertigen so gesehen die Entscheidung der für die Strategie Verantwortlichen, die Ermächtigung von Romnja zu einem Schwerpunkt zu machen. Um die Resonanz unter den Angehörigen der Zielgruppen zu erheben, widmete der Fragebogen diesem Thema einen Fragenkomplex, wobei gezielt auf Aspekte eingegangen wurde, die auch innerhalb der Community für Kontroversen sorgen. Der Fragenkomplex bestand aus verschiedenen Aussagen zur Notwendigkeit von ausgewählten konkreten Maßnahmen, die dem Ziel der Ermächtigung dienen und die danach zu bewerten waren, wie notwendig dieses Ziel ist (sehr notwendig, weniger notwendig) bzw. ob das Ziel bereits erreicht ist. Insgesamt ist die Unterstützung für eine stärkere Förderung und Einbindung von Romnja stark: Insgesamt teilen 85% der Befragten diese Ansicht (Frauen 89%, Männer 79%).

Die Befragungsergebnisse zeigen durchwegs sehr hohe Zustimmung die Notwendigkeit der genannten Maßnahmen betreffend, für einige sind die Ziele bereits erreicht. So wird die Aussage, dass Frauen in Organisationen/Vereinen häufiger leitende Positionen innehaben sollten, von 76% der Befragten unterstützt (Frauen 81%, Männer 70%). Das zweite Item forderte, die Handlungsmacht der Frauen zu stärken, damit Frauen die ihnen zugeschriebenen Rollen in Haushalt und in der Betreuung abgeben können. Hier stimmen 75% der Befragten zu, dass dieses Ziel zu erreichen sehr notwendig sei (Frauen 80%, Männer 69%). Das dritte Item enthält die Aufforderung, die Rollenbilder und Klischees über Männer und Frauen aufzubrechen. Insgesamt unterstützen 81% der Befragten dieses Ziel, darunter 83% der Frauen und 78% der Männer. Befragte mit höheren Bildungsressourcen stehen diesen Maßnahmen besonders positiv gegenüber.

**

Die Ermächtigung von Romnja tangiert Frauen in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen. Die Lebens- und Bedarfslagen von Romnja in Österreich unterscheiden sich u.a. nach sozioökonomischem und biographischem Hintergrund erheblich. Zugleich teilen sie Erfahrungen, die sich von Benachteiligungen, die Frauen erleben, die keine Romnja sind, unterscheiden. Das liegt vor allem am österreichweit stark verbreiteten Antiziganismus, der eine weitere Diskriminierungsdimension darstellt. Doch Diskriminierung wird von Romnja auch innerhalb der Communities erfahren, und viele der Situationen gehen auch mit einer Marginalisierung einher: Problemlagen, die für Romnja spezifisch sind, weil sie eben keine Männer sind, werden häufig auch innerhalb der Rom:nja-Communities nicht thematisiert oder an den Rand gedrängt, Bedürfnisse und Forderungen aus den Communities, aber auch die Ziele der Strategie, werden, wie Interviewpartner:innen im Rahmen der Evaluierung problematisieren, teilweise an einer männlichen Norm definiert und spezifische Bedürfnisse der weiblichen Betroffenen bleiben unsichtbar. Das Schaffen eines Bewusstseins für die komplexen Lagen der betroffenen Frauen, so unterschiedlich sie auch sein mögen, wird deshalb häufig als ein zentrales Anliegen dargestellt. In der Strategie selbst gibt es bislang keine Versuche, dieser Komplexität ausreichend zu begegnen. Die explizite Frauen- und Mädchenarbeit wird von den wenigen genannten Vereinen ausschließlich im Osten Österreichs unter prekären Bedingungen geleistet, Verstärkungen dieser wichtigen Programme sucht man vergeblich. Auch Buben- und Männerarbeit fehlen als geförderte Maßnahmen, obwohl es sich um bewährte Präventivkonzepte handelt, um die Sicherheit und Gleichbehandlung von Frauen und Mädchen auf lange Frist zu erreichen und zu erhalten.

“Gendermainstreaming” innerhalb der Strategie

Innerhalb der Maßnahmen der Strategie, vor allem in den ESF-Projekten und AMS-Maßnahmen, ist das Interesse von Frauen, sich daran aktiv zu beteiligen, hoch, in vielen Fällen

liegt der Anteil von Frauen an den Teilnehmer:innen sogar über jener der Männer (vgl. BMAFJ 2020). Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass Projekte oftmals nicht die spezifischen Situationen von Frauen berücksichtigen, etwa den Umstand, dass in vielen Fällen Frauen immer noch traditionelle Rollen in Haushalt und Familie übernehmen müssen. Strukturell könnte das beispielsweise - ähnlich wie das Kriterium in den ESF-Calls, dass Rom:nja selbst an den Projekten beteiligt sein müssen - als Bedingung für eine Förderung von Seiten der Fördergeber:innen aufgestellt werden. Die Sensibilisierungsarbeit müsste also bereits an den offiziellen Stellen und Fördergeber:innen ansetzen, damit sich diese Mechanismen mit Lenkungseffekten etablieren können (vgl. Karoly 2019).

“Also wir haben wirklich sehr viele, die maximal einen Hauptschulabschluss haben, sehr viele, die Langzeitarbeitslose sind, sehr viele, die diese Sprache nicht können, sehr viele alleinerziehende Mütter, diese Kindergarten Geschichte, das ist wirklich beim AMS so, wenn man, gerade für alleinerziehende Mütter ist das total schwer, wenn sie keinen fixen Kindergartenplatz haben, können sie sich nicht für Maßnahmen anmelden. Aber andererseits sagt der Kindergarten, wenn sie keine Arbeit haben, kann ihr Kind den Platz nicht bekommen.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 367 - 373)

“Unsere Leben in patriarchalen Strukturen, das heißt, Care Arbeit muss geleistet werden, man muss einmal eine Kontaktperson finden, die diese Frauen noch unterstützt, um das Ganze zu schaffen. Was ist mit der Kinderbetreuung? Also das wurde alles nicht berücksichtigt, ist so hochschwierig, und dann brauchen sie nicht zu wundern, warum die Projekte nicht funktionieren.” (Expert:inneninterview I, Zeilen 433 - 438)

Konsequent gedacht, müsste Gendermainstreaming innerhalb der Strategie auch bedeuten, dass die Berater:innen, Sozialarbeiter:innen u.ä., die in den geförderten Projekten mit Betroffenen arbeiten, für die spezifischen Situationen, in denen sich Romnja befinden (können) sensibilisiert und geschult werden. Es muss ein Bewusstsein für Phänomene wie Sexismus und intersektionale Diskriminierung und Marginalisierung bei den Menschen geschaffen werden, die für die Zielgruppen Ansprechpartner:innen und oftmals Vertrauenspersonen werden. Besonders wichtig ist dabei, dass dieses Bewusstsein flächendeckend geschaffen wird, und nicht nur in Projekten, die explizit mit Frauen und den Problemen der Frauen arbeiten.

“Es fehlt auch, wie soll ich sagen, ein gebildetes und geschultes Personal, wenn ich eine Beratung mache, dann muss diese Person eine Ausbildung haben. Weil in diesen ESF Projekten war das, ok, das finde ich super, Roma müssen anwesend sein und angestellt sein in diesem Projekt, aber man sollte schauen, kann diese Person mit Themen wie Gewalt, wie sexueller Missbrauch umgehen? (...) Und wir haben einfach sehr wenige

Pädagogen in der Roma Community, wir werden langsam mehr, aber derzeit haben wir sehr wenige.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 517 - 524)

Vertrauen erarbeiten

Ein Punkt, der in den Strategiepapieren nicht explizit wird, der jedoch für die Arbeit mit Frauen und Mädchen - wie im übrigen auch für die Arbeit mit anderen vulnerablen und/oder intersektional benachteiligten Teilen der Zielgruppe - von großer Bedeutung ist, ist Vertrauensaufbau. Um eine Person dabei zu unterstützen, sich zu ermächtigen und Bedingungen zu schaffen, in denen sie selbstbestimmt und informiert leben kann, braucht es Vertrauen. Im Falle der Ermächtigung von Romnja-Frauen und -Mädchen spielt der Punkt des Vertrauens eine besonders wichtige Rolle, da Rom:nja aufgrund der rassistischen Vorurteile und rom:njafeindlichen Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung oftmals massive Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen v.a. auch durch Behörden, in Schulen und an anderen öffentlichen Orten gemacht - im Survey berichten je nach Kontext 20 bis 50% der Befragten über entsprechende Vorfälle. Das Aufbauen von Vertrauen ist eine Entwicklung, die sehr schwer in standardisierten Projektlogiken untergebracht werden kann, aber es ist die Vorbedingung für eine nachhaltige Arbeit mit und für marginalisierte und benachteiligte Gruppen, das betonen alle Gesprächspartner:innen, die in diesem Bereich tätig sind und mit Betroffenen arbeiten. Die Anforderungen, die an die Ausführenden der Projekte gestellt werden, sind jedoch ganz andere, meist standardisierte, Kriterien, die den Erfolg eines Projektes messbar machen sollen. Vieles, was eigentlich essentiell für die Arbeit mit vulnerablen Segmenten der Zielgruppen ist, ist jedoch an objektiven Markern kaum festzumachen. Einige der in diesem Bereich tätigen Sozialarbeiter:innen kritisieren ein fehlendes oder ungenügendes Verständnis seitens offizieller Stellen für diese sensiblen Zwischenbereiche in der sozialen Arbeit.

“Es gibt zwei, drei Vereine, das sind die genau immer best practice [für die Roma-Kontaktstelle im BKA]. Und das find ich, ist ein Fehler von ihr [der Roma-Kontaktstelle im BKA], und ich glaube, sie hat nicht viel Praxiserfahrung in dem Bereich. Es ist alles so weit weg von ihr, es ist ein Riesenproblem. Ich verstehe es doch, wenn man das nicht verstehen kann, dann orientiert man sich an den Vereinen, die man besser versteht. Das heißt, die bringen super Zeitungen, super Berichte heraus und damit kann man etwas anfangen, und das verstehe ich schon. Aber das bringt uns und den Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, in dem Moment wenig. Weil wir haben auch nicht die Ressourcen. Sicher könnten wir voll die Ressourcen investieren und diese Öffentlichkeitsarbeit machen usw. Aber was bringt es den Frauen? Entschuldigung, die Frauen haben dafür kein Interesse, wir haben jetzt einen Acker mit den Frauen, das sind Frauen, die von Gewalt betroffen sind, chronische Schmerzen haben durch die

jahrelange Gewalterfahrung, wir haben unterschiedlichste Frauen zusammengebracht. Wir haben sogar eine schwarze Frau dabei, türkische Frauen dabei und, es besteht ja auch innerhalb der Gruppen Rassismus und das wird nicht gesehen und hat keine Relevanz. Aber das ist für uns voll wertvoll, dass sie sich untereinander verbinden. Netzwerke wurden geschaffen und es existierte nicht bis dato. Die haben sich immer nur in den Familien getroffen.” (Expert:inneninterview I, Zeilen 336 - 350)

Wie bereits in anderen Abschnitten gezeigt, sind auch die Arbeitsmarktprojekte, in denen Kurse oder Beratungen angeboten werden, in der Praxis meist eher ganzheitliche Sozialberatungsangebote, die viele andere Probleme mitbearbeiten, ehe die Arbeits- oder Beschäftigungssituationen der Klient:innen verbessert werden können. Auch hierbei bleibt vieles an geleisteter Arbeit der Berater:innen unsichtbar, und es gibt keine adäquaten Schulungen und Vorbereitungen auf die vielen herausfordernden Themen, mit denen die Mitarbeiter:innen in den Projekten konfrontiert werden. Auch die Kompetenz, eine Vertrauensbasis mit den Klient:innen aufzubauen, kann nicht als selbstverständlich vorhanden angenommen werden. Die ohnehin schon spezifischen und komplexen Lebenslagen als Rom:nja sind im Falle vieler Frauen und Mädchen zusätzlich geprägt durch patriarchale Unterdrückungsverhältnisse, die erkannt und sehr behutsam bearbeitet werden müssen. Eine Strategie, die den Punkt Gendermainstreaming und Ermächtigung ernst nimmt, muss sich dessen bewusst sein und diese Problematiken in allen Strategiebereichen mitdenken.

“Und wenn man auch sieht diesen Druck von der Familie, diesen Druck, der ausgeübt wird, dass sie trotzdem zu dem Täter zurück geht, weil kein Vater kann besserer Vater sein als der Vater des Kindes. Also wenn diese, wenn diese Vorstellungen da sind, da muss man was anderes machen, da muss man diese Frauen so empowern, ja, da muss man diese Frauen so bestärken, sie so unabhängig machen, dass sie ihr Leben selbst bestimmen können. Viele Roma Frauen können das nicht, viele kommen hier her und haben so viele Probleme, über die sie berichten, dass diese Gewalt, die jeden Tag stattfindet, nicht mehr so relevant ist. Weil da ist relevanter, dass der Strom bezahlt wird, dass die Kinder- und Jugendhilfe die Kinder nicht wegnehmen, ich hab die Erfahrung, dass manchmal Roma Kinder öfter aus Familie herausgenommen werden als andere Kinder. Und das sind halt die Dinge, die man bei Roma Frauen vor allem beobachten muss.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 622 - 631)

Auf Erzählungen wie die obige ist das Projekt häufig gestoßen. Die komplexen Problemlagen können nur erkannt werden, wenn genügend Vertrauen zwischen Klient:in und Berater:in aufgebaut wurde, erst dann wird auch von intimen Bereichen des Lebens erzählt. Dieses Erzählen in einem Vertrauensraum kann an sich schon eine ermächtigende Wirkung haben,

das Einweihen von Außenstehenden, denen man vertraut, ist eine notwendige Vorbedingung für grundlegende Veränderungen der eigenen Situation, insbesondere, wenn die Unterdrückung und der Missbrauch so alltäglich und tief in den Lebensstrukturen der Personen verankert sind, dass sie für die Betroffenen selbst nicht mehr als Gewalt und Grenzüberschreitungen wahrgenommen werden können. Diese wichtigen und nachhaltigen Erfolge können nur durch lange und auch intensive Auseinandersetzung und ein Setting erzielt werden, in dem die Personen sich gegenseitig kennenlernen können und eine Beziehung aufbauen. Ob das die Arbeit am gemeinsam gepachteten Acker oder eine Mädchenwoche ist - Tatsache ist, dass die Interventionen nicht ohne einen hohen Grad an Offenheit und Flexibilität gelingen können, da die Themen, die zu bearbeiten sind, sich nach und nach, ohne geplant werden zu können, herauskristallisieren. Die Offenheit und auch Geduld, die notwendig sind, setzen auch physische Orte, bedingungslose Räume, wie wir sie in einem vorhergehenden Abschnitt genannt haben, voraus.

“Und das sind halt, das glaub ich, also für mich persönlich als Sozialarbeiterin, die auch Frauenberatung und Mädchenberatung macht, ist es sehr wichtig, dass in dieser Strategie viel mehr auf Frauen geachtet wird und auf dieses Gender-Mainstreaming. Also schauen Sie, ich habe 14 Stunden zur Verfügung für Frauenberatung, also das ist schon, ich mein, das wird von Bundeskanzleramt Frauenangelegenheiten finanziert, die Roma Projekte, die Mädchen Projekte, wir haben zuerst Roma-Mädchenwoche gemacht. So ein Projekt, wo wir mit Mädchen aus den Schulen, wo Roma Schulmediatorinnen arbeiten, 4 bis 5 Tage außerhalb von Wien fahren, und das können wir nur, weil diese Eltern den Roma Schulmediatorinnen vertrauen, viele diese Mädchen gehen nicht mit auf Schulwochen oder so was, das machen sie nicht, weil die Eltern Angst haben, die Tochter kann dort eventuell die Jungfräulichkeit verlieren. Und dieses Vertrauen, und wir gehen dann mit den Mädchen und besprechen die Themen wie Frauenrechte, das haben zum Beispiel die Mädchen erstellt [zeigt auf Plakat, das von Mädchen selbst angefertigt wurde z. Thema Frauenrechte]. Identität, wer sind Roma, wenn wir auch über Leben sprechen, welche Lebensformen sie kennen, was ist die Familie für sie. Familie ist für viele Mädchen ganz oft Mama, Papa und zwei Kinder. Was ist eine Familie? Das sind die Themen, die wir diskutieren. Sexualität - viele Mädchen sind wirklich froh, dass sie über diese Themen reden können, weil sie sich nicht trauen, zu Hause, aber auch nicht in der Schule, weil sie sich denken, ok die werden jetzt denken, wir sind dumm oder ich weiß es nicht, wenn wir diese Fragen stellen. Und zuhause spricht man nicht darüber, aber sie werden mit 14 oder 15 vielleicht heiraten, weil viele Roma Frauen oder Mädchen werden dafür vorbereitet und das ist die einzige Rolle, die die Familie sieht. Du musst gut Hausfrau sein, gut putzen, gut kochen können, Kinder gebären und für deinen Mann gut sein. Und viele Frauen erleben diese Gewalt nicht nur von Männern oder von Partnern, sondern auch von anderen Familienmitgliedern, und oft gibt es diese, wie soll ich sagen, diese Opfer-

Täter-, weil die, wenn eine junge Frau heiratet in einer Familie wird sie, ich sage nur mal das sind Beispiele, es werden nicht alle Roma Frauen geschlagen, aber das sind die Beispiele, die ich hier kenne. Sie wird von der Schwiegermutter geschlagen, sie wird vom Ehemann geschlagen, sie ist für alles zuständig und erst wenn sie Schwiegermutter wird, bekommt sie eine Anerkennung, und dann wird sie auch zur Täterin und das ist etwas, was wir für ein Problem halten. Und ich habe das Glück, dass ich als Romni anders mit Roma reden kann, ja, weil mir nehmen sie das nicht so übel, als wenn eine Schulsozialarbeiterin oder wer auch immer redet.” (Expert:inneninterview F, Zeilen 640 - 667)

Aufbrechen patriarchaler Strukturen

Das Aufbrechen patriarchaler Strukturen sollte natürlich grundsätzlich Teil jeder politischen Strategie sein, die die Verbesserung von Lebensumständen gewisser oder aller Personen zum Ziel hat. Durch die spezifischen Situationen, in denen Rom:nja sich befinden, oftmals aufgrund von multiplen Diskriminierungserfahrungen, teilweise aufgrund ihrer Migrationsgeschichte(n) oder aufgrund der Tatsache, dass sie eine Staatsbürger:innenschaft haben, die ihnen das Leben in Österreich erschwert, um nur einige Beispiele zu nennen, gibt es natürlich auch viele unterschiedliche Weisen des Betroffenseins von patriarchalen Strukturen innerhalb der Zielgruppen der hier behandelten Strategie. Auch verschiedene kulturelle und sozialisatorische Prägungen spielen teilweise eine große Rolle. Wichtig ist auch, klar zu benennen, dass die Gruppe der als weiblich gelesenen Personen nicht die einzige Gruppe ist, die unter diesen Herrschaftsstrukturen leidet. Auch Personen, die sich außerhalb der binär aufgespannten Geschlechteridentitäten verorten oder auf nicht-heteronormative Weise leben und lieben, sind vielfach von Diskriminierung betroffen. Diese sind in der Strategie und im Diskurs um die Strategie und die Verbesserung der Lebensumstände der Rom:nja weitgehend unsichtbar. In den offenen Antworten unserer Fragebogenerhebung wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass es keine einzige Strategiemassnahme für LGBTIQ+-Personen innerhalb der Zielgruppen gibt. Auch unter den Befragten gab es zwei Personen, die sich einer binären Zuordnung entzogen haben und weder männlich noch weiblich sind. Außerhalb der Strategie gewinnen queere Rom:nja langsam an Sichtbarkeit, beispielsweise gab es im April 2022 eine Diskussionsveranstaltung (“Performing resilience” zu queeren Rom:nja Identitäten), ausgehend von dem 2022 neu erschienenen Buch “Queer Roma” von Lucie Fremlova (volkskundemuseum.at). Aus den Expert:inneninterviews wurde gleichzeitig ersichtlich, dass es auch innerhalb der Communities teilweise noch stark diskriminierende Verhaltensweisen und dominierende heteronormative Vorstellungen gibt, die den Leidensdruck auf - ohnehin schon intersektional benachteiligte - nicht heteronormativ lebende Rom:nja, erhöhen. Aus der Perspektive der Evaluierung ist es unabdingbar, dass die Strategie auch queeren Rom:nja Unterstützung und Möglichkeiten/Raum

der Selbstermächtigung und Sichtbarkeitserhöhung gibt, und zwar unter den von den Adressat:innen festgelegten Bedingungen und unter deren maßgeblicher Mitbestimmung und -wirkung.

Als eine bewährte Maßnahme für ein erfolgreiches Bekämpfen patriarchaler Machtstrukturen auf den gesellschaftlichen Mikroebenen, wurde von den interviewten Expert:innen immer wieder die Buben- und Männerarbeit angeführt. Maßnahmen und Ressourcen in diesem Bereich stellt die Strategie bislang nicht zur Verfügung.

“Und ich versuch das auch nicht nur mit meinen Mädchen und Frauen, die ich hier berate, zu diskutieren, sondern auch mit Männern zu diskutieren, weil was habe ich davon, wenn ich Frauen sage, dass Gewalt nicht ok ist, wenn sie von den Männern ausgeübt wird?” (Expert:inneninterview F, Zeilen 514 - 517)

Auch fehlen männliche Vorbilder in vielen Communities, was von vielen Expert:innen problematisiert wird. Vorbilder, deren Verhalten von gängigen “maskulinen” und mit Machtausübung über nicht-“maskuline” Personen einhergehenden Positionen und Ausdrucksformen abweichen, haben das Potential, bei Buben und Männern ein Hinterfragen der eigenen Positionen und Verhaltensmuster gegenüber den Personen in ihrem Umfeld zu bewirken. Auch hier ist Vertrauensarbeit mit der Zielgruppe notwendig und wichtig, da eine nachhaltige Veränderung im Sinne eines Verstehens und Entlernens toxischer, sowie Erlernens alternativer Verhaltensmuster und Vorstellungen auch bei den Männern sensible und intime Themen berühren. Diese Themen gehen oft ebenfalls mit einem Leiden am Wirken patriarchaler Strukturen einher. Anforderungen, einem männlichen Ideal zu entsprechen, so unterschiedlich die Ideale je nach Gesellschaftsbereich auch sein mögen, üben enormen Druck auf die Betroffenen aus, ein Ausbrechen aus diesen normativen Vorstellungen in einem vertraulichen und angenehmen Setting kann auch für die Männer befreiend und ermächtigend wirken. Auch hier könnten offene und flexible Bedingungen und Settings helfen, um nachhaltig Strukturen aufzubauen. Ideen und Initiativen gab es immer wieder, jedoch sind auch hier die limitierten Ressourcen ein Problem.

“Ja, das [ein Projekt für Buben und Männer, Anm.] wollen wir auch machen, aber da fehlen die Vorbilder. Wir haben auch ein Konzept geschrieben, wir wollten das mal, und da waren meine Kollegen (...) bei [Magistrat] und sogar da wurde das Projekt nicht gefördert. (...) Ich möchte das, wir möchten das, aber ich weiß es nicht, es wird wahrscheinlich schwierig sein, dass wir so eine gemeinsame Reise machen, aber dass wir hier im Verein so eine criss-cross Arbeit machen mit den Jugendlichen. Das ist mein Wunsch, und aus dem Grund will auch, dass Roma Burschen oder Roma junge Männer diese Ausbildung als Jugendarbeiter machen, weil mir fehlen diese Vorbilder, ich, also, Sozialarbeiterinnen, die Roma Schulmediatorinnen, wir können natürlich mit Mädchen

arbeiten, aber mir fehlen die Vorbilder in der männlichen Roma Community (...) Weil auch die älteren Roma Männer die irgendwie, wie soll ich sagen, (...) auch das ist sehr viel Patriachat.“ (Expert:inneninterview F, Zeilen 697 -709)

Kleine Erfolge in dem Bereich gibt es, doch die strukturellen Voraussetzungen für wirklich große Veränderungen fehlen, wozu es bei allen Akteur:innen im Feld ein Bewusstsein für die problematischen Auswirkungen patriarchaler Strukturen auf alle Beteiligten bedarf.

“Wir haben auch noch einen jungen Mann hier, das ist mir auch sehr wichtig zu erwähnen, wir haben im Rahmen dieser Projekte diese Jugendarbeiter Ausbildung gemacht, Jugend Empowerment, und dieser junge Mann, der bei uns Praktikum gemacht hat, also der kam nach dieser Zeit, und hatte auch sehr viel vor, also hat ein Praktikum als Buchhalter gemacht, und hatte auch so seine bestimmten Vorurteile gegenüber Homosexuellen, über Roma Frauen, über wie sich eine Frau zu benehmen hat und jetzt hat er selber diese Ausbildung gemacht. Ich habe ihn dazu gebracht, dass er es macht, und sie werden nicht glauben, wie viel sich dieser junge Mann verändert hat, und das sind meine Freuden.“ (Expert:inneninterview F, Zeilen 675 - 682)

Verhältnis Politik - Zielgruppen

In den Gesprächen im Zuge der Evaluierung wurde immer wieder auf eine Grundproblematik im Verhältnis von Politik und Verwaltung auf der einen und den Zielgruppen auf der anderen Seite hingewiesen, die dem Ziel der Strategie, zur Ermächtigung der Zielgruppen beizutragen, im Weg stehen kann. Es geht um das strukturelle Gefälle zwischen staatlichen Institutionen und Organen, die sich Inklusion und Stärkung der Handlungsfähigkeit auf die Fahnen schreiben, und den davon adressierten Gruppen, die sich in einer bestimmten Weise positionieren müssen, um von den Maßnahmen zu profitieren. Auf den ersten Blick ist dieses Abhängigkeitsverhältnis einseitig, die Anerkennung als förderungswürdige Initiative durch das BKA und andere für die Vergabe von Förderungen direkt oder indirekt verantwortlicher Stellen (Ministerien, Magistrate etc.) scheint eine Vorbedingung für die Möglichkeit der Umsetzung von Initiativen, Projekten und anderen Plänen. Von vielen Interviewpartner:innen wurde die bittsteller:innenhafte Position, die eingenommen werden muss, um sich keine Förderungen zu verspielen, problematisiert.

Der Verlust der Anerkennung der politischen und offiziellen Akteur:innen ist eine existenzielle Bedrohung, die es in der Praxis zunächst unmöglich scheinen lässt, sich als die finanziell abhängigen Akteur:innen querzustellen und Druck aufzubauen, obwohl die strukturellen und systemischen Missstände von eigentlich allen von diesem Gefälle negativ betroffenen Akteur:innen benannt und erkannt werden. Die Kooperation mit den offiziellen Stellen, die

das Geld haben, scheint die zentrale Voraussetzung zu sein, um sich der Förderungen - auch wenn sie teilweise sehr gering sind - sicher sein zu können.

Das Gefühl der einseitigen Abhängigkeit - so verständlich und nachvollziehbar es ist - zwingt die Betroffenen in eine Haltung, die immer schon die Anerkennung sucht, was widerständigere Verhaltensweisen und Praktiken verhindert. Denkt man aber weiter über das Verhältnis zwischen den offiziell für die Strategie verantwortlichen Stellen und den Rom:nja in Österreich nach, so wird deutlich, dass es auch ein Abhängigkeitsverhältnis gibt, das genau in die entgegengesetzte Richtung wirkt. Die für die Strategie Verantwortlichen haben gegenüber der EU Berichtspflichten und verpflichten sich zum Erarbeiten der Strategie und ihrer Ziele. Sie sind, weil die Strategie, neben ihrem starken Fokus auf allgemeine Maßnahmen, vor allem die Arbeit der Vereine und anderer NGOs als ihre Maßnahmen benennt, darauf angewiesen, dass genau in diesem Bereich auch etwas geschieht. Ohne die Vereine und die Personen, die sich engagieren, bleibt von der Strategie wenig nennenswertes übrig. Genau dieser Umstand birgt ein Potential, das eventuell genutzt werden könnte, und die Bewusstwerdung dieses zweiten Abhängigkeitsverhältnisses könnte eine andere Haltung bewirken, mit der die Akteur:innen, die von den Förderungen abhängig sind, um diese ansuchen.

Eine Aktivistin fasst eine mögliche alternative Haltung, die eingenommen werden könnte, folgendermaßen zusammen:

“Vielleicht ist der Unterschied der: ich erwarte mir ja gar keine Anerkennung. Das erwarte ich mir gar nicht; ich will das Geld, verstehst du? Und das ist eine andere Vorgangsweise, wenn ich mit jemandem verhandle, weil so dieser Hauch von Kränkung, wir sind ja nur ein Frauenverein und deswegen wird man so schlecht behandelt, das ist mir egal. Ich erwarte mir ja von so einer, vom [Behörde] von dieser Förderabteilung, keine Anerkennung für meine Arbeit. Ich will so handeln, dass ich das maximale Geld kriege.” (Expert:inneninterview Q, Zeilen 371 - 376)

Die bedingungslose Bereitschaft zur Kooperation mit den potentiellen Fördergebern, auch wenn diese den Ansuchenden kein kooperatives Verhalten entgegenbringen, reproduziert somit ein Gefälle, das eigentlich aufgebrochen werden müsste, und zementiert das Narrativ der abhängigen Vereine, die sich keinen Widerstand gegen die Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wird, leisten können, ein. Dabei spielen gängige Praktiken des Kommunizierens und miteinander in Beziehung Treten eine große Rolle. Für das Aufbrechen von Machtverhältnissen könnten daher das Verwerfen von üblichen Abläufen und Praktiken und das Ausweichen auf alternative Herangehensweisen wirkungsvolle Strategien darstellen. Mit diesen Strategien ginge auch die Notwendigkeit neuer Allianzen mit solidarischen Personen und Gruppen aus der Zivilgesellschaft sowie eine bessere Vernetzung der Rom:nja-

Organisationen untereinander einher, was viele weitere positive Nebeneffekte mit sich bringen könnte. Die Auswirkungen einer solchen Befreiung sind natürlich vielschichtig und nicht durchwegs positiv. Neben der größeren finanziellen Unsicherheit, die mit einem solchen Haltungswechsel einhergehen würde, wären aber dennoch besonders zentrale Effekte eine neugewonnene Autonomie, längere Hebel und damit verbunden die Möglichkeit zur Widerständigkeit.

“Wir haben heuer einmal eine Diskussion gehabt, wo eine Mail geschrieben wurde vom Verein, in einer Konfliktsituation, wo sie uns kein Geld geben wollten für die Miete, und dann ist der Satz darunter gestanden unter dem Mail, wo es eigentlich um eine Forderung gegangen ist: ‚wir danken für die Zusammenarbeit‘. Und da bin ich für meine Verhältnisse ausgezuckt, ja. Weil ich mir gesagt habe, verlasst doch diese Rituale! Das ist überhaupt keine Zusammenarbeit, da muss einmal klar stehen eine Forderung und eine Unterschrift, und die Bürokratie reagiert ja auf diese Signale, weil so wahrnehmend sind Bürokraten immer, dass sie sehen, aha sie nähern sich an den roten Bereich und entweder sie tun oder sie tun nicht. Und das Herz muss man mal haben, zu sagen, okay kriegen wir nichts, na dann machen wir was anderes. Und wir haben ein ganzes Jahr lang gearbeitet ohne Förderung und hatten Referentinnen, die kostenlos gekommen sind. Das rufe ich immer wieder in Erinnerung. Also es gibt schon von dieser weißen Mehrheitsgesellschaft zum Beispiel durchaus Solidarität in Wien. Da stell ich mich zwei Stunden lang hin an einem Freitag, rede mit den Frauen, finde das spannend. Wir haben eine Therapeutin, die auch Lehrerin ist, die hat dann mehrmals teilgenommen und hat gesagt für mich ist das ganz eine wichtige Erfahrung, ich bin da gern, und sie hat nie ein Geld verlangt.” (Expert:inneninterview Q, Zeilen 378 - 392)

Auch die Politik steht unter Druck und muss regelmäßig Berichte liefern. Dazu ist die Verwaltung maßgeblich auf die Kooperationsbereitschaft der von ihr sogenannten “Zivilgesellschaft” angewiesen. Ohne dieser gibt es keine Strategie. Ermächtigung würde auch bedeuten, das Verhältnis zwischen Politik und Zivilgesellschaft als eine Beziehung mit wechselseitigen Abhängigkeiten zu verstehen, und nicht als ein Machtgefälle, dem die eine Seite ausgeliefert ist, ohne dass sich für sie Spielräume für das Aufbauen von Druck oder für widerständiges, fordernderes Verhalten ergeben.

Ermächtigung älterer Rom:nja

Immer wieder wurde im Zuge der Forschung von Expert:innen darauf hingewiesen, wie wichtig es wäre, dass die Strategie auch die spezifischen Lebenslagen älterer Rom:nja berücksichtigt und als eigenen Ermächtigungsschwerpunkt verankert. Tatsächlich sind ältere Rom:nja in der Strategie und im Diskurs, der sie umgibt, weitgehend unsichtbar. Während auf

Kinder und Jugendliche immer wieder ein Fokus gerichtet wird, gibt es wenig Wissen um die Bedürfnisse älterer Personen aus den Zielgruppen und dementsprechend auch keine Maßnahmen. Außerdem wurde die Tatsache, dass ältere Personen häufiger keinen Zugang zu online-Angeboten haben und oftmals eine größere Distanz zu digitalen Formaten überwinden müssen, durch die Pandemie wohl zusätzlich verschärft. Auch in diesem Bereich wären Anlaufstellen wichtig, in denen Personen eine umfassende Sozialberatung erhalten. Gerade zugewanderte Rom:nja sehen sich oft in komplexen bürokratischen Situationen, die undurchsichtig sind und in denen Fragen zu Pensionsrecht, Sozialleistungen u.ä. eine große Rolle spielen (vgl. Expert:inneninterview G). Der Fokus auch auf ältere Personen, die vielleicht betreuungsbedürftig sind, ist auch im Sinne ihrer jüngeren Angehörigen, die sie pflegen und dadurch oftmals Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, relevant. Das Wissen um und den niederschweligen Zugang zu Betreuungseinrichtungen etc. zu gewährleisten, ist ein wichtiges Ziel, das in der Weiterführung der Strategie aufgenommen werden sollte.

**

Die Perspektive der Zielgruppen X: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Thema ältere Rom:nja

Unter den insgesamt 395 befragten Rom:nja sind 15% (oder 60 Personen) älter als 60 Jahre alt. 60% der Befragten waren zum Zeitpunkt der Erhebung zwischen 31 und 60, 25% zwischen 16 und 30 Jahre alt. Auch weil der Schwerpunkt der im Kontext der Strategie umgesetzten Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt liegt und damit eher jüngere Menschen und Personen im Erwerbsalter adressiert, blieben ältere Rom:nja bislang eher im Schatten der Aufmerksamkeit. Bereits in der ersten Phase der Evaluierung, die den Fokus auf die Perspektive von Expert:innen und Stakeholder:innen legte, kam die Situation der Älteren immer wieder zur Sprache. Der Survey unterstreicht schließlich mit Nachdruck, wie notwendig es ist, dieser Gruppe und den mit dem Älterwerden verbundenen Themen vermehrt Interesse und Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

Bereits das soziodemographische Profil der im Survey befragten über 60-jährigen Rom:nja weist auf spezifische Lebenssituationen und Bedarfslagen: Die älteren Befragten leben überdurchschnittlich häufig alleine, viele sind in Österreich gebürtig und Angehörige der autochthonen Volksgruppe und verfügen über unterdurchschnittliche Bildungsressourcen. Die meisten sind nicht mehr erwerbstätig, viele nehmen aber aktiv am Leben der Community teil und zeichnen sich generell durch eine starke Anbindung an die Volksgruppe aus, was sich auch in Kenntnis und Anwendung der Eigensprache, dem

Besuch von Veranstaltungen von Vereinen oder im Bedürfnis, die Inhalte der Volksgruppe an die nachfolgende(n) Generation(en) weiterzugeben, niederschlägt. Ältere Rom:nja identifizieren sich stark mit der Volksgruppe, stark ausgeprägt ist die Vorstellung, Teil einer Schicksalsgemeinschaft zu sein (dem Statement *Egal was man tut, man ist und bleibt Rom:ni*“ stimmen 85% zu). Benachteiligungen und Zurückweisung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit werden vielfach berichtet, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit Gesundheitseinrichtungen.

Der Bereich Gesundheit dominiert die Erwartungen an die Strategie. Neben dem Thema Gesundheit, das viele der Befragten auch im Alltag stark belastet, blicken viele mit Sorge auf ihre materielle Situation, vielen fehlt das Geld für die Reparatur oder Neuanschaffung von Haushaltsgeräten, auch die Zukunftserwartungen sind diesbezüglich bei vielen negativ. Besonders besorgt zeigen sich viele Ältere auch in Bezug auf Wohlergehen der Kinder.

Die Ergebnisse zeichnen ein mehrschichtiges Bild: Zum einen sind Ältere Ressource von Wissen und Identität und sehen sich selbst als Akteur:in von Weitergabe in Prozessen generationsübergreifender Sozialisation. Zum anderen sind viele der Älteren von materieller Armut und besonderen gesundheitlichen Risiken, aber auch von Zurückweisungen in den für sie wichtigen Institutionen, etwa des Gesundheitswesens, betroffen. Ältere als Zielgruppe der Strategie zu integrieren, müsste bedeuten, beide Aspekte zu integrieren.

**

Ermächtigung der Jenischen

“Das jenische Volk: Erzwungene Armut, abwertende Fremdbezeichnungen, mit einer eigenen Sprache und Kultur, verfolgt und misshandelt, Kindeswegnahmen, Unterbringung in Erziehungsheimen, Pathologisierung, Resozialisierung, an den Rand der Gesellschaft gedrängt, bis heute in Österreich als Volksgruppe nicht anerkannt.”
(Grosinger-Spiss 2015, S. 267)

“Bei allen Maßnahmen der europäischen Strategie zur sozialen Inklusion der Roma und Romnja sollte es sowohl um Roma als auch um Jenische gehen!”, schreibt Beate Eder-Jordan in ihrer Einschätzung der Strategie, um die wir sie als Expert:in gebeten haben (schriftlicher Expert:innenfragebogen E34). Die Verlautbarung im Regierungsprogramm der ÖVP-Grüne-Koalition, die eine Prüfung der Forderung der Jenischen, als Volksgruppe in Österreich anerkannt zu werden, in Aussicht stellt (BKA 2020b, S. 13), ist ein Grund für Hoffnung für die Jenischen nach einem jahrzehntelangen Kampf für mehr Sichtbarkeit und einen Platz in der Gesellschaft.

Was die Jenischen zu Adressat:innen der Strategie macht, ist vor allem die Betroffenheit von antiziganistischen Vorurteilen und Diskriminierungen, nicht nur heute, sondern auch historisch. Auch sie sind mit dem Z-Wort (unter anderen) beschimpft und während der Faschismen verfolgt worden, ebenso sind sie Zuschreibungen von Merkmalen und Stereotypisierungen als “Andere” ausgeliefert. Dazu kommt bei der Abwertung von Jenischen und dem für sie als typisch imaginierten Lebensstil des “Nomadischen” ein klassistisches Moment: auch wenn es mehrere Theorien zu ihrem Ursprung gibt, so kann davon ausgegangen werden, dass Jenische über kein bzw. verhältnismäßig sehr wenig Eigentum verfügten, und ihre ökonomischen und materiellen Lebenslagen sie zu einem mobilen Lebensstil, beispielsweise als fahrende Händler:innen oder Saisonarbeiter:innen, drängten (Grosinger-Spiss 2015). Ihre diskriminierende und stereotype Einordnung als Besitzlose und Arme hält sich, wie bei den Rom:nja, hartnäckig und verbindet sich mit der in der Dominanzgesellschaft verbreiteten Abwertung von Armen und Angehörigen ausgebeuteter Klassen.

Viele Jenische leben im Westen Österreichs, wo auch die wenigen Initiativen zur Unterstützung der Jenischen verortet sind, wie die Jenischen Kulturtage der Initiative Minderheiten Tirol, oder die schon erwähnte Gründung des Vereines Jenische in Österreich 2021, dessen Ziel die Volksgruppenanerkennung für die österreichischen Jenischen ist. Mit der Strategie haben diese Initiativen keine Berührungspunkte, und sie werden als Adressierte der Strategie bislang nicht explizit genannt. Die oben ausgeführten Gründe sprechen jedoch dafür, die Jenischen und ihren Anliegen und Initiativen durch die Strategie zu unterstützen und ihnen so zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen.

**

Die Perspektive der Zielgruppen XI: Die Jenischen

Im Rahmen des Sensiro-Surveys gaben insgesamt 7 Personen an, den Jenischen zugehörig zu sein. Es sind vier Frauen und drei Männer, fünf zählen zur mittleren Altersgruppe der 31- bis 60-Jährigen, je eine Person zählt zur jüngeren und zur älteren Alterskategorie. Mit Ausnahme einer Person sind die befragten Jenischen in Österreich geboren und auch von ihrem Familienhintergrund österreichischer Herkunft. Ihren Lebensmittelpunkt haben die Befragten in den Bundesländern Kärnten, Niederösterreich, Tirol, Salzburg und Wien. Drei der Befragten verfügen höchstens über Volksschulabschluss, eine Person über ein Hochschuldiplom. Fünf Befragte sind erwerbstätig, zwei bereits in Pension. Die Daten unterstreichen, dass der Erwerbsstatus dazu beiträgt, das Deprivationsrisiko zu reduzieren und sich integriert zu fühlen; mit dem altersbedingten Ausscheiden verschlechtert sich die materielle Lebenssituation.

Aufgrund der kleinen Zahl sind Rückschlüsse auf die Gruppe der Jenischen naturgemäß nicht möglich. Von den sieben Jenischen, die am Survey teilnahmen, berichtet jedenfalls nur eine Person, von der Strategie gehört zu haben, an einer Aktivität im Rahmen der Strategie hat kein einziger der Befragten teilgenommen. Dass fünf Personen eine Strategie für notwendig halten, spiegelt sich in einer skeptischen Bewertung der Situation der Rom:nja in Österreich wider: Kein einziger Befragter schätzt die Situation der Rom:nja als gleichberechtigt ein, im Unterschied zur eigenen Situation, die etwas besser bewertet wird. Auch für die befragten Jenischen zählt Diskriminierung zu einer alltäglichen Erfahrung, wobei ethnische Zugehörigkeit und Hautfarbe als stärkste Gründe für Benachteiligung wahrgenommen werden, während auch hier Behörden, Bildungseinrichtungen oder der berufliche Kontext als Orte benannt sind, in denen Diskriminierung erfahren wird. Keiner der Befragten hat einen Fall zur Anzeige gebracht, sie es aufgrund von fehlendem Vertrauen in Behörden oder aus Angst, nicht ernst genommen zu werden o.ä. Im Zusammenhang mit dem Thema Identität und Gruppenzugehörigkeit betonen die befragten Jenischen die Wichtigkeit, Sprache und Kultur künftigen Generationen zu überliefern.

**

Ermächtigung der Rom:nja-Jugend

Die österreichische Roma Strategie wurde, wie bereits erwähnt, im Jahr 2017 unter Einbindung der Zivilgesellschaft um weitere Schwerpunkte des EU Rahmens 2030 erweitert, darunter auch der Bereich “Empowerment von Rom:nja Jugendlichen”. Das Bundeskanzleramt (NRCP) begründet den Strategiepunkt “Ermächtigung der Rom:nja Jugend” als eine wichtige Ergänzung vor allem hinsichtlich der Stärkung und Weiterentwicklung einer „Roma-Zivilgesellschaft“ (BKA 2017, S.19).

Als zu erreichenden Ziele werden die stärkere Inanspruchnahme von außerschulischen Angeboten der Bildungs- bzw. Kinder- und Jugendarbeit, Wissenstransfer und Sensibilisierung sowohl in Bezug auf die Geschichte, Sprache und Kultur der Rom:nja als auch die eigenen Rechte hinsichtlich Antiziganismus und Hate Speech, die aktive Teilnahme an Jugend-Partizipationsprozessen sowie eine Vernetzung mit Akteur:innen im Bereich Jugendarbeit sowie mit bestehenden nicht-formalen und informellen Lernangeboten (zB „Erasmus+: Jugend in Aktion, Teilnahme an Jugendbegegnungen) formuliert. Für die Zielerreichung sind Investitionen in die Ausbildung von jugendlichen Rom:nja zu JugendleiterInnen, die Ermutigung junger Rom:nja, als Rolemodels in außerschulischen Bildungs- und Jugendaktivitäten zu wirken, sowie durch die Einbindung in allgemeine Maßnahmen, um ihre Perspektive sichtbar zu machen.

Zur Landschaft der Rom:nja Organisationen ist mit der am 8. April 2021 zum internationalen Tag der Rom:nja erfolgten Gründung der Hochschüler:innenschaft Österreichischer Rom:nja (HÖR) ein erster Rom:nja Jugendverein hinzugetreten.

*„Die HÖR ist eine politische und soziale Interessensvertretung für Rom*nja-Hochschüler*innen. Die HÖR will organisieren, bilden, fördern und unterstützen. Wir wollen eine Perspektive der Rom*nja und Sinti*zze in die österreichische Öffentlichkeit bringen und aktiv gegen Antiziganismus auftreten.“ (hoer-info.at)*

Viele der Mitglieder von HÖR haben erste Erfahrungen bereits in bestehenden Rom:nja Vereinen in Wien selbst als jugendliche Rom:nja gesammelt. Die Gründung der HÖR wird als ein wichtiger ermächtigender Schritt betrachtet, da mit ihm ein neues Verständnis von Aktivismus und Minderheitenpolitik Platz greift. Die Gründung der HÖR fügt sich in die Zielformulierung der Strategie (Ergebnis von Vernetzungsleistungen, Selbstermächtigung), wobei diese den Prozess der Formierung und Gründung durch das Schaffen eines Rahmens für die relevanten Themen (Dialogplattformen und Workshops) und das Vernetzen mit öffentlichen Institutionen unterstützt hat. Die HÖR kann als Teil einer jungen selbstbewussten Aktivist:innenszene betrachtet werden, die sich seit einigen Jahren europaweit vernetzt, aktiv für eine Dekonstruktion von Stereotypen und eine stärkere Selbstrepräsentation eintritt. In

diesem Zusammenhang zu erwähnen sind auch das „Opre Heroes Collective“, ein Projekt unabhängiger österreichischer Rom:nja-Aktivist:innen, oder das internationale Netzwerk „Roma Youth Voices“, an dem auch Romano Centro mitwirkt.

Andere Initiativen, wie beispielsweise das Projekt „Roma Jugend“, das 2013 in der Steiermark stattfand und durch welches junge Rom:nja die Pflegehilfeausbildung abschließen konnten, oder die Ausbildung von Rom:nja Jugendlichen zu Jugendleiter:innen (2018), zeigen, dass Maßnahmen im Bereich der Ermächtigung häufig auf die Stärkung von beruflichen und arbeitsmarktbezogenen Kompetenzen und den Erwerben von Bildungstiteln (zumindest Pflichtschulabschluss) hinauslaufen. Diese Tendenz im Verständnis von Ermächtigung ist angesichts der erwerbszentrierten Logik des österreichischen Wohlfahrtsstaates plausibel, gleichzeitig müsste das Verständnis von Ermächtigung über die Logik der Bildung und Verwertung von Humankapital hinausgehen. Die Jugendarbeit, die von Rom:nja Organisationen wie beispielsweise dem Verein Roma Service in Oberwart teilweise seit Jahrzehnten erfolgreich geleistet wird, schafft es oftmals, diese beiden Verständnisse miteinander in Einklang zu bringen.

Offene Jugendarbeit, wie sie etwa vom Roma Pastoral in den 1990er Jahren angeboten wurde, öffnet Möglichkeiten für nicht vorstrukturierte Sozialisationsprozesse sowie für Begegnungen sowohl unter Rom:nja-Jugendlichen als auch außerhalb des eigenen Kreises und lässt sich gut mit der Forderung nach bedingungslosen Räumen, die nicht immer physisch sein müssen, verknüpfen. Das Format des offenen Jugendtreffs existiert nicht mehr, jedoch schafft auch das Roma Pastoral heute unterschiedliche Angebote, die sich auch explizit an Kinder und Jugendliche richten. Die Aktivitäten von Vereinen und Einrichtungen im Burgenland sind gute Beispiele dafür, dass Rom:nja Organisationen wichtige Träger von Jugendarbeit sind. Viele Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit bestanden bereits vor Verabschiedung der Strategie. Das Fehlen nicht zweckgebundener Fördergelder und Mangel an qualifiziertem Personal erschweren immer wieder von Neuem deren Weiterführung im Sinne einer Ermächtigung von unten. Ungezwungene Freizeitaktivitäten wurden im Survey häufig gefordert, ebenso eine Art Treffpunkt, wo unabhängig von geplanten Projekten, Maßnahmen, Workshops usw. sich Jugendliche untereinander vernetzen, austauschen und eigene Relevanzen setzen können.

**

Die Perspektive der Zielgruppen XII: Einsichten der Fragebogenerhebung: Junge Rom:nja

Junge Rom:nja stehen in zweifacher Weise im Zentrum der Strategie: Über die Bereiche Bildung und Ausbildung und im Zusammenhang mit dem Thema Ermächtigung, von dem ganz speziell Kinder und Jugendliche angesprochen werden sollen. In der Erhebung wurde mit recht grob geschnittenen Alterskategorien gearbeitet, die Gruppe der „jungen Rom:nja“ umfasste Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung 16 bis 30 Jahre waren. Wie gesagt, fielen insgesamt 25% der Befragten in dieser Gruppe. Soziodemographisch weist diese Altersgruppe keine Besonderheit auf – abgesehen vom Umstand, dass viele noch in Ausbildung sind und auch der Anteil an Personen mit mittleren und auch höheren Bildungsabschlüssen (Matura) recht groß ist. Die Stichprobe umfasste jedoch auch Personen aus eher marginalisierten Bereichen.

Ein relevantes Thema, das durch den Survey sichtbar wurde, ist zum einen die gewisse Distanz zur organisierten Zivilgesellschaft mit ihren Vereinen, die auch mit einer geringeren Vertrautheit mit kulturellen Inhalten (Sprachpraxis) einhergeht. Gleichzeitig bewerten die jüngeren Befragten die Notwendigkeit der Strategie und von Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Rom:nja in Österreich als nicht minder relevant. Besonderen Bedarf sehen die jüngeren Befragten in einer Stärkung der Themenbereiche Ausbildung, Empowerment von Frauen und Stärkung der Rom:nja-Jugend. Zum anderen macht der Survey deutlich, wie wichtig es ist, die besonderen Lebensumstände junger Menschen zu berücksichtigen: Um jüngere Rom:nja zu erreichen, bedarf es Ansätze, die die spezifischen lebensweltlichen Netzwerkstrukturen, die sich aus einerseits Familien- und Verwandtschaft und andererseits sozialen Medien (Peers) zusammensetzen, mitdenken. Ganz besonders wird, zum dritten, die Notwendigkeit einer Stärkung des Selbstbewusstseins deutlich: Jüngere Rom:nja berichten über zahlreiche Erfahrungen von Zurückweisung und Benachteiligung, vor allem im Kontakt mit Bildungseinrichtungen und Behörden, aber auch im Zusammenhang mit Freizeitaktivitäten, sind aber deutlich zurückhaltender, was die Reaktion auf solche Ereignisse betrifft. Der Hauptgrund, entsprechende Vorfälle nicht zur Anzeige zu bringen, liegt in der Angst nicht ernst genommen zu werden (44% zu 33% im Durchschnitt aller Befragten), an schlechten Erfahrungen mit Behörden (31% im Vergleich zu 26% bei allen Befragten), aber auch im Nichtwissen, wo die Anzeige eingebracht werden könnte (15% zu 9% im allgemeinen Durchschnitt).

**

Im Jahr 2014 organisierte Romano Centro die erste Rom:nja Jugend Konferenz in Österreich zum Thema Antiziganismus und bat den Jugendlichen die Möglichkeit des Austausches und

der Vernetzung. Rund 70 junge Rom:nja aus 12 europäischen Ländern nahmen an der zehntägigen Konferenz teil. Initiativen wie die Rom:nja Jugendkonferenz zeigen, dass eine Anbindung junger Rom:nja an bereits etablierte Rom:nja Organisationen fruchtbar sein kann, da auf diese Weise bestehendes Wissen und Erfahrungen im Sinne generationsübergreifender, aber auch wechselseitiger Austausch- und Lernprozesse weitergegeben werden können.

Bereich Ermächtigung – Zusammenfassung und Fazit

Die Strategie teilt den Bereich Ermächtigung in drei Unterbereiche ein: einerseits will sie die Stärkung der Vereine weitertreiben (diese befinden sich ausschließlich im Osten des Bundesgebietes), zum zweiten setzt sie einen Fokus auf die Stärkung von Frauen und Mädchen in den Zielgruppen und drittens hat sie zum Ziel, die Rom:nja-Jugend zu stärken. Sowohl was die Zielgruppen, als auch was das Verständnis von Ermächtigung betrifft, ist die Evaluierung auf einige blinde Flecken in diesem Bereich gestoßen. In der Strategie wird Ermächtigung weitgehend mit Weiterqualifizierung und Professionalisierung sowie mit der Schaffung von Stätten des Gedenkens und der Erinnerung gleichgesetzt. Letzteres wird in einem eigenen Kapitel besprochen. Im Laufe der Forschung traten drei besondere Anliegen zutage: Zum einen wird das Engagement für die Weiterqualifizierung und Professionalisierung der Vereine grundsätzlich positiv bewertet, auch wenn diskutiert wird, wie die Vereine in ihren Aufgaben und Tätigkeiten auch im Generationsübergang lebendig bleiben können. Zum zweiten wird in den Rückmeldungen und Stellungnahmen deutlich, dass es für die Zielgruppen nur dann zur Ermächtigung kommen kann, wenn sie von Beginn an am Aufbau von Strukturen beteiligt sind. Zum dritten werden Themen aufgebracht, die von unterschiedlichen Segmenten der Zielgruppen als Voraussetzung für Ermächtigung angesehen werden können.

Räume

Zum dritten Punkt zählt das Motiv der *bedingungslosen Räume* als Voraussetzung für eine Stärkung der Zielgruppenangehörigen in einem offenen und flexiblen Setting. Mit dieser Idee sind Arten von Zusammenkunft und Austauschmöglichkeiten verbunden, die noch nicht von einer vorgegebenen Zielsetzung oder Agenda durchdrungen sind, die nicht auf etwas Bestimmtes hinauslaufen müssen, sondern in denen sich für die Teilnehmenden Relevantes ergibt, das man nicht planen oder antizipieren kann. Ein solcher Ansatz setzt sich der gängigen Projektlogik entgegen, die immer schon im Vorfeld Überschriften, Konzepte, Zielformulierungen und Zeitpläne verlangt. Als solcher ist ein bedingungsloser Raum eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von Ideen und Konzepten von unten, die die Communities stärken können, in dem sie selbst entscheiden, was gebraucht wird und wie die Ziele erreicht werden können. Das Schaffen bedingungsloser Räume scheitert bislang an der Finanzierung. Vivaro ist ein Beispiel für einen Verein, der ermächtigende Basisarbeit mit besonders vulnerablen Romnja leistet, und bis heute keinen Raum für Zusammenkünfte, Austausch, Gespräche und Rückzug gefunden hat, weil die Ressourcen für die Mietkosten nicht ausreichen.

Digitale Räume

Auch digitale Formate wie das Medien-Projekt Romblog sind Beispiele für selbstbestimmte Räume, die von Rom:nja selbst aufgebaut und autorisiert werden. Die erfolgreiche Etablierung solcher Räume geht auch mit der Förderung von Ausbildungen im Bereich Medienkompetenzen einher, da Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit und Hassrede sich im Internet multiplizieren, und aufgrund der technologischen Rahmenbedingungen und algorithmischen Strukturierung von Inhalten teilweise förmlich explodieren können. Neben der Arbeit mit der Dominanzgesellschaft, die sich für die antiziganistischen Übergriffe im Internet verantwortlich zeigen muss, kann mit Formaten wie Romblog, aber auch durch die Professionalisierung von Rom:nja-Medienarbeit ein wichtiges Gegengewicht zu den diffamierenden Inhalten aufgebaut und dem Hass entgegengesetzt werden. Die Verbreitung der von Rom:nja selbst autorisierten Inhalte muss, um genug Sichtbarkeit zu erzeugen, systematisch und auch professionell erfolgen, was die Relevanz von Projekten wie Romblog, aber auch von Formaten wie Roma Sam (Radio Burgenland) oder volksgruppen@ORF.at unterstreicht.

Stärkung von Romnja und Gender Mainstreaming

Ein explizites Anliegen der Strategie ist die Stärkung von Frauen und Mädchen. Dieses spielt in vielen Rom:nja-Vereinen und Initiativen nur eine untergeordnete Rolle. Dafür sind nicht zuletzt die überall wirkenden patriarchalen Strukturen verantwortlich, was sich etwa auch in der Zusammensetzung der Vereinsvorstände (meist männlich) oder der Repräsentanz in Gremien wie dem Volksgruppenbeirat niederschlägt. Wo es keine Rom:nja-Organisationen gibt, wird dieser Schwerpunkt höchstens über "allgemeine" Maßnahmen oder die Initiativen dominanzgesellschaftlicher Organisationen berührt, allerdings fehlt Wissen über die spezifischen Bedarfslagen von Romnja in Österreich. Dies gilt auch für dominanzgesellschaftliche Einrichtungen, die explizit feministische und Frauen ermächtigende Arbeit leisten: In ihnen fehlt meist das Bewusstsein für die spezifischen Lagen der Romnja. Rom:nja-Vereine, die explizit feministische Arbeit machen, gibt es nur sehr wenige in Österreich. Dabei erleben Romnja intersektionale Benachteiligungssituationen, die sie sowohl von Roma, als auch von anderen Frauen unterscheiden. Problemlagen, die für Romnja spezifisch sind, weil sie eben keine Männer sind, werden häufig auch innerhalb der Rom:nja-Communities nicht thematisiert oder an den Rand gedrängt, Bedürfnisse und Forderungen aus den Communities, aber auch die Ziele der Strategie, werden teilweise an einer männlichen Norm definiert und spezifische Bedürfnisse der weiblichen Betroffenen bleiben unsichtbar.

Hier könnte das in der Strategie bemühte Gender Mainstreaming ansetzen. In vielen Projekten beispielsweise schlägt sich der oben beschriebene Umstand spezifischer Betroffenheitslagen dahingehend nieder, dass die Situationen vieler Frauen in der Konzeptionierung der Projekte nicht ausreichend berücksichtigt werden, beispielsweise die Tatsache, dass in vielen Fällen Frauen immer noch traditionelle Rollen in Haushalt und Familie übernehmen müssen. Diesem Defizit könnte mit einem Gendermainstreaming-Kriterium - ähnlich dem Kriterium in den ESF-Calls, dass Rom:nja selbst an den Projekten beteiligt sein müssen - als Bedingung für eine Förderung von Seiten der Fördergeber:innen entgegengewirkt werden. Die Sensibilisierungsarbeit müsste also bereits an den offiziellen Stellen und Fördergeber:innen

ansetzen, damit sich diese Mechanismen mit Lenkungseffekten etablieren können. Zudem müsste Gender Mainstreaming auch bedeuten, dass die Berater:innen, Sozialarbeiter:innen u.ä., die in den geförderten Projekten mit Betroffenen arbeiten, für die spezifischen Situationen, in denen sich Romnja befinden (können), sensibilisiert und geschult werden. Es muss ein Bewusstsein für Phänomene wie Sexismus und intersektionale Diskriminierung und Marginalisierung bei den Menschen geschaffen werden, die für die Zielgruppen Ansprechpartner:innen und oftmals Vertrauenspersonen werden.

Vertrauen erarbeiten

Vertrauen als wichtige Voraussetzung für erfolgreiche und ermächtigende soziale Arbeit und Beratung ist ein weiterer wichtiger Punkt, der in der Strategie bislang keine Erwähnung findet. Das Aufbauen von Vertrauen ist eine Entwicklung, die sehr schwer in standardisierten Projektlogiken untergebracht werden kann, aber es ist die Vorbedingung für eine nachhaltige Arbeit mit und für marginalisierte und benachteiligte Gruppen. Die Anforderungen, die an die Ausführenden der Projekte gestellt werden, sind jedoch ganz andere, meist standardisierte Kriterien, die den Erfolg eines Projektes messbar machen sollen. Komplexe Problemlagen, in denen viele Rom:nja sich befinden, können jedoch nur erkannt werden, wenn genügend Vertrauen zwischen Klient:in und Berater:in aufgebaut wurde, erst dann wird auch von intimen Bereichen des Lebens erzählt. Dieses Erzählen in einem Vertrauensraum kann an sich schon eine ermächtigende Wirkung haben, das Einweihen von Außenstehenden, denen man vertraut, ist eine notwendige Vorbedingung für grundlegende Veränderungen der eigenen Situation, insbesondere, wenn die Unterdrückung und der Missbrauch so alltäglich und tief in den Lebensstrukturen der Personen verankert sind, dass sie für die Betroffenen selbst nicht mehr als Gewalt und Grenzüberschreitungen wahrgenommen werden können. Tatsache ist, dass die Interventionen nicht ohne einen hohen Grad an Offenheit und Flexibilität gelingen können, da die Themen, die zu bearbeiten sind, sich nach und nach, ohne geplant werden zu können, herauskristallisieren.

Aufbrechen patriarchaler Strukturen

Eine Strategie, die die Verbesserung von Lebensumständen zum Ziel hat, sollte zudem auch immer an der Bekämpfung patriarchaler Strukturen arbeiten, da diese Unterdrückungsverhältnisse (re)produzieren und verfestigen. Wichtig ist dabei auch, zu beachten, dass die Gruppe der als weiblich gelesenen Personen nicht die einzige Gruppe ist, die unter diesen Herrschaftsstrukturen leidet. Auch Personen, die sich außerhalb der binär aufgespannten Geschlechteridentitäten verorten oder auf nicht-heteronormative Weise leben und lieben, sind vielfach von Diskriminierung betroffen. Diese sind in der Strategie und im Diskurs um die Strategie und die Verbesserung der Lebensumstände der Rom:nja unsichtbar, innerhalb der Strategie gibt es keine einzige Maßnahme für LGBTIQ+-Personen. Aus der Perspektive der Evaluierung ist es unabdingbar, dass die Strategie auch queeren Rom:nja Unterstützung und Möglichkeiten/Raum der Selbstermächtigung und Sichtbarkeitserhöhung gibt, und zwar unter den von den Adressat:innen festgelegten Bedingungen und unter deren maßgeblicher Mitbestimmung und -wirkung.

Auch bei den Männern selbst muss angesetzt werden, wenn patriarchale Strukturen aufgebrochen werden sollen. Auch hier ist Vertrauensarbeit mit der Zielgruppe notwendig und wichtig, da eine nachhaltige Veränderung im Sinne eines Verstehens und Entlernens toxischer, sowie Erlernens alternativer Verhaltensmuster und Vorstellungen auch bei den Männern sensible und intime Themen berühren. Diese Themen gehen oft ebenfalls mit einem Leiden am Wirken patriarchaler Strukturen einher. Anforderungen, einem männlichen Ideal zu entsprechen, so unterschiedlich die Ideale je nach Gesellschaftsbereich auch sein mögen, üben enormen Druck auf die Betroffenen aus, ein Ausbrechen aus diesen normativen Vorstellungen in einem vertraulichen und angenehmen Setting kann auch für die Männer befreiend und ermächtigend wirken. Ideen und Initiativen, die hier ansetzen, gab es immer wieder, jedoch sind auch hier die limitierten Ressourcen ein Problem. Es gibt keine einzige Maßnahme innerhalb der Strategie, die explizit Männer- und Bubenarbeit ermöglicht.

Verhältnis Politik – Zielgruppen

Ein weiterer Punkt, der zur Ermächtigung der Zielgruppen beitragen kann, ist das Aufbrechen von Narrativen einseitiger Abhängigkeiten der Zielgruppen von der Politik. Der Verlust der Anerkennung der politischen und offiziellen Akteur:innen ist eine existenzielle Bedrohung v.a. für Rom:nja-Vereine, die es in der Praxis zunächst unmöglich scheinen lässt, sich als die finanziell abhängigen Akteur:innen querzustellen und Druck aufzubauen und fordernder aufzutreten. Jedoch ist wichtig, zu erkennen, dass auch ein Abhängigkeitsverhältnis genau in die entgegengesetzte Richtung wirkt. Die für die Strategie Verantwortlichen verpflichten sich gegenüber der EU zum Erarbeiten der Strategie und ihrer Ziele. Sie sind, weil die Strategie, neben ihrem starken Fokus auf allgemeine Maßnahmen, vor allem die Arbeit der Vereine und anderer NGOs als ihre Maßnahmen benennt, darauf angewiesen, dass genau in diesem Bereich auch etwas geschieht. Ohne die Vereine und die Personen, die sich engagieren, bleibt von der Strategie wenig nennenswertes übrig. Die Bewusstwerdung dieses zweiten Abhängigkeitsverhältnisses könnte eine andere Haltung bewirken, mit der die Akteur:innen, die beispielsweise von den Förderungen abhängig sind, um diese ansuchen. Auch die Verwaltung ist maßgeblich auf die Kooperationsbereitschaft der von ihr sogenannten "Zivilgesellschaft" angewiesen. Ohne dieser gibt es keine Strategie. Ermächtigung würde auch bedeuten, das Verhältnis zwischen Politik und Zivilgesellschaft als eine Beziehung mit wechselseitigen Abhängigkeiten zu verstehen, und nicht als ein Machtgefälle, dem die eine Seite ausgeliefert ist, ohne dass sich für sie Spielräume für das Aufbauen von Druck oder für widerständiges, forderndes Verhalten ergeben.

Stärkung der älteren Rom:nja

Als zu ermächtigende Zielgruppe unerwähnt bleiben in der Strategie ältere Rom:nja. Doch auch diese haben spezifische Bedürfnisse und befinden sich in Situationen, die es durch gezielte Maßnahmen zu verbessern gilt. Auch sind viele der bereits existierenden (oftmals digitalen) Formate für ältere Personen noch hochschwelliger, beispielsweise aufgrund von physischen oder digitalen Barrieren. Auch in diesem Bereich wären soziale Arbeit und Anlaufstellen wichtig, um den Betroffenen umfassende Sozialberatung anbieten zu können. Gerade zugewanderte Rom:nja sehen sich oft in komplexen bürokratischen Situationen, die undurchsichtig sind und in denen Fragen zu Pensionsrecht, Sozialleistungen u.ä. eine große

Rolle spielen (vgl. Expert:inneninterview G). Der Fokus auch auf ältere Personen, die vielleicht betreuungsbedürftig sind, ist auch im Sinne ihrer jüngeren Angehörigen, die sie pflegen und dadurch oftmals Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, relevant. Das Wissen um und den niederschweligen Zugang zu Betreuungseinrichtungen etc. zu gewährleisten, ist ein wichtiges Ziel, das in der Weiterführung der Strategie aufgenommen werden sollte.

Stärkung der Jenischen

Jenische werden in den Papieren der Strategie mit keinem Wort erwähnt. Was sie aber aus Perspektive der Evaluierung zu Adressat:innen der Strategie macht, ist vor allem ihre Betroffenheit von antiziganistischen Vorurteilen und Diskriminierungen, nicht nur heute, sondern auch historisch. Auch sie sind mit dem Z-Wort (unter anderen) beschimpft und während der Faschismen verfolgt worden, ebenso sind sie Zuschreibungen von Merkmalen und Stereotypisierungen als "Andere" ausgeliefert. Dazu kommt bei der Abwertung von Jenischen und dem für sie als typisch imaginierten Lebensstil des "Nomadischen" ein klassistisches Moment: Jenische waren Personen, die über kein bzw. verhältnismäßig sehr wenig Eigentum verfügten, allen voran über keinen Eigengrund. Ihre diskriminierende Einordnung als Besitzlose und Arme hält sich, wie bei den Rom:nja, hartnäckig und verbindet sich mit dem in der Dominanzgesellschaft stark verbreiteten Hass auf Arme und Angehörige ausgebeuteter Klassen. Viele Jenische leben im Westen Österreichs, wo auch die wenigen Initiativen zur Unterstützung der Jenischen verortet sind. Mit der Strategie haben diese Initiativen keine Berührungspunkte, und sie werden als Adressierten der Strategie bislang nicht explizit genannt, was sich künftig ändern sollte.

Stärkung der Rom:nja-Jugend

Die Stärkung jüngerer Rom:nja erfolgte in der Strategie zum einen durch die Unterstützung von sogenanntem capacity building: Die Gründung der HÖR erfolgte zwar eigenständig und auf Initiative von Rom:nja, fügt sich jedoch auch in die Zielformulierung der Strategie (Ergebnis von Vernetzungsleistungen, Selbstermächtigung), da diese den Prozess der Formierung und Gründung durch das Schaffen eines Rahmens für die relevanten Themen (Dialogplattformen und Workshops) und das Vernetzen mit öffentlichen Institutionen unterstützt hat. Die HÖR kann als Teil einer eigenständigen, selbstbewussten Aktivist:innenszene betrachtet werden, die sich seit einigen Jahren europaweit vernetzt, aktiv für eine Dekonstruktion von Stereotypen und eine stärkere Selbstrepräsentation eintritt. Neben der Unterstützung beim capacity building in Segementen der Zielgruppen gab es andererseits auch einige Projekte, die junge Rom:nja am Arbeitsmarkt stärken sollten. Diese erwerbszentrierte Tendenz im Verständnis von Ermächtigung ist angesichts der Logik des österreichischen Wohlfahrtsstaates plausibel, gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass das Verständnis von Ermächtigung über die Logik der Bildung und Verwertung von Humankapital immer auch hinausgeht. Die Jugendarbeit, die von Rom:nja Organisationen wie beispielsweise dem Verein Roma Service in Oberwart teilweise seit Jahrzehnten erfolgreich geleistet wird, schafft es oftmals, diese beiden Verständnisse im Sinne einer offeneren Jugendarbeit, die auch bedingungslose Räume für junge Rom:nja zur Verfügung stellt, miteinander in Einklang zu bringen.

BEKÄMPFUNG DER DISKRIMINIERUNG

*“Den dringlichsten Handlungsbedarf liegt bei der Aufnahme von zugewanderten und von Armut betroffenen Rom*nja in der Strategie. Der Bund und die Bundesländer weigern sich jedoch, hier aktiv zu werden, da sie noch mehr Zuzug von so genannten „Sozialtouristen“ befürchten. Die antiziganistische und rassistische Haltung der Landeshauptleute und der Bundesregierung verhindert eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Lebenslage dieser Gruppe. Als es in Oberösterreich 2016 zu Brandanschlägen auf Zeltunterkünfte einer Roma Familie gekommen ist, wurden die 15 Betroffenen, darunter 5 Kinder, nur dürftig mit einer Ersatzunterkunft versorgt, aufgrund der fehlenden Aufenthaltstitel wurden die Opfer des Anschlags ausgewiesen. Am dringlichsten wäre es, die Aufnahme von Rom*nja in Österreich zu unterstützen und ihren Aufenthalt jenseits der Kriterien der Anmeldebescheinigung zu garantieren. Dadurch wäre es einfacher zu erheben, um wie viele Menschen es sich dabei konkret handelt und wo die Strategie nachgeschärft werden muss.” (Mitarbeiter:in BettelLobby, Wien, schriftlicher Expert:innenfragebogen E21)*

“Das ist die Verantwortung von der Geschichte, was sich hier entwickelt hat, weil man sie immer ausgeschlossen hat. Weil man sie immer vertrieben hat. Weil man sie immer diskriminiert hat. Weil man ihn geprügelt hat, weil man auch die Kultur verboten hat. Man hat sie nicht zugelassen, wie es sein hätte sollen und ich denke mir, die Gesellschaft, die jetzige Gesellschaft, ist eben, was die Geschichte war.” (Expert:inneninterview H, Zeilen 764 - 768)

Diskriminierung und der Kampf gegen Diskriminierung spielten bereits in allen vorhergegangenen Kapiteln des Berichtes eine maßgebliche Rolle. Die Frage nach der Diskriminierung von Rom:nja ist eine der Verantwortung der Dominanzgesellschaft. Nicht die Rom:nja müssen sich in irgendeiner Weise verändern, sondern die Akteur:innen und Strukturen, die Personen oder Gruppen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Rom:nja-Zugehörigkeiten diskriminieren, ausgrenzen, abwerten oder anderweitig benachteiligen.

“Antiziganismus ist eng verbunden mit der Geschichte und der Kultur der europäischen Mehrheitsgesellschaften, die durch ihn kulturelle und normative Konflikte austragen und dabei unerwünschte soziale Eigenschaften den vermeintlichen [Z-Wort] zuschreiben. Daraus folgt, dass es für die Analyse und die Kritik des Antiziganismus nicht relevant ist, wie ‘die Kultur’ dieser oder jener Gruppe ‘wirklich’ ausgestaltet ist. Jene Roma, die ihren Heimatort noch nie verlassen haben, werden ebenso als ‘nomadisch’ wahrgenommen wie jene, die bereits in verschiedenen Ländern gelebt

haben oder wie ZirkusbetreiberInnen, die keiner Roma-Minderheit angehören. Die Vorurteile bilden sich nicht aus realer Erfahrung, sondern sie sind fester Bestandteil der Kultur und der Traditionen der europäischen Mehrheitsgesellschaften.” (End 2015, S. 35)

Der Bereich der Bekämpfung von Diskriminierung hat deshalb zwei wichtige Facetten: Einerseits die Stärkung, Bildung und Erweiterung des Handlungsspielraumes der Rom:nja in Österreich, und andererseits die unabdingbare Bewusstseinsbildung, Sensibilisierung und Aufklärung der von Rassismus, Antiziganismus und Rom:njafeindlichkeit geprägten Dominanzgesellschaft.

*“Es braucht auch eine Arbeit mit der Mehrheitsgesellschaft. Die Inklusion von Rom*nja wird nur dann erfolgreich sein, wenn es ein Bewusstsein für und eine gesellschaftliche Diskussion von diskriminierenden Strukturen und Praktiken gibt.”* (Wissenschaftler:innen, Österreichische Akademie der Wissenschaften, schriftlicher Expert:innenfragebogen 18)

Es kann davon ausgegangen werden, dass Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit in Österreich auf vielen Ebenen und in unterschiedlichen Ausdrucksformen noch immer eine große Rolle spielt. Auch der im Rahmen der Evakuierung durchgeführte Survey mit knapp 400 befragten Rom:nja in ganz Österreich brachte Ergebnisse, die diese These deutlich stützen. Die Expert:innengespräche bzw. -antworten auf die Fragebögen zeichnen ebenfalls ein klares Bild.

**

Die Perspektive der Zielgruppen XIII: Einsichten der Fragebogenerhebung: Diskriminierung

Diskriminierung, Rom:njafeindlichkeit und Antiziganismus sind, wie die Ergebnisse des Survey zeigen, ein bestimmender Faktor im Leben von Rom:nja in Österreich. Auf die Frage, *Ist es für Sie leicht oder schwer, sich als Rom:ni in Österreich wohl zu fühlen?*, antwortet ein Drittel der Befragten (34%) positiv, ein Fünftel (19%) negativ, aber fast die Hälfte (49%) mit „das kommt darauf an“. Ähnlich das Muster bei der Frage *Wenn Sie eine neue Bekanntschaft machen, erwähnen Sie für gewöhnlich von sich aus, dass Sie Rom:ni sind, tun Sie das nicht oder vermeiden Sie es?* Hier sagen 45%, dass es auf die Situation ankommt (während wiederum ein Drittel sagt, sich immer zu deklarieren und ein Fünftel es vermeidet). Und beim Statement *Wenn man es in Österreich zu etwas bringen will, sollte man lieber verschweigen, dass man Rom:ni ist* teilen sich die Befragten in zwei

gleich große Hälften. Auch in Reaktion auf die Frage nach der Stellung der Rom:nja in der österreichischen Gesellschaft (42% enthalten sich einer eindeutigen Antwort, siehe Tabelle 5), manifestiert sich eine insgesamt fragile Anerkennung, auch wenn Optimismus vorherrscht: 45% meinen, dass rom:nja-feindliche Vorurteile schwächer werden. Doch welche Kontexte und Situationen sind es, in denen Rom:nja Zurückweisung und Diskriminierung erfahren? Auf welche Merkmale bezieht sich Diskriminierung? Und wie reagieren die Betroffenen, wenn sie mit entsprechenden Vorfällen konfrontiert sind?

Tabelle 5: Einstellungen zur Lage der Rom:nja, Diskriminierungserfahrungen und Umgang damit (Prozentangaben)

Wie sehen Sie insgesamt die Situation der Rom:nja in Österreich	
<i>ein gleichberechtigter Teil der österreichischen Gesellschaft</i>	32
<i>kein gleichberechtigter Teil</i>	26
<i>teils, teils</i>	42
Es gibt sicher rom:nja-feindliche Vorurteile, aber sie werden schwächer (Zustimmung)	45
Aus welchen Gründen ist es schon vorgekommen, dass Sie anders behandelt wurden	
<i>Hautfarbe</i>	42
<i>Ethnische Zugehörigkeit</i>	64
<i>Migrationshintergrund</i>	40
<i>Religion/Glaube</i>	12
<i>Alter</i>	11
<i>Geschlecht</i>	10
<i>Behinderung</i>	1
<i>Sexuelle Orientierung</i>	3
In welchen Situationen sind Sie in den letzten Jahren als Rom_ni schlechter behandelt worden	
<i>im Kontakt mit Behörden</i>	42
<i>in Bildungseinrichtungen</i>	38
<i>im beruflichen Kontext</i>	40
<i>bei der Wohnungssuche</i>	28
<i>im Gesundheitsbereich</i>	19
<i>auf der Straße/an öffentlichen Orten</i>	46
<i>im Internet</i>	25
<i>andere Situationen</i>	37
Gab es Vorfälle, die Sie zur Anzeige gebracht haben?	11
Gab es Vorfälle, die Sie NICHT zur Anzeige gebracht haben?	50
Wenn Vorfälle nicht zur Anzeige gebracht wurden: Was waren die Gründe dafür?	
<i>Kein Vertrauen in Behörden</i>	39
<i>Es ändert sich dadurch nichts</i>	37
<i>Angst, nicht ernst genommen zu werden</i>	33
<i>Schlechte Erfahrungen mit Behörden</i>	26
<i>Wollte nicht vor Gericht gehen</i>	21
<i>Angst vor Behörden</i>	17
<i>Vorfall war zu unbedeutend</i>	16
<i>es geschieht dauernd</i>	15
<i>hab mich darum selbst gekümmert</i>	14
<i>Vorgang zu umständlich</i>	10
<i>Nicht wissen, wo Anzeige einzubringen ist</i>	9
<i>Geschämt/schlecht gefühlt</i>	9
<i>Angst vor Vergeltung</i>	9
<i>Sprachschwierigkeiten</i>	8
<i>Wusste nicht, dass man anzeigen kann</i>	4
<i>Keine Papiere/Aufenthaltsgenehmigung</i>	1

Auf die Frage, aus welchen Gründen es vorgekommen ist, dass man anders behandelt wurde¹³, wobei acht mögliche Gründe vorgegeben waren, nennen 64% der Befragten ethnische Zugehörigkeit (etwas häufiger von älteren und in Österreich gebürtigen Personen), 42% nennen die Hautfarbe als Hauptgrund (häufiger von zugewanderten und in westlichen Bundesländern) und 40% den Migrationshintergrund (eher zugewanderte Rom:nja). Andere Diskriminierungsmerkmale werden seltener genannt: Religion/Glaube 12%, Alter 11% (häufiger jüngere Befragte), Geschlecht 10% (häufiger Frauen und jüngere Rom:nja), sexuelle Orientierung 3%, Behinderung 1%.

Was die Situationen der Benachteiligung und Diskriminierung betrifft, entfallen die häufigsten Nennungen auf folgende Kontexte¹⁴: auf der Straße im öffentlichen Raum (48%, davon ein Viertel häufig), im Kontakt mit Behörden (42%, davon ein Viertel häufig), im beruflichen Bereich/bei der Jobsuche (40%, davon ein Viertel häufig), in Bildungseinrichtungen (38%, davon ein Drittel häufig), bei der Wohnungssuche (30%, davon ein Drittel häufig) sowie im Internet (25%, davon ein Fünftel häufig). Für den Gesundheitsbereich wird mit 14% (davon ein Drittel häufig) weniger häufig über schlechte Erfahrungen berichtet. 26% der Befragten geben „eine andere Situation“ an (davon ein Drittel häufig).

Befragte, die „andere Situationen“ angaben, wurden gebeten, diese konkret zu nennen, wobei viele bereits zugeordnete Benachteiligungserlebnisse explizit und verstärkt betont wurden und das Bedürfnis bestand, darüber zu sprechen. Befragte mit Erfahrungen von Diskriminierung, Benachteiligung und Rassismus schilderten den Interviewer:innen teils sehr intime und drastische Erfahrungen. Für viele scheint es etwas „Normales“ zu sein, aufgrund ihrer Rom:nja Zugehörigkeit diskriminiert oder beschimpft zu werden. Bei einigen Interviews wurde offensichtliche Diskriminierung geschildert, diese aber von den Betroffenen nicht als „wirkliche“ Diskriminierung eingestuft bzw. erkannt. Diese Tatsachen wurden in der Regel von den Interviewer:innen festgehalten. Im Folgenden zwei Beispiele aus den Protokollen:

„Am Fußballplatz, unter den Spielern wurde man als [Z-Wort] beschimpft und auch von den Zuschauern wurde immer wieder [Z-Wort] gerufen.“

„Im Spielplatz sagte eine Mutter zu ihrem Sohn: Schau dieser [Z-Wort] nimmt dich gleich mit, wenn du nicht brav bist, nur weil ich dunkel bin. Ich habe so getan, als wenn ich es nicht verstehen würde und ging an einen anderen Ort.“

Relativ viele Angaben auf die Frage, in welchen Situationen sich die Befragten benachteiligt, diskriminiert oder beleidigt fühlen, kamen aus dem familiären Umfeld. Innerhalb der eigenen Familie wurden die Befragten der Zielgruppe der Rom:nja

¹³ Die Frageformulierung lautete: *Aus welchen Gründen ist es schon vorgekommen, dass Sie anders behandelt wurden?* Es bestand die Möglichkeit der Mehrfachantwort, d.h. jede der acht genannten möglichen Gründe konnte bewertet werden.

¹⁴ Die Frageformulierung lautete: *Sind Sie persönlich in den letzten Jahren in folgenden Situationen als Rom:ni schlecht behandelt, benachteiligt oder beleidigt worden?* Es standen drei Antwortkategorien zur Wahl: ist häufig vorgekommen, ist gelegentlich vorgekommen, ist nicht vorgekommen.

aufgrund ihrer Ethnizität zum Teil wüst beschimpft und diskriminiert. Hauptsächlich handelte es sich hierbei um ethnisch gemischte Ehen oder Partner:innenschaften, also Familienverbände der Mehrheitsbevölkerungen, in denen ein / eine Rom:nja eingeheiratet hat, bzw. eine Beziehung zu einem/einer PartnerIn aus der Mehrheitsbevölkerung hält.

Auch der eigene Freundeskreis wurde als Ort von Beleidigungen, Benachteiligung und Diskriminierung angegeben, wie die folgenden Ausschnitte aus den Protokollen zeigen:

„Mein Vater war ein Nicht-Rom und er hat mich immer [Z-Wort] beschimpft. Seine Aussage war: ‚Hitler hat dich vergessen‘.“

„Ich war mit meiner Freundin bei ihrer Bekannten. Der Ehemann von der Bekannten hat im Fernseher eine Doku geschaut und dazu kommentiert „Schau, wie bei den [Z-Wort]. Da habe ich mich aufgeregt und ich habe ihn gefragt, was er gegen Roma hat?“

„Mein Partner ist nicht volksgruppenzugehörig, von seinen Eltern und seinem Bruder wurde ich während eines Streits als [Z-Wort] beschimpft.“

Ein weiteres Thema betrifft die Frage, ob und warum Vorfälle (nicht) gemeldet bzw. zur Anzeige gebracht wurden. Insgesamt berichten 11% der Befragten, dass sie Vorfälle gemeldet bzw. zur Anzeige gebracht haben, wobei am häufigsten Rom:nja-Organisationen kontaktiert wurden, gefolgt von der Polizei oder Mitarbeiter:innen von Einrichtungen, in denen der Vorfall geschehen war. 50% der Befragten geben an, dass sie Vorfälle, die ihnen widerfahren sind, nicht gemeldet oder zur Anzeige gebracht haben. Wie Tabelle 5 dokumentiert, sind die Gründe dafür vielfältig. Die am häufigsten genannten Gründe sind: fehlendes Vertrauen in die Behörden (39%) und schlechte Erfahrungen mit Behörden (26%), Ängste, dass einem nicht glaubt wird (33%), aber auch vor den Behörden (26%) oder die Erwartung, dass durch eine Anzeige sich nichts ändert (37%). 14% sagen, sich selbst darum gekümmert zu haben, 9% geben an, nicht zu wissen, wo eine Beschwerde einzureichen sei, 8% Sprachschwierigkeiten, 9% berichten von Schamgefühlen.

Welche Gründe genannt werden, hängt zum einen von der Lebenserfahrung ab: Jüngere Befragte verspüren eher Ängste (nicht ernst genommen werden) und Schamgefühle als Ältere, die häufiger auf Erfahrungswissen (z.B. schlechte Erfahrungen mit Behörden) und daraus resultierenden Vertrauensmangel verweisen. Fatalismus (es ändert sich nichts) und diverse Ängste sind auch stärker unter Befragten in marginalisierten Positionen, unter ihnen vielfach Personen mit Migrationsgeschichte oder in den westlichen Bundesländern. Wie wichtig die Stärkung der Handlungsmächtigkeit im Kampf gegen Diskriminierung ist, zeigt sich daran, dass die Bereitschaft, Vorfälle zu melden und zur Anzeige zu bringen, durch das Vorhandensein von individuellen und kollektiven Ressourcen stark begünstigt wird. Dazu zählen, auf individueller Ebene, Bildungskapital und das Selbstbewusstsein als Rom:ni sowie, auf kollektiver Ebene, Vereine und andere Formen der Selbstorganisation bzw. Initiativen, die für die Anliegen der Rom:nja offen

sind und Lobbyarbeit betreiben. Vereine vermitteln Wissen über institutionelle Infrastrukturen, deren Aufgabe es ist, gegen Diskriminierung vorzugehen, Bildungskapital und stärkt die Fähigkeit, diese Infrastrukturen zu aktivieren und in Anspruch zu nehmen.

Zusammenfassung

Ein Großteil der Befragten hat Erfahrungen mit Diskriminierung. Als häufigste Gründe werden ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe und Migrationshintergrund genannt. Die Kontexte, in denen sie diskriminiert wurden, sind vielfältig: Besonders häufig waren die befragten Personen Diskriminierungen auf der Straße, im Kontakt mit Behörden, in Bildungseinrichtungen und bei der Jobsuche ausgesetzt. Auch die Bereiche Gesundheit und Wohnen wurden immer wieder genannt. Zur Anzeige gebracht jedoch nur wenige der Vorfälle, sei es aufgrund von schlechten Erfahrungen, Ängsten, fehlendem Wissen oder auch einer fatalistischen Einstellung. Wie die Analysen nahelegen, sichern Wissen und Bildung wie auch die Existenz von Community-Organisationen die individuelle wie kollektive Handlungsfähigkeit, ihre Stärkung ist eine zentrale Investition im Kampf gegen Diskriminierung. Knapp die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass dem Kampf gegen Rom:njafeindlichkeit in der Strategie oberste Priorität eingeräumt werden sollte (siehe Tabelle 1).

**

Wichtige Ansätze, die dem Antiziganismus/der Rom:njafeindlichkeit in Österreich etwas entgegensetzen können, sind bereits beschlossen und teilweise auch umgesetzt worden. So nahm die Bundesregierung offiziell die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Association von "Antiziganismus" an. Hierbei wird jedoch von einigen Angehörigen der Zielgruppen kritisiert, dass die Wahl des Begriffes "Antiziganismus" und seine Definition *top down* vorgegeben wurden, von Personen, die selbst keine Erfahrungen mit Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit haben können. Dabei wurden wichtige Punkte nicht zur Diskussion gestellt, wie die Wahl des Begriffes selbst. "Antiziganismus" ist für viele Rom:nja nicht der bevorzugte Ausdruck für das Phänomen. Vor allem die Nähe des Wortteiles "Ziganismus" zum als Abwertung benutzten Z-Wort macht dieses Wort für viele nicht akzeptabel. Es gibt jedoch auch sehr nachvollziehbare und legitime Überlegungen, die den Begriff "Antiziganismus" befürworten, da dieser stärker den Konstruktionscharakter von Vorurteilen betont. Aus der Perspektive der Evaluierung geht es nicht um ein "richtig" oder "falsch", sondern darum, zentrale Konzepte und Begriffe zur Diskussion zu stellen und die Zielgruppen in die Entscheidung darüber einzubinden.

"Eine Position plädiert für Worte, die auf den Selbstbezeichnungen basieren; Vorschläge sind "Romaphobie", "Rassismus gegen Sinti und Roma" oder "Antiromaismus". Sie lehnt nicht nur die Verwendung des [Z-Wortes] ab, sondern auch

darauf aufbauende Begriffe. Zum einen, weil sie verletzend und diskriminierend wirken können, zum anderen weil die Gefahr bestehe, dass die Begriffe missverstanden werden, und folglich der Eindruck entstehen könne, [Z-Wort] sei eine legitime Bezeichnung. Die andere Position argumentiert, dass der Antiziganismus ein Produkt der Mehrheitsgesellschaft ist und der Kritikbegriff deshalb den von der Mehrheitsgesellschaft geprägten Begriff - in kritischer Weise - aufgreifen müsse. Sie plädiert für die Verwendung des Terminus 'Antiziganismus', weil dieser Begriff zum einen ein Phänomen bezeichne, das nicht nur Roma treffen könne, und zum anderen, weil der Begriff in der Lage sei, den Projektionscharakter der rassistischen Zuschreibungen zu erfassen. Begriffe, die auf der Selbstbezeichnung aufbauen [wie auch der Begriff 'Rom:njafeindlichkeit' es tut, Anm.], werden dafür kritisiert, dass sie nahelegen würden, die rassistischen Vorurteile hätten etwas mit dem tatsächlichen Verhalten der Betroffenen zu tun." (End 2015, S. 35)

Der ursprünglich verabschiedete EU-Rahmen zur Erhöhung der Inklusion von Rom:nja in den Mitgliedsstaaten sah den Bereich Antidiskriminierung noch nicht als eigenen Schwerpunkt vor, das wurde jedoch inzwischen ergänzt und auch in Österreich ist dieser seit 2017 in der überarbeiteten Strategie-Version verankert. Seither lässt sich eine Fokussierung auf diesen Bereich erkennen. 2019 wurde auch ein Papier, das auf der in Wien abgehaltenen Konferenz "How to adress antigypsyism in a post-2020 framework" basierte, veröffentlicht, das u.a. Expert:innenempfehlungen für die EU und die Mitgliedsstaaten beinhaltet (BKA 2019). Dem Papier liegt die durch die Erkenntnisse der empirischen Studien der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) gestützte These zugrunde, dass soziale Inklusion in den unterschiedlichen Bereichen nur dann ermöglicht werden kann, wenn der Antiziganismus/die Rom:njafeindlichkeit in den Dominanzgesellschaften maßgeblich reduziert wird. Die Konferenz war somit ein starkes Signal für ein Eintreten gegen Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit und für die Erhöhung der sozialen Teilhabe von Rom:nja. Expert:innen betonen im Rahmen der Forschung jedoch auch ihren hochschwelligen und unkonkreten, eher symbolischen Charakter sowie die Wichtigkeit, was theoretisch aufgestellt wurde, nun auch in konkrete Handlungen zu übersetzen bzw. allgemeine Maßnahmen um einen Antiziganismus-/Rom:njafeindlichkeits-Schwerpunkt zu ergänzen, sodass Stellen, die sich mit Diskriminierung befassen, auch in dieser Hinsicht geschult und sensibilisiert sind.

Das Papier, das aus der Konferenz hervorging, empfiehlt u.a. auch, Fälle von Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit zu monitoren und das Phänomen an sich genauer zu erforschen, aber auch diese Maßnahme wartet noch auf ihre systematische und konsequente Umsetzung. Ein Monitoring in Kombination mit der Erforschung der jeweiligen Situationen in den unterschiedlichen Regionen Österreichs könnte dazu beitragen, Muster und regionale Differenzen zu erkennen, die beim Entwickeln der Maßnahmen mitberücksichtigt werden könnten. Auch hinsichtlich der Dokumentation und Sichtbarmachung

antiziganistischer/rom:njafeindlicher Vorfälle waren es vor allem die Vereine selbst, die aktiv waren. Bis 2017 brachte Romano Centro beispielsweise einen Antiziganismus-Bericht heraus, der Fälle von Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit auf unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlichen Kontexten dokumentierte, aufbereitete und sichtbar machte. Mangelnde auch personelle Ressourcen erlauben es derzeit jedoch nicht, diese Berichte kontinuierlich zu erstellen und zu publizieren. Eine andere, systematische und professionelle Monitoring-Tätigkeit für antiziganistische/rom:njafeindliche Vorfälle gibt es derzeit nicht in Österreich.

Das Papier der überarbeiteten Strategie von 2017 sieht eine lange Liste an Maßnahmen im Kampf gegen Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit vor:

“Kampagne gegen Hass im Netz durchführen | Antiziganismusbericht veröffentlichen | Empfehlungen zur Bekämpfung von Antiziganismus ausarbeiten | Einbindung zivilgesellschaftlicher Vertreter der Roma Jugendlichen in das Nationale Komitee No Hate Speech | Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Empfehlungen zur medialen Darstellung der Roma in den Medien unter Einbindung von Medienschaffenden, Polizei und Justizpressesprechern und Vertretern der Roma Zivilgesellschaft einrichten | Antiziganismus-Konferenz mit Vertretern organisieren | Sensibilisierungs-Workshops zum Antiziganismus in das Fortbildungsprogramm der Verwaltungsakademie des Bundes anbieten | Sensibilisierungs-Workshops zum Antiziganismus in das Fortbildungsprogramm der Justiz anbieten | LehrerInnenfortbildungsmaßnahmen und Diskussionen auf ExpertInnenebene organisieren | Ausstellung “Romane Thana - Orte der Roma und Sinti” des Wien Museums in weiteren Landesmuseen zeigen | Unterrichtsmaterialien basierend auf der Ausstellung “Romane Thana - Orte der Roma und Sinti” des Wien Museums anbieten und verbreiten (www.romane-thana.at) | Unterrichtsmaterialien über den Völkermord an Roma und Sinti (www.romasintigenocide.eu) in weitere Sprachfassungen (inkl. Romanes) anbieten | Im Kontext der Armutszuwanderung von EU-Bürgern in Kooperation mit Europarat und Europäische Kommission und Städtebund Informationsveranstaltungen für Städte und Gemeinden organisieren | Wanderausstellung zum Thema Minderheitenschutz und Minderheitenschulwesen für den bundesweiten Einsatz in Schulen der Sekundarstufe I zeigen” (BKA 2017, S. 16f)

In diesem Kapitel kann naturgemäß nur auf einige der Maßnahmen eingegangen werden. Grundsätzlich stützen Expert:innen die Aussage von Matache (2015), dass Maßnahmen einen bindenden und verpflichtenden Charakter haben müssen. Auch Matache vertritt die These von Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit als Wurzel der Exklusion von Rom:nja, die auch den Ergebnissen der Konferenz und dem Verständnis des erweiterten EU-Rahmens zugrundeliegt. Jedoch plädiert sie für eine radikale Veränderung, die mit flächendeckender und verpflichtender Bewusstseinsbildung der Nicht-Rom:nja einhergeht.

“Die Integrationsstrategien sollten nicht nur auf eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage abzielen, sondern auch diejenigen, die andere Menschen ausschließen, in einen Lern-, Bewusstseinsbildungs- und Anerkennungsprozess einbinden. Die Akteure des EU-Roma-Rahmens und der nationalen Strategiepläne sollten die formulierten Ziele überdenken und um ganz klare Vorgaben für Nicht-Roma erweitern. Vorurteilen sollte man nicht bloß mit zufälligen und oft wirkungslosen Bewusstseinsbildungskampagnen oder -schulungen begegnen, wie sie in den Empfehlungen der Europäischen Kommission von 2013 angesprochen werden, sondern vor allem mit konzentrierten Maßnahmen in Schulen, für alle Altersgruppen, in der Ausbildung von Lehrern, Ärzten, Journalisten und Angehörigen aller anderen Berufszweige, die im Bereich der öffentlichen Meinung arbeiten oder diese beeinflussen, sowie im Rahmen der Verhaltenskodizes für Arbeitgeber, Fernsehprogramme usw. Die Nicht-Roma-Bevölkerung sollte vom EU-Roma-Rahmen und seinen entsprechenden Strategien auf nationaler Ebene angesprochen werden, damit Roma wie Nicht-Roma aus einer vorurteilslosen Erziehung Nutzen ziehen können, die von einem Gefühl des Respekts für kulturelle, religiöse und jedwede andere Unterschiede getragen wird.” (Matache 2015, S. 29)

Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit in Behörden und öffentlichen Stellen

Wie die Ergebnisse des Surveys zeigen, sind Behörden der am häufigsten genannte Kontext, in dem Diskriminierung erfahren wird. Gleichzeitig sind schlechte Erfahrungen mit und Angst vor Behörden der wichtigste Grund, Übergriffe nicht zur Anzeige zu bringen. Es sind besonders die auch in der Strategie am Rand stehenden Gruppen, die diese Erfahrungen häufig teilen: Ältere, Rom:nja mit Migrationsgeschichte und in westlichen Bundesländern. Auch in Aussagen von Expert:innen finden zahlreiche Hinweise auf die Ungleichbehandlung, wie das folgende Beispiel für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zeigt:

Ja, das [Jugendamt, Anm.] ist eine Katastrophe. Ja, es ist wirklich schrecklich. Also wobei ich jetzt nicht sage, dass das [Interventionen des Jugendamts] in jedem Fall völlig ohne Grund passiert, ja. Aber es ist einfach schrecklich, wie mit solchen Problemen umgegangen wird. Das ist eine Katastrophe. Das ist ganz, ganz schlimm. Ja, da gibt es noch andere. Umgang mit Behinderung wäre ein ganz wichtiges Thema, und jetzt, wenn wir ans andere Ende gehen (...), ein weiteres Thema wäre Umgang mit Alten (...). Da gibt es, das kenne ich von vielen, auch grad von autochthonen Familien, die dann sagen, nein bei uns kommt nie jemand ins Heim. Wie es ihm daheim geht, ist aber dann wieder die nächste Frage. (...) Wenn man da auch nicht zulässt, von außen Hilfe zu holen. Das ist natürlich nicht nur ein Roma-Problem, aber es ist natürlich schon sehr

stark ein Minderheitenproblem, weil eben auch die entsprechenden historischen oder biografischen Erfahrungen dahinterstehen. Das kommt ja nicht von ungefähr. Und wir wissen ja auch, gerade Fürsorge, da gibt es ja auch diese ganze NS-Geschichte. Das ist ja alles über Sozialarbeiterinnen passiert, muss man leider sagen, oder sehr viel.”
(Expert:inneninterview P, Zeilen 1247 - 1269)

Die Diskriminierung, Abwertung und Verfolgung von Rom:nja durch staatliche Einrichtungen hat eine lange Geschichte und hatte ihren Höhepunkt im Porajmos während des 2. Weltkriegs, als nach Expert:innenschätzungen 85% der in Österreich lebenden Rom:nja von den Nationalsozialisten ermordet wurden (Turner 2015). Auch nach dem 2. Weltkrieg bestand die rom:njafeindliche Haltung in Österreichs Verwaltung und Politik hartnäckig weiter, und auch heute noch gibt es auf allen Ebenen (Gemeinde-, Landes-, Bundesebene) Strukturen, die Rom:nja systematisch benachteiligen und diskriminieren, sowie politische Parteien, die ganz offen antiziganistische/rom:njafeindliche Hetze betreiben und die hartnäckigen, antiziganistischen/rom:njafeindlichen Stereotype immer wieder bemühen.

Behörden und öffentlich-rechtliche Einrichtungen auf allen Ebenen haben aus mehreren Gründen eine Schlüsselposition im Kampf gegen Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit inne. Einerseits gibt es unter ihnen welche, die ganz explizit Anlaufstellen für Menschen, die Benachteiligung erfahren haben, sein sollten (z.B. Polizei, Gleichbehandlungsanwaltschaft, Arbeiterkammer, Gebietsbetreuungen, Wohnpartner etc.). Andererseits gibt es Einrichtungen, die Teil des bürokratischen Verwaltungsapparates Österreichs sind und deren Leistungen alle in Österreich lebenden Menschen betreffen (z.B. Magistratsabteilungen, Gesundheitskasse, Pensionsversicherung, Verkehrsamt, AMS etc.). Viele Rom:nja haben eine biographisch und/oder historisch bedingte Skepsis gegenüber diesen Stellen. Aufgrund dieser Vorerfahrungen und begründeten Skepsis sowie aufgrund der vielfältigen Abhängigkeitsverhältnisse der Menschen von Behörden und Ämtern, ist es besonders wichtig, die Menschen, die in diesen Einrichtungen tätig sind, auf alle möglichen Diskriminierungsformen zu sensibilisieren und antirassistisch auszubilden. Antirassistische Vorschulung und ein antirassistisches Bewusstsein sollten Hauptkriterien für das Ausüben einer Tätigkeit in einer öffentlichen Struktur sein. Nur so kann gewährleistet werden, dass langsam Vertrauen in die existenziell wichtigen Stellen hergestellt wird und auch nicht durch das “Pech”, an eine rassistische Einzelperson zu geraten, verletzt werden kann. Die Tatsache, dass, wie die Ergebnisse des Surveys dokumentieren, viele Rom:nja rom:njafeindliche Vorfälle gar nicht erst melden, da sie davon ausgehen, nicht ernst genommen zu werden oder schlechte Erfahrungen und einfach Angst haben, zeigen, wie sehr eine umfassende, und vor allem verpflichtende antirassistische Bildung und Erziehung Angehöriger der Dominanzgesellschaft in Österreichs Bildungseinrichtungen drängt. Auch hierfür ist die offizielle Definition und damit Anerkennung von Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit wichtig, da sie sowohl den Betroffenen als auch den Behörden helfen kann, Vorfälle leichter und

unkomplizierter einzuordnen und somit weiter zu bearbeiten. Diese Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu verankern, ist auch im Bereich der tertiären Bildungsarbeit sowie in der berufsorientierten Weiterbildung notwendig.

End (2015) beschreibt als einen von drei zentralen Bedeutungsgehalten rom:njafeindlicher Vorurteilsstrukturen *“Stereotype, die die Zuschreibung einer fehlenden Disziplin und Rationalität beinhalten, wie die Vorstellungen von ständigem ‘Tanz’, ‘impulsiver Musikalität’, ‘feuriger Leidenschaft’ sowie ‘Schmutz’ und ‘Müll’”* (S. 36). Ein Beispiel der Manifestation dieser Strukturen und des Reproduzierens von Klischees ist das folgende Zitat einer:ines hohen Beamten:in über die von ihr wahrgenommenen Atmosphäre in den Dialogplattformen:

"Also die Leute von der Verwaltung waren natürlich eh immer, die haben eher geschwiegen. So und die Roma haben sich halt immer über irgendetwas aufgepudelt. So klassisch, weißt eh so, so mit Klischees. Aber es war halt so, nicht? Das sind unterschiedliche Temperamente, ja?" (Expert:inneninterview D, Zeilen 419 - 421)

End (2015) schreibt weiters:

“In der Gegenwart werden immer häufiger auch vermeintlich bewundernde oder wohlmeinende Stereotype kommuniziert, die zumeist lediglich eine Neubewertung der im Kern gleichen Stereotype darstellen. Ob jemand in bewundernder Weise sagt, [Z-Wort, plural] lebten unbeschwert in den Tag hinein oder eine zweite Person meint, ‘sie’ seien ‘arbeitsscheu’ - im Kern, also darin, dass ‘sie’ nicht so arbeiten wie ‘wir’, sind sich beide Positionen einig. Auch ob in antiziganistischen Äußerungen tatsächlich das [Z-Wort] verwendet wird, ist für ihre Bewertung nicht entscheidend. Die Verwendung von Bezeichnungen wie ‘Roma’ oder ‘Sinti und Roma’, die prinzipiell Selbstbezeichnungen darstellen, können ebenso antiziganistisch sein. (...) Wenn das Wort ‘Roma’ oder die Worte ‘Sinti und Roma’ lediglich als politisch korrekte Variante von [Z-Wort] auftreten, ohne, dass die bestehenden Vorurteile und Stereotype reflektiert wurden, bedeutet dies zwar eine nicht zu unterschätzende Entlastung für diejenigen, die sich von dem [Z-Wort] verletzt oder beleidigt fühlen, darüber hinaus kann der antiziganistische Gehalt jedoch erhalten bleiben.” (S. 36)

Das grundsätzliche Verständnis des Problems der Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit ist von offizieller Seite zudem noch immer sehr oft, dass dieses nicht von der Dominanzgesellschaft erzeugt wird, sondern dass die Betroffenen selbst dafür in irgendeiner Form verantwortlich seien. So gab es auch eine Dialogplattform zum Thema *“Roma Inklusion auf europäischer und nationaler Ebene”* in welcher der Leiter des Referats Antidiskriminierung und Koordinierung von Roma-Angelegenheiten in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission zu Gast war. Dieser erklärte, wie wichtig es sei, dass die Rom:nja sich *“in die Herzen der Europäer”* arbeiten. Diese Aussage ist auf vielen Ebenen problematisch. Erstens

stellt sie Europäer:innen und Rom:nja so gegenüber, als wären die in Europa lebenden Rom:nja nicht auch Europäer:innen. Zweitens ist dieser Kommentar Ausdruck des Verständnisses, dass man sich erst in irgendeiner Form qualifizieren müsse, um anerkannt zu werden und dazugehören zu können. Irgendeine Qualität wird den (wieder einmal als homogene Gruppe imaginierten) Rom:nja dabei abgesprochen, die sie sich erst erarbeiten sollen, damit man sie in Europa auch wirklich anerkennen und teilhaben lassen könne. Das ist eine zutiefst rassistische Aussage. Auch viele der bei der Dialogplattform Anwesenden haben danach noch auf diesen Kommentar Bezug genommen, den sie als deutliche Verletzung und diskriminierende Respektlosigkeit wahrgenommen haben. Eine solche Haltung von offizieller Seite ist ein großes Problem, denn es ist entscheidend, wie Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit verstanden wird, wie sensibel man darauf ist, und inwiefern die offiziell Zuständigen auch selbst reflektieren können, von welcher Position aus sie den Zielgruppen begegnen.

“Ja, ich sage eh immer, so wie in der Zoom Sitzung, welche hier war und von dem [Name der Person von der EU] gesagt wurde, wir müssen in die Herzen der Europäer, (...) dass man sich in die Herzen hineinarbeitet oder hineinlebt. (...) Das hat mich schon sehr getroffen. Ich denke mir, wir sind Menschen. Wir sind EU-Bürger. Wieso müssen wir uns hier für die Mehrheitsbevölkerung beweisen? Sollte das nicht selbstverständlich sein, also das ist für mich genau das. (...) Ich möchte mich für niemanden beweisen. (...) Ich bin ein EU-Bürger. Ich bin von Österreich. Ich bin Österreicher. Ich bin Burgenländer.” (Expert:inneninterview H, Zeilen 204 - 217)

Oft findet der Antiziganismus/die Rom:njafeindlichkeit auch Ausdruck in konkreten und schwerwiegenden Handlungen von Mitarbeiter:innen öffentlicher Einrichtungen und Ämter. Gerade deshalb ist es auch so wichtig, die Bereiche und Problematiken, mit denen die Strategie sich befassen will, auf jene Ebene zu übersetzen, auf der die Menschen Kontakt mit den Behörden haben, konkret die Gemeinde- und Landesebene. Dort wirken Umstände und Handlungen auf einzelne Personen oder Konstellationen der Zielgruppen. Die Fragebogenerhebung unter Expert:innen in ganz Österreich zeigt jedoch, dass gerade auf lokaler Ebene wenige Personen und Einrichtungen sich wirklich dafür zuständig fühlen, die Ziele der Strategie umzusetzen oder zu unterstützen. Sensibilisierung bezüglich Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit ist nicht flächendeckend gewährleistet. Auch die Bildungsdirektionen zählen zu jenen Stellen, die österreichweit mit Bereichen der Strategie in Berührung sein sollten. Jedoch ging aus der (Nicht-)Beantwortung der Expert:innenfragebögen hervor, dass ihnen oftmals das Bewusstsein fehlt, das dafür nötig wäre. Nicht nur haben offenbar viele der Zuständigen in den Bildungsdirektionen Österreichs noch nicht von der Strategie gehört, auch berichten Expert:innen, die im Bildungsbereich tätig sind, dass auch hier Antiziganismus und Rom:njafeindlichkeit institutionell verankert sind.

“Aber es ist einfach, ah, also, Bildungsbereich ist wirklich ein schwieriger Bereich. (...) Das [Die Bildungsdirektion, Anm.] ist einfach, glaube ich, eine irrsinnig komplizierte Organisation und es ist, ja, manchmal, wie soll ich sagen? Ich glaube das hat der [Name Mitarbeiter:in] irgendwann in den Antiziganismusbericht reingeschrieben, wenn du angerufen hast bei der Bildungsdirektion und gesagt hast, ‘wir haben eine neue Schulmediatorin finanziert gekriegt, wo ist da Bedarf?’ - ‘ich verbinde mit der Sonderschule’.” (Expert:inneninterview P, Zeilen 1097 - 1104)

Ein besonders häufig genanntes Beispiel sind die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Angst vor den Handlungen der Mitarbeiter:innen ist unter Angehörigen der Zielgruppen sehr groß, und vieles weist darauf hin, dass der institutionelle Rassismus und im Speziellen der Antiziganismus dort besonders stark ausgeprägt ist. Gleichzeitig ist wichtig anzumerken, dass die Erfahrungen mit den Kinder- und Jugendwohlfahrtsbehörden nicht ausnahmslos als schlecht oder bedrohlich beschrieben werden. Trotzdem wurden wir immer wieder auf die antiziganistischen Muster, die in den Einrichtungen herrschen, aufmerksam gemacht. Die größte Angst der Betroffenen ist die vor der Kindesabnahme. Dieses Szenario ist als Horrorvorstellung oft präsent, und wird auch immer wieder als Grund ins Feld geführt, der erklärt, warum gewisse andere Stellen nicht aufgesucht werden können. Die Angst, dass das Kinder- und Jugendamt eingeschaltet werden könnte, ist bei Eltern groß.

“Und es wird halt, also das ist sozusagen die rassistische Komponente, wobei ich jetzt auch sagen muss, ich habe nie mit Kindesabnahmen im Nicht-Roma-Bereich zu tun gehabt, in meiner persönlichen Erfahrung, weil ich nie in so einem Bereich gearbeitet habe, ja. Aber trotzdem kann ich sagen, es wird einfach alles immer zu Lasten der Eltern interpretiert. Es ist völlig wurscht, was es ist, ja. Wenn die sich einmal entschlossen haben. Ich weiß nicht, ob das bei allen Eltern so ist. (...) Wobei, nein, da kann ich jetzt eine Sozialarbeiterin zitieren, die [Name Kolleg:in], die hat vor der [Name Kolleg:in] bei uns gearbeitet. Und die hat lange im Drogenbereich gearbeitet. und sie hat gesagt, sie hat, wie sie mit drogensüchtigen Müttern gearbeitet hat, hat sie so oft gebeten beim Jugendamt, dass ein Kind abgenommen wird, weil sie das höchstgefährdet gesehen hat. Sie hat gesagt, das war viel, viel schwieriger als einer Roma-Familie das Kind wegzunehmen.” (Expert:inneninterview P, Zeilen 1505 - 1520)

Erzählungen wie diese wurden im Rahmen der Evaluierung häufig angetroffen. Vor allem Sozialarbeiter:innen mit langjährigen Erfahrungen berichten von antiziganistisch/rom:njafeindlich geprägten Vorfällen mit Mitarbeiter:innen der Kinder- und Jugendwohlfahrtsbehörden.

“Also ich habe sehr viel Erfahrung mit MA 11, ich habe viele positive, ich habe leider auch sehr viele negative Erfahrungen. Also ich habe wirklich den Eindruck, ja und das

habe ich auch schon oft angesprochen, dass manchmal Roma-Kinder viel schneller aus den Familien herausgezogen werden, für mich sind die Gründe nicht wirklich nachvollziehbar. (...) Was MA 11 betrifft, da gibt es sehr engagierte Sozialarbeiterinnen, aber es gibt halt wenige mit Migrationshintergrund, aber auch die mit Migrationshintergrund haben bestimmte Vorurteile gegenüber Roma, weil die Roma werden auch in Serbien und Kroatien diskriminiert. Vielleicht auch viel stärker als hier. (...) Ich hatte zum Beispiel mal einen Fall, und da war der Herr [Name ehem. Kollege] noch da und das ist wirklich der erste Fall, wo ich fast-, also wir waren beim Gericht, so weit ist das gegangen, also ich sage nicht, dass diese Roma Familie perfekt war, die Familie hat drei Kinder, das erste Kind hatte Leukämie, war nicht so häufig in der Schule aufgrund seiner Krankheit, die zwei Kinder waren Spender, Bruder und Schwester, und wenn sie was gespendet haben, Knochenmark, dann müssen sie auch oft zuhause bleiben, sie dürfen nicht krank sein. Und die fallführende Sozialarbeiterin hat eine Kindesabnahme bevorzugt, aus Präventionsgründen, weil der Ältere hat die Schule nicht fertig gemacht und diese Gefahr bestehe auch für die Kleinere, obwohl das Kind gesund ist, gut angezogen, gut versorgt war, aber kein regelmäßiger Schulbesuch. Für mich ist das nicht ok, sie hat mit keinem einzigen Wort erwähnt, warum das erste Kind nicht in die Schule gekommen ist, dass er Leukämie, dass er Krebs hatte. Und sie hat sogar geschrieben, dass sie bei uns im Verein angerufen hat und dass der Kollege gesagt hat, nein das Kind hat keine Hilfe in Anspruch genommen, obwohl wir alle Bestätigungen haben. Und dann hat das Gericht entschieden, dass das Kind bei der Familie bleiben soll, und dann hat die Sozialarbeiterin angerufen: Wir kümmern uns um das Kind nicht mehr, wir haben immer so eine gute Kooperation mit ihnen gehabt, aber seit diesem Fall nicht mehr. (...) Es gibt immer diese Fallführenden, und dann gibt es immer dieses Vier-Augen-Prinzip und natürlich, schauen sie mal, also wenn ich jetzt einen Leiter hab, natürlich gibt es einen Leiter, aber wenn ich jetzt so, Sie sind mein Leiter und ich zu ihnen sag: Wissen Sie, das Kind muss raus aus der Familie, natürlich vertraue ich der Sozialarbeiterin und nehme das Kind raus aus der Familie, weil das hängt davon ab, wie ich manche Fälle interpretiere. Wir haben eine Familie, (...) sie ist zwangsverheiratet worden, also ihr Opa hat sie zwangsverheiratet, sie kam in eine Familie, wo sie von allen Familienmitgliedern geschlagen wurde, sie hat glaub ich, innerhalb von 7 Jahren hat sie 7 Kinder bekommen, sie wurde nur schwanger. Sie hatte keine Arbeitspapiere, obwohl er österreichischer Staatsbürger war, aber so kann er sie besser halten, wenn sie die Sprache nicht kann, nicht arbeitet. Und das Jugendamt hat, das war auch so, also, Verdacht dass es vielleicht sexuellen Missbrauch gegenüber der älteren Tochter gibt. Und was haben sie gemacht, sie haben die vier Kinder mit sich mitgenommen, haben sie von ihr genommen und in die Wohngemeinschaft, und das Mädchen, wo der Vater, wo es sexuellen Missbrauch, das haben sie nicht mitgenommen, weil sie zu dem Zeitpunkt keinen geeigneten Platz für sie hatten. (...) Und das ist der Grund, warum sehr viele das Jugendamt nicht als Hilfe erleben. (...) Weil

das spricht sich herum, weil ich hab wirklich sehr tolle Kollegen, so tolle junge Kolleginnen, die sich für die Familien so einsetzen. Die hier bei uns anrufen, sagen, wir haben eine Frau, können sie sie vielleicht besser unterstützen, weil sie halt mit Roma arbeiten, wir brauchen Roma Lernhilfe für ihre Kinder. Die zwanzig Mal hier anrufen und ok, was braucht sie, und sich bemühen, es gibt auch solche. Aber es gibt leider andere und das spricht sich herum, und sehr viele Frauen haben dann Angst auch über ihre Gewalterfahrungen zu berichten, weil sie Angst haben, wenn ich das jetzt anspreche, ist mein Kind weg. (...) Aber wie gesagt, es ist sehr individuell, aber ich würde auf jeden Fall eine verpflichtende Sensibilisierung oder verpflichtende Sensibilisierungs-Workshops für Justiz, für Polizei, für alle Amtlichen..."
(Expert:inneninterview F, Zeilen 742 - 868)

Auch unter den schriftlichen Antworten auf die Expert:innenfragebögen fanden sich etliche, die auf den Rassismus in den Behörden Bezug nahmen, hier beispielsweise die gemeinsame Antwort einer:s Schulmediator:in und einer:s Muttersprachenlehrer:in:

"Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt sollte sich auf jeden Fall verbessern. Das [Name Rom:nja-Verein] und ich hatten einen Fall, den wir vor Gericht hatten, weil die Mitarbeiterin eines Jugendamtes glaubte, dass das Kind besser in einer Pflegefamilie aufgehoben wäre als bei der Familie selber, weil sie Roma waren. Das Gericht hat aber entschieden, dass das Kind in der Familie bleibt, da es keine Gründe gab, das Kind aus der Familie zu nehmen. Viele Institutionen z.B. das Jugendamt, MA40, AMS usw. haben Vorurteile gegenüber Roma. Das hat sich in den letzten Jahren sehr wenig verändert."
(schriftlicher Expert:innenfragebogen E26)

Andere Antworten, wie die der Jugendhilfe St. Pölten, waren besonders unverblümt und illustrierten die abwertende und ignorante Haltung gegenüber der Strategie und ihren Zielgruppen deutlich:

"Für dieses Randthema [die Umsetzung der Strategie, Anm.] ist leider bei uns derzeit keine Zeit. Wir beschäftigen uns mit wichtigeren Problemen." (Jugendhilfe St. Pölten, schriftliche Antwort auf Zusendung des Expert:innenfragebogens)

Ein weiteres Feld, in dem es grundlegender Maßnahmen bedürfte, ist die Ausbildung und Schulung von Polizist:innen in Österreich. Rassismus, Antiziganismus/Rom:njafindlichkeit, Sexismus, die schlechte Behandlung und Kriminalisierung schwacher und marginalisierter Gruppen wie z.B. Obdachloser, Homophobie etc., sind Beispiele der vielen Probleme, die im Kontext der Polizeiarbeit berichtet werden und dokumentiert sind. Auch Kempf-Giefing et al. (2015) kritisieren in einem Beitrag zur medialen Darstellung bettelnder Menschen das Vorgehen der Polizei. Die Autor:innen sind alle selbst in der BettelLobby engagiert, die in ihrer

Arbeit auch Rom:nja unterstützt. Neben häufiger Verletzungen der Rechte von bettelnden und stark armutsbetroffenen Menschen durch Polizist:innen beobachten sie auch eine weitere Aufheizung des rassistischen und antiziganistischen/rom:njafeindlichen öffentlichen Diskurses durch die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei.

“Die Polizei fokussiert in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf Extremfälle und macht der Bevölkerung über die Medien Angst vor bettelnden Menschen und legitimiert damit ihr restriktives Handeln. Begriffe wie ‘Bettelmafia’ oder ‘organisiertes Betteln’ werden von der Polizei unkritisch und verallgemeinernd verwendet.” (ebd., S. 213)

Die Tatsache, dass so viele Menschen vor einer Behörde, die die Menschen vor Kriminalität und Unrecht schützen sollte, eine begründete Angst haben, ist zweifellos ein Problem, auf das die Strategie reagieren sollte. Die von der Strategie genannten Antirassismusveranstaltungen auf freiwilliger Basis sind zwar wichtig und zu begrüßen, reichen jedoch nicht aus, um der ganzen Problematik etwas entgegensetzen zu können. Besonders wichtig ist es, zu betonen, dass Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit unter Polizist:innen verbreitet und eine spezifische Form von Diskriminierung ist, die auch explizit aufgearbeitet werden und Gegenstand von Auseinandersetzung innerhalb von Ausbildungen und Weiterbildung sein sollte. Die Wichtigkeit, den Fokus (auch) auf Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit zu legen, äußert sich z.B. in der Hartnäckigkeit, mit der sich antiziganistische/rom:njafeindliche Stereotype halten, die oftmals mit einer Kriminalisierung der Gruppen auch durch die Beamt:innen selbst einhergehen (z.B. “Bettelmafia”-Narrativ), wie durch die Arbeit von NGOs wie ZARA, der Bettellobby, den Rom:nja-Vereinen etc. bekannt und dokumentiert ist. Für Polizist:innen sollte ein Kriterium für die Ausübung ihres Berufes sein, die für sie geltende Norm, alle Menschen gleich zu behandeln, auch tatsächlich einzuhalten. Fälle von Polizeigewalt und Rechtsextremismus innerhalb der Polizei sind daher mit großer Ernsthaftigkeit und Konsequenz zu verfolgen. Bereits seit 2001 müssen die angehenden Polizist:innen ein dreitägiges Seminar mit der Anti Defamation League absolvieren, in dem sie auf kulturelle Unterschiede und verschiedene Diskriminierungsformen sensibilisiert werden sollen. Durch die Verwobenheit vieler unterschiedlicher Benachteiligungsmechanismen sind außerdem häufig Rom:nja von großer Armut und Obdachlosigkeit betroffen, oder sind in einer Situation, in der sie als Notreisende immer wieder temporär nach Österreich kommen müssen, um dort Geld für sich und ihre Familie zu verdienen, weil sie bspw. in den Herkunftsländern noch stärker marginalisiert und exkludiert sind. So sind Rom:nja nicht nur das Ziel rom:njafeindlicher Handlungen, sondern auch sehr oft den Ressentiments gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen ausgesetzt, die in der Gesellschaft verbreitet sind (z.B. gegen Obdachlose, gegen Menschen, die betteln oder im öffentlichen Raum musizieren bzw. als Fremde etikettierte etc.).

Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit in den Medien

“Antiziganistisch tradierte Bilder von ‘Bettelbanden’ und die Ethnisierung des Bettelns durch Medien und Politik machen die Arbeit der Strategie zunichte, da die Bilder so stark sind und sich als rassistische und antiziganistische Stereotype in den Köpfen der Bevölkerung festsetzen. Es gilt also nicht nur das Selbstbewusstsein der Volksgruppe zu stärken und gegen die Vorurteile in der Bevölkerung anzukämpfen, auch die Politik und die Medien bedürfen Schulungen in puncto Sensibilisierung. Eine einseitige Unterstützung kann nie zu Toleranz und Akzeptanz führen.” (Mitarbeiterin BettelLobby, Wien, Expert:innenfragebogen E21)

Die Stimmen von Rom:nja und ihre Anliegen sind in den Medien generell unterrepräsentiert (vgl. Kempf-Giefing et al. 2015), eine Ausnahme bilden Formate wie die ORF-Volksgruppen-Kanäle, die aber hauptsächlich autochthone Rom:nja repräsentieren. Die mediale Darstellung vor allem von stark armutsbetroffenen Menschen hingegen, die beispielsweise Bettelarbeit nachgehen, ist von antiziganistischen und rassistischen Motiven durchzogen. Die mediale Berichterstattung verkettet Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Menschengruppen und operiert mit Gleichsetzungen, die auf eine Diffamierung abzielen und durch suggestive Rhetorik die Wahrnehmung der Medienkonsument:innen vorstrukturieren. So kommt es zu Ethnisierung von Bettelarbeit und in der Folge zur Konstruktion eines Bedrohungsszenariums von organisierten “Bettelmafias” oder -“clans”, die eine Gefahr für die Ordnung darstellen (ebd.).

Neben diesem ersten Diskursstrang gibt es auch um das Thema Durchreise einen stark diskriminierenden medialen Diskurs. Im März 2022 etwa wurde in einigen Boulevardmedien eine Hetze gegen durchreisende Menschen betrieben. Dabei wurde vor allem das antiziganistische Motiv einer Gruppe von Menschen, die “dreckig” und “unzivilisiert” seien, benützt (*“Durchreiseplatz mutiert in Linz zur Müllhalde”*). Auffallend war dabei, dass die Boulevardmedien, im konkreten Fall die Kronen Zeitung, eine von stereotypen Feindbildern getragene Kampagne der FPÖ gegen die durchreisenden Personen aufgriff (siehe z.B. <https://www.krone.at/2662157>).

In ihrem Kommentar zur Darstellung bettelnder Menschen in den Medien weisen Kempf-Giefing et al. (2015) auf die Wechselwirkung zwischen der medialen Inszenierung und dem politischen Handeln hin. Auch wenn die Berichte in den Medien sich oft als “Lügengeschichten” entpuppen und meist extrem überzeichnet und einseitig sind, üben diese viel Druck auf die politischen Akteur:innen aus. So werden Beispiele einer regelrechten Hetzkampagne gegen bettelnde Menschen in Linz durch die Kronen Zeitung im bereits zitierten Kommentar herangezogen, in der medial Stimmung gegen bettelnde Menschen

gemacht wurde. Diese wurden als gewalttätig, gefährlich und kriminell, sowie als organisiert dargestellt.

“Trotz offensichtlicher Lügengeschichten hatte der mediale Druck auf die PolitikerInnen in diesem Fall direkte Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung. Der Landtag beschloss im Juli 2014 eine Verschärfung des Bettelverbotes durch die Erweiterung um den Tatbestand des ‘gewerbsmäßigen Bettelns’ und die Einführung einer ‘Bettlerkartei’.” (ebd., S. 215)

Und die Autor:innen halten weiters fest:

“Mediale Darstellung, politisches Handeln und die subjektive Wahrnehmung von bettelnden Menschen sind eng miteinander verschränkt. PolitikerInnen machen über die Medien Stimmung gegen bettelnde Menschen und verbreiten Falschinformation, um mit ihren billigen Lösungen - meist Bettelverböten - auf Stimmenfang zu gehen. Auf der anderen Seite gibt es mit der Kronen Zeitung ein Medium, welches mit gezielten Hetzkampagnen Druck auf die Politik ausübt. Dies verursacht ein Bild bettelnder Menschen, welches sie massiv diffamiert und in die Nähe der Kriminalität rückt. Dieses Bild kann als Voraussetzung dafür angesehen werden, dass so breite Teile der Gesellschaft unmenschliche und rechtswidrige Maßnahmen - die Bettelverbote und ihre praktische Umsetzung - gutheißen.” (ebd., S. 215)

Auch im ersten der drei zivilgesellschaftlichen Monitoringberichte, die sich mit der Strategie auseinandersetzen, weisen Irina Spataru und Ferdinand Koller (2018) auf antiziganistische Vorfälle in der Politik hin. Dabei wird ersichtlich, dass die Politiker:innen sich Sprachbildern und Formulierungen bedienen, die bereits durch die Medien bekannt sind und die die potentiellen Wähler:innen schnell zuordnen und aufnehmen können. Die Handlungen der Politiker:innen machen sich also die medial geprägten Begriffe und in den hetzerischen Beiträgen einseitig erzählten oder oftmals schlicht erfundenen Geschichten zu Nutze, um so die von ihnen geforderten oder umgesetzten Maßnahmen zu legitimieren.

“Auf nationaler Ebene kommt es nicht sehr oft zu Vorfällen, an denen PolitikerInnen beteiligt sind. Auf lokaler und regionaler Ebene ist die Situation anders, insbesondere in politischen Debatten über den Umgang armutsbetroffenen (sic) EU-BürgerInnen. Verleumderische, antiziganistisch (sic) Aussagen werden benutzt, um die Verweigerung von Unterstützung bzw. Zwangsräumungsmaßnahmen - wie das Räumen informeller Schlafplätze - oder Bettelverbote zu rechtfertigen. Auf regionaler Ebene sind VertreterInnen anderer politischer Parteien als der FPÖ, insbesondere der ÖVP, noch stärker in diese rassistischen Diskurse eingebunden/aktiv/lautstark im Propagieren dieser. Der Wahlkampf dieser Partei in der Stadt Salzburg im Jahr 2014 nutzte den

rassistischen Topos "organisierte Bettelbanden" als Bezeichnung für verarmte, obdachlose rumänische Familien. Der Landeshauptmann von Vorarlberg, Markus Wallner, erklärte im Dezember 2015, dass keine der Roma-Gruppen in Vorarlberg 'am Erlernen der Sprache interessiert ist, niemand ist an einer wirklichen Integration interessiert, niemand ist wirklich daran interessiert, an der Arbeitswelt teilzunehmen'. Erneut wurden die Roma als nicht integrationswillig und arbeitsunwillig dargestellt. In einigen Fällen verbreiteten die Sozialdemokraten auch rassistische Vorurteile." (Koller/Spataru 2018, S. 9).

Es ist evident, dass sich eine Strategie, die sich das Vorgehen gegen Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit auf die Fahnen schreibt, verpflichtet, aktiv gegen den gewaltsamen und diffamierenden Umgang mit den schwächsten Gruppen in der Gesellschaft vorzugehen. Einerseits bedarf es gezielter Maßnahmen zum Stopp der rassistischen und verhetzenden Berichterstattung, andererseits muss es das Ziel sein, dazu beizutragen, dass kriminalisierende Verordnungen und Gesetze wie Bettelverbote, die Einrichtung von Karteien bettelnder Menschen etc. aufgehoben werden.

Laut dem ersten zivilgesellschaftlichen Strategie-Monitoring-Bericht von Koller/Spataru (2018) gab die Leitung des Roma Contact Point gegenüber den Autor:innen bekannt, dass *"eine Expertengruppe zur Darstellung der Roma in den Medien"* gegründet wurde. *"Ein Forscher der Universität Wien wurde gebeten, eine Umfrage über die mediale Darstellung der Roma durchzuführen, die voraussichtlich 2018 veröffentlicht wird"* (ebd., S.24). Bei dieser "Umfrage" handelt es sich vermutlich um die Studie von Fritz Hausjell (*"Analyse der Medienberichterstattung über Roma und Sinti in österreichischen Medien 1998-2017"*), in der österreichische Medien nach Schlagworten durchsucht wurden. Festgestellt wird, dass wenig über die Situation der Rom:nja berichtet wird, wenn, dann aber negative Konnotationen vorherrschen. Die Studie enthält leider keine Empfehlungen, wie negative Inszenierungen verhindert und die mediale Berichterstattung insgesamt verbessert werden könnte.

Gleichbehandlungsanwaltschaft

Positiv hervorzuheben sind die Veränderungen in der Gleichbehandlungsanwaltschaft über die letzten Jahre. Einerseits wurden die Büros regionalisiert, sodass auch außerhalb Wiens physische Orte existieren, die man aufsuchen kann, wenn man Opfer von Ungleichbehandlung und Diskriminierung wurde. Außerdem gab es immer wieder Kooperationen mit NGOs, sowie Workshops für Rom:nja und Mitarbeiter:innen in Rom:nja-Vereinen u.ä. Auch die Herausgabe des Antiziganismusberichtes von Romano Centro wurde von der Gleichbehandlungsanwaltschaft unterstützt, die auch von ihr dokumentierte Fälle zur Verfügung stellte (Koller/Spataru 2018). Mangelnde Ressourcen sind jedoch auch für die

Gleichbehandlungsanwaltschaft ein Problem, das oftmals gerade die Bearbeitung spezifischerer Probleme und Fälle erschwert (vgl. Expert:inneninterview O). Außerdem ist auch die Gleichbehandlungsanwaltschaft eine öffentliche Stelle, die viele Rom:nja gar nicht erst aufsuchen. Veränderungen wie das Eröffnen regionaler Büros sind ein guter Anfang, um die Anlaufstelle insgesamt niederschwelliger auszugestalten, jedoch gibt es auch hierbei noch einiges zu tun. So ist die Website der Gleichbehandlungsanwaltschaft noch immer nur auf Deutsch und auf Englisch verfügbar. Ein:e Vertreter:in der Gleichbehandlungsanwaltschaft hat im Zuge eines Expert:inneinterviews problematisiert, dass nur sehr wenige Fälle behandelt werden, in denen Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit eine Rolle spielt. Der Grund sei jedoch nicht, dass es wenig Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit gibt, sondern eben der nach wie vor tendenziell hochschwellige Auftritt der Institution und die generelle Skepsis gegenüber öffentlichen Stellen, die ja auch als ein Ergebnis unserer Fragebogenerhebung zum Ausdruck kommt. Hinzu kommt eine Scheu vieler Rom:nja, sich als Rom:nja zu deklarieren, was ebenfalls an diskriminierenden Vorerfahrungen liegt.

“Ich sage immer wieder, solange du dich outest und Nachteile hast, dann ist es schwierig.” (Expert:inneinterview H, Zeilen 434 - 435)

Auch dieser Umstand zeigt, dass Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit eine spezifische Form der Diskriminierung ist, die sich auch spezifisch auf die Betroffenen auswirkt und oftmals intersektionale Diskriminierungssituationen gemeinsam mit anderen Dimensionen, wie Rassismus oder auch Sexismus, hervorbringt. Rom*nja sind im aktuellen Strategieplan der Gleichbehandlungsanwaltschaft nicht explizit genannt, sondern dieser fokussiert auf die Vernetzung mit unterschiedlichen Segmenten der Zivilgesellschaft allgemein. Im Expert:innengespräch mit eine:r Vertreter:in der Gleichbehandlungsanwaltschaft wurde jedoch drauf hingewiesen, dass für die nächste Planperiode vorgesehen sei, die Rom:nja-Zivilgesellschaft konkret anzusprechen, um die Allianzen mit den Vereinen auszubauen. Es wäre zu wünschen, dass aus der Zusammenarbeit zwischen Gleichbehandlungsanwaltschaft und Rom:nja-Vereinen/NGOs eine Wiederaufnahme der Herausgabe der Antiziganismusberichte stattfindet. Auch in anderen Zusammenhängen zeigt sich, wie wichtig ein Monitoring und Sichtbarmachen der Diskriminierungen ist, um Maßnahmen gezielter setzen zu können und das Bewusstsein in der Bevölkerung zu erhöhen.

Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus

“Wie viele Kinder oder Generationen aufgezogen worden sind, die nicht in der Muttersprache erzogen wurden. Das ist genau das, weil man einfach dazu gezwungen worden ist, und da hat sich aber dann trotzdem von der Diskriminierung und von dem Rassismus her nichts geändert. Das ist das. Sie

haben unsere Identität gestohlen oder haben es uns aufgedrängt, ohne dass sich irgendwas ändert. Das war eine Scheinintegration. (...) Sie haben uns irgendwas gestohlen, weggenommen, was uns jetzt total fehlt.“
(Expert:inneninterview H, Zeilen 90 - 97)

Die Erkenntnis, dass viele der Strukturen in Österreich antiziganistisch/rom:njafeindlich sind, legt nahe, dass sich an diesen Strukturen etwas ändern muss, soll die Benachteiligung von Rom:nja in Österreich erfolgreich bekämpft werden. Strukturelle Veränderungen sind umfassend anzulegen und können nicht von einer auf eine spezifische Bevölkerungsgruppe ausgerichtete Strategie alleine ausgehen. Diese kann und muss jedoch wichtige und konsequente Impulse geben, ergänzende Perspektive einfordern, und spezifische Maßnahmen ins Leben rufen und aufrechterhalten. Eine wichtige Grundlage für strukturelle Veränderungen wäre der schon lange angekündigte aber bis heute nicht umgesetzte nationale Aktionsplan gegen Rassismus. Unabdingbar für die Erarbeitung eines solchen Aktionsplanes ist, dass Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit in ihm mitgedacht und -berücksichtigt wird. Schon die Monitoringberichte der Rom:nja-„Zivilgesellschaft“ kritisieren, dass ein solcher Plan noch immer nicht existiert. Wichtig ist, zu betonen, dass ein Aktionsplan für Integration, wie er aktuell existiert, einen Aktionsplan gegen Rassismus nicht ersetzen kann. Nicht nur enthält der Begriff der Integration problematische Implikationen - so unterstellt er, dass Integration eine Leistung der zu Integrierenden und nicht der Gesellschaft ist; auch der Kontext des Aktionsplans für Integration ist ein anderer, da er ein Bestandteil des Migrations- und Integrationsregimes bleibt. Geht es hier um Fragen wie Zuwanderung und Niederlassung, setzt ein Aktionsplan gegen Rassismus am fundamentalen Problem einer Hierarchisierung von Menschen entlang rassifizierender Merkmale an, die auch in den Institutionen der Dominanzgesellschaft verankert ist. Ein Aktionsplan gegen Rassismus richtet sich demnach vor allem auch an die Angehörigen der Dominanzgesellschaft und ihre Institutionen, deren Strukturen aufzubrechen und zu transformieren sind, um eine egalitäre und gerechte Gesellschaft hervorzubringen. Dieser Anspruch wird unter den befragten Expert:innen teilweise sehr nachdrücklich formuliert:

„Es sollte auch dringend der Name „Strategie zur Inklusion“ geändert werden: Es geht nicht darum, Rom_nja zu inkludieren, sondern den Rassismus abzubauen, der zu Exklusion führt. Das Wort „inkludieren“ suggeriert wieder, dass Rom_nja nicht Teil der Europäischen Gesellschaft sind.“ (Vertreter:in Rom:nja Verein, Burgenland, schriftlicher Expert:innenfragebogen E6)

Bildung und Stärkung der Betroffenen

Die Existenz von Gesetzen, Institutionen und Anlaufstellen, die die Betroffenen schützen und unterstützen können, wenn diese Diskriminierung erfahren haben, nützt wenig, wenn diese nicht bei den Betroffenen bekannt sind. Wie die Ergebnisse des Surveys zeigen, wissen ca. 30 Prozent der Befragten nicht, dass es Anlaufstellen zur Meldung von Diskriminierung und Übergriffen gibt. Die Zahl ist höher unter Personen mit niedriger Bildung sowie in Regionen, in denen keine Vereine aktiv sind. Dies unterstreicht zum einen erneut die wichtige Rolle, die NGOs und Vereinen zukommt, da diese oftmals die Träger von Projekten und Veranstaltungen sind, die Menschen über ihre Rechte u.ä. aufklären. Zum anderen betont dies die Notwendigkeit der Maßnahmen im Bereich Ermächtigung.

Ob Personen, die von der Existenz gewisser Anlaufstellen etc. wissen, deren Angebot dann auch tatsächlich nützen, hängt, wie bereits mehrmals beschrieben, auch von Vorerfahrungen und Erwartungshaltungen der Betroffenen ab. Die Situation ist komplex, da der strukturelle und institutionell verfestigte Antiziganismus/die Rom:njafeindlichkeit dazu führt, dass Menschen sich oftmals nicht trauen, sich zu deklarieren und einen Vorfall zu melden. Es ist deshalb wichtig, dass Betroffene mit gutem Gefühl und in Sicherheit Angebote aufsuchen und wahrnehmen. Dies führt vor Augen, wie unabdingbar niederschwellige Anlaufstellen sind, idealerweise auch außerhalb der offiziellen staatlichen Institutionen, die für die Arbeit mit den (auch potentiell) Betroffenen ausreichend Ressourcen haben. Wichtige Organisationen sind dabei nicht nur die Rom:nja-Vereine im Burgenland und in Wien. Ganz besonders gilt es auch jene Initiativen und Vereine zu unterstützen, die von der Strategie bislang kaum oder gar nicht berührt waren, aber wesentliche Arbeit mit (oftmals stark marginalisierten) Betroffenen leisten (z.B. Waldhüttl).

Bereich Bekämpfung der Diskriminierung – Zusammenfassung und Fazit

Der Bereich der Bekämpfung von Diskriminierung hat zwei wichtige Facetten: Einerseits die Stärkung, Bildung und Erweiterung des Handlungsspielraumes der Rom:nja in Österreich, und andererseits die unabdingbare Bewusstseinsbildung, Sensibilisierung und Aufklärung der von Rassismus, Antiziganismus und Rom:njafeindlichkeit geprägten Dominanzgesellschaft. Besonders der zweite Punkt ist für die Erreichung des Zieles einer diskriminierungsfreien Gesellschaft unerlässlich, da die Dominanzgesellschaft die Verantwortung für diskriminierende Strukturen, die imaginierte Andere ausgrenzen, abwerten oder anderweitig benachteiligen, trägt und die Aufgabe wahrnehmen muss, diese zu verändern. Auf Basis der im Laufe der Forschung erhobenen Daten und ausgehend von bereits vorhandenen Studien muss davon ausgegangen werden, dass Antiziganismus als eine spezifische Diskriminierungsform in Österreich auch heute noch eine große Rolle spielt.

Wichtige Ansätze, die dem Antiziganismus/der Rom:njafeindlichkeit in Österreich etwas entgegensetzen können, sind auch durch die Strategie bereits beschlossen und teilweise auch umgesetzt worden. So nahm die Bundesregierung offiziell die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Association von "Antiziganismus" an. Hierbei wird jedoch von einigen Angehörigen der Zielgruppen kritisiert, dass die Wahl des Begriffes "Antiziganismus" und seine Definition top down vorgegeben wurden, von Personen, die selbst keine Erfahrungen mit Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit haben können. Dabei wurden wichtige Punkte nicht zur Diskussion gestellt, wie die Wahl des Begriffes selbst. Der Begriff Antiziganismus ist auch innerhalb der Zielgruppe nicht ganz unumstritten. Im Kapitel findet sich eine detailliertere Auseinandersetzung mit dem Begriff und dem oftmals vorgeschlagenen Alternativbegriff der „Rom:njafeindlichkeit“.

Ein Verständnis, das sich durch die Strategie zieht und das auch in den Expert Recommendations, die nach der internationalen Antiziganismus-Konferenz, die durch den RCP realisiert wurde, veröffentlicht wurden, Niederschlag findet, ist jenes, dass soziale Inklusion in den unterschiedlichen Bereichen nur dann ermöglicht werden kann, wenn der Antiziganismus/die Rom:njafeindlichkeit in den Dominanzgesellschaften maßgeblich reduziert wird. Seit 2017 ist deshalb auch ein Fokus auf den Bereich der Antidiskriminierung innerhalb der Strategie erkennbar. Die Bearbeitung der Problemfelder wird dabei oftmals auf die rein symbolische Ebene ausgelagert, was jedoch den komplexen Problemlagen, die auch materielle Dimensionen mit sich bringen, nur teilweise gerecht werden kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der in den Recommendations thematisiert wird, wäre die Gewährleistung eines systematischen Monitorings von Antiziganismusvorfällen, da so ein Verständnis für dieses Phänomen in der Gesellschaft geschaffen und die Dominanzgesellschaft sensibilisiert würde. Bislang gibt es kein solches Monitoring-Projekt. Der letzte Antiziganismusbericht von Romano Centro wurde 2017 herausgegeben.

Wie die Ergebnisse des Surveys zeigen, sind Behörden und öffentliche Einrichtungen der am häufigsten genannte Kontext, in dem Diskriminierung erfahren wird. Gleichzeitig sind schlechte Erfahrungen mit und Angst vor Behörden der wichtigste Grund, Übergriffe nicht zur Anzeige zu bringen. Es sind besonders die auch in der Strategie am Rand stehenden Gruppen, die diese Erfahrungen häufig teilen: Ältere, Rom:nja mit Migrationsgeschichte und in westlichen Bundesländern. Behörden und öffentlich-rechtliche Einrichtungen auf allen Ebenen haben aus mehreren Gründen eine Schlüsselposition im Kampf gegen Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit inne. Einerseits gibt es unter ihnen welche, die ganz explizit Anlaufstellen für Menschen, die Benachteiligung erfahren haben, sein sollten. Andererseits gibt es Einrichtungen, die Teil des bürokratischen Verwaltungsapparates Österreichs sind und deren Leistungen alle in Österreich lebenden Menschen betreffen. Viele Rom:nja haben eine biographisch und/oder historisch bedingte Skepsis gegenüber diesen Stellen. Aufgrund dieser Vorerfahrungen und begründeten Skepsis sowie aufgrund der vielfältigen Abhängigkeitsverhältnisse der Menschen von Behörden und Ämtern, ist es besonders wichtig, die Menschen, die in diesen Einrichtungen tätig sind, auf alle möglichen Diskriminierungsformen zu sensibilisieren und antirassistisch auszubilden. Das findet bislang nicht flächendeckend oder systematisch statt, auch sind die Schulungen, wo es sie gibt, meist

auf Freiwilligkeit beruhende Zusatzangebote. Wichtig wären verpflichtende Formate, die auf Antiziganismus sensibilisieren und die alle Personen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, absolvieren müssen, sowie die Verankerung einer Auseinandersetzung mit Antiziganismus in den Lehrplänen in allen Bildungseinrichtungen Österreichs.

Wie im Kapitel gezeigt wird, findet sich Antiziganismus nicht nur in den Behörden wie der Polizei, den Bildungseinrichtungen oder -direktionen und den Magistratsabteilungen und kommunalen Verwaltungseinheiten wie der Kinder- und Jugendhilfe oder der Wiener MA35. Selbst in Verwaltungseinheiten, die explizit mit den Themen der Strategie betraut sind, wie dem Roma Contact Point oder der Europäischen Kommission finden sich Spuren von Antiziganismus. Die Stereotype und die Prozesse des Otherings, die dabei zum Tragen kommen, sind tief in die Strukturen unserer Gesellschaft eingeschrieben und bedürfen einer ehrlichen und kritischen Auseinandersetzung in *allen* Bereichen der Gesellschaft. Zudem liegt auch im Bereich Medien Handlungsbedarf: Diese haben oftmals die Funktion eines Katalysators, der die vorhandenen diskriminierenden Vorurteile und Mechanismen verstärkt und weiter im kollektiven Bewusstsein verankert. Besonders die Dynamiken, die sich zwischen Lokalpolitiker:innen und Boulevardmedien ergeben, wodurch regelrechte Hetzkampagnen gegen Rom:nja bzw. als Rom:nja wahrgenommene Personen entstehen, sind gefährliche Entwicklungen, gegen die bedingungslos vorgegangen werden müsste.

GEDENKEN UND ERINNERUNG

“Lange Zeit gab es in Österreich keine historische Auseinandersetzung mit dem rassistischen Genozid an Roma, im Gegenteil: Die als ‘[Z-Wort] und Fahrende’ stigmatisierten Menschen blieben nach 1945 an den gesellschaftlichen Rand gedrängt und von KZ-Entschädigungen ausgeschlossen. Die eigene ethnische Identität zu verheimlichen war Ausdruck anhaltender Diskriminierung nach Kriegsende. Für diese vom NS-Holocaust extrem traumatisierte Gruppe war es aufgrund lang tradierter Vorurteile in der Mehrheitsbevölkerung - verbunden mit anhaltendem Misstrauen, Abwehrhaltung und Schikanen von Seiten der Politik und Behörden - jahrzehntelang besonders schwierig, über die Vergangenheit zu sprechen. Schweigen diente als Selbstschutz.” (Hussl/Eder-Jordan 2018, S. 62)

Ein Bereich, der eng mit der Bekämpfung von Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit zusammenhängt, ist der von Gedenken, Geschichte und Erinnerung. Die Sichtbarkeit von Rom:nja in den historischen Erzählungen, die kollektive Bewusstwerdung über eine Geschichte, in der alle sichtbar sind und einen Platz haben, und die reflektierte Gestaltung der öffentlichen Erinnerungskultur und des öffentlichen Gedenkens an die vielen Ungerechtigkeiten, Grausamkeiten und Verbrechen, die den Rom:nja widerfahren sind, bilden wichtige Grundpfeiler für ein Zusammenleben in der Gegenwart, das nicht auf Ausgrenzung und Diskriminierung beruht. Besonders wichtig sind dabei zwei Punkte. Erstens gibt es auch für die Rom:nja, die in Österreich leben, nicht eine einzige Geschichte, die pauschal erzählt werden kann. Zweitens können die Geschichten der Rom:nja nicht isoliert erzählt werden, sondern müssen als Teil einer gemeinsamen Geschichte, die uns alle betrifft, behandelt werden (vgl. Expert:inneinterview H).

“Ich denke mir die Gesellschaft - die jetzige Gesellschaft - ist eben, was die Geschichte war” (ebd., Zeilen 767 - 768)

In der Strategie wird dem Punkt der Erinnerung und des Gedenkens keine große Aufmerksamkeit geschenkt. Lediglich im Bereich “Stärkung der Zivilgesellschaft” ist eine angestrebte Maßnahme die “Schaffung von adäquaten Stätten der Erinnerung an den Völkermord der Roma und Sinti in Europa”, und der Bildungsbereich schließt auch die Förderung von Initiativen und Projekten mit ein, die historische Bildung (v.a. zum Holocaust) betreiben. Der 2. August (seit 2015 europäischer Holocaust-Gedenktag für Rom:nja und Sinti:zze) soll nach einem Antrag der Regierungsparteien ÖVP und Grüne auch in Österreich offizieller Gedenktag werden. Wie in vielen Bereichen gehen die Initiativen auch im Bereich Gedenken und Erinnerung oftmals von engagierten Einzelpersonen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen aus, die sich persönlich dafür einsetzen, dass Rom:nja

einen Platz in der Erinnerungskultur in Österreich haben, vor allem in Bezug auf das Gedenken der Opfer des Porajmos. Natürlich lassen sich die Geschichten der Rom:nja in Europa nicht auf die Erfahrung der Verfolgung und Vernichtung in der Nazizeit reduzieren. Gerade für die Stärkung der Rom:nja in der österreichischen Gesellschaft und der unterschiedlichen Romani-Gruppen wäre das Ziel wichtig, ihre Geschichte(n) und Erinnerung(en) als vielschichtigen Erfahrungszusammenhang zu erzählen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dazu zählt etwa die Vorgeschichte des Porajmos wie auch die Kontinuität von Abwertung und Stigmatisierung nach dem 2. Weltkrieg. Zugleich kann so verhindert werden, dass die Geschichte der Rom:nja nicht zu einem isolierten Strang ohne Bezug zum größeren historischen Kontext wird.

Die Stärkung einer Gruppe von Menschen kann maßgeblich durch die Bewusstwerdung und Reflexion ihrer Vergangenheit(en) begünstigt werden. Die Strategie hat den Anspruch, alle Rom:nja, die sich in Österreich aufhalten, zu adressieren. Dies konfrontiert alle, die in diesem Bereich tätig sind, mit der Aufforderung, die unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungshorizonte kennenzulernen und mit zu berücksichtigen.

**

Die Perspektive der Zielgruppen XIV: Einsichten der Fragebogenerhebung zum Stellenwert von Wissen um die Geschichte der Rom:nja in Österreich

Unter den Befragten herrscht Konsens, dass mehr Wissen über Rom:nja eines der großen Ziele der Strategie sein sollte: 86% der Befragten unterstützen diese Auffassung und damit verbunden Maßnahmen, mit dem Ziel, den überwiegend dürftigen Wissens- und Informationsstand über Rom:nja in der österreichischen Gesellschaft zu verbessern.

Gleichzeitig erachten es viele Befragte als notwendig, nicht nur in die Dominanzgesellschaft hinein zu wirken, sondern auch die verschiedenen Gruppen und Communities der Rom:nja anzusprechen, um das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit auch in generationsübergreifenden Zusammenhängen zu stärken: Danach gefragt, welche Inhalte an die nachkommenden Generationen weitergegeben werden sollen, äußern 70% der Befragten, dass es unbedingt darum gehen müsse, das Selbstbewusstsein als Rom weiterzugeben. 62% der Befragten erachten das Wissen um die Geschichte der Rom:nja als unbedingt notwendigen Inhalt der generationsübergreifenden Transmission, gleich viel Unterstützung erhält das Thema

Weitergabe der Sprache. Etwas weniger Resonanz findet die Weitergabe von Tradition und Brauchtum, das von 49% der Befragten als unbedingt notwendig angesehen wird. Alles in allem, so zeigen die Daten, stellt für 52% der Befragten die Weitergabe von Inhalten der Gruppenzugehörigkeit einen zentralen Wert in der generationsübergreifenden Kommunikation dar.

Bedeutung hat die Frage der generationsübergreifenden Weitergabe von Inhalten kollektiver Identität nicht zuletzt für das Zugehörigkeitsempfinden, auch im Sinne eines Bekenntnisses zur eigenen Gruppe, der man angehört. Zwischen der Frage der Weitergabe und der Gruppenzugehörigkeit besteht ein enger Zusammenhang. Vereine bilden dabei wichtige Scharniere: Sie vermitteln Wissen, organisieren Aktivitäten und Veranstaltungen, schaffen Öffentlichkeit und Sichtbarkeit und agieren auf diese Weise vor allem auch als Träger kollektiver Erinnerungskultur und Zugehörigkeit.

**

Projekte: Information und Bildung über die Geschichte(n) der Rom:nja

In Österreich gibt es einige Projekte, die explizit Ausschnitte der Geschichten der Rom:nja behandeln, oder Ausschnitte der Geschichten der Rom:nja in bereits bestehende Bildungsinitiativen etc. integrieren. Vor allem die Plattform [_erinnern.at_](#) ist einerseits selbst daran beteiligt, andererseits eine wichtige Multiplikatorin für Initiativen in dem Bereich. Besonders wirksam sind Initiativen dann, wenn diese nicht isoliert dastehen, sondern den Anspruch verfolgen, eine gemeinsame Geschichte vielfältiger zu machen, anstatt Narrative ohne Auswirkungen auf die Hauptstränge der erzählten Geschichten zu präsentieren. Die bestehenden Projekte verfolgen vor allem die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien, was ein sehr wichtiger Punkt ist. Die historische Bildung und die Vermeidung der Marginalisierung gewisser Personengruppen in den Geschichtserzählungen sollte früh gefördert werden, und zwar flächendeckend und systematisch. Inwiefern diese Bildung der Kinder und Jugendlichen aber flächendeckend und systematisch passiert, lässt sich nicht sagen. Anstatt den Status von Zusatzmaterial zu haben, wäre es notwendig, dass die Inhalte, die in Projekten von u.a. [_erinnern.at_](#), im Zuge der Ausstellung *Romane Thana*, auf www.weitererzählen.at oder in der Sonderausgabe von Zentrum Polis aufbereitet wurden, auch verpflichtet unterrichtet werden müssen. Ein wichtiges Ziel wäre, dass es nicht mehr von einzelnen engagierten und sensibilisierten Lehrpersonen abhängt, ob in der Schule die Geschichten der Rom:nja in den Unterricht integriert werden. Diese sollten einen selbstverständlichen Platz in den Ausbildungsformaten haben, und zwar in ihrer Vielfalt und Diversität und als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft, und nicht als stereotypisierte "Andere".

Strukturell gesehen gibt es in Österreich generell sehr wenige Orte, an denen kritische Geschichtswissenschaft mit dem Anspruch, die Bürger:innen niederschwellig zu informieren

und weiterzubilden, betrieben wird. Umso wichtiger sind Ausstellungen in Museen in ganz Österreich und die Förderung der bestehenden Initiativen und Einrichtungen, wie erinnern.at und das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, aber auch rom:njaspezifischer Einrichtungen, die die Geschichte(n) der Rom:nja in Österreich aufarbeiten wie u.a. der KV Roma in Wien oder das Roma-Service und die Roma VHS im Burgenland.

Denkmäler und Erinnerungsstätten

Es gibt in Österreich vereinzelt Initiativen, die Erinnerungs- und Gedenkarbeit leisten, so beispielsweise im Burgenland, wo engagierte Personen und Einrichtungen sich schon seit Jahrzehnten, und oftmals erfolgreich, für die Errichtung von Erinnerungsstätten und Denkmälern einsetzen. Das erste Mahnmal in Europa für im Nationalsozialismus verfolgte und ermordete Rom:nja wurde 1984 in Lackenbach im Burgenland errichtet.

Im Zuge von Gedenk- und Erinnerungsinitiativen wird jedoch auch immer wieder deutlich, mit wie viel Widerstand aus der Mehrheitsbevölkerung diese Bestrebungen noch immer verbunden sind. Auch Erika Thurner erinnert sich kritisch an den Tag der Einweihung des ersten Mahnmales in Lackenbach:

“Dankesworte für die Opfer sprach der Wiener Sinto Josef Fojn. Die aus vielen Teilen Österreichs und aus Wien angereisten Roma hat der Umstand, dass sie in der Begrüßung des Bürgermeisters als Letzte und mit “Liebe [Z-Wort]” angesprochen wurden, kaum gestört. Dass aber sogar an diesem Tag Gastwirte in Lackenbach und Umgebung (mit Ausnahme von jenem Restaurant, in dem die geladenen Gäste tafelten) sich abweisend zeigten und Roma sogar den Zutritt verweigerten, sorgte für nachhaltige Empörung. Alles Gründe dafür, dass weitere Aktivitäten folgten.” (Thurner 2011, S. 102)

In Kemetten im Südburgenland konnte erst 2022, nach jahrzehntelanger Überzeugungsarbeit, ein Denkmal umgesetzt werden (erinnern.at 2022). Expert:innen erzählten immer wieder von den Rückschlägen und Anfeindungen, denen die Gedenkinitiativen ausgesetzt waren und sind.

“In Rohrbrunn, ich weiß nicht, ob Ihnen das bekannt ist, (...) da haben wir einen Baum gesetzt, das war mit der Direktorin abgesprochen. Ihr Vater war Widerstandskämpfer, auch für die Roma. Und die Leute haben den Baum nicht stehen lassen, den kleinen. Das ist symbolisch nur. (...) Kemetten ist das beste Beispiel. Da haben Sie eine Gemeinderatsabstimmung gehabt und insgesamt einundzwanzig Stimmen waren es. Vierzehn waren dagegen und die sieben waren dafür. Begründung vom Bürgermeister,

dass er noch so viele Leute hat, welche die Nazigedanken haben. Das kommt von einem Bürgermeister.“ (Expert:inneninterview H, Zeilen 1355 - 1368)

Auch die Beschädigung von Denkmälern, wie die beschriebene Zerstörung des Baumes im obigen Zitat, kommt immer wieder vor. Im März 2020 wurde ein Denkmal in Salzburg sehr schwer beschädigt (erinnern.at 2020).

Darüberhinaus gibt es kein zentrales Denkmal in Österreich, das allen Rom:nja gedenkt, die Opfer des Porajmos wurden. Begrüßenswert ist eine noch junge Initiative, die diesen Umstand bald geändert sehen will. Die Initiative wird von einem breiten Zusammenschluss unterschiedlicher Rom:nja-Organisationen getragen und hat ein Positionspapier mit Empfehlungen zur Errichtung des Denkmals in Wien verfasst. Sowohl Vereine, die v.a. autochthone Rom:nja repräsentieren, als auch Organisationen, die auch explizit sowohl autochthone als auch allochthone Rom:nja vertreten (wie die HÖR), sind Teil der Initiative. Gleichzeitig ist dieser Vorstoß auch eine Möglichkeit, dass die Politik sich klar dazu positioniert und unterstützend agiert, ohne dass den Rom:nja die Deutungshoheit über die Umsetzung des Projektes entzogen wird (romblog.net 2022).

Das Positionspapier (2022) fasst zusammen, was ein Gedenkort für die verfolgten und ermordeten Rom:nja leisten müsste. In den Forderungen spiegeln sich wichtige Fragen, die eine progressive Gedenk- und Erinnerungspolitik, auch im Rahmen der Strategie, bearbeiten sollte. Gleichzeitig gehen sie über ein bloßes Gedenken und Erinnern hinaus und zeigen nochmals die Verwobenheit verschiedener Bereiche und die Wichtigkeit ihrer gemeinsamen Bearbeitung auf.

“[1] Ort des Wissens & der Information: Bekämpfung von verzerrter Information & Fake News durch kollaborative Medienarbeit in einem Medienzentrum, das digitale Medienproduktion auch für junge Menschen ermöglicht

*[2] Ort der Stärkung der Kapazitäten der Communities: Professionalisierungs-Angebote für/von Vertreter*innen der Community im Bereich der Selbstorganisation, NGO- Leadership und Medienkompetenz*

*[3] Ort des Vertrauens und der Sicherheit: Der Gedenkort kann erweitert werden im Sinne eines Safe Space zur Umsetzung der Angebote an die junge Generation der Roma Communities sowie im Besonderen an Mädchen und Frauen oder weitere von multipler Diskriminierung betroffene Rom*nja und Sinti*zze*

[4] Ort der Archivierung von Wissensbeständen: Ein zentrales Dokumentationsarchiv sowie die regelmäßige Organisation des internationalen Holocaust Gedenktages (2. August) könnten hier einen Ort finden – ebenso wie begleitende Informations- und Kollaborations- Angebote im Sinne der transkulturellen Verbindung, Versöhnung und Heilung.

[5] Ort der Unterstützung von Opfern des Antiziganismus: Ein Fonds für Opfer von Antiziganismus und Hassverbrechen (z.B. zur Deckung von juristischen Kosten zur Gegenwehr), könnte ein ergänzendes in Kooperation mit bereits bestehenden Angeboten sein. Eine Kooperation mit dem Antiziganismusbericht ist erwünscht

*[6] Ort für die Erhaltung von Sprache und Tradition sowie deren Entwicklung durch die Produktion von Kunst und Kultur, - sowohl für historische als auch kontemporäre Themenstellungen.“ (Vertreter*innen der Rom*nja und Sinti*zze in Österreich 2022, S. 3)*

Bereich Gedenken und Erinnerung – Zusammenfassung und Fazit

Der Bereich Erinnerung und Gedenken verknüpft Aspekte von Bildungsarbeit und Wissensvermittlung mit der Bekämpfung von Rom:njafindlichkeit und Fragen der kollektiven Identität von Rom:nja in Österreich. Dass die Strategie diesem Bereich bislang eher geringe Aufmerksamkeit geschenkt hat, ist insofern bemerkenswert, da Rom:nja in der offiziellen Erinnerungskultur nach wie vor keinen anerkannten Platz einnehmen, auch in Bezug auf den Porajmos, den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus. Gerade für die Stärkung der Rom:nja in der österreichischen Gesellschaft und der unterschiedlichen Romani-Gruppen wäre es wichtig, ihre Geschichte(n) und Erinnerung(en) als vielschichtigen Erfahrungszusammenhang zu erzählen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dazu zählt die Vorgeschichte des Porajmos ebenso wie auch die Kontinuität von Abwertung und Stigmatisierung nach dem 2. Weltkrieg. Zugleich kann so verhindert werden, dass die Geschichte der Rom:nja nicht zu einem isolierten Strang ohne Bezug zum größeren historischen Kontext wird. Die Wahrnehmung und Anerkennung der Geschichte der Rom:nja ist ein zentraler Bestandteil einer gesellschaftlichen Inklusion und sollte in der Zukunft in der Strategie entsprechenden Niederschlag finden. Der Survey unterstreicht in diesem Zusammenhang die Bedeutung kollektiven Gedenkens und der Weitergabe von Erinnerungen an nachfolgende Generationen für das kollektive Selbstbewusstsein und als Bestandteil eines lebendigen gemeinschaftlichen Lebens in den verschiedenen Communities.

ZUKUNFT DER STRATEGIE

Die Perspektive der Zielgruppen XV: Verbesserungsvorschläge und Forderungen

Zum Abschluss des Survey unter knapp 400 Rom:nja in ganz Österreich nahmen viele Befragte noch die Einladung wahr, auf zwei offen formulierte Fragen zu antworten, die Gelegenheit gaben, Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation der Rom:nja, auch in Hinblick auf die Weiterführung der Strategie einzubringen. Die zahlreichen Ideen und Vorschläge, die gegen Ende der Befragung noch eingebracht wurden - und oftmals der Beginn für weiterführende, längere Gespräche waren - dokumentieren die Leidenschaft und das Engagement der Teilnehmer:innen für sozial gerechtere und bessere Lebensbedingungen von Rom:nja in Österreich. Im Folgenden eine Zusammenstellung der eingebrachten Themen, Vorschläge und Forderungen:

Bekämpfung von Diskriminierung und Rom:njafeindlichkeit

Ein von vielen angesprochenes Thema bezieht sich auf die Erfahrung der Diskriminierung und Ausgrenzung von Rom:nja, woraus sich als zentrale Forderung an die Strategie die aktive Bekämpfung von Diskriminierung von rom:njafeindlichen Vorurteilen ableitet. Konkret vorgeschlagen werden zum einen verpflichtende Antidiskriminierungsworkshops für Mitarbeiter:innen in Institutionen und Behörden, insbesondere Polizei, Jugendwohlfahrt, Arbeitsmarkt, Bildungssektor etc. Antidiskriminierungsworkshops sollen dazu beitragen, Rom:njafeindlichkeit/Antiziganismus aktiv aufzubrechen und einzudämmen. Zum anderen wird eine konsequentere gerichtliche Verfolgung und Bestrafung von Diskriminierung und Rassismus gefordert. Thematisiert wird schließlich der oftmals geringe Informationsstand unter den Betroffenen, speziell in den westlichen Bundesländern, wo es an Vereinen und anderen Formen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation fehlt. Immer wieder wurde schließlich der Wunsch nach Bekämpfung von Hass im Netz und damit verbundene wirkungsvolle Strafen gefordert.

Vermehrte rom:njaspezifische Projekte an Schulen könnten laut der Zielgruppe auch aktiv zur Eindämmung von Antiziganismus und Sensibilisierung sowie Aufklärung über Tradition, Geschichte und Brauchtum beitragen. Auch ungezwungene Zusammenkünfte sowie gemeinsame kulturelle Veranstaltungen zwischen Rom:nja und Nicht-Rom:nja könnten laut Angaben der Zielgruppe zu einem konstruktiven Abbau von Vorurteilen und einer Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung beitragen.

Empowerment und Stärkung des Selbstbewusstseins und der Rom:nja Kultur(en)

Eine nicht unbedeutende Zahl der Befragten sprach sich im Survey für den Erhalt und die Pflege von Sprache und Kultur aus. in Kombination mit Romanes Sprachkursen würde

sich vor allem die jüngere Generation der Befragten Angebote zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Rom:nja-Identität wünschen. Eine zentrale Forderung, die im Zusammenhang verschiedener Themenbereiche formuliert wurde, ist die Schaffung von offenen und niederschweligen Räumen für Zusammenkünfte und Austausch. Sowohl innerhalb der Communities als auch im Austausch mit der Mehrheitsbevölkerung, würden Räume die Möglichkeit für Vernetzung, Sichtbarkeit und das Empowerment von Rom:nja verbessern. Befragte, die außerhalb von Wien und dem Burgenland leben, beklagen besonders häufig das Fehlen von Räumen, was für ihre gesellschaftliche Präsenz und Teilhabe, aber auch das Praktizieren und Zeigen ihrer Zugehörigkeit hinderlich ist. Räume helfen, die gesellschaftliche Randstellung, in der sich viele Rom:nja befinden und die das Zugehörigkeitsempfinden schwächt, zu überwinden.

Verbesserung der Bildung von Rom:nja

Eine Erweiterung und der regionale Ausbau der bereits bestehenden Bildungsprojekte wie der Lernbetreuung und der Schulmediation in Wien sowie der außerschulischen Lernbetreuung im Burgenland wäre für viele Befragte eine Notwendigkeit. Auch hier kamen immer wieder die regionalen Bedürfnisse und damit verbundene Problemlagen zur Sprache. Auch wenn es z.B. im Burgenland eine außerschulische Lernbetreuung für Rom:nja Kinder gibt, ist dieses Angebot, in vollem Ausmaß, nur auf die Stadt Oberwart beschränkt. Auch die Forderung nach mehr muttersprachlichen Lehrkräften in Wien und nach einer dauerhaften, ganzjährigen Finanzierung der Schulmediator:innen wird an die Strategie herangetragen. Kritisiert werden die fehlenden Möglichkeiten, in Bildungseinrichtungen Romanes lernen zu können, aber auch von gratis Deutschkursen und speziellen Bildungsprojekten für Frauen.

Eine eher allgemeine Forderung bezieht sich auf die Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln, um die nötigen Maßnahmen auch umsetzen zu können. Andere Befragte wiederum bringen eine Wiedergutmachung der jahrzehntelangen Ausgrenzung im Bildungsbereich in Spiel. So wurden im Burgenland in den Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den ersten Vereinsgründungen in den späten 1980er Jahren die meisten Kinder aus Rom:nja-Familien willkürlich in die Sonderschule abgeschoben. Und obwohl sie dort ihre Schulpflicht erfüllten und nachweislich 8 bzw. 9 Jahre die Bildungseinrichtungen besuchten, blieben sie Analphabeten. Dieser Umstand lässt sich auf die diskriminierende Willkür des Lehrpersonals zurückführen. Rom:nja mussten während der Schulzeit das Brennholz für die Lehrkräfte aufarbeiten oder andere schwere körperliche Arbeiten verrichten. Einige dieser "Opfer" fordern nun als Wiedergutmachung gratis Alphabetisierungskurse.

Soziale Arbeit, Sozialhilfe

Notschlafstellen für Rom:nja, vor allem für frisch zugewanderte und Rom:nja auf der Durchreise wären für viele eine sofortige und unbürokratische Hilfe. Aufgrund von jahrelanger, ja teilweise sogar lebenslanger Diskriminierung, Rassismus und womöglich Traumata aus früheren Kriegserlebnissen von zugewanderten Rom:nja aus Kriegsgebieten wurden von Befragten auch psychische Probleme genannt. Für diese ist

die Schaffung von niederschwelliger, gleichwohl professioneller Hilfe und Unterstützung notwendig. Für Rom:nja, die über einen niedrigen Bildungsstand verfügen und dadurch weniger verdienen oder keiner Arbeit nachgehen können, ist das verfügbare Familieneinkommen selten ausreichend. Die betroffenen Familien stehen meist mit Hilfsorganisationen wie Caritas oder Volkshilfe in Kontakt, doch auch deren beschränkte Ressourcen wie einmalige Aushilfen oder Lebensmittelgutscheine tragen zu keiner langfristigen Verbesserung der Situationen der Rom:nja bei. Unbürokratische Soforthilfe in schweren Lebenslagen gepaart mit ganzheitlicher Sozialberatung für Rom:nja und einer daraus resultierenden Hilfe zur Selbsthilfe, im Idealfall durchgeführt von Rom:nja Organisationen selbst und keiner staatlichen Einrichtung, würde von der Zielgruppe verstärkt in Anspruch genommen werden.

Im Anschluss an die Interviewführung, aber auch in Gespräche nebenher, die sich zwischen Interviewer:innen und Zielgruppe entwickelten, äußerten einige Befragte Zweifel, ob sie innerhalb bestehender Hilfsorganisation und bei Inanspruchnahme dieser, als gleichwertige Klienten angesehen werden.

Fehlende soziale Absicherung führt bekanntlich auch zu Einschränkungen in allen anderen Lebenslagen. Beispiel: Wenn wenig bis gar kein Geld in einem Haushalt, in dem auch schulpflichtige Kinder leben, vorhanden ist, kann aufgrund von finanzieller Knappheit kein Essensgeld ausbezahlt oder kein Schulmaterial angeschafft werden. Um diese Tatsache nicht öffentlich kundtun zu müssen, und dadurch womöglich noch mehr Diskriminierung ausgesetzt zu sein, werden die schulpflichtigen Kinder nicht in die Schule geschickt.

*Förderung der Rom*nja-Jugend*

Die meisten der befragten Rom:nja Jugendlichen, die von der Möglichkeit zur Beantwortung der offenen Fragen Gebrauch machten, sprachen sich einheitlich für eine Art Jugendzentrum oder einen offenen Raum für Rom:nja Jugendliche aus. Mehr Veranstaltungen und Aktivitäten, die gezielt auf Rom:nja Jugendliche ausgerichtet sind, würden dabei einen wichtigen Beitrag zur Identitätsfindung und Rom:nja Zugehörigkeit leisten. Aufklärungsworkshops sowie Antisidkriminierungstrainings für Rom:nja selbst, Sprachkurse, aber auch belanglose, ungezwungene Zusammenkünfte zwischen Rom:nja Jugendlichen und jungen Menschen der Mehrheitsbevölkerung würden von der Zielgruppe begrüßt und angenommen werden.

Unter den älteren Befragten merkten viele an, dass der Fokus der Inklusionsstrategie stärker auf die "jungen Rom:nja" ausgerichtet sein sollte, damit sie es einmal besser haben als die Generationen vor ihnen.

Gesellschaftliche Teilhabe, Gleichberechtigung, Rechte

Die Erhöhung der politischen Teilhabe war nicht nur bei der Befragung der Zielgruppe eine zentrale Nennung, sondern wurde auch von vielen Expert:innen als wichtiger Schritt in Richtung Inklusion vernommen und gefordert. Bei den befragten Rom:nja wurde die

politische Teilhabe aber meist in Zusammenhang mit der Beobachtung eines fehlenden Interesses der Politik den Rom:nja gegenüber zur Sprache gebracht.

“Politiker sollten sich das ganze Jahr über für Roma einsetzen und nicht nur anlässlich eines Gedenktages oder schöne Reden zum internationalen Romatag schwingen”, formuliert ein Roma im Rahmen des Interviews.

Die Partizipation, die aktive und aktivierende Einbindung von Rom*nja muss in allen Bereichen und Ebenen stattfinden. Es wäre durchaus möglich, in allen staatlichen Einrichtungen, Behörden, Ämter und Institutionen qualifizierte Rom:nja einzustellen. Nicht nur für den Zeitraum von geförderten Projekten und/oder Maßnahmen, sondern dauerhaft. Eingebracht wurde auch, dass die Einbeziehung von Rom:nja in die Planung und Umsetzung von Projekten, Maßnahmen und Strategien in allen Phasen passieren müsse.

*Sichtbarkeit in der Gesellschaft und der Geschichte, Wissen über Rom*nja in der Mehrheitsbevölkerung*

Es gibt den ORF Burgenland mit einer sehr minimalen Sendefläche für Rom:njaformate in Audio, TV und Web. Diese werden aber ausschließlich aufgrund des autochthonen Territoriums von den Burgenland Rom:nja genutzt. Auch zweckgebundene Medienförderungen im Bundeskanzleramt stehen nur autochthonen Rom:nja Gruppen zur Verfügung. Der mediale Fokus richtet sich hier zum Großteil auf die Regionen Burgenland und Wien. Zwar werden in der Berichterstattung auch Anliegen und Probleme der allochthonen Rom:nja aufgezeigt, eine aktive Einbindung bzw. Mitarbeit oder gar Projektverantwortung gibt es nicht. Demzufolge werden die Inhalte, die in Romanes veröffentlicht werden, nahezu ausschließlich im verschriftlichten Burgenland Romani gesendet oder publiziert. Aufgrund der Diversität, die auch die Sprache kennzeichnet, forderten die interviewten Roma, auch deren Dialekte zu berücksichtigen. Da Medien ein wirkungsvolles Instrument sowohl zur Bekämpfung als auch zur Schaffung von Vorurteilen und Stereotypen sind, muss ihre Nutzung optimal genutzt und erweitert werden.

Um die Sichtbarkeit der Rom:nja zu erhöhen bzw. in bereits Bestehendem zu manifestieren, braucht es eine grundlegende und ausreichende Förderung der Gedenkarbeit. Ein auf Rom:nja ausgerichtetes Museum und Gedenkhaus würde zur Sensibilisierung der Mehrheitsbevölkerung beitragen sowie zur Stärkung der eigenen Identität bei der Zielgruppe. Die Friedhofspflege bereits vergessener und teils namenloser Gräber jener Rom:nja, die den Parajmos und die Nachkriegszeit nicht überlebten, könnte von den Angehörigen der Zielgruppe selber vorgenommen werden. Damit würde ein Teil Gedenkarbeit geleistet werden in Kombination mit der Aufarbeitung der eigenen Geschichte.

Mehr Aufklärungsarbeit zur Geschichte und der aktuellen Situation der Rom:nja muss verstärkt in den öffentlichen Bildungseinrichtungen vorgenommen werden. Bereits in den Primär- und Sekundarbereichen muss eine Ausweitung bzw. Einführung von

rom:njaspezifischer Geschichte und Teilhabe stattfinden und verpflichtend auf dem Stundenplan stehen. Außerdem ist eine Anpassung der Geschichtsbücher um den Nationalsozialismus und dessen Auswirkungen auf die Rom:nja längst überfällig. Die Angehörigen der Zielgruppe empfinden die aktuell verwendeten Unterrichtsmaterialien zum Teil recht diskriminierend. Ihrer Ansicht nach werden Rom:nja selbst dort, im Gegensatz zu anderen von den Nazis verfolgten und ermordeten Gruppen nur als eine nicht besonders nennenswerte Fußnote abgetan.

Regionale Bedarfslagen

Dass eine Rom:nja Selbstorganisation auch in den Bundesländer außerhalb von Wien und dem Burgenland ein wichtiger Schritt in Richtung einer flächendeckenden Inklusion wäre, empfinden nicht nur Rom:nja aus den benachteiligten Gebieten, sondern fordern auch viele ExpertInnen sowie autochthone Rom:nja.

Mit einer sogenannten Selbstorganisation sind nicht zwingend geförderte Vereine und Zentren wie im Burgenland und Wien gemeint. Vielmehr fehlt es einfach an Sichtbarkeit und der Möglichkeit zur Unterstützung der Rom:nja im Alltag. Als bestes Beispiel dafür kann man das Projekt Waldhüttl in Innsbruck anführen. Hier finden bereits seit etlichen Jahren Rom:nja, die zum Teil auf der Durchreise sind oder als Erntehelfer auf bestimmte Zeit nach Österreich kommen, Unterkunft und Verpflegung. Die Einrichtung steht aber auch beratend bei Sozialfragen und privaten Problemen zur Seite. Auch der kulturelle Aspekt der Zusammengehörigkeit und der Sichtbarkeit kommt in den jährlich organisierten Roma Bällen und Festen nicht zu kurz.

Auch bei der Durchführung des Survey unter Angehörigen der Zielgruppe erwies sich einmal mehr, wie schwierig es ist, Ansprechpartner:innen (vorzugsweise mit Rom:nja Zugehörigkeit) zu finden. Ein umfangreiches, österreichweites Netzwerk an selbstorganisierter Rom:nja VertreterInnen und AktivistInnen wäre für alle von großem Vorteil.

Förderung von Rom:nja am Arbeitsmarkt

Niederschwellige Beschäftigungsprojekte, welchen den arbeitslosen Rom:nja auch nachhaltig helfen und die gleichzeitig auch eine umfangreiche Sozial- und Bildungsberatung beinhalten, wurden von vielen Rom:nja gefordert. Ein früheres "Equal-Projekt" mit den Namen "mri buti - meine Arbeit" wurde oft als positives Beispiel angeführt und wird noch heute von Teilnehmer:innen sowie Projektmitarbeiter:innen als äußerst gelungen empfunden. Abstimmung der individuellen Bedürfnisse sowie Qualifikationen und Anerkennung informell in Arbeitsmarktprojekten erlernter *soft skills* könnte einigen arbeitslosen Rom:nja die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern bzw. sichern. Um der Diskriminierung am Arbeitsmarkt und einer womöglich sogar vorangegangenen Einstellungsabsage bei Bewerbungen aufgrund der Ethnizität zu vermeiden, wurde der Wunsch nach härteren, aber auch leichter umsetzbaren Strafen für Betriebe geäußert. Generell schreckt der langwierige Prozess einer Anzeige bei Diskriminierung die Geschädigten von den damit verbundenen, teils problematischen

und sehr bürokratischen Vorgehensweisen ab. Vermehrte Kooperationen mit Bildungsträgern und Einrichtungen sollen auch abseits von geförderten Projekten und Maßnahmen partizipative Arbeitsverhältnisse für Rom:nja schaffen. Bei etlichen vorangegangenen ESF Projekten wurden einige Schlüsselpositionen von Rom:nja besetzt; eine Weiterführung der Dienstverhältnisse nach Beendigung der Förderperioden war aber in den wenigsten Fällen zu beobachten. Dieser Umstand erweckt bei der Zielgruppe den Eindruck, dass große Sozialträger durchaus auf Fördergelder aus ESF geförderten Strategieprojekten angewiesen sind, nach Beendigung der Projekte und/oder Maßnahmen für die Rom:nja jedoch keine weitere Verwendung in ihrer Organisation oder Betrieben haben.

Besonderes Augenmerk muss laut Hinweisen aus westlichen Bundesländern auf die Erntehelfer und Tagelöhner gerichtet werden, die aus dem Ausland für befristete Zeit in Österreich arbeiten. Sie sind kaum bis gar nicht kranken- und sozialversichert, arbeiten quasi rund um die Uhr auf den Feldern und werden mit einem Hungerlohn abgespeist.

*Wünsche an Rom*nja-Vereine und Organisationen, Projektarbeit*

Dort, wo es keine Rom:nja Zivilgesellschaft, Vereine und Organisationen gibt, ist der Wunsch danach sehr dringlich. Und in den Regionen, in denen es welche gibt, fallen die Meinungen der Zielgruppe dazu unterschiedlich aus. Nicht immer und überall wird die Arbeit der Rom:nja Vereine als zielführend erachtet. Fehlende Transparenz der Einrichtungen und immer mehr schwindendes Interesse daran, mit und für die Zielgruppe zu arbeiten, sind kritische Anmerkungen, die die Befragung zum Vorschein brachte. Den Vereinen wird mitunter vorgeworfen, dass sie mit zunehmender Bekanntheit und zweckgebundenen Förderungen Niederschwelligkeit gegen Abhängigkeit und Wohlwollen den Geldgebern gegenüber tauschen. Kritisch wurden auch die vermehrt wahrgenommenen "Familienbesetzungen" in den Rom:nja Vereinen bewertet; aber auch die Instrumentalisierung von Nicht-Rom:nja, die Roma Vereine führen und/oder in welchen beschäftigt sind und hauptsächlich für die Mehrheitsbevölkerung arbeiten, wurde von Befragten als kontraproduktiv erachtet.

Offenlegung der Finanzen und ein verstärkter, physischer Dialog sowie die Einbindung der Zielgruppe in die aktive Vereinsgestaltung könnten hier eventuell den Abbau von Vorurteilen und eine positive Einstellung zu Vereinen und Organisationen fördern.

"Vereine und AktivistInnen arbeiten alle im Halbdunkeln", formuliert ein Befragter.

Dennoch muss auch festgehalten werden, dass sehr viele Informationen an die Zielgruppe über Vereine und deren Arbeit und Wirken, wie z.B. Vereinszeitschriften, Medienformate usw. weitergeleitet werden. Doch auch öffentliche Einrichtungen sehen die Rom:nja Vereine und Organisationen als gut funktionierende Bindeglieder zwischen der Zielgruppe der Rom:nja und den Einrichtungen wie Behörden, Schulen etc.

Angebot und Projekte für Kinder, Verbesserung der Situation der Kinder

Bereits im Kleinkindalter soll den Rom:nja Kindern die Möglichkeit gegeben werden, sich ohne Angst vor Diskriminierung und Rassismus als Angehörige der Zielgruppe deklarieren zu können. Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung den Rom:nja gegenüber kann durchaus bereits im Kindergarten bzw. der Grundschule passieren. Ungezwungene, auf Kinder ausgerichtete Freizeitprojekte bzw. Zusammenkünfte zwischen Rom*nja und Nicht-Rom*nja-Kindern könnten ein vorurteilsfreies Miteinander fördern.

Von der Rom:nja Zivilgesellschaft und den Vereinen wünschen sich die befragten Rom:nja mehr Unterstützung im Kampf gegen Kinderarmut, aber auch generell mehr Angebote, die speziell auf die jüngsten der Zielgruppe ausgerichtet sind. Diese reichen von Freizeitaktivitäten wie z.B. Ausflüge und Wanderungen bis hin zu Kinderbetreuung.

Verbesserung der Wohnsituation

Vor allem aus den Großstädten Wien und Salzburg kamen vermehrte Forderungen nach leistbaren Wohnungen für Rom:nja. Immer wieder wurden von den Befragten Erfahrungsberichte geschildert, in denen sie von den teils aussichtslosen und verzweifelten Versuchen berichten, eine günstige, eventuell sogar Sozial- oder Gemeindewohnung zu bekommen. Vielerorts ist es noch immer gang und gebe, dass Vermieter:innen und/oder auch Nachbar:innen nicht gewillt sind, eine Wohnung an Rom:nja zu vermieten, bzw. neben Rom:nja wohnen zu wollen. Teilweise wurden auch Vorfälle geschildert, in denen auch Gemeinden und Stadtverwaltungen eine Wohnungsvergabe an Rom:nja verhinderten.

Gerade bei solch fundamentalen Grundrechten und deren Missachtung müsste die Inklusionsstrategie nachhaltige Verbesserungsansätze entwickeln bzw. mittragen und nicht als Themenschwerpunkt aus der Strategie streichen. Auch die Probleme an öffentlichen Stellplätzen für durchreisende Rom:nja bedürfen einer intensiveren Betrachtung. Immer wieder kommt es auf Rastplätzen und Camping Stellplätzen zu Diffamierung der Unterkunft suchenden Rom:nja. Teilweise werden sie sogar polizeilich von den öffentlichen Stellplätzen vertrieben. Mediation und Konfliktmanagement bei Nachbarschaftsstreit aufgrund diverser kultureller Bräuche und Tradition könnten potentielle Eskalationen in multikulturellen Wohngebieten abfedern.

Verbesserung der Situation und gesellschaftlichen Anerkennung der Jenischen in Österreich

Bessere Vernetzung und Anerkennung der Jenischen als Minderheit in Österreich/ Europa. Den Bildungsgrad der Mehrheitsbevölkerung im Hinblick auf das Wissen über Jenische erhöhen, um auf „Augenhöhe“ zu kommunizieren.

*Förderung von Rom*nja-Organisationen und -Projekten*

Es braucht mehr finanzielle Förderungen für Rom*nja-Organisationen und Vereine; speziell für kleinere und vor allem allochthone Vereine. Zahlenmäßig leben in Österreich weit mehr allochthone Rom:nja als autochthone und diese würden mit einer fest

verankerten Basisförderung womöglich weit mehr Angehörige der Zielgruppe erreichen, als es die autochthon geförderten Vereine tun. Ein generelles Problem, welches in allen Bereichen auftritt, ist die Abwicklung der hochschwelligen Förderstruktur. Von der Antragstellung bis hin zur Förderabrechnung wurde immer wieder auf die komplizierten und mitunter auch nicht nachvollziehbaren Förder- und Finanzmechanismen der Geldgeber und Förderer verwiesen. In einigen Fällen mussten aufgrund der Komplexität der Förderabwicklungen und der damit verbundenen Finanzgebarung ganze Projekte eingestellt werden und sogar Vereine aufgelassen werden. Von vielen Rom:nja Expert:innen und Aktivist:innen kam daher der eindringliche Wunsch nach unterstützender Hilfestellung bei Förderabwicklungen und einem niederschwelligeren Zugang zu Projektfinanzierungen.

Bei den Interviews der Feldstudie gingen die Meinungen der befragten Rom:nja rund zu den Themen "Rom:na Vereine, Zivilgesellschaft, Projekte und Förderungen" stark auseinander. Befürwortet ein Teil der Befragten die finanzierte Vereinsarbeit und damit verbundene Projekte und wünscht sich sogar einen Ausbau dessen, so sehr kritisiert sie der andere Teil und würde demnach sogar eine Schließung der Vereine begrüßen.

Empowerment von Romnja

Die Notwendigkeit der Gründung von Frauenvereinen wurde oft zur Sprache gebracht. Dass es aber bereits in Wien einen Verein gibt, der sich speziell an Frauen richtet (Vivaro), wissen die wenigsten. Dieser setzt sich niederschwellig und unbürokratisch für hauptsächlich in Wien lebende allochthone Rom:nja Frauen und Mädchen ein. Generelles Empowerment von Romnja in den einzelnen Strategie Schwerpunkten muss kontinuierlich umgesetzt und forciert werden. Die Besetzung von relevanten Positionen in der Rom:nja Zivilgesellschaft muss verstärkt auf Rom:nja Frauen abzielen (Volksgruppenbeirat). Das Aufbrechen von patriarchalischen Strukturen und das Ende von Zwangsehen ist für eine Inklusion an der gesellschaftlichen Teilhabe unerlässlich.

Gesundheitsbereich

Besserer Zugang zur medizinischen Versorgung muss vor allem für durchreisende Rom:nja sichergestellt sein. Aufgrund von nicht unbedeutenden Vorfällen von Diskriminierung im Gesundheitsbereich stehen die Angehörige der Zielgruppe, vor allem allochthone Rom:nja, dem Gesundheitswesen recht skeptisch gegenüber. Sprachliche Barrieren erschweren mitunter die Annahme des vollen Ausmaßes des Gesundheitsbereiches. Zugewanderte Rom:nja äußerten vereinzelt den Wunsch, mit Angehörige mitversichert sein zu können. Die Corona Pandemie hat der Entwicklung der Rom:nja in vielen Bereichen einen Einbruch beschert.

Behörden und Bürokratie

Ein Großteil der in Wien lebenden allochthonen Rom:nja, die nicht über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügen, wünschen sich mehr Unterstützung durch die zuständigen Magistratsabteilungen und eine Erleichterung bei der Beschaffung von Dokumenten und Aufenthaltstiteln. Hierfür würden sich eventuell Sozialarbeiter:innen

oder Multiplikator:nnen als behördliche Begleitung eignen. Zudem sollten, um auf Behörden und Ämter nicht mit Diskriminierung und Rassismus konfrontiert zu werden, deren Mitarbeiter:innen verpflichtet werden, an Workshops zum Thema Antiziganismus/Rom:njafeindlichkeit teilzunehmen.

Erhöhung der Nachhaltigkeit von Maßnahmen

Die Nachhaltigkeit von Projekten muss auf lange Sicht für die breite Masse der Zielgruppe der Rom:nja sichergestellt werden. Projekte, Aktivitäten und Abläufe müssen verstetigt und institutionalisiert werden.

Mehr Informationen über Maßnahmen, Projekte, Strategie, Angebote

Generell bedarf es eines besseren Informationsflusses und nachvollziehbarer Transparenz der Projekte und Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation der in Österreich lebender Rom:nja beitragen sollen. Die Informationen müssen aber auch niederschwellig und mehrsprachig an die Rom:nja weitergeleitet werden. Die Schaffung von neuen Informationskanälen könnte dieses Defizit ausgleichen.

*Stärkung und Unterstützung älterer Rom*nja*

Mit der aktualisierten Schwerpunktthemensetzung zu Empowerment der Rom:nja Jugend und Rom:nja Frauen und der damit in den Hintergrund gerückten Thematik der Gesundheit kam es auch quasi automatisch zu einer Vernachlässigung der älteren Rom:nja. Gezielte Aktivitäten und Projekte für ältere Rom:nja wurden von den Befragten ebenso gefordert wie mehr unbürokratische und schnelle Hilfe, etwa im Zusammenhang mit dem Ausfüllen von Pensionsanträgen oder bei der Befreiung von Rezeptgebühren.

**

Fazit und Schlussfolgerungen („blinde Flecken“)

Die zahlreichen Rückmeldungen, die am Schluss des Survey noch eingebracht wurden, unterstreichen, für wie notwendig die Strategie von den Angehörigen der Zielgruppen erachtet wird. Eine große Mehrzahl der Befragten äußerte sich explizit positiv zur Existenz einer Strategie und begrüßt die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen. Gleichzeitig melden sich aber auch kritische Stimmen zu Wort: Diese betreffen sowohl die Sinnhaftigkeit der Strategie generell als auch Themen, die bislang noch zu wenig Beachtung finden.

Mit der Implementierung der „Strategie zur Inklusion der Rom:nja in Österreich“ wurde eine Entwicklung fortgeschrieben, die mit dem Kampf um die Anerkennung der österreichischen Rom:na als Volksgruppe erstmals an die Institutionen der Republik herangetragen wurde. Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, die 1995, zwei Jahre nach der offiziellen Anerkennung der Rom:nja als sechste Volksgruppe, erfolgte, gewinnt das Thema universeller

Grundrechte auch im Zusammenhang mit Minderheit und Migration an Bedeutung. Es dauerte zwar noch bis April 2011, bis die Europäische Kommission den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Rom:nja verabschiedete; das diesem zugrundeliegende Verständnis von Inklusion, das auch für die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtend war, geht jedoch über das bisher in Österreich herrschende Selbstverständnis autochthoner Minderheiten als Adressat:innen von gezielten Politiken hinaus. Mit der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom:nja in Österreich verpflichtet sich die Republik zur Entwicklung von Maßnahmen zur Erhöhung der gesellschaftlichen Teilhabe aller in Österreich lebenden Rom:nja ungeachtet ihrer Herkunft und Volksgruppenzugehörigkeit. Die seitdem von der Strategie gesetzten Schritte orientierten sich an diesem Verständnis. Dazu zählen die Dialogplattform, die durch den Europäischen Sozialfonds finanzierten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojekte, die im Rahmen der Strategie in Auftrag gegebenen Studien oder die Übernahme der Antiziganismus-Definition der IHRA sowie die Finanzierung von Veranstaltungen wie etwa der internationalen Konferenz zum Thema Antiziganismus, aber auch zahlreiche Maßnahmen, die in die Strategie integriert wurden, von Vereinen jedoch schon teilweise lange zuvor etabliert wurden. Die Strategie hat im Laufe der Jahre sicherlich dazu beigetragen, die bereits mit der Anerkennung der Volksgruppe begonnene Institutionalisierung der Anliegen der Rom:nja weiterzutreiben. Gleichzeitig wurden die Schwerpunkte der Strategie auch verändert. Darin spiegelt sich eine Flexibilität in der Umsetzung der Strategie, auch wenn diese Veränderungen nicht auf Basis fundierter Information eingeleitet wurden.

In den Zusammenfassungen der Ausführungen zu den einzelnen Handlungsfeldern, ergänzt um die Vorschläge der Befragten, liefert dieser Bericht vielfältige Hinweise auf Problemfelder, blinde Flecken, aber auch Potentiale der Strategie. Diese sollen, ohne sie im Detail aufzuzählen, in Hinblick auf die Schlüsse, die sich daraus für die Zukunft der Strategie ziehen lassen, im Folgenden nochmals kurz besprochen werden. Einige dieser Schlussfolgerungen sind sehr grundlegender Natur und berühren das Selbstverständnis der Strategie an sich; andere betreffen die von der Strategie bearbeiteten Bereiche und Themen, die bislang unterbelichtet waren, andere fokussieren auf die Umsetzung, sind also eher praktischer Art.

Zu den grundlegenden Problemen, die im Zuge der Evaluierung der Strategie zutage getreten sind, zählen jene, die mit ihrem theoretischen Ansatz, ihrer Philosophie zu tun haben: Partizipation, Nachhaltigkeit, Ermächtigung, Inklusion, Transparenz sind große, starke Begriffe, die sich im Konkreten mit Leben füllen und bewähren müssen. Die Studie hat klar gemacht, dass gerade in ihrem großen Anspruch die Strategie sich die Frage gefallen lassen muss, warum sie die an sie geknüpften Erwartungen bislang nur partiell einzulösen imstande war. Besonders deutlich wird dies, wie gezeigt wurde, am Beispiel des Kriteriums der Partizipation - über die Adressierung von Personen aus den Zielgruppen und ihre Einbeziehung in Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen hinaus sollte es dabei ja immer auch um ihre

aktive Beteiligung an der Entwicklung und Konzeptualisierung dieser Aktivitäten und der ihr zugrundeliegenden Programmatik, einschließlich des Konzepts von Partizipation selbst, gehen. In ähnlicher Weise gilt dies auch für die anderen genannten Kriterien. Wie die Studie zeigt, sind dafür vor allem Gründe maßgebend, die mit der Anlage und Architektur der Strategie zu tun haben. So verweist die Tatsache, dass die Strategie in der Zielgruppe nur wenig, aber auch im Feld der institutionellen Akteur:innen nur punktuell bekannt ist, auf begrenzte Ressourcen der für die Umsetzung zuständigen Behörde.

Der Erfolg der Strategie, so ein Ergebnis der Evaluierung, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die es erlaubt, die verschiedenen Zielgruppen direkt anzusprechen und zugleich die zuständigen institutionellen Akteur:innen zu mobilisieren und zu vernetzen. Die Dialogplattform wird in diesem Zusammenhang positiv erwähnt; sie ist jedoch hochschwellig und die Teilnahme daran voraussetzungsreich. Weitere strukturelle Barrieren betreffen die systematische Ost-West-Differenz – die Tatsache, dass es Rom:nja Vereine nur in Burgenland und in Wien gibt, trägt dazu bei, dass Rom:nja in den westlichen Bundesländern weniger gut erreichbar sind; die Trennung in autochthone und allochthone Rom:nja – die Strategie adressiert zwar alle in Österreich lebenden Rom:nja, die Ausweitung der Volksgruppe auf die zugewanderten Rom:nja ist jedoch definitiv nicht ihr Ziel, was die Trennlinie reproduziert und verstetigt; die gesellschaftliche Randstellung – die Strategie verfolgt zwar das Ziel einer vollständigen gleichberechtigten Teilhabe aller Rom:nja in Österreich, die tief verankerte Rom:njafindlichkeit, aber auch die große Armut in manchen Gruppen begünstigen soziale Ausschließung, auch als Folge des Nichthandelns und Desinteresses relevanter Akteur:innen, auch sind manche Gruppen wie Notreisende oder Bettelarbeiter:innen explizit nicht adressiert; der Mangel an gesicherten Datengrundlagen – die Strategie antwortet auf das verfassungsmäßig verbriefte Prinzip der Bekenntnisfreiheit, das die statistische Erfassung von ethnischen Merkmalen untersagt, mit einem sozialwissenschaftlichen Ansatz, der jedoch viel zu zurückhaltend und, in Hinblick auf die Maßnahmenentwicklung, noch zu wenig konsequent umgesetzt wird.

Die Ergebnisse der Evaluierung unterstreichen die Relevanz der aktuellen Handlungsbereiche der Strategie und die Notwendigkeit, in diesen konsequent weiterzuarbeiten; kritisch gesehen wird die Verschiebung in den Schwerpunktsetzungen, wodurch Themen wie Wohnen und Gesundheit in den Hintergrund gerückt wurden, obwohl diese, wie die Evaluierung deutlich macht, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den bislang wenig fokussierten Themen wie Armut und materielle Lebensbedingungen, Älterwerden, die Situation der Jenischen, aber auch Armutsmigration und Notreisende von zentraler Relevanz sind. Gerade weil die Strategie sich am Prinzip der Inklusion orientiert, ist es wichtig, die unterschiedlichsten Gruppen und Lebensrealitäten einzubeziehen, ohne eine Bewertung oder Hierarchisierung vorzunehmen; vielmehr wird es in Zukunft darum gehen, dass sich die Strategie verstärkt das Zusammenspiel und Ineinandergreifen der für die Lebenschancen relevanten Merkmale, den sogenannten

intersektionalen Ansatz, in den Blick nimmt. Besonders bedeutsam ist dies, wenn Maßnahmen und Aktivitäten auf die Stärkung der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit abzielen.

Es gibt zahlreiche Aktivitäten und Maßnahmen, die sich bewähren, sei es im Bereich Arbeitsmarktklusion, Bildungsarbeit oder Bekämpfung von Diskriminierung. Was im Zuge der Evaluierung deutlich wurde, ist, dass Programme so organisiert sein müssen, dass sie von den Vereinen, die für ihre Umsetzung verantwortlich sind, bewältigbar sind. Stichworte sind *capacity building*, klar geregelte Zuständigkeiten, transparente Entscheidungsabläufe. Wichtig wird zudem sein, die sektorale Zergliederung, die sich auch in den Handlungsfeldern der Strategie wiederfindet, aufzubrechen und vernetzte, ganzheitliche Zugangsweisen zu etablieren, die den komplexen Lebensrealitäten und Bedarfslagen angemessen sind. Eine Schlüsselfrage ist freilich, ob es gelingt, Maßnahmen, die sich bewähren, aus dem Projektmodus herauszubringen, nachhaltig abzusichern und zu verallgemeinern, wie dies für die seit vielen Jahren erfolgreich durchgeführten, finanziell jedoch extrem prekären Maßnahmen wie Rom:nja-Schulmediation oder Lernhilfe gefordert wird. Die Liste der an die Strategie gerichteten Erwartungen im Bereich Bildung ist lang und umfasst neben Maßnahmen im Bereich der Förderung der Schüler:innen auch die Ausarbeitung neuer Schulmaterialien, Mehrsprachigkeit und Romanes-Unterricht sowie insbesondere auch notwendige Maßnahmen im Bereich der Lehrer:innenaus- und fortbildung.

Viele Themen, die bislang von der Strategie nicht oder nur am Rande aufgegriffen und bearbeitet wurden, wie etwa im Bereich Gesundheit, Wohnen, Armut, aber auch Mehrsprachigkeit, haben einen Gender-Bezug und unterstreichen auch in dieser Hinsicht die Bedeutung und Notwendigkeit von Ansätzen und Maßnahmen, die die Ermächtigung der Frauen zum Ziel haben, womit auch die patriarchalen Strukturen in den Communities selbst angesprochen sind. Wie sich im Zuge der Evaluierung herausgestellt hat, wäre es verkürzt, Ermächtigung, wie die Strategie es tut, hauptsächlich mit Weiterqualifizierung und Professionalisierung gleichzusetzen. So wichtig dieser Anspruch nicht zuletzt auch in Hinblick auf die Tätigkeit der Vereine ist, darf nicht übersehen werden, dass es für die Zielgruppen nur dann zur Ermächtigung kommen kann, wenn sie von Beginn an am Aufbau von Strukturen beteiligt sind. Darüber hinaus muss mehr für Strukturen getan werden, die als Voraussetzung für Ermächtigung angesehen werden können. Dazu zählen die von vielen vorgebrachte Forderung nach Räumen. Das Thema der Räume ist auch deshalb so wichtig, weil es sich um eine extrem niederschwellige Maßnahme handelt, die es Beteiligten ermöglicht, sich über Erfahrungen und Bedürfnisse auszutauschen, als Romni hervorzutreten, gemeinschaftliche Anliegen zu formulieren. Auch hier stellt sich die Notwendigkeit, die Verfügbarkeit über Räume finanziell sicherzustellen und nachhaltig abzusichern.

Um die großen gesellschaftspolitischen Ziele, die von der Strategie bemüht werden, wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe, konsequent durchzusetzen, bedarf es einer konsequenten Bekämpfung der Benachteiligungen, sei es in Bezug auf die Sicherung der materiellen Existenzgrundlagen oder in Hinblick auf den Abbau von Vorurteilen, Rassismen und Diskriminierungen. Wie die Evaluierung nachdrücklich zeigt, muss die Bekämpfung von Diskriminierung einem doppelten Ansatz verpflichtet sein: Einerseits verfolgt sie das Ziel einer Stärkung, Bildung und Erweiterung des Handlungsspielraumes der Rom:nja; andererseits betreibt sie Bewusstseinsbildung, Sensibilisierung und Aufklärung der von Rassismus, Antiziganismus und Rom:njafeindlichkeit tief durchdrungenen Dominanzgesellschaft. Es geht also gleichzeitig um eine radikale Veränderung der Dominanzgesellschaft, die Verantwortung für diskriminierende Strukturen, die imaginierte Andere ausgrenzen, abwerten oder anderweitig benachteiligen, trägt; und um eine Stärkung der individuellen und kollektiven Handlungsmacht der Zielgruppen, die Rom:nja in die Lage setzt, die eigenen Anliegen und Interessen hörbar zu machen und durchzusetzen und sich gegen Anfeindungen zur Wehr zu setzen. Die Ergebnisse der Evaluierung betonen in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Erinnerungsarbeit und des kollektiven Gedächtnisses, in der Generationenfolge in den Rom:nja-Familien, aber auch im Spannungsfeld der Erinnerungspolitik. Spätestens hier wird erkennbar, dass sich die Zukunft der Strategie an der Frage der Repräsentanz entscheidet: Die Verankerung von Rom:nja in Politik, Verwaltung, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, nicht zuletzt in jenen Strukturen, die über die Umsetzung der Strategie bestimmen, ist der bestimmende Maßstab für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Strategie.

Literatur und Quellen

Literatur und Internetquellen

Bettelobby. Website, www.bettelobby.at.

BJA Österreich. Roma-Strategie. Website,
<https://www.bundestanzleramt.gv.at/themen/volkgruppen/roma-strategie.html>.

BJA. Nationaler Aktionsplan Integration. Website,
<https://www.bundestanzleramt.gv.at/agenda/integration/nationaler-aktionsplan.html>.

BJA. 2016. Kommentare und Rückmeldung der Nationalen Roma Kontaktstelle an die Teilnehmenden. [https://www.bundestanzleramt.gv.at/dam/jcr:d588c1e8-b88f-4620-81fc-bbf34a05a371/Kommentare%20und%20R%C3%BCckmeldung%20an%20die%20Teilnehmenden.pdf2016\(?\)](https://www.bundestanzleramt.gv.at/dam/jcr:d588c1e8-b88f-4620-81fc-bbf34a05a371/Kommentare%20und%20R%C3%BCckmeldung%20an%20die%20Teilnehmenden.pdf2016(?)).

BJA. 2016b. Ergebnisse der Online-Umfrage der Nationalen Roma Kontaktstelle.
<https://www.bundestanzleramt.gv.at/dam/jcr:2c6fa63f-8c55-46e6-b03d-388375353d36/Ergebnisse%20der%20Online-Umfrage%20der%20Nationalen%20Roma%20Kontaktstelle.pdf>.

BJA. 2017. EU Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich.

BJA. 2018/19. Fortschrittsbericht NRIS. Wien.

BJA. 2019. Conference on Anti-Gypsyism. How to address anti-Gypsyism in a post-2020 EU Roma Framework? Expert recommendations.
<https://www.bundestanzleramt.gv.at/dam/jcr:e4dd0a8e-99d5-4f6d-b382-05db80ad96c0/Conference%20on%20anti-Gypsyism%20%E2%80%93%20How%20to%20address%20anti-Gypsyism%20in%20a%20post-2020%20EU%20Roma%20Framework%20%E2%80%93%20Expert%20rec.pdf>.

BJA. 2020. Fortschrittsbericht NRIS. Wien.

BJA. 2020b. Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024. Wien.

Eder-Jordan, Beate und Hussl, Elisabeth. 2018. Gesellschaftsverändernde Potentiale von Wissenschaft - Kritische Forschung und Lehre zur Situation von Roma und Romnja, Sinti und Sintize in Österreich. In: Liebhart, Karin und Weiss, Alexandra (Hg.). Spuren des Widerständigen. Forschung für Emanzipation und Demokratie. Eine Festschrift für Erika Thurner. S. 59-82.

End, Markus. 2015. Was ist Antiziganismus? In: Härle et al (Hg.). Romane Thana. Orte der Roma und Sinti. Eine Kooperation von Wien Museum, Landesmuseum Burgenland, Initiative Minderheiten, Romano Centro. Katalog zur Ausstellung. Wien: Czernin. S. 35-37.

erinnern.at. Website, <https://www.erinnern.at/>.

erinnern.at. 2020. Denkmal für ermordete Roma und Sinti in Salzburg beschädigt. https://www.erinnern.at/themen/e_bibliothek/roma/denkmal-fuer-ermordete-roma-und-sinti-in-salzburg-beschaedigt.

erinnern.at. 2021. Was ist Antiziganismus? IHRA und ihre 34 Mitgliedsstaaten nehmen Arbeitsdefinition von Antiziganismus an. https://www.erinnern.at/themen/e_bibliothek/was-ist-antiziganismus-ihra-und-ihre-34-mitgliedsstaaten-nehmen-arbeitsdefinition-von-antiziganismus.

erinnern.at. 2022. Gedenkstätte in Kemeten eingeweiht. <https://www.erinnern.at/bundeslaender/burgenland/artikel/gedenkstaette-in-kemeten-ingeweiht>.

Fink, Marcel. 2011. Promoting Social Inclusion of Roma. A Study of National Policies. Austria.

FRA (European Union Agency for Fundamental Rights). 2012. The Situation of Roma in 11 Member States. Luxembourg: Publications Office of the European Union. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/2099-FRA-2012-Roma-at-a-glance_EN.pdf

FRA (European Union Agency for Fundamental Rights). 2016. Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Roma – Selected findings. Luxembourg: Publications Office of the European Union. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2016-eu-minorities-survey-roma-selected-findings_en.pdf

FRA (European Union Agency for Fundamental Rights). 2018. Transition from education to employment of young Roma in nine EU Member States. Luxembourg: Publications Office of the European Union. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-eu-midis-ii-roma-transition-education-employment_en.pdf

FRA (European Union Agency for Fundamental Rights). 2019. Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Roma Women in nine EU Member States. Luxembourg: Publications Office of the European Union. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2019-eu-minorities-survey-roma-women_en.pdf

FRA (European Union Agency for Fundamental Rights). 2020. Roma and Travellers in Six Countries. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2021-roma-travellers-survey-technical-report_en.pdf

Fremlova, Lucie. 2022. Queer Roma. New York: Routledge.

Geser-Engleitner, Erika. 2016. Bettelnde Notreisende in Vorarlberg. Eine empirische Untersuchung. Amt der Vorarlberger Landesregierung (Hg.).

Gouma, Assimina. 2020. Der muttersprachliche Unterricht in Österreich. Statistische Auswertung für das Schuljahr 2018/19. In: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (Hg.). Informationsblätter zum Thema Migration und Schule, Nr. 5/2020. Wien.

Grosinger-Spiss, Elisabeth M. 2015. Jenische in Tirol. In: Thurner, Erika, Hussl, Elisabeth und Eder-Jordan, Beate (Hg.). Roma und Travellers. Identitäten im Wandel. Innsbruck: innsbruck university press. S. 267-280.

Härle, Andrea, Kogoj, Cornelia, Schwarz, Werner Michael, Weese, Michael und Winkler, Susanne (Hg.). 2015. Romane Thana. Orte der Roma und Sinti. Eine Kooperation von Wien Museum, Landesmuseum Burgenland, Initiative Minderheiten, Romano Centro. Katalog zur Ausstellung. Wien: Czernin.

Hausjell, Fritz. 2017. Analyse der Medienberichterstattung über Roma und Sinti in österreichischen Medien 1998-2017.

Hawlik, Rainer, 2016. Monolingualität und Nation: Die Institution Schule in der Migrationsgesellschaft. In: Erziehung und Unterricht, 11-12/2016, S. 917-921.

Hohengasser, Verena, Peschek, Simone und Stadler, Felix. 2021. Soziale Ungleichheit im Klassenzimmer. In: Sandner, Günther und Ginner, Boris (Hg.). Emanzipatorische Bildung. Wege aus der sozialen Ungleichheit. Wien: Mandelbaum. S. 101-113.

Horvath, Gilda-Nancy. 2015. #Webrom2014 - Roma Digital Identities. Das Internet als Romano Than/Ort der Roma. In: Härle et al (Hg.). Romane Thana. Orte der Roma und Sinti. Eine Kooperation von Wien Museum, Landesmuseum Burgenland, Initiative Minderheiten, Romano Centro. Katalog zur Ausstellung. Wien: Czernin. S. 30-34.

Jenisch. Website des Vereins Jenische in Österreich, <https://www.jenische-oesterreich.at/jenisch/>

Karoly, Miriam. 2019. Montioringsbericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der österreichischen Roma-Integrationsstrategie. Blinde Flecken in der Roma-Inklusionspolitik. Erstellt im Rahmen des Pilotprojekts „Roma Civil Monitor - Capacity-building for Roma civil society and strengthening its involvement in the monitoring of National Roma Integration Strategies“ (für die Europäische Kommission, GD Justiz und Verbraucher).

Kempf-Giefing, Martina, Koller, Ferdinand und Krobath, Peter A. 2015. Unwesen, Schande, Mafia. Zur medialen Darstellung von bettelnden Menschen in Österreich. Ein Kommentar. In: Härle

et al (Hg.). Romane Thana. Orte der Roma und Sinti. Eine Kooperation von Wien Museum, Landesmuseum Burgenland, Initiative Minderheiten, Romano Centro. Katalog zur Ausstellung. Wien: Czernin. S. 212-215.

Koller, Ferdinand und Spataru, Irina. 2018. Monitoringbericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der österreichischen Roma-Integrationsstrategie. Fokus auf strukturelle und horizontale Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie. Erstellt von Romano Centro im Rahmen des Pilotprojekts „Roma Civil Monitor - Capacity-building for Roma civil society and strengthening its involvement in the monitoring of National Roma Integration Strategies“ (für die Europäische Kommission, GD Justiz und Verbraucher).

Koller, Ferdinand und Spataru, Irina. 2019. Monitoringbericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der österreichischen Roma-Integrationsstrategie. Bewertung der Fortschritte in vier zentralen Politikbereichen der Strategie. Erstellt von Romano Centro im Rahmen des Pilotprojekts „Roma Civil Monitor - Capacity-building for Roma civil society and strengthening its involvement in the monitoring of National Roma Integration Strategies“ (für die Europäische Kommission, GD Justiz und Verbraucher).

Kronen Zeitung. 2022. „Fahrendes Volk“. Durchreiseplatz mutiert in Linz zur Müllhalde. Artikel vom 19.3.2022, <https://www.krone.at/2658919>.

Kronen Zeitung. 2022b. Linzer Durchreiseplatz. Roma werden für Müll und Vandalismus nicht belangt. Artikel vom 23.3.22, <https://www.krone.at/2662157>.

Leoni, Thomas. 2004. The Labour Market Development of Oberwart and the Socio-Economic Situation of the Roma. WIFO Working Papers, 226/2004, Vienna, [http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=WP_2004_226\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=WP_2004_226$.PDF).

Luciak, Mikael (Hg.). 2014. ROMBAS. Zur Bildungssituation von Roma und Sinti in Österreich. Studienbericht. Wien: Initiative Minderheiten.

Matache, Margareta. 2015. Zehn Jahre, um etwas zu verändern. Abbau alter Nicht-Roma-Privilegien oder Weg in die Integrationsmündigkeit? In: Härle et al (Hg.). Romane Thana. Orte der Roma und Sinti. Eine Kooperation von Wien Museum, Landesmuseum Burgenland, Initiative Minderheiten, Romano Centro. Katalog zur Ausstellung. Wien: Czernin. S. 24-29.

QUALIROM. Website, <http://qualirom.uni-graz.at/>.

Rat der Europäischen Union. 2011. EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Schlussfolgerungen des Rates. Amtsblatt der Europäischen Union, (2011/C 258/04). S. 258/6-258/9.

Regionalmanagement Mostviertel. 2012. Ziehende Völker. Leitfaden für Gemeinden. <https://www.yumpu.com/de/document/read/10332515/ziehende-volker-leitfaden-fur-gemeinden-kommunalnet>.

Riesenfelder, Andreas, Schelepa, Susanne und Wetzel, Petra. 2011. Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien. Endbericht. L&R Sozialforschung im Auftrag der AK Wien.

Roma Sinti Genocide. The Fate of European Roma and Sinti during the Holocaust. Website, romasintigenocide.eu.

Romane Thana. Orte der Roma und Sinti. Website, <http://www.romane-thana.at/index.php>.

[romani] Projekt. Das Österreichische Romani-Projekt. <http://romaniprojekt.uni-graz.at/autroma-project.de.html>

[romani] Projekt. Romani-Unterricht in Österreich. <http://romaniprojekt.uni-graz.at/autroma-teaching.de.html>

Romano Centro. 2017. Antiziganismus in Österreich. Falldokumentation 2015-2017. Informationen für Betroffene und ZeugInnen. Redaktion: Ferdinand Koller unter Mitarbeit von Bente Gießelmann und Irina Spataru. <https://www.romano-centro.org/images/zeitschrift/az2017/index.html#page=3>.

Romblog.Website, romblog.net.

Romblog. 2022. Bald ein Denkmal für die Roma und Sinti in Österreich? <https://romblog.net/2022/04/09/bald-ein-denkmal-fuer-die-roma-und-sinti-in-oesterreich/>

Schleich, Heidi. 2015. Das Jenische. In: Thurner, Erika, Hussl, Elisabeth und Eder-Jordan, Beate (Hg.). Roma und Travellers. Identitäten im Wandel. Innsbruck: innsbruck university press. S. 247-258.

Schmatz, Suanne und Wetzel, Petra. 2014. MigrantInnen in Wien - 2014. Einkommen, Bildung, Wohnen, Konsum und soziale Einbindung. L&R Sozialforschung im Auftrag der AK Wien.

Schmatz, Sunanne und Wetzel, Petra. 2014. MigrantInnen in Wien - 2014. Einkommen, Bildung, Wohnen, Konsum und soziale Einbindung. Kurzfassung. L&R Sozialforschung im Auftrag der AK Wien.

Schmatz, Susanne und Wetzel, Petra. 2015. Zugewanderte Roma/Romnja. Ein Blick auf deren Bildungs- und Beschäftigungssituation in Wien. In: Härle et al (Hg.). Romane Thana. Orte der Roma und Sinti. Eine Kooperation von Wien Museum, Landesmuseum Burgenland, Initiative Minderheiten, Romano Centro. Katalog zur Ausstellung. Wien: Czernin. S. 145-147.

Schnell, Philipp und Rothmüller, Barbara. 2021. Bildungsungleichheiten: Reproduktionsmechanismen und illegitimes kulturelles Kapital in der Schule. In: Sandner, Günther und Ginner, Boris (Hg.). Emanzipatorische Bildung. Wege aus der sozialen Ungleichheit. Wien: Mandelbaum. S. 85-100.

- Schoibl, Heinz. 2013. „Solange es mir hier, auf der Straße, besser geht als Zuhause, werde ich herkommen und betteln.“ Notreisende und Bettel-MigrantInnen in Salzburg. Erhebung der Lebens- und Bedarfslagen. Im Auftrag von Runder Tisch Menschenrechte, Salzburg. http://rundertisch-menschenrechte.at/downloads/NotReisen_Bericht.pdf.
- Turner, Erika. 2011. Roma, Sinti und Jenische in Österreich. Die langen Schatten des (Ver)Schweigens. In: Haselwanter, Martin et al (Hg.). Gaismair-Jahrbuch 2012. Demokratie - Erinnerung - Kritik. Innsbruck, Wien, Bozen. S. 97-105.
- Turner, Erika, Hussl, Elisabeth und Eder-Jordan, Beate. 2015. Einleitung. In: Turner, Erika, Hussl, Elisabeth und Eder-Jordan, Beate (Hg.). Roma und Travellers. Identitäten im Wandel. Innsbruck: innsbruck university press. S. 17-20.
- Turner, Erika. 2015. Roma in Europa, Roma in Österreich. In: Turner, Erika, Hussl, Elisabeth und Eder-Jordan, Beate (Hg.). Roma und Travellers. Identitäten im Wandel. Innsbruck: innsbruck university press. S. 21-50.
- Trummer, Ursula, Novak-Zezula und Ina Wilczewska. 2015. Roma & Gesundheit. Gesundheit, Gesundheitswissen und Zugang zur Gesundheitsversorgung. Endbericht. Wien: Center for Health and Migration.
- Vertreter*innen der Rom*nja und Sinti*zze in Österreich. 2022. Positionspapier der Vertreter*innen der Rom*nja und Sinti*zze in Österreich zum Thema Gedenkstätte/Gedenkort der Republik Österreich für die ermordeten Rom*nja und Sinti*zze (Opfer des Porajmos) in der Bundeshauptstadt Wien. Stand: 28.3.2022.
- Volksgruppen.orf.at Roma, Website, <https://volksgruppen.orf.at/roma/>.
- Volkskundemuseum Wien. 2022. Diskussion: Performing Resilience. Website, https://www.volkskundemuseum.at/discussion_220409.
- Weigl, Marion, Haas Sabine, Schipper-Schauer, Michaela und Winkler, Petra. 2021. Sasto Chavoripe - Soziale Inklusion von Roma durch Frühe Hilfen. Wissenschaftlicher Bericht. Wien: Gesundheit Österreich.
- weiter_erzählen. Website, <https://www.weitererzaehlen.at/>.
- Zentrum polis (Hg.). 2019. Roma in Österreich. Emanzipation einer Volksgruppe. In: polis aktuell, 8/2019. https://www.politiklernen.at/dl/ppsuJMJKomlmMJqx4kJK/pa_2019_8_Roma_in_Oesterreich_web_pdf.
- ZWIST ROMA. 2020. Bericht der Zwischengeschalteten Stelle ZWIST ROMA Stabstelle III/A/BAZ über die Umsetzung der Roma-Projekte im Operationellen Programm des ESF 2014-2020, 1. Call. BMAFJ.

ANHANG

Allgemeines zur Arbeitsweise

SENSIRO wurde in enger Zusammenarbeit mit den Zielgruppen durchgeführt. In mehreren digitalen Besprechungen, die unmittelbar nach Projektbeginn im Februar 2021 stattfand, konnten Akteur:innen, Aktivist:innen, Mitarbeiter:innen der Rom:nja Community einem fixen Kernteam beitreten. Aus den rund 30 Personen, die beim ersten digitalen Meeting anwesend waren, konstituierte sich rasch eine Projektarbeitsgruppe aus elf Personen, die das Projekt durchgehend begleiteten. Über den Projektzeitraum von eineinhalb Jahren fanden insgesamt 11 Projektarbeitsgruppentreffen statt, davon aufgrund der COVID-Pandemie zehn digitale Settings sowie eine physische Klausur in Oberwart im Mai 2022. In enger Zusammenarbeit mit dem dreiköpfigen Projektteam wurden alle Arbeitsschritte mit der Projektarbeitsgruppe gemeinsam vorbereitet und beschlossen, dazu zählte: Einrichtung Projektwebsite, Erarbeitung eines Leitfadens für die Interviews mit institutionellen Akteur:innen, Erarbeitung des Fragebogens für den Survey, Vorbereitung des Quoten- und Erhebungsplans, Mitarbeit an den Interviews, Ausarbeitung der Auswertungsstrategie, Interpretation der Ergebnisse und Berichtslegung. Die Mitwirkung an der Projektarbeitsgruppe wurde in Form von Sitzungsgeldern remunert.

Parallel dazu fanden regelmäßige Abstimmungstreffen mit der Nationalen Kontaktstelle im Bundeskanzleramt sowie insgesamt vier Workshops statt, zu denen die Nationale Kontaktstelle im Bundeskanzleramt Interessierte eingeladen hat, um sich über den Studienfortgang und Zwischenergebnisse auszutauschen. Abstimmungstreffen und Workshops wurden im Auftrag der Nationalen Kontaktstelle von der Organisationsberatung GUPA moderiert.

Expert:inneninterviews

Im Rahmen von Expert:inneninterviews sollten Personen und Organisationen angesprochen werden, die mit der Umsetzung der Strategie direkt oder indirekt befasst waren. Die Auswahl der Expert:innen umfasste fünf Kategorien bzw. Bereiche: offizieller/politischer Akteur:in und/oder Behörden; NGO's, soziale Arbeit; Schulen, pädagogische Hochschulen; Rom:nja-Organisationen, Vereine; Wissenschaft und Forschung. Der Fragebogen setzte sich aus folgenden Fragen zusammen:

- „In welchem(n) Bereich(en) waren/sind Sie persönlich (Ihre Einrichtung) mit der Umsetzung der nationalen Strategie befasst?“
- „Wie schätzen Sie insgesamt den Erfolg der Strategie in Ihrem(n) Tätigkeitsbereich(en) ein?“
- „Ist es durch die Inklusionsstrategie zu Verbesserungen gekommen (in Ihrem Bereich)? Bitte um konkrete Beispiele!“
- „Was sind Ihrer Meinung nach Versäumnisse der Strategie? Bitte auch hier um konkrete Beispiele!“
- „Hat sich Ihrer Wahrnehmung und Einschätzung nach die Situation der Romn*ja in Österreich seit der Implementierung der ersten Maßnahmen der Strategie 2011 verändert? Wenn ja, können Sie diese Veränderungen konkret beschreiben? Inwiefern stehen diese Veränderungen in einem Zusammenhang mit der nationalen Strategie?“
- „Welche Maßnahme(n) (hat) haben sich (insgesamt, also auch außerhalb Ihres Bereichs) besonders bewährt („best practice“)? Welche Ziele haben diese Maßnahmen jeweils erreicht?“

- „Welche Maßnahmen sollten unbedingt weitergeführt werden, da sie weiterhin benötigt werden? Warum werden diese weiterhin benötigt?“
- „Gibt es in der Ausrichtung und Ausgestaltung der Maßnahmen blinde Flecken? Welche Bereiche werden Ihrer Meinung nach vernachlässigt? Gibt es Personengruppen, die nicht ausreichend erreicht werden?“
- „Wie hat sich aus Ihrer Perspektive die Art und Weise der Zusammenarbeit mit anderen relevanten Akteur*innen, Einrichtungen und Personen entwickelt? Was ist positiv gelaufen? Was müsste sonst verändert bzw. verbessert werden?“
- „Die Strategie will die soziale Inklusion der Rom*nja in Österreich erhöhen. Wie interpretieren Sie für sich das Konzept der „sozialen Inklusion“? Inwiefern entsprechen die Maßnahmen der nationalen Strategie Ihren persönlichen Vorstellungen von sozialer Inklusion?“
- „Die nationale Strategie soll unter aktiver Einbindung (Partizipation) der Zielgruppen entwickelt und umgesetzt werden. Inwiefern entspricht die Praxis der nationalen Strategie Ihren persönlichen Vorstellungen von Partizipation? Wie gut ist Ihrer Meinung nach sichergestellt, dass Rom*nja in Österreich in die Entwicklung und Umsetzung der Strategie eingebunden sind? Wenn nicht ausreichend sichergestellt: was könnte/sollte diesbezüglich verändert/verbessert werden?“
- „Nach dem neuen (2020 beschlossenen) EU-Rahmen zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Rom*nja soll die nationale Strategie fortgeführt und angepasst werden. In welchen Bereichen besteht Ihrer Ansicht nach der dringlichste Handlungsbedarf? Welche Maßnahme(n) wäre(n) aus Ihrer Sicht besonders rasch umzusetzen? Was wäre für Sie das wichtigste Ziel, das bis 2030 erreicht werden sollte?“
- „Was denken Sie sind die größten Herausforderungen für die europäische Gesellschaft bei der Inklusion von Minderheiten in den nächsten 10 Jahren? Was fehlt bisher in der europäischen oder nationalen Strategie?“

Dieser gemeinsam mit der Projektarbeitsgruppe ausgearbeitete ExpertInnenfragebogen wurde an 287 Personen und Einrichtungen verschickt. 87 Fragebögen wurden zurückgeschickt, was einem (durchaus erwartbaren) Rücklauf von 30% entspricht. Davon enthielten 38 Fragebögen zum Teil sehr ausführliche Rückmeldungen und Informationen. 49 Antworten waren negativ, d.h. die Adressat:innen gaben an, aufgrund von fehlendem Wissen oder Nichtzuständigkeit nicht in der Lage zu sein, den Fragebogen zu beantworten.

Ergänzend zu diesen schriftlichen Rückmeldungen wurden mit 14 Schlüsselakteur:innen – VertreterInnen von NGO's, politischen Einrichtungen, Behörden etc. – persönliche Expert:inneninterviews durchgeführt. Für die Befragung wurde der bereits zuvor erarbeitete „ExpertInnenfragebogen“ verwendet. Die Interviews wurden aufgezeichnet, verschriftet und flossen ebenfalls in das Berichtslegung ein. Durchgeführt wurden die Interviews von den Mitarbeiter:innen des Forschungsteams, die Dauer der Interviews lag zwischen 51 min und 2:36 min.

Sensiro dankt den Mitarbeiter*innen der folgenden Einrichtungen für die Beantwortung des Expert:innenfragebogens:

Bundesministerium für Arbeit; Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Amt der niederösterreichischen Landesregierung, Koordinationsstelle für Integrationsangelegenheiten; Bildungsdirektion Oberösterreich; Bildungsdirektion Burgenland; Bildungsdirektion Niederösterreich; Bildungsdirektion Wien, Schulmediation; Bildungsdirektion Wien, Mehrsprachenförderung; MA 17 Integration und Diversität, Wien; MA 11 Schulkooperationsteam, Wien; MA 11 Kinder- und Jugendhilfe, Wien; Stadt St. Pölten Sozialhilfe; AMS Wien, Landesgeschäftsführung; AMS Eisenstadt; Pädagogische Hochschule Burgenland; Stadt Braunau, Migration und Integration; Stadtteilbüro Bregenz, Gemeinwesenarbeit; Stadtregierung Salzburg; Amt der Vorarlberger Landesregierung; ; ein Zeitzeuge an Schulen; Referat Minderheitenkontakte, Polizei Wien; Caritas Vorarlberg, Caritas Graz, Caritas Wien, Caritas Linz; Volkshilfe; Nachbarschaftszentrum Hilfswerk Wien; VHS Roma; it works, Wien; Verein Vivaro, Wien; Vinzenzgemeinschaft Waldhüttl, Tirol; ehemaliges Mitglied der Landesregierung Tirol; mir buti, Burgenland; Helix, Salzburg; BettelLobby Wien; Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien; Inklusive Schule Petrusgasse, Wien; Universität Innsbruck.

Sensiro dankt besonders auch folgenden Personen für ihre Bereitschaft zu einem Expert*inneninterview:

Anna Sporrer, Manuela Horvath, Danijela Cicvaric, Barka Emini, Emmerich Gärtner-Horvath, Žaklina Radosavljević, Martin Horvath, Andreas Sarközi, Roland Hanak, Karin König, Stefan Almer, Constanze Pritz-Blazek, Andrea Härle, Elisabeth Ettmann, Susanne Pfanner.

Fragebogenerhebung/Feldstudie

Die Fragebogenerhebung mit Angehörigen der Zielgruppe in ganz Österreich war der zweite große Teil der Evaluierungsarbeit. Das Ziel von 400 vollständig ausgefüllten Fragebögen wurde knapp erreicht, schlussendlich konnten 395 Fragebögen in der Auswertung berücksichtigt werden. Grundlage für die Stichprobe war ein ausgeklügelter Quotenplan nach den soziodemographischen Merkmalen Geschlecht (männlich, weiblich, divers), Alter in drei Kategorien (16-30, 31-60, 60+), Schulbildung (bis mittlere Reife, über mittlere Reife) und Migrationsgeschichte (ja, nein) sowie regional geschichtet. Auf diese Weise war es möglich, ein realistisches und auch in regionaler Hinsicht ausgewogenes Sample sicherzustellen. Die tatsächliche regionale Verteilung wich in der Praxis aufgrund der schwierigen Erreichbarkeit der Zielgruppen etwas vom Plan ab.

Das Netzwerk der Interviewer:innen bestand aus 31 Personen, die allesamt Zugang zur befragten Zielgruppe haben; 20 Interviewer:innen sind selbst Angehörige der Zielgruppe der Rom:nja. Vor Beginn der Interviewführung wurden die Interviewer:innen vom Projektteam mit dem Fragebogen vertraut gemacht, darüber hinaus wurde Grundwissen über die Strategie vermittelt und andere relevanten Arbeitsschritte bei der Fragebogenerhebung erklärt. Die große Zahl an Interviewer:innen war auch notwendig, um möglichst vielfältige Zugänge ins Feld sicherzustellen. Ein wichtiger Schritt im Vorfeld bestand darin, unter aktiver Mitwirkung der Projektarbeitsgruppe und der Interviewer:innen das Feld aufzubereiten, d.h. Zugänge zu den Zielgruppen festzulegen und Personen zu finden, die für ein Interview bereit waren. Auch auf der Webseite des Projektes <http://sensiro.univie.ac.at> gab es die Möglichkeit unter der Rubrik "Mitmachen" entweder sein Interesse zu bekunden, ein Interview zu geben oder als Interviewer:in mitzuwirken. In der Praxis zeigte sich der persönliche Kontakt zu potentiellen Interviewten als Königsweg, da eine gute Vertrauensbasis die Voraussetzung für ein

Interview darstellt. In Wien und im Burgenland, wurden neben Mitarbeiter:innen und Aktivist:innen in der Rom:nja Community auch Interviewer:innen aus der Zielgruppe selbst rekrutiert, um so sicherstellen zu können, dass die Erhebung so divers und vielschichtig wie nur möglich sein kann. Ebenso erklärten sich Mitglieder der Projektarbeitsgruppe dazu bereit, sich an der Durchführung von Interviews zu beteiligen. Diese Herangehensweise wurde auch auf die anderen Bundesländer übertragen, wobei gezielt nach qualifizierten Personen gesucht wurde mit bereits bestehendem Zugang und Wissen zu und über die Zielgruppe der Rom:nja, Sinti:zze und Jenische.

In Oberösterreich und der Steiermark nahmen wir Kontakt mit den zwei aus der Roma Strategie geförderten ESF Arbeitsmarktprojekten, "Kambuke" (Stmk) und "Amari Buki - Unsere Arbeit" (OÖ) auf und rekrutierten aus diesen Projekten InterviewerInnen. Bei den InterviewerInnen aus Oberösterreich handelte es sich um partizipative MitarbeiterInnen der Zielgruppe, die innerhalb des Arbeitsmarktprojektes einen Job fanden. In der Steiermark waren die InterviewerInnen einerseits MitarbeiterInnen und aber auch TeilnehmerInnen und Angehörige der Zielgruppe aus bestehenden ESF Maßnahmen. Letztere verfügten über eine weitreichende Vernetzung und natürlich nicht außer Acht zu lassenden Sprachkenntnissen innerhalb der Zielgruppe. In Salzburg konnten wir Kontakte in die dort ansässige Zivilgesellschaft über ein bereits eingestelltes ESF Arbeitsprogramm aus der Roma Strategie knüpfen. Mit Hilfe dieser engagierten AktivistInnen, die bereits beim Verein "Phurdo" in Salzburg in Berührung mit der Zielgruppe der Rom:nja trat, konnten wir auch dort den angedachten Quotenplan der Interviews realisieren. Da es in Niederösterreich keinen aktiven Verein gibt, der sich in irgendeiner Weise um die Belangen der Rom:nja kümmert, war es anfangs sehr schwer, ein Netzwerk an InterviewerInnen aufzubauen. Mithilfe von Kontakten der Projektarbeitsgruppe wurde ein Teil der Interviews in Niederösterreich von Interviewer:innen aus dem Burgenland durchgeführt. In Tirol konnte dank Mitwirkung der unabhängigen Vinzigeinschaft "das Waldhüttl" der Quotenplan erfüllt werden. Dieser Verein kümmert sich ohne öffentliche Fördergelder bereits seit Jahren um Angehörige der Zielgruppe der Rom:nja, die als Saisonarbeiter immer wieder als Durchreisende in Österreich leben und hier ausschließlich als Straßenzeitungsverkäufer oder Erntehelfer arbeiten. In Vorarlberg half das Gemeinschaftsprojekt "Kontaktstelle EU-BürgerInnen", das von der Caritas, dowa und Kaplan Bonetti gemeinsam betrieben wird, mögliche Interviewer:innen zu rekrutieren. Eher schwierig gestaltete sich die Suche nach potentiellen Interviewer:innen in Kärnten, wobei es schließlich gelang, ein im Bundesland sehr gut vernetztes akademisches Mitglied der Zielgruppe für die Mitwirkung zu gewinnen.

Dank dieser exzellenten Struktur an engagierten Interviewer:innen konnte die Fragebogenerhebung zwischen Oktober 2021 und Jänner 2022 trotz der durch die Pandemie erschwerten Rahmenbedingungen durchgeführt werden. Es handelte sich, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, um persönliche face-to-face Interviews, die streng vertraulich und anonym durchgeführt wurden. Nur vereinzelt mussten Interviews aufgrund der aktuell geltenden Corona-Regeln digital auf (Facetime, Videoanruf, Zoom) umgestellt werden.

Der Fragebogen enthielt 84 Fragen entlang von fünf zusammenfassenden Themenfeldern:

Identität: Fragen zur Sprache, Kultur und Tradition. Zugehörigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Diskriminierung und Benachteiligung.

Roma Strategie: Wissen über Strategie. Berührungspunkte mit Strategie. Einschätzung der Maßnahmen.

Vernetzung, rom:nja-zivilgesellschaftliche Aktivitäten: Teilnahme an Vereinen und Organisationen für und von Rom:nja. Erwartungen und Gründe von Teilnahme an rom:nja-zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Vereinen. Vernetzung innerhalb der Communities.

Gesellschaftliche Teilhabe: Messung von Teilhabe, Sorgen und Ängsten. Chancengleichheit. Selbsteinschätzung von Teilhabe und Inklusion.

Soziostrukturelle und -demografische Merkmale und Lebensverhältnisse: Alter, Geschlecht, Familienstand, Erwerbstätigkeit, Finanzielles, Staatsbürgerschaft etc.

Neben den standardisierten Fragen enthielt der Fragebogen sieben offene Fragen. Hier konnten die Befragten frei über ihre Erfahrungen, Wünsche, Ängste etc. erzählen.

Trotz des erheblichen Umfangs und der Komplexität der Fragestellungen war es ein Anliegen, die Fragen klar und niederschwellig zu formulieren. So wurden fachspezifische Ausdrücke vermieden, auch wurde eine einfache Erklärung der Roma Strategie vorbereitet, die von den Interviewer:innen paraphrasiert werden konnte. Aufgrund der sprachlichen Vielfalt wurden mögliche "Interviewsprachen" gemeinsam mit der Projektarbeitsgruppe und den Interviewer:innen eruiert; neben Deutsch wurde der Fragebogen noch in folgende Sprachen übersetzt: Romanes, BKS (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch), Rumänisch und Italienisch.

Für die Beteiligung an der Fragebogenerhebung wurde eine Aufwandsentschädigung von 30 Euro in Form von "Sodexo-Gutscheinen" entrichtet. Der Erhalt der Aufwandsentschädigung wurde von den Befragten gegengezeichnet, es wurde jedoch weder Name noch Adresse vermerkt. Da die Teilnahme an der Befragung anonym war, wurden keinerlei personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und/oder verwertet. Die Interviewer:innen waren vorbereitet, diese Datenschutzerklärung vor jedem Interview vorzulesen.

Der Fragebogen war als Websurvey konzipiert, d.h. die Eingabe der Antworten erfolgte über ein Endgerät durch die Interviewer:innen in der Regel im Anschluss an das Interview auf Grundlage des analogen Papierfragebogens. Die Interviewer:innen waren auch aufgefordert, am Ende des Interviews einige Fragen zu beantworten und die Interviewsituation so gut wie möglich zu beurteilen. Abgefragt wurde u.a. Datum, Ort, Uhrzeit (Beginn) und Dauer des Interviews, in welcher/welchen Sprache/n das Interview geführt wurde, ob die befragte Person Erklärungsbedarf hinsichtlich bestimmter Fragen hatte, ob beim Interview andere Personen anwesend waren und ob sonstige Vorkommnisse aufgetreten waren, auch wurden die Interviewer:innen gebeten, persönliche Anmerkungen zum Interview festzuhalten. Die Dauer der Interviewführung variierte zwischen 30 Minuten und knapp 2 Stunden. Für jedes geführte Interview wurde ein Honorar in der Höhe von 70 Euro an die InterviewerInnen bezahlt.

Soziodemographische Merkmale der Stichprobe

		gesamt
Geschlecht n=395	Männlich	44%
	Weiblich	55%
	Anderes	1%
Alter n=394	16 bis 30 Jahre	25%
	31-60 Jahre	60%
	Über 60 Jahre	15%
Geburtsland n=394	In Österreich	48%
	In einem anderen Land	52%
Österreichische Staatsbürgerschaft n=389	Ja	52%
	Nein	48%
Wohnsituation n=381	Ich lebe derzeit alleine	19%
	Ich lebe derzeit mit anderen zusammen	81%
Bundesland n=395	Burgenland	22%
	Kärnten	4%
	Niederösterreich	7%
	Oberösterreich	8%
	Salzburg	8%
	Steiermark	10%
	Tirol	5%
	Vorarlberg	5%
	Wien	31%
Schulabschluss n=389	Kein Abschluss oder Volksschule	21%
	Pflichtschulabschluss	36%
	Mittlere Schule	10%
	Lehrabschluss	15%
	Matura	10%
	Hochschulabschluss	8%
Beschäftigungssituation n=374	Vollzeit beschäftigt	32%
	Teilzeit beschäftigt	18%
	Arbeitslos	21%
	In Pension	17%
	Im Haushalt tätig	6%
	In Ausbildung	7%

Selbstdefinierte Gruppenzugehörigkeit

„Darf ich Sie zu Beginn fragen, zu welcher Gruppe Sie sich persönlich zugehörig fühlen?“

n=303*	Gesamt
Burgenland-Rom:nja	34%
Romungro	11%
Gurbet	9%
Sinti:zze	7%
Kalderaš/Kelderara	5%
Banat-Romn:ja	5%
Lejaš	4%
Arlije	4%
Ursar	3%
Rudari	3%
Lovara	3%
Jenische	2%
Ungarische Roma	2%
Geambas	2%
Roma	1%
Bojas	1%
Mazedonische Romni	1%
Tschurara	0,3%
Gomoja	0,3%
Bankuljes	0,3%
Bidinari	0,3%
Arliye	0,3%
Pletoasa	0,3%
Kastalie	0,3%
Baias	0,3%
Aschkali	0,3%

*Differenz auf 395=keine Angabe.